
30/KOMM XXIII. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses betreffend "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" (3/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (3/GO) 28. Sitzung, 16.05.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister hat am 2. April 2007 auf Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Martin **Graf**, Kai Jan **Krainer**, Dkfm. Dr. Günter **Stummvoll**, Mag. Werner **Kogler** und Josef **Bucher** einstimmig beschlossen, alle Protokolle der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

PROTOKOLL

Untersuchungsausschuss betreffend

Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister

28. Sitzung/ öffentlicher Teil

Mittwoch, 16. Mai 2007

Gesamtdauer der 28. Sitzung:

08:09 Uhr – 20:24 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 05 16

Mag. Melitta Trunk

Schriftführerin

Mag. Dr. Martin Graf

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

**Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria
und weitere Finanzdienstleister**



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

28. Sitzung/ öffentlicher Teil

Mittwoch, 16. Mai 2007

Gesamtdauer der 28. Sitzung:
8.09 Uhr – 20.24 Uhr

Lokal VI

Beginn der Sitzung: 8.09 Uhr

Obmann Mag. Dr. Martin Graf eröffnet die Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister, begrüßt alle Anwesenden und ersucht darum, als **erste Auskunftsperson** Herrn **Helmut Elsner** sowie dessen Vertrauensperson in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Helmut Elsner** wird – begleitet von ihrer **Vertrauensperson Dr. Wolfgang Schubert** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: begrüßt Herrn **Helmut Elsner** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Helmut Elsner: Helmut Elsner; geboren am 12. Mai 1935; Beruf: Pensionist; derzeitige Anschrift: Justizanstalt Wien-Josefstadt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Waren Sie im Untersuchungszeitraum, allenfalls zeitweise, öffentlich Bediensteter? *(Die Auskunftsperson **verneint** dies.)*

Das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Dies gilt auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Der Obmann ersucht sodann auch die Vertrauensperson um Bekanntgabe der Personalien.

Vertrauensperson Dr. Wolfgang Schubert: Mein Name: Dr. Wolfgang Schubert; geboren am 19. 8. 1962, Adresse: 1010 Wien.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Schubert als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich setze mit der Belehrung der Vertrauensperson fort.

Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer allenfalls vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson

ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Zur Geschäftsbehandlung, Herr Abgeordneter Stadler.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Herr Vorsitzender! Hoher Ausschuss! Ich stelle den **Antrag**, dass die anwesenden Vertreter der Justizwache, der anwesende Arzt und das anwesende medizinische Personal heute ausnahmsweise in diesem Ausschuss tatsächlich auch anwesend sein dürfen. Wir sollten hier einen entsprechenden Beschluss fassen, um sicherzustellen, dass die Befragung auch möglich ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist im Moment eine medienöffentliche Sitzung. Das ist Dienstpersonal, daher brauchen wir derzeit noch keinen Beschluss zu fassen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Frage wird sein, unter welchem Tatbestand die anwesenden Vertreter der Justizwache wie des medizinischen Personals subsumiert werden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich nehme das als Antrag auf. Um allen Möglichkeiten vorzubeugen, bitte ich, dass man hier deren Namen erhebt. Dann werden wir einen entsprechenden Beschluss fassen.

Es wurde der Antrag gestellt, Frau Beate Feiertag, Herrn Hofrat Dr. Harald Schopper, Herrn Gruppeninspektor Andreas Bartl und Herrn Gruppeninspektor Wolfgang Schwarz die Anwesenheit im Ausschuss zu ermöglichen.

Gibt es dagegen einen Einwand, dass wir das jetzt abstimmen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen daher zur **Abstimmung**.

Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Handzeichen. – Das ist **einstimmig angenommen**.

Ich setze mit der **Belehrung** der Auskunftsperson fort.

Herr Elsner, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. – Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor?

Helmut Elsner: Ja, mehrere Gründe.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich darf Sie bitten, uns diese zu präzisieren.

Helmut Elsner: Ja, das im Bankwesengesetz verankerte Bankgeheimnis, das ausdrücklich noch in meinem Dienstvertrag ... – Dieses habe ich schon vor 52 Jahren, als ich in die Bank eingetreten bin, unterschrieben. In meinem Dienstvertrag ist ausdrücklich festgehalten, dass ich über die Bank, über Vorkommnisse keine Auskunft geben darf. Da gibt es also einen Vertrag, den man vorlegen kann. Ich kann Ihnen den Passus vorlesen:

Der Vorstandsvorsitzende –

das war damals ich –

ist verpflichtet, über alle geschäftlichen Angelegenheiten beziehungsweise über alle ihm bei Ausübung seiner Tätigkeit bekannt gewordenen Umstände unbedingte Verschwiegenheit zu bewahren. – Zitatende.

Das gilt lebenslänglich. Darüber hinaus gibt es mehrere Strafverfahren und Zivilrechtsverfahren, und das alles ist der Grund, weshalb ich keine Auskunft gebe.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir nehmen das so zur Kenntnis. Ich muss Sie jedoch darauf hinweisen, dass Sie Entschuldigungsgründe nur jeweils auf gestellte Fragen im Einzelfall zur Anwendung bringen können. Wir werden also bei der Befragung sehen, welche Gründe jeweils greifen, die Sie uns dann auch glaubhaft zu machen haben.

Ich gehe davon aus, dass Sie keine zusammenhängende Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen vornehmen wollen.

Helmut Elsner: Ich habe nicht verstanden. Noch einmal, bitte!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wollen Sie vor Eingang in die Befragung eine zusammenhängende Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen vornehmen? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Der Obmann erteilt als erstem Fragesteller Abg. Krainer das Wort.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Elsner! Am 2. März 2007 hat Ihr Rechtsanwalt Wolfgang Schubert in der „Presse“ erklärt, dass Flöttl der Hauptverdächtige ist, und dass der weit überwiegende Teil des Schadens durch Vertragsbruch eines externen Portfoliomanagers zustande kam. Ich nehme an, er meinte damit Flöttl. Dazu lesen wir auch im BAWAG-Zwischenbericht der Oesterreichischen Nationalbank bereits grundsätzliche Zweifel. Ich zitiere:

„..., wie wahrscheinlich es ist, dass ein erfahrener Portfoliomanager wie Wolfgang Flöttl über Jahre hindurch jedes ihm anvertraute Geld in einen Totalverlust führt. Verlustaudits über ‚BAWAG-Verluste‘ bestehen lediglich über EUR 1.188 Mio (...). Die Differenz auf das Gesamtbligo von EUR 613 Mio (...) ist vollkommen ungeklärt. Es besteht daher, insbesondere im Hinblick auf die aufklärungswürdigen Vorgänge, die durch das zweite Andersen-Verlustaudit zutage getreten sind, der Verdacht, dass es zu Malversationen gekommen ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass W. Flöttl, wie von ihm zu Protokoll gegeben, über kein Vermögen mehr verfüge, ist insofern unglaublich, ...“

Nun liegt dem Ausschuss auch ein Papier der Meinel Bank vor, das beweist, dass Flöttl auch nach 1998, auch nach 2000, bis 2006 sehr wohl einige gute Geschäfte mit der Meinel Bank gemacht hat. – War oder ist Ihnen dieser Sachverhalt bekannt?

Vertrauensperson Dr. Wolfgang Schubert: Entschuldigen Sie, darf ich Sie bitten, dass die Tonanlage lauter gestellt wird! Herr Elsner hat ...

Helmut Elsner: Ich verstehe nichts.

Vertrauensperson Dr. Wolfgang Schubert: Herr Elsner hat seit der Narkose Hörprobleme. (*Abg. Mag. Stadler: Das geht nicht!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Schubert!, Sie können keine Erklärungen gegenüber dem Ausschuss abgeben. Wir nehmen zur Kenntnis, dass es zu leise gewesen ist.

Ich ersuche Herrn Kollegen Krainer, seine Frage neu und etwas lauter sprechend zu formulieren.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Kein Problem. Ich kann das aber mit einer anderen Frage fortführen. In der Anklageschrift wird Ihnen die Veruntreuung von 1 442 214 945 € vorgeworfen. Herrn Flöttl wird die Veruntreuung von 69 746 877 € vorgeworfen. Ihr Anwalt Wolfgang Schubert hat Wolfgang Flöttl als den Hauptverdächtigen bezeichnet und gemeint, dass der weit überwiegende Teil des

Schadens durch Vertragsbruch von Herrn Flöttl zustande kam. – Das liest sich aus der Anklageschrift nicht so. – Was sagen Sie dazu?

Helmut Elsner: Ich entschlage mich der Aussage.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Auskunftsperson hat sich der Aussage entschlagen. Da Sie die Aussage verweigern wollen, muss ich Sie ersuchen, dem Ausschuss die Gründe hiefür zu nennen.

Helmut Elsner: Das steht alles im Zusammenhang mit dem laufenden Strafverfahren.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich frage nun die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand verlangt, dass die Auskunftsperson ihre Gründe darüber hinaus noch glaubhaft macht. – Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der generelle Hinweis auf die Anhängigkeit des Strafverfahrens alleine genügt nicht. Es geht in der Frage des Kollegen Krainer auch nicht um die persönliche subjektive Verantwortung der Auskunftsperson als Beschuldigter vor Gericht, sondern die Frage wurde in einem ganz anderen Zusammenhang in Bezug auf Herrn Flöttl gestellt. – Vielleicht wäre es ratsam, diese Frage noch einmal zu wiederholen.

Jedenfalls ersuche ich die Auskunftsperson, auf Grund der Bestimmungen des § 9 Abs. 1 die Aussageverweigerungsgründe **glaubhaft** zu machen. Es genügt nicht, sich einfach nur auf einen Tatbestand zu berufen, sondern es muss der **Verweigerungsgrund** glaubhaft gemacht werden.

Helmut Elsner: Jede Aussage zu einer angeblichen Straftat könnte mir dann im Strafverfahren nachteilig ausgelegt werden, und daher entschlage ich mich der Aussage.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich frage nun die Ausschussmitglieder, ob die Darlegung der Auskunftsperson hinsichtlich der Glaubhaftmachung des Aussageverweigerungsgrundes ausreichend ist, oder ob der Ausschuss darüber hinaus noch überzeugt werden muss.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich Kollegen Krainer ersuchen, die Frage noch einmal – **präzise** – zu stellen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Grundsätzlich ist das möglich. – Herr Kollege Krainer, wollen Sie das noch einmal präzisieren?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich kann vielleicht den letzten Teil der ersten Frage wiederholen.

In der Öffentlichkeit ist bekannt geworden, dass Herr Flöttl ab 1998 mittellos gewesen sei. Dem Ausschuss liegt ein Papier der Meinel Bank vor, aus dem hervorgeht, dass Flöttl nach 1998 – aber auch nach 2000, bis ins Jahr 2006 – umfangreiche, gute Geschäfte mit der Meinel Bank gemacht hat. – Ist Ihnen dieser Sachverhalt bekannt?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die konkrete Frage lautet, ob Ihnen in den Jahren 1998, 1999, 2000 bekannt war, dass Herr Flöttl mittellos gewesen ist.

Helmut Elsner: Das war nicht bekannt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): War nicht bekannt, dass er mittellos ist – oder war nicht bekannt, dass er Geschäfte mit der Meinel Bank macht?

Helmut Elsner: Es war nicht bekannt, dass er nicht mittellos sei.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, es war nicht bekannt, dass er Geschäfte mit der Meinel Bank gemacht hat.

Helmut Elsner: Nein, das schon gar nicht. (*Abg. Krainer: Bitte?*) – Nein! Das schon gar nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen jetzt bekannt, dass Herr Flöttl Geschäfte mit der Meisl Bank gemacht hat?

Helmut Elsner: Ich kenne nur das, was in der Zeitung steht. – Ob das richtig ist oder nicht, kann ich nicht beurteilen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie war Ihr Verhältnis zu Herrn Flöttl, vor allem nach dem Jahr 2000? In welchem Kontakt sind Sie da gestanden?

Helmut Elsner: Dazu gebe ich wieder keine Auskunft, weil das alles sind Dinge, die mit dem Strafverfahren zusammenhängen.

Außerdem ist Flöttl Kunde der Bank gewesen, und das betrifft daher auch das Bankgeheimnis, die Verschwiegenheitspflicht und so weiter – was ich Ihnen zuvor angegeben habe.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich frage den Ausschuss, ob die angegebene Glaubhaftmachung der Entschlagungsgründe ausreichend ist. – Herr Kollege Stadler.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nach § 9 Abs. 1 müssen zuerst die **Gründe** glaubhaft gemacht werden, und dann erst kann der Ausschuss darüber befinden.

Zunächst aber ist, glaube ich, eine andere Sache zu klären: Die Auskunftsperson bezieht sich jetzt auf einen anderen Verweigerungstatbestand des § 7. Nun ist, glaube ich, klar, dass auf Grund des Arnold-Gutachtens das Bankgeheimnis nur dort zu wahren und als Aussageverweigerungsgrund zu beachten ist, wo es sich um **Kundenbeziehungen** handelt.

Herr Flöttl war aber **nicht Kunde** der BAWAG, sondern Herr Flöttl war **Veranlagungspartner** der BAWAG, der im Auftrag der BAWAG Bankgeschäfte der BAWAG getätigt hat. – Das ist keine Kundenbeziehung, sondern das ist eine **Auftragsbeziehung** zwischen der Bank und Herrn Flöttl, und daher sind diese Daten durch das Bankgeheimnis vor diesem Ausschuss **nicht** geschützt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Diese Ausführung teile ich, jedoch hat sich die Auskunftsperson ausdrücklich auch darauf berufen, dass sie sich nicht selbst belasten möchte und hat auch auf diesen Aussageverweigerungsgrund hingewiesen. (*Abg. Mag. Stadler: Ich habe akustisch nur „Bankgeheimnis“ verstanden! Etwas anderes habe ich nicht verstanden!*)

Helmut Elsner: Entschuldigen Sie, ich habe gesagt, es ist auch Gegenstand des Strafverfahrens, ich will mich nicht selbst belasten. Und außerdem war Flöttl auch Kunde der Bank: Er war Vertragspartner in mehreren Bereichen, aber er war auch **Kunde** der Bank.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Vorsitzender, darf ich eine kurze Sitzungsunterbrechung vorschlagen, um eine Besprechung der Fraktionsführer anzuregen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Stummvoll, bitte.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ich habe nichts dagegen, wenn wir unterbrechen und eine Fraktionsführersitzung machen, aber mein Vorschlag wäre, dass wir in der Abfolge der Themen vielleicht mit einem beginnen, bei dem alle Prozesse abgeschlossen sind – nämlich mit dem **Atomic-Thema**. Ich glaube, da kann

man sich der Aussage schwer entschlagen, weil da alle Prozesse abgeschlossen sind und man sich für kommende Prozesse nicht selbst präjudizieren kann.

Das wäre mein Vorschlag; aber natürlich bin ich auch gerne zu einer Fraktionsführersitzung bereit.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das können wir schon machen, ich mache den Ausschuss nur darauf aufmerksam, dass es nicht dem Fortgang des Verfahrens dient, wenn wir jetzt Dinge während einer Unterbrechung noch einmal wiederholen, die von vornherein klar waren. Es geht ja hier nicht nur um die Performance des Herrn Elsner, sondern es geht ja auch um die des Ausschusses. Wir haben uns sehr oft auf diese Situation eingestellt, und jetzt sozusagen Verwirrung zu stiften, ist nicht einsichtig.

Die Bankgeheimnis-Sache ist erläutert worden. Es ist darüber hinaus so, dass Beziehungen, nach denen zunächst einmal gefragt wird – wo überhaupt keine geschäftlich relevanten Fragen gestellt werden! –, genauso nicht von einem Bankgeheimnis umfasst sind und diese auch nicht a priori und jedenfalls von der Anklageschrift – die ja einige von uns, so hoffe ich, ausführlich studiert haben – umfasst sein und nicht automatisch zu strafrechtlich anders gearteter Verfolgung nach § 7, wie es hier dargestellt ist, führen müssen, sodass auch bestimmte Fragen – ich stelle das gleich jetzt in den Raum – nach Beziehungen auch im wirtschaftspolitischen und im rein politischen Gefüge nicht jetzt sofort zu einem Entschlagungsgrund führen müssen.

Würde das geltend gemacht werden, dann haben der Ausschuss und die Öffentlichkeit auch interessante Rückschlüsse zu ziehen, wenn das hier dann tatsächlich glaubhaft gemacht wird, sodass wir uns in dieser Sitzungsunterbrechung allenfalls auf bestimmte Themenabfolgen einigen können.

Ich halte aber trotzdem nicht sehr viel davon, es von vornherein nur darauf einzugrenzen, was ungefähr zehn Jahre zurückliegt und ganz weit weg von der Anklageschrift ist. Die Verfahrensordnung gibt einige klare Richtlinien, und die einzelnen Abgeordneten sind hier in ihrem Fragerecht autonom. Ich bin schon dazu bereit, mich jetzt kurz mit den anderen Fraktionsführern zu treffen, aber ich lasse mich sicher nicht in meinem Fragerecht einschränken, indem wir nur mehr über Atomic diskutieren – falls dies das bedeuten soll.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich sehe jetzt nicht den dringenden Grund für eine Fraktionsführerbesprechung.

Es gibt an den Ausschuss 18 Prüfaufträge, nur einer davon umfasst Atomic – es gibt 17 andere. Wahrscheinlich kann die Auskunftsperson jetzt nicht zu allen hier Auskünfte geben, aber doch zu einigen. Ich habe ich mir gedacht, ich gehe bei meiner Befragung einfach einmal diese Liste durch, und Atomic ist nun einmal an letzter Stelle. (*Abg. Mag. Stadler: ... draußen sitzen ...!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich schlage vor, dass ich die Sitzung jetzt noch nicht unterbreche, schließe aber nicht aus, dass es nach den nächsten oder übernächsten Fragen dann so weit sein kann.

Ich würde vorschlagen, dass wir **präzise** Fragen zu den Themen stellen, die den Abgeordneten von Interesse erscheinen – das möchte ich nicht einschränken –, und ich darf auch die Auskunftsperson ersuchen, bei der Berufung auf Entschlagungsgründe nicht generell zu sagen: Strafverfahren und eigene Belastung auf der einen Seite, Bankgeheimnis, und Ähnliches mehr auf der anderen, sondern, soweit es geht, **präzise** den **jeweiligen Entschlagungsgrund** zu nennen. Über die Glaubhaftigkeit der Begründung werden wir dann immer im Einzelfall befinden.

Herr Kollege Krainer, setzen Sie bitte fort.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Elsner, Sie haben im letzten Jahr im Sommer einen Besuch von Herrn Taus bekommen. Erinnern Sie sich an diesen Besuch?

Helmut Elsner: Ja, natürlich, an den erinnere ich mich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Medienberichten zufolge hatte Herr Taus da einen Umschlag dabei, den er Ihnen übergeben hat. – Stimmt das?

Helmut Elsner: Das stimmt nicht; er hat mir nichts übergeben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben mit ihm ein längeres Gespräch geführt.

Helmut Elsner: Ich war krank und er hat mich besucht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und Sie haben mit ihm ein längeres Gespräch geführt? – Das war die Frage.

Helmut Elsner: Ich weiß nicht: 5 Minuten? – Ich kann mich nicht mehr erinnern. Länger war es sicher nicht, weil er war auf der Durchreise und auf dem Weg zurück zum Flughafen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe Sie jetzt akustisch nicht verstanden. Können Sie die letzte Antwort wiederholen?

Helmut Elsner: Soweit ich weiß, hat er einen Bekannten besucht, mit seiner Familie. Er selbst war am Weg zurück zum Flughafen und hat mich bei dieser Gelegenheit kurz besucht. Das war es.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben mit Herrn Taus und anderen gemeinsam Geschäfte in Bulgarien gemacht. – Stimmt das?

Helmut Elsner: Dazu verweise ich wieder insbesondere auf meinen Dienstvertrag. Ich darf Ihnen das noch einmal vorlesen:

Der Vorstandsvorsitzende ist verpflichtet, über alle geschäftlichen Angelegenheiten beziehungsweise über alle ihm bei Ausübung seiner Tätigkeit bekanntgewordenen Umstände unbedingte Verschwiegenheit zu bewahren.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann stelle ich gleich eine nächste Frage: Erinnern Sie sich an den Insolvenzfall der Firma **Atomic for Sport?** (*Helmut Elsner: An was erinnere ich mich?*) – An die Insolvenz der Firma Atomic for Sport.

Helmut Elsner: Das habe ich alles damit beantwortet. Dass es einen Insolvenzfall gegeben hat, ist öffentlich bekannt, war in den Zeitungen. Also ganz deppert bin ich noch nicht. Soweit kann ich mich noch erinnern, dass da einmal etwas war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann werde ich jetzt an dieser Stelle eine Sitzungsunterbrechung vornehmen. Ich darf bitten, dass die Journalisten und auch die Auskunftsperson mit der Vertrauensperson den Saal verlassen. (*Helmut Elsner: Ich auch?*) – Ich bitte darum.

Vertrauensperson Dr. Wolfgang Schubert: Darf ich darum bitten, dass für den Persönlichkeitsschutz des Herrn Elsner Sorge getragen wird?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Sitzung ist **unterbrochen**.

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 8.42 Uhr **unterbrochen** und um 8.50 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

8.50

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 8.50 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und führt aus:

Herr Elsner! Wir sind übereingekommen – und haben das jetzt auch schon Ihrem Anwalt mitgeteilt –, dass die Berufung auf **vertragliche** Verschwiegenheitsverpflichtungen **nicht** greift, sondern lediglich die Berufung auf **gesetzlich anerkannte Verschwiegenheitsverpflichtungen**, die Sie im Einzelfall auch glaubhaft zu machen haben.

Wir werden jetzt wieder in die Fragerunde eingehen, und ich bitte Herrn Kollegen Krainer im Anschluss um seine Fragen. Wir haben das Procedere jetzt etwas geändert und werden jetzt einmal eine Fraktionsrunde mit je drei bis vier Fragen durchmachen, wenn keine weiteren Aufklärungsfragen notwendig sind, sodass wir einmal einen Durchgang hinter uns bringen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Elsner! Die BAWAG hatte in der Frage **Atomic for Sport** zunächst Dr. Frotz als Anwalt beschäftigt. – Ist das richtig?

Helmut Elsner: Sagen Sie noch einmal was – ich verstehe die Fragen leider nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Meine Frage war relativ leicht, meine Frage war ... (**Elsner: Phonetisch! Phonetisch!**) – Hier sitze ich, vielleicht geht es leichter, wenn es auch optisch ist.

Die BAWAG hatte Dr. Frotz beauftragt mit der Vertretung gegenüber Atomic for Sport oder in der Rechtsvertretung der BAWAG gegenüber Atomic for Sport. – Ist das richtig?

Helmut Elsner: Das war Dr. Frotz jun. (**Abg. Krainer: Ja!**) War zunächst beauftragt, das stimmt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gut. Und Sie haben dann die Kanzlei Preslmayr beauftragt, den Dr. Gehmacher?

Helmut Elsner: Ja, der ist, glaube ich, zunächst zusätzlich beauftragt worden, und Frotz war dann zu beschäftigt – also das weiß ich nicht mehr genau, aber es stimmt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wieso haben Sie die zusätzlich beauftragt?

Helmut Elsner: Ja das war eine umfangreiche Causa. (**Abg. Krainer: Bitte?**) – Es war eine umfangreiche Causa.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Beide haben hier vor dem Ausschuss ausgesagt, und beide haben gemeint, weil Dr. Gehmacher der Insolvenzspezialist ist und Herr Frotz nicht.

Helmut Elsner: Also – ich kann Ihnen das nicht mehr sagen, ich war nicht Leiter der Rechtsabteilung. Also warum das so war, weiß ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das hat auch nicht die Rechtsabteilung entschieden. (**Elsner: Bitte?**) – Das hat auch nicht die Rechtsabteilung entschieden, die haben wir auch schon hier gehabt.

Helmut Elsner: Also, wer das entschieden hat? Ich war auch nicht der Vorstandsvorsitzende zum damaligen Zeitpunkt, ich war Vorstandsmitglied. Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hier im Ausschuss wurde mehrfach ausgesagt ...

Helmut Elsner: Aber ich kann mir nicht vorstellen ... – Ich habe das sicher nicht entschieden, denn ich könnte ja die Rechtsanwälte nicht bestellen. Also das ist ziemlich sicher. Als Generaldirektor ja – der war ich aber nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es wurde hier im Ausschuss berichtet, dass Sie persönlich dafür eingetreten sind, dass die Kanzlei Preslmayr, Dr. Gehmacher diesen Fall übernimmt, und Sie hätten ihn beauftragt, ein alternatives Konzept zum Konzept, das Dr. Frotz verfolgt hat, zu erstellen: übers Wochenende mehr oder weniger.

Helmut Elsner: Bitte, noch einmal: Ich verstehe es phonetisch schlecht. Noch einmal die Frage bitte, wenn Sie es lauter formulieren.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es wurde hier gesagt – mehrfach, unbestritten –, dass Dr. Frotz eine andere Strategie verfolgt hat im Umgang mit Atomic for Sport als Dr. Gehmacher und Sie persönlich sich dafür eingesetzt haben, dass Dr. Gehmacher eine alternative Strategie, nämlich nicht eine Strategie der Fortführung der Firma, sondern des Ins-Auge-Fassens eines möglichen Konkurses, dass Sie persönlich hinter dieser Entscheidung gestanden wären.

Helmut Elsner: Ich persönlich bin sicherlich nicht dahinter gestanden, das kann nicht meine Entscheidung sein. Das entscheidet erstens der Vorstand, wenn, überhaupt in seiner Gesamtheit, in erster Linie aber der Vorstandsvorsitzende, und der war ich nicht. Also, ich weiß nicht, wer so etwas sagt, aber so ist es sicherlich **nicht**. Die Entscheidung nach außen kann ich gar nicht fällen, schon gar nicht allein. Ich kann mich auch nicht erinnern, vielleicht ist im Vorstand abgestimmt worden, vielleicht ist darüber diskutiert worden. Ich habe die Entscheidung autonom sicher nicht getroffen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie diese Entscheidung befürwortet?

Helmut Elsner: Weiß ich nicht mehr. Das ist so lange her, ich weiß das nicht mehr.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Elsner! Bevor Atomic von der BAWAG in den Konkurs geschickt wurde – und es gibt ja so etwas wie eine Gesamtverantwortung des Vorstandes, das ist eine Aktiengesellschaft; Sie waren damals zwar nicht Generaldirektor, aber Mitglied des Vorstandes –, hat es verzweifelte Versuche gegeben, eine **österreichische Skilösung** zustande zu bringen.

Was waren Ihre Wahrnehmungen der damaligen Zeit? Warum hat die BAWAG eine österreichische Skilösung abgelehnt und offensichtlich bewusst und absichtlich Atomic in den Konkurs geschickt? Was waren Ihre Wahrnehmungen damals? Was war das Motiv?

Helmut Elsner: Diese Frage steht im Zusammenhang mit den strafrechtlichen Verfolgungen, und daher nehme ich dazu nicht Stellung; ich will mich nicht selbst belasten.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Aber die Strafverfahren Atomic sind doch alle abgeschlossen.

Helmut Elsner: Ja, aber sie werden möglicherweise wieder aufgenommen; ich weiß es nicht. (*Abg. Krainer: Das ist aber kein Grund!*) Es werden jetzt zumindest Vorerhebungen durchgeführt ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Vorsitzender! Ich glaube, dass allfällige Strafverfahren in Zukunft entstehen, ist kein Entschlagungsgrund.

Helmut Elsner: Aber es werden Vorerhebungen durchgeführt. (Abg. Mag. **Stadler:** Das stimmt!)

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): In der Sache Atomic?

Helmut Elsner: In der Sache Atomic, ja.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Das heißt, Sie werden zu Atomic auch nichts aussagen wollen? (**Helmut Elsner:** Nein!) – Zur ganzen Causa Atomic nicht? (**Helmut Elsner:** Nein!) – Auch nicht zu Wahrnehmungen aus der damaligen Zeit? (**Helmut Elsner:** Nein!)

Dann eine andere Frage: Wie haben Sie gesehen das Verhältnis der BAWAG zur Bankenaufsicht, die bis zum 1. April 2002 im Finanzministerium war und dann ausgegliedert wurde in die Finanzmarktaufsicht? Wie war das Verhältnis der BAWAG zur Finanzmarktaufsicht?

Helmut Elsner: Dazu verweigere ich die Aussage ebenso, denn das ist auch Gegenstand des Strafverfahrens, Verhältnis zwischen Bankenaufsicht und BAWAG und wie die Berichte zustande gekommen sind. Ich entschlage mich auch da der Aussage.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Fast wäre ich geneigt zu fragen: Wozu wollen Sie überhaupt etwas sagen?

Helmut Elsner: Zu meinen persönlichen Dingen, und ich habe schon einige Auskunft gegeben, die Dinge betreffen, die nicht mit dem Bankgeheimnis, mit dem Dienstvertrag, der mich zu Verschwiegenheit verpflichtet, in Zusammenhang stehen (**Abg. Krainer:** Der ist wurscht!) und mit dem anhängigen Strafverfahren beziehungsweise Vorerhebungen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Wissen Sie noch – etwas ganz Persönliches –, in der Phase Karibik 1, welche Auslandsreisen haben Sie im Jahre 1994 unternommen? – Ist Ihnen nicht Erinnerung, wahrscheinlich? (**Elsner:** Bitte?) – Ist Ihnen wahrscheinlich nicht Erinnerung, nehme ich an.

Helmut Elsner: Nein, nein.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Okay. (**Abg. Krainer:** Zur Geschäftsbehandlung!)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Zur Geschäftsbehandlung, Herr Kollege Krainer, bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Die Berufung auf den Dienstvertrag hat hier keine Wirkung. Es gibt eine gesetzliche Auskunftspflicht, die können Sie nicht einzelvertraglich aushebeln. Dieser Dienstvertrag hat hier keinerlei Wirkung auf die Auskunftsfähigkeit. Sich darauf zu berufen, ist sinnlos, denn es gibt die gesetzliche Verpflichtung von Ihnen, hier Auskunft zu erteilen, und es können sich nicht zwei Normunterworfenen untereinander ausmachen: Wir verpflichten uns gegenseitig, uns nicht an die Gesetze zu halten!

Das Gesetz gilt für alle, auch für Sie – und die Berufung auf diesen Dienstvertrag hat hier keinerlei Wirkung.

Helmut Elsner: Hier ist die Wahrung des Geschäftsgeheimnisses vorgeschrieben, das durch die Verfahrensordnung geschützt ist. (**Abg. Krainer:** Das ist nicht hier geschützt!)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Elsner! (*Elsner: Kein Doktor!*) – Bitte.

Wie lange kennen Sie schon Mag. Schlaff?

Helmut Elsner: Seit, glaube ich, 1978. 1978/1979, so ungefähr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wann ist Mag. Schlaff mit der BAWAG erstmals in Kundenbeziehung getreten?

Helmut Elsner: Darüber kann ich Ihnen keine Auskunft geben, das ist auch Bankgeheimnis.

Im Übrigen ist das Bankgeheimnis so formuliert – das bitte ich nachzulesen –, dass man nicht einmal Kontoverbindungen nennen darf. Der, der eine Bankverbindung hält, kann sich selbst outen, nicht aber darf die Bank bekannt geben, ob eine Kontoverbindung besteht oder nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe auch nicht nach einer Kontoverbindung gefragt.

Helmut Elsner: Es fällt jedenfalls diese Frage auch darunter; ich kann sie nicht beantworten. Ich beantworte die auf Grund des Bankgeheimnisses nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dr. Taus hat in den Medien bekannt gegeben, dass er in der Angelegenheit des Erwerbs und Weiterverkaufs der bulgarischen MobilTel letztlich mit seinen Anteilen in der Holding nur **treuhänderisch** tätig gewesen sei. – Waren Sie der Treugeber für diese Anteile des Dr. Taus, Sie als Person?

Helmut Elsner: Das betrifft wieder das Bankgeheimnis.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, das betrifft in keiner Weise das Bankgeheimnis. (*Helmut Elsner: Was sonst?*) Ich habe Sie gefragt, ob **Sie** als Person, als **natürliche Person Elsner**, Treugeber waren – nicht in Ihrer Eigenschaft als Funktionsträger der BAWAG.

Helmut Elsner: Nein, also Treugeber war ich nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie waren nicht Treugeber. (*Helmut Elsner: Nein!*) – Haben Sie mit Herrn Schlaff, als Sie sich in Südfrankreich aufgehalten haben, regelmäßig Kontakt gehalten?

Helmut Elsner: Nein. Wann soll das sein, wann?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): In jenen Tagen, als Schlaff, nach Medienangaben jedenfalls, die Kautions hinterlegt hat. Ich schließe die Frage an, ob das richtig ist, dass es Mag. Schlaff war, der die Kautions für Sie hinterlegt hat.

Helmut Elsner: Also so hat mich meine Frau informiert, ich habe mit ihm diesbezüglich – ich konnte keinen Kontakt nehmen, das hat meine Frau gemacht, und daher wird es sicher stimmen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie eine Erklärung dafür, warum Mag. Schlaff das in dieser Geschwindigkeit gemacht hat?

Helmut Elsner: Ich glaube, er hat erstens persönlich dazu Stellung genommen, und das Zweite ist, weil er sicher sein konnte, dass die Kautions für ihn nicht verloren ist, weil ich ja nicht flüchte. Ich habe auch vor, ihm einen allfälligen Zinsverlust, den er durch die Hinterlegung hat, wobei in Frankreich, glaube ich, allerdings verzinst wird, wenn dann meine Werte wieder frei sind, natürlich auszugleichen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist Ihnen der Umstand bekannt, dass Herr Flöttl Aussagen getätigt hat, Dr. Vranitzky 1 Million Schilling überwiesen zu haben?

Helmut Elsner: In den Medien ist es so gestanden, ob es stimmt oder nicht, kann ich nicht beurteilen. Aber aus den Medien habe ich erfahren, dass er das gesagt hat – ob es stimmt, weiß ich nicht. Ob seine Aussage stimmt, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie mit Herrn Flöttl jemals über diesen Umstand gesprochen? (*Helmut Elsner: Nie!*) – Haben Sie mit Herrn Nakowitz über diese Sache gesprochen?

Helmut Elsner: Nein, auch nicht. Das Ganze ist eine Ente. Die Behauptung, dass ich, das ist eine ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, deshalb ist es ja gut, wenn wir Sie selbst fragen dürfen.

Sagen Sie: Haben Sie eine Erklärung dafür, wieso Flöttl in diesen und ähnlichen Zusammenhängen zu Protokoll gibt, dass die Bank – gemeint ist ganz offensichtlich die BAWAG – eine politische Funktion hätte und deshalb er, Flöttl, da Überweisungen zu tätigen hätte?

Helmut Elsner: Das kann ich mir nicht erklären. Die politische Funktion der BAWAG war die, dass man günstige Kredite für Arbeitnehmer bereitzustellen hat und auf der anderen Seite eine möglichst hohe Verzinsung für deren Einlagen. Das war die politische, politisch-wirtschaftliche Funktion. Eine andere gab es nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie eine Erklärung dafür, wieso sich Flöttl auf Nakowitz beruft, dieser, nämlich Nakowitz, hätte ihm das ausgerichtet, er solle eben solche Überweisungen tätigen, letztlich auch eine offensichtlich an die Martin-Schlaff-Privatstiftung, mit der Begründung, die Bank hätte eine politische Funktion? Wie kommt Nakowitz dazu? Helfen Sie uns ein bisschen.

Helmut Elsner: Sie haben gerade gesagt, Flöttl behauptet, dass Nakowitz das gesagt hätte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zu Flöttl, sagt Flöttl.

Helmut Elsner: Ja. Aber dann fragen Sie Nakowitz, und er wird Ihnen sicher gleich sagen, ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich frage **Sie**, ob Sie eine Erklärung dazu haben.

Helmut Elsner: Ich weiß nicht, ich habe keine Erklärung, und ich glaube auch nicht, dass es stimmt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wann ist Kollege Nakowitz in den Vorstand aufgerückt?

Helmut Elsner: Nach meiner Pensionierung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie aus Ihrer aktiven Zeit das Arbeitsverhältnis von Ihnen zu Herrn Nakowitz beschreiben?

Helmut Elsner: Ja, er war zunächst Mitarbeiter der Beteiligungsabteilung beim Vorstandskollegen Zwettler, und der Generalsekretär der Bank, Mag. Legradi, hat mich dann einmal ersucht, er möchte den Job wechseln und etwas anderes machen. Daraufhin habe ich Nakowitz berufen oder vorgeschlagen, und dann ist Nakowitz zum Generalsekretär bestellt worden. Die Zusammenarbeit mit ihm war sehr, sehr gut. Er

war meiner Meinung nach auch sehr kompetent, er war als Pressesprecher kompetent. Ich habe ihm nichts vorzuwerfen. Also ich habe ihn eigentlich sehr geschätzt, und ich war auch der Meinung, dass er dann, wenn ich in Pension gehe, einer derjenigen ist, die sicher auch für den Vorstand geeignet wären. Die Bestellung selbst obliegt natürlich nicht mehr mir, das muss dann der Nachfolger aussuchen und sich mit dem Aufsichtsrat einigen, wie das Team zusammengestellt wird. Also ich kann ihn nur positiv beschreiben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es ist auch nicht die Aufgabe des Ausschusses, in dieser Frage und Phase der Zeugenbefragung primär Vorwürfe zu erheben, sondern **Wahrnehmungen** abzuklären.

Apropos: Haben Sie eine Erklärung dafür, warum Nakowitz, speziell Herr Nakowitz, als Ihre **rechte Hand** in der Öffentlichkeit beschrieben wird, außer dem guten Arbeitsverhältnis? (**Helmut Elsner: Nein!**) – Aber andere Mitarbeiter, führende Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der BAWAG werden nicht ohne Weiteres als Ihre rechte Hand bezeichnet. – Wie erklären Sie sich das?

Helmut Elsner: Das kann ich Ihnen nicht erklären, ich weiß nicht, warum das so ist und wer das ... – weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Elsner, erinnern Sie sich an den Prüfbericht der Nationalbank vom 14. Dezember 2000? (**Helmut Elsner: Nein!**) – Sie erinnern sich nicht daran? (**Helmut Elsner: Nein!**) – Es war eine sehr umfangreiche Prüfung in der BAWAG.

Helmut Elsner: Ich erinnere mich nicht daran.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist bemerkenswert. Dieser Prüfbericht hat eine sehr große Rolle in der Bank gespielt, insbesondere um Sie herum.

Helmut Elsner: Ich kann Ihnen nur wieder antworten: Mag sein; ich kann mich an die Sache nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also wir halten fest: Der Generaldirektor der BAWAG erinnert sich nicht an den Prüfbericht der Nationalbank zum Jahr 2000. – Das sagt er unter Wahrheitspflicht.

Dann frage ich Sie jetzt unter Hinweis auf die Wahrheitspflicht: Wie war Ihr persönliches Verhältnis zu Frau Dr. Tumpel-Gugerell?

Helmut Elsner: Das persönliche Verhältnis war ein loses, freundschaftliches durch ihren Mann, der Aufsichtsratspräsident der BAWAG war. Es war nicht intensiv. Fallweise waren wir gemeinsam im Theater, vielleicht zwei-, dreimal im Jahr gemeinsam Abendessen. Das war es.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Würden Sie sagen, dass Sie ein eher gutes Vertrauensverhältnis zur Frau Dr. Tumpel-Gugerell hatten?

Helmut Elsner: Also ich weiß nicht, was man unter einem „guten Vertrauensverhältnis“ versteht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das hätte ich von einem Bankdirektor schon erwartet.

Helmut Elsner: Misstrauisch war ich ihr gegenüber nicht, aber an Bankgeheimnis und Ähnliches hätte ich mich natürlich bei allen gehalten; oder habe ich mich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich halte Ihnen das Protokoll vor, das Herr Dr. Christian Büttner bei einem Rechtsanwalt hinterlegt hat, über eine Vorstandssitzung vom 5. Oktober 2000. Ich werde Ihnen nicht den Sachverhalt, der im

Strafrecht relevant ist, vorhalten, sondern nur eine Passage in diesem Bericht, wo Büttner darüber berichtet – wir haben ihn zu diesem Bericht auch hier im Ausschuss befragt, er hat die Angaben bestätigt, die er hier zusammengefasst hat –, dass Sie Ihre Kontakte zur Frau Vizegouverneurin Tumpel-Gugerell dazu benutzen würden, dass die Nationalbankprüfung im Sinne der BAWAG gesteuert werde. – Erinnern Sie sich an diesen Vorgang?

(Die Vertrauensperson spricht mit der Auskunftsperson.)

Herr Vorsitzender, ich muss jetzt wirklich darauf aufmerksam machen, dass man die Vertrauensperson einmal darauf hinweist, dass sie nicht bei jeder Frage beratend eingreift. Dann werden wir zwar nicht der Auskunftsperson den Gefallen tun, dass wir die Vertrauensperson hier ausschließen und damit einen Grund liefern, die Sitzung verlassen zu können, sondern ich bitte, das eingehend mit zu protokollieren und dann die Anwaltskammer davon zu verständigen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Laut Geschäftsordnung ist es möglich, und es ist rechtlich verankert, dass die Vertrauensperson die Auskunftsperson beraten kann.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn sich diese an die Vertrauensperson wendet. Ich beobachte, dass hier ganze Antworten eingeflüstert werden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich gehe davon aus, dass es von der Praktikabilität so ist, dass wir diese Beratungen durchaus – von Zulassen ist keine Rede – einmal zur Kenntnis nehmen, weil ich davon ausgehe, dass sonst Herr Elsner gar nichts sagen wird. Ich möchte das jetzt nicht strapazieren.

Herr Elsner, wenden Sie sich bitte an Ihre Vertrauensperson und nicht umgekehrt. Das werden wir jetzt beobachten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir nennen dieses Verhalten „nödülös“, weil nämlich der Herr Dr. Nödl das Gleiche im Eurofighter Untersuchungsausschuss gemacht hat. Der hat sich regelrecht über seinen Klienten drüber gebeugt, um ihm die Antworten einzusagen. Wir haben darüber die Anwaltskammer verständigt – und es wird hier nichts anderes übrig bleiben, als das Gleiche auch zu tun.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte, setzen wir mit der Befragung fort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich wiederhole meine Frage: Herr Dr. Christian Büttner hat einen Aktenvermerk, wo er den Sachverhalt über eine Vorstandssitzung vom 5. Oktober 2000 wiedergibt, bei einem Anwalt hinterlegt. Er hat den Sachverhalt dieses Gedächtnisprotokolls hier im Ausschuss bestätigt.

Ich frage Sie dezidiert nicht zu den in der Anklageschrift relevierten Sachverhalten, die sich hier in diesem Gedächtnisprotokoll wiederfinden, sondern nur zu einem Faktum, das nicht Teil der Anklageschrift ist und das Ihre Beziehung zu Frau Dr. Tumpel-Gugerell erhellen soll. Hier wird behauptet, dass Sie in dieser Vorstandssitzung angekündigt hätten, dass Sie Frau Dr. Tumpel-Gugerell informieren werden, damit die Nationalbanküberprüfung in Ihrem Sinne, nämlich im Sinne der BAWAG, gesteuert werde. – Erinnern Sie sich an diesen Sachverhalt?

Helmut Elsner: Jetzt wende ich mich an meinen Anwalt. – (*Abg. Mag. Stadler: Bitte!*)

(Die Auskunftsperson spricht mit der Vertrauensperson.)

Diese Angabe stimmt nicht. Ich habe mich **nicht** an Frau Dr. Gugerell gewandt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, die Aussage des Herrn Dr. Büttner, wonach Sie berichtet hätten, dass Sie Frau Dr. Tumpel-Gugerell

informieren werden, damit sie mit diesem Wissen, mit dem Sie sie ausgestattet hätten, die Nationalbanküberprüfung steuern könnte, ist unrichtig?

Helmut Elsner: Diese Aussage ist falsch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine andere Frage: Wie ist Ihre persönliche Beziehung zu Herrn Mag. Horngacher.

(Die Vertrauensperson spricht mit der Auskunftsperson.)

Abgeordneter Dr. Günter Stummvoll (ÖVP) *(zur Geschäftsordnung):* Ich muss sagen, schön langsam reißt mir da wirklich ein bisschen die Geduld! Ich meine, wer wem zuerst den Kopf zuwendet, das kann man ja sehr leicht arrangieren, aber es entsteht wirklich der Eindruck, dass der Herr Anwalt wirklich jede Antwort vorformuliert. Hier werden Fragen gestellt zu **persönlichen Beziehungen**, die wahrscheinlich die Auskunftsperson besser weiß als der Anwalt – und trotzdem wird jede Antwort vom Anwalt vorformuliert! Ich glaube, so kann man wirklich nicht fortsetzen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich darf bitten, dass man bei derartigen Fragen nicht ganz große Beratungen abhält, denn das sind wirklich einfache Fragen, ob man den Herrn Horngacher kennt oder nicht und in welcher Beziehung man zu ihm gestanden hat.

Ich bitte die Auskunftsperson um Beantwortung der Frage.

Helmut Elsner: Also zunächst einmal möchte ich mein Recht in Anspruch nehmen, meinen Anwalt fragen zu können, was ich jetzt noch einmal mache, weil das ja alles Dinge betrifft, die auch im Strafverfahren vorkommen. Und daher möchte ich wissen: Kann ich das beantworten oder nicht? Das ist die ganz einfache Frage, die ich ihm jetzt stelle.

(Die Auskunftsperson spricht mit der Vertrauensperson.)

Der Beginn des Verhältnisses – des so genannten; es ist keines – mit Mag. Horngacher war, glaube ich, im Jahr 1995 bei der „Konsum“-Geschichte. Da hat es eine Hausdurchsuchung in der Bank gegeben, die in meinem Büro – ich war damals schon Generaldirektor – von Mag. Horngacher geleitet wurde. Das war es. Eine persönliche Beziehung zu ihm habe ich überhaupt nie gehabt. Es war immer, wenn, ein rein geschäftlicher Kontakt, also geschäftlich in dem Sinn, dass es einmal eine Anfrage an die Wirtschaftspolizei gegeben hat, deren Leiter er war, in einem bestimmten Zusammenhang.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Könnten Sie uns diesen Zusammenhang erwähnen?

Helmut Elsner: Nein. Das ist auch eine Sache, die jetzt im Strafverfahren erhoben wird.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): „NEWS“, Nr. 9 aus 2007, berichtet, dass Ihnen Herr Horngacher geschäftlich äußerst behilflich gewesen sei. – Können Sie das bestätigen?

Helmut Elsner: Nein. „NEWS“ hat viel berichtet, nach meinem Wissen lauter Falsches.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist wahr, diese Erfahrung habe ich auch schon gemacht. Da sind wir eines Sinnes, Herr Elsner.

Nun schreibt „NEWS“ weiter, dass Herr Horngacher für Sie Abfragen getätigt haben soll, so wie Sie das jetzt auch kurz geschildert haben. – Hat es solche Erhebungen über bestimmte Personen mehrfach gegeben?

Helmut Elsner: Diese Frage bezieht sich wieder auf das Strafverfahren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe mich jetzt auf Ihre vorherige Aussage bezogen, die wir ja beim Protokoll haben, dass er für Sie Erhebungen getätigt hat.

Helmut Elsner: Er hat keine Erhebungen durchzuführen gehabt. Ich habe ihn nicht ersucht. Das, was es gegeben hat, liegt schriftlich vor. Da war nichts unter der Hand, nichts unterm Tisch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das habe ich nicht behauptet.

Helmut Elsner: Und weitere Angaben mache ich dazu nicht, weil das mit dem Strafverfahren in Verbindung steht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mir ist nicht bekannt, dass es darum geht, dass hier eine Abfrage über einen gewissen Michail Chernoy Gegenstand des Strafverfahrens ist. – Sagt Ihnen der Name **Michail Chernoy** etwas?

Helmut Elsner: Das ist Gegenstand der Anklage Horngacher, wo möglicherweise die Anklage auf mich ausgedehnt wird. Daher kann ich Ihnen diese Frage nicht beantworten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich muss das zunächst einmal so Ihrem Anwalt glauben, weil wir die Anklage Horngacher hier im Ausschuss nicht haben und auch nicht wissen, inwieweit die Anklage Horngacher auf Sie ausdehnungsverdächtig ist. Ich nehme das einmal zunächst so zur Kenntnis. Ich halte das für nicht unglaubwürdig, dass das unter Umständen so sein könnte.

Dann hätte ich noch eine andere Frage. Erinnern Sie sich noch an die Diskussionen mit der Finanzmarktaufsicht im Zuge der Bankgespräche im Jänner 2003? Das ist noch nicht so weit weg. Das könnte durchaus noch vom Erinnerungsvermögen erfasst sein.

Helmut Elsner: Im Jänner 2003 war ich knapp vor der Pensionierung. Also mit der Bankenaufsicht ... Ich erinnere mich an kein Gespräch, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich halte Ihnen vor und bin ich gerne bereit, Ihnen das Protokoll vorzulegen, um Ihr Erinnerungsvermögen aufzufrischen, denn das ist ein Dokument, das wir über die sozialdemokratische Fraktion bekommen haben, und da werden Sie als Teilnehmer genannt. Ich lege Ihnen dieses Dokument vor. Sie können es gerne durchstudieren und damit Ihr Erinnerungsvermögen vielleicht auffrischen. Bitte.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich das kurz haben, damit wir das für das Protokoll benennen. Vorgelegt wird eine Information betreffend Bankgespräch BAWAG AG, 17. Jänner 2003, 12 Uhr, eine Urkunde von der Finanzmarktaufsicht.

(Die Auskunftsperson liest das Schriftstück gemeinsam mit der Vertrauensperson.)

Das ist eine ziemlich lange Urkunde. Die Frage ist: Reicht das einmal, dass man die Teilnehmerliste vorhält?

Helmut Elsner: Die Bankenaufsicht hat für mich andere Namen beinhaltet. Jetzt sehe ich Univ.-Prof. Dr. Grünbichler. An ein Gespräch mit ihm kann ich mich erinnern, aber inhaltlich nicht mehr. Aber ein sogenanntes Managergespräch mit ihm und offensichtlich den hier angeführten Personen hat es gegeben. Aber wenn Sie mir sagen **Bankenaufsicht**, habe ich das anders assoziiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Elsner, wenn Sie vielleicht die grün angestrichenen Teile dieses Dokuments besonders genau anschauen, weil ich Ihnen dann Fragen dazu stellen möchte.

Helmut Elsner: Da drinnen? (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) Da ist Grünbichler, Dr. Gancz und unterhalb Frau Mazurkiewicz und Mag. Ogrisch, Orisich ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es sind auch im Dokument sehr viele Textpassagen grün angestrichen. (*Helmut Elsner: Bitte?*) Es sind im Dokument längere Textpassagen grün angestrichen – nicht unterstrichen, sondern angestrichen –, und auf eine dieser Passagen möchte ich mich dann beziehen. (*Helmut Elsner: Auf welche?*) – Ich sage es Ihnen dann.

Ich möchte nur, dass Sie sich das vielleicht anschauen, um Ihr Erinnerungsvermögen aufzufrischen, denn es soll nicht der Zustand eintreten, dass sich ein Generaldirektor einer großen Bank an diese bedeutenden Vorgänge nicht mehr erinnern kann.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube, das Erinnerungsvermögen ist ausreichend aufgefrischt. Was man jetzt noch nicht weiß, wird man auch in 10 Minuten nicht wissen.

Ich darf Herrn Kollegen Stadler bitten, eine Frage zu formulieren. Dann geht das Fragerecht auf Kollegen Bucher über.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich brauche es für den Vorhalt. – Herr Generaldirektor Elsner hat jetzt die Möglichkeit gehabt, Einsicht in das Dokument zu nehmen. Ich bin auch der Meinung des Ausschussvorsitzenden, dass es möglich ist, mit dem Dokument sein Erinnerungsvermögen aufzufrischen. Das haben Protokolle so an sich, dass man sie dazu hat, das Erinnerungsvermögen wieder wachzurufen. Da bin ich ganz Ihrer Meinung.

Nun wird in diesem Dokument erwähnt, dass das interne Kontrollsystem der Tochterunternehmungen eine mangelnde Funktionstrennung hatte. Das ist auch Gegenstand des Ihnen nicht mehr erinnerlichen Prüfberichtes der Nationalbank gewesen. – Erinnern Sie sich an diese Problematik?

Helmut Elsner: Nein, aber auch deshalb nicht, weil ich für die Bilanzerstellung und für diese Dinge **nicht** zuständig war. Ich war zum damaligen Zeitpunkt Vorstandsvorsitzender, knapp vor der Pensionierung (*Abg. Mag. Stadler: Richtig!*), aber nicht Bilanzchef und auch nicht Chef der Beteiligungen. Daher ist das primär ... (*Abg. Mag. Stadler: Ich sehe nicht, worin hier die Problematik liegt!*) – Ich erinnere mich jedenfalls an diese Details nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist kein Detail. Es gab das Problem einer fehlenden Kontrolle.

Helmut Elsner: Also mir ist das nicht bekannt, und ich kann nur wiederholen: Ich erinnere mich daran nicht, dass es das gegeben haben soll.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Lassen wir es jetzt einmal dabei bewenden. Es kommen ja dann noch Fragen dazu.

Kollege Bucher gelangt jetzt zu Wort.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Elsner, ich möchte zurückkommen zum Fall **Atomic**. Wie würden Sie Ihr persönliches Verhältnis zu Herrn Kommerzialrat Rohmoser beschreiben? Wie lange haben Sie ihn gekannt, wie war Ihre menschliche Zusammenarbeit?

Helmut Elsner: Ich kann Ihnen den Zeitpunkt nicht mehr nennen. Als ich im Vorstand zuständig wurde für Salzburg, ist auch der Fall Atomic bei mir gelandet, weil der im

Raum Salzburg liegt. Wann das war, weiß ich nicht; 1993 vielleicht. Das persönliche Verhältnis war friktionsfrei. Er hat sehr kooperativ gewirkt. Weitere Feststellungen habe ich nicht zu treffen, außer solchen, die dann später auch ein Strafverfahren möglicherweise betreffen, und daher will ich dazu nicht weiter Stellung nehmen. Aber an sich war es bis zu einem gewissen Zeitpunkt völlig friktionsfrei.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Kann man das so umschreiben, dass Sie sein Lebenswerk, Atomic, auch geachtet haben und Herrn Rohrmoser als Unternehmer geschätzt haben?

Helmut Elsner: Er war sehr, sehr lange Kunde der Bank, von Beginn an. Ich glaube, er hat der BAWAG seine gesamte Existenz, seine Entwicklung zu verdanken; lange vor meiner Zeit, als ich noch gar nicht in Wien war. Natürlich wurde das sehr berücksichtigt, und die Bank und auch ich persönlich haben immer versucht, ihn in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Jetzt hat ja diese Zusammenarbeit mit der BAWAG ein für Rohrmoser unglückliches Ende gefunden. Wie empfinden Sie das jetzt im Nachhinein? Da gibt es ja viele Vorwürfe, die hier von einzelnen Auskunftspersonen gekommen sind. Würden Sie sagen, dass Atomic alleine überlebensfähig gewesen wäre?

Helmut Elsner: Also über die geschäftliche Entwicklung habe ich mich, aber auch der Gesamtvorstand, mehrfach beraten, und es war letzten Endes eine Konkursituation nicht zu vermeiden. Mehr kann ich Ihnen dazu aber auf Grund eines möglicherweise auch diesbezüglich wieder aufzunehmenden Strafverfahrens nicht sagen.

Aber ich darf vielleicht noch etwas sagen: Es gibt einen sicher umfangreichen Gerichtsakt mit allen möglichen Details, und ich würde empfehlen – falls Sie ihn noch nicht haben –, sich den zu besorgen. Dort ist etliches nachzulesen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ich habe jetzt nur eine Frage zu dem gesamten Konkursverfahren. Es hat ja zwei gegeben, die Sie wahrscheinlich auch mitverfolgt haben. – Kennen Sie Herrn Dr. Sieber persönlich? Sagt Ihnen der Name etwas?

Helmut Elsner: Ja, der sagt mir schon etwas. Das war, glaube ich, der Konkursrichter. Ich nehme es an. Ich nehme an, ich liege richtig.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das war der Konkursrichter, das stimmt. – Kennen Sie Herrn Dr. Sieber auch persönlich? Haben Sie ihn einmal getroffen?

Helmut Elsner: Getroffen? Ich glaube, nicht. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Dr. Vavrovsky? Sagt Ihnen der Name etwas?

Helmut Elsner: Ja, natürlich. Dr. Vavrovsky war der Masseverwalter der Firma.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das stimmt.

Helmut Elsner: Den habe ich schon getroffen, zumal ich auch nach Konkurserhebung vor den Mitarbeitern des Werkes in Wagrain auch in seiner Anwesenheit gesprochen habe. Da ist es darum gegangen, die Arbeitsplätze zu schützen, was die Bank auch gemacht hat, um dort Beruhigung einkehren zu lassen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Können Sie sich noch erinnern, warum **Amer** eigentlich relativ spät letztendlich zum Zug gekommen ist, also spät eingestiegen ist und dann zum Zug gekommen ist? Wissen Sie die Hintergründe?

Helmut Elsner: Diese Frage steht in direktem Zusammenhang mit möglichen strafrechtlichen Erhebungen, aber auch vor allem mit dem Bankgeheimnis. Das beantworte ich nicht.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Dann darf ich Sie vielleicht noch um eine Antwort bitten zum Herrn **Dipl.-Ing. Thomas Hackl**. Welche Funktion hatte der Diplomingenieur im Unternehmen der BAWAG ausgeführt?

Helmut Elsner: Das war der Leiter der Treasury-Abteilung der BAWAG.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ausschließlich Treasury-Abteilung – oder hat er noch andere Tätigkeiten ausgeübt im Unternehmen?

Helmut Elsner: In der Bank nicht. (*Abg. Bucher: in der Bank nicht?*) – Nein, meines Wissens nicht.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Der ist dann zur Refco gegangen. Das wissen Sie?

Helmut Elsner: Der ist von uns weg zur Refco gegangen, richtig. Da ist er aus der Bank ausgeschieden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie würden Sie Ihr persönliches Verhältnis zum Vorstandskollegen Büttner beschreiben?

Helmut Elsner: Mein persönliches Verhältnis zu Büttner war aus meiner Sicht auch einwandfrei und friktionsfrei. Es war einmal gegenteiliger Meinung, das ist auch protokolliert worden, das ist ihm nicht nachgetragen worden. Ich habe mit allen meinen Vorstandskollegen ein positives, ordentliches Verhältnis gehabt, also kein privates, ein geschäftliches, und keine Probleme.

Ich brauche den Sauerstoff jetzt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann war er gegenteiliger Meinung? (*Helmut Elsner: Bitte?*)

Vertrauensperson Dr. Wolfgang Schubert: Darf ich um eine kurze Unterbrechung ersuchen, der Amtsarzt ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie können keine Erklärungen abgeben. Sie müssen sich an den Verfahrensanwalt wenden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Schubert und alle! Weniger Aufregung! (*Helmut Elsner: Ich habe gesagt, ich brauche Sauerstoff! Ich kriege keine Luft mehr!*) Die Auskunftsperson möchte eine kurze Unterbrechung, die wir ihr auch zugestehen.

Ich **unterbreche** ich die Sitzung.

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 9.34 Uhr **unterbrochen** und um 9.48 Uhr **wieder aufgenommen**.)

9.48

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und führt aus:

Wir haben uns jetzt mit dem Arzt und mit der Auskunftsperson darauf verständigt, dass wir die Befragung Elsner **für heute** um 10.15 Uhr beenden.

Herr Elsner, ich habe eine Frage an Sie, und zwar betreffend Atomic: Gab es in der Causa **Atomic** Wertberichtigungsbedarf seitens der BAWAG?

Helmut Elsner: Das unterliegt auch dem Bankgeheimnis und dem Geschäftsgeheimnis. Das kann ich Ihnen daher auch nicht beantworten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das glaube ich nicht.

Helmut Elsner: Das betrifft ja den Kredit und die Geschäftsverbindung, und das alles unterliegt dem Bank- und Geschäftsgeheimnis. Daher kann ich, ja **darf** ich diese Frage gar nicht beantworten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich halte Ihnen jetzt zwei Urkunden vor: eine vom 1.9.1994 von der BAWAG an Dr. Maschke, und eine Urkunde vom 8.9.1994 von der BAWAG an Herrn Kommerzialrat Rohrmoser.

Wenn Sie mir bitte sagen, wer seitens der BAWAG diese beiden Schreiben unterfertigt hat?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Es sind zwei Unterschriften darauf.

Helmut Elsner: Die linke Unterschrift ist von mir und die rechte Unterschrift ist von Dr. Schwarzecker auf dem Brief vom 1. September 1994 an Dr. Bertram Maschke. Und die Unterschrift vom 8. September 94 an Kommerzialrat Rohrmoser: Da ist die linke Unterschrift von mir und die rechte von einem Mitarbeiter der Kreditabteilung, Dr. Traumüller, nicht zu verwechseln mit dem Dr. Traumüller von der Finanzmarktaufsicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Schreiben vom 8.9. ist die Teilfälligestellung des Kredites. – Ist das so?

Helmut Elsner: Ich habe es noch nicht gelesen, da muss ich mal schauen.

(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)

Ja, das ist so. Nach dem Brief, den ich hier lese, ist das so.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Können Sie mir erklären, welche Relevanz es gibt – und wie die Geschäftsordnung und wie die Unterschriftenregelung in der BAWAG zu diesem Zeitraum war? Wer hat rechts unterschrieben, wer hat links unterschrieben? Wer war der inhaltlich Verantwortliche? Da muss es ja eine Regelung gegeben haben.

Helmut Elsner: Es hat in dem Sinn keine Regelung gegeben, sondern der Vertragsverfasser hat zuerst unterschrieben, und dann ist die Unterschrift zum Vorstand gekommen, und dann hat ein Vorstandsmitglied mit unterschrieben. Das war in diesem Fall dann ich. Inhaltlich ist das verfasst worden von der Kreditabteilung, und daher ist die Unterschrift von Dr. Traumüller drauf.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, Sie haben links unterschrieben – und was hat das für eine Bewandnis gehabt, dass Sie links unterschreiben?

Helmut Elsner: Das hat die Bewandnis, dass zwei Unterschriften das Schreiben erst rechtsgültig machen und derjenige, der den Brief verfasst hat, zunächst unterschreibt und es dann einem Zweiten zur Unterschrift vorlegt. Wenn ich einen Brief verfasst habe, habe ich rechts unterschrieben. Weil das einfach so war, dass man die linke Seite frei lässt. Das war aber nichts ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Waren Sie inhaltlich vertraut? Bedeutet das, wenn Sie ein Schreiben **links** unterschreiben, dass Sie **inhaltlich** mit den Vorgängen vertraut waren?

Helmut Elsner: Ja, natürlich. Ich unterschreibe nicht, wenn ich damit **nicht** vertraut bin.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie die Vollmacht an die Kanzlei Preslmayr, sprich an Herrn Dr. Gehmacher unterschrieben?

Helmut Elsner: Das müssen Sie mir zeigen! Weiß ich nicht. Ist möglich. Ich weiß es nicht mehr.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt halten Sie es schon für möglich, dass Sie ihn beauftragt haben.

Helmut Elsner: Das weiß ich nicht. Ich weiß es nicht. Ich habe schon gesagt, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Dr. Frotz hat hier ausgesagt, dass Sie ihn angerufen und unmissverständlich klargemacht hätten, dass seine Arbeit in der Atomic-Causa erledigt ist, weil das jetzt **Dr. Gehmacher** macht. – Erinnern Sie sich an dieses Telefonat?

Helmut Elsner: Entschuldigen Sie: Wer sagt das? (*Abg. Krainer: Dr. Frotz!*) – Nein, erinnere ich mich nicht. Erinnere ich mich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Halten Sie das für denkbar?

Helmut Elsner: Ich kann es nicht sagen, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wollen Sie es ausschließen?

Helmut Elsner: Ich kann es weder ausschließen noch bestätigen, ich kann gar nichts sagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Na, das ist ja schon etwas, wenn Sie sagen, Sie können es nicht ausschließen.

Helmut Elsner: Eines kann ich Ihnen sicher bestätigen: Die Bestellung des Anwaltes ist nicht durch mich erfolgt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es reicht ja schon, wenn Sie sagen, Sie können es nicht ausschließen. Dann werden wir Dr. Frotz einfach glauben, dass Sie ihn persönlich angerufen und ihm unmissverständlich klargemacht haben, dass seine Arbeit in der Causa Atomic erledigt ist, weil das jetzt Dr. Gehmacher macht.

Helmut Elsner: Ja. Ich kann das ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wenn Sie das jetzt nicht ausschließen können, müssen wir davon ausgehen, dass es so war – und wenn Sie sagen, Sie erinnern sich nicht

Helmut Elsner: Ich weiß nicht, was Sie daraus für Schlüsse ziehen. Ich weiß es nicht, und ich kann mich an kein Telefonat erinnern.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist eine Frage der Logik (*Helmut Elsner: Von der Logik her auch nicht!*), nicht nur, wer welche Schlüsse zieht. Wenn jemand hier eine Behauptung aufstellt und Sie sagen, Sie können es nicht ausschließen, dann wird es wohl so gewesen sein.

Helmut Elsner: Ich sage Ihnen dazu, ich kann es nicht ausschließen, weil ich es nicht weiß. Ich erinnere mich nicht mehr.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie waren selber, haben Sie gesagt, in Salzburg bei Atomic und haben dort eine Rede vor der Belegschaft gehalten.

Helmut Elsner: Ja, nachdem große Unruhe herrschte, wie das mit den Arbeitsplätzen weitergeht, und nur die BAWAG durch ihre fortgesetzte Lohnfortzahlung die Arbeitsplätze garantieren konnte – und auch garantiert und gehalten hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es hat hier Vorwürfe gegeben, dass für Atomic mehr bezahlt worden wäre als das, was offiziell eingegangen ist.

Helmut Elsner: Entschuldigen Sie, was ist das wieder?

Vertrauensperson Dr. Wolfgang Schubert: Können Sie die Frage wiederholen?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen dazu etwas bekannt?

Helmut Elsner: Ich habe es – noch einmal – nicht verstanden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es wurde hier im Ausschuss der Vorwurf gemacht, dass für Atomic mehr bezahlt wurde, als offiziell die Firma Amer bezahlt hat, dass die über irgendwelche anderen Kanäle noch mehr bezahlt hätte. – Können Sie uns dazu etwas sagen?

Helmut Elsner: Das ist völliger Nonsens. Das stimmt nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, alles, was die Firma **Amer** oder Dritte bezahlt haben, ist alles immer offiziell gelaufen.

Helmut Elsner: Selbstverständlich. In der Bank gibt es nichts Inoffizielles.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe meine Frage vorher gestellt, als die kurze Unterbrechung war, wie Ihr persönliches Verhältnis zu Herrn Büttner war. Das haben Sie gesagt, das war ein gutes Verhältnis, und haben gesagt, er hat einmal widersprochen, das wurde protokolliert. – Was hat er da widersprochen?

Helmut Elsner: Einen Moment!

(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich weiß nicht, ob Ihr Anwalt das weiß!

Helmut Elsner: Das war in einer Vorstandssitzung – glaublich Nationalfeiertag 1998 –, und da gibt es ein Vorstandsprotokoll dazu: das einzige überhaupt in meiner gesamten Laufbahn, das **nicht einstimmig** beschlossen wurde. Da hat Büttner dagegen gestimmt. Aber das liegt sicherlich vor, und das war es.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ich komme nochmals zurück auf Ihre Antwort auf die Frage von Ewald Stadler – die Frage wegen des Verhältnisses zwischen Ihnen, Ihrem damaligen Aufsichtsratspräsidenten Herbert Tumpel und Frau Dr. Tumpel-Gugerell.

Habe ich richtig verstanden, es war ein freundschaftliches Verhältnis, Sie sind also mehrmals im Jahr essen gegangen, ins Theater gegangen, und, und, und? Wenn das jetzt jemand als „Networking“ bezeichnen würde, würden Sie sagen, das stimmt oder stimmt nicht?

Helmut Elsner: Ich habe zunächst einmal nicht gesagt „mehrmals“, sondern ich habe gesagt: vielleicht zweimal im Jahr. Da habe ich ausdrücklich eine Ziffer genannt, das können Sie bitte nachschauen! Und das war ein arbeitsmäßig, durch das Arbeitsverhältnis zu Mag. Herbert Tumpel entstandenes Vertrauensverhältnis. Anders ist das nicht zu beschreiben. Es war nicht so, dass wir gemeinsame Urlaube gemacht hätten, dass wir – ich weiß nicht – was für gemeinsame Feiern besucht hätten, dass ich eine private Freundschaft gepflegt hätte. Das war keinesfalls der Fall.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Habe ich vorher richtig verstanden, dass Sie gesagt haben, an den Prüfbericht 2001 können Sie sich nicht erinnern?

Helmut Elsner: Ich konnte mich inhaltlich an diesen Prüfbericht nicht erinnern – und 2001? Früher hat es geheißen: 2000 – soweit ich mich jetzt erinnere. 2001 kann ich

mich überhaupt nicht erinnern. (*Abg. Mag. **Stadler**: Das stimmt schon! Das datiert 2001!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Prüfbericht hat die Zeit vor 2000 bis inklusive 2000 umfasst (*Abg. Dr. **Stummvoll**: Und ist Anfang 2001 erschienen!*), und ist Anfang 2001 vorgelegt worden.

Helmut Elsner: Wenn ich hier gefragt werde 2000, jetzt höre ich 2001 ... (*Abg. Mag. **Stadler**: Das stimmt schon! Er ist vom Dezember 2000! – Abg. **Krainer**: Der Prüfauftrag!*)

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Er wurde eigentlich 2001 diskutiert und besprochen. Und das ist Ihnen nicht in Erinnerung?

Helmut Elsner: Also jetzt, nachdem ich hier gesehen habe, dass es da offenbar Gespräche gegeben hat, ist mir was mit dem Grünbichler in Erinnerung. Aber von einem **Prüfbericht** ist mir inhaltlich nichts in Erinnerung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht können Sie uns Auskunft darüber geben, wie denn die Berichte der Finanzmarktaufsicht oder der Oesterreichischen Nationalbank im Hause BAWAG im Zeitraum, als Sie Generaldirektor waren, behandelt wurden. Wem sind sie als Erster vorgelegt worden? Wie ist weiter damit vorgegangen worden?

Helmut Elsner: Also die Funktion des Generaldirektors war lediglich die, die Herren, als sie mit der Prüfungshandlung begonnen haben, zu begrüßen, dafür Sorge zu tragen, dass ihnen ein Zimmer zur Verfügung gestellt wird, wo sie in Ruhe arbeiten können. Ich habe darüber hinaus den Auftrag erteilt, wenn eine Prüfung vorgenommen wurde, alle Unterlagen sofort und so schnell wie möglich zur Verfügung zu stellen. – Das war es. Vorgelegt wurde der Prüfbericht dann der Bilanzabteilung, die ja auch, weil diese Dinge ja meistens sie betroffen hat, dazu Stellung nehmen zu hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich kurz unterbrechen: Ist er zuerst auf Ihrem Schreibtisch gelandet und dann weiter verteilt worden?

Helmut Elsner: Nein, nein. Bei mir ist er zuletzt gelandet; möglicherweise vorher auch schon im Aufsichtsrat, aber ich weiß es nicht mehr. Bei mir jedenfalls sicherlich nicht als erstes.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Im Prüfbericht selbst wird Bezug genommen – weil ja ein Teil des Prüfauftrages war, das Beteiligungsmanagement zu prüfen –, dass trotz mehrfacher Aufforderung – so hält es der Prüfer fest – schlussendlich die Unterlagen nicht vorgelegt wurden und daher nicht geprüft werden konnte. Das wurde ausdrücklich festgestellt. – Können Sie sich daran erinnern, dass bei Ihnen ...? (*Helmut **Elsner**: Nein!*) Wurde bei Ihnen urgirt?

Helmut Elsner: Nein, daran erinnere ich mich nicht.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Elsner, kann ich den Schluss ziehen: Wenn Sie sich als Generaldirektor einer großen Bank nicht an einen Prüfbericht der Notenbank, der erst vor wenigen Jahren war, erinnern können, dass Sie diesem Prüfbericht offensichtlich gar keine Bedeutung beigemessen haben!? Sonst würden Sie sich ja erinnern können, nehme ich an.

Helmut Elsner: Herr Dr. Stummvoll, was Sie da annehmen, kann ich Ihnen nicht vorschreiben, aber **so kurze** Zeit ist das nicht her. Ich habe außerdem eine schwere Herzoperation hinter mir, und ich bin ... – Ich kann Ihnen nicht mehr sagen, als ich Ihnen schon gesagt habe. Wenn ich noch aktiv wäre, da können Sie sicher sein,

wüsste ich alles. Wenn ich die Unterlagen sehe, werde ich mich möglicherweise wieder erinnern können.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Können Sie uns sagen, wie man auf Ihre Geschenklisten gekommen ist?

Helmut Elsner: Das steht im Zusammenhang mit dem Strafverfahren, und daher kann ich das auch nicht beantworten.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Bevor ich meine Fragen stelle, möchte ich zwei Dinge festhalten, die hier im Ausschuss besprochen wurden: Zum einen hat Herr Generaldirektor Nowotny sehr wohl vom Geschäftsgeheimnis entbunden, zum anderen hat auch die AFS, die Atomic for Sport, vom Bankgeheimnis entbunden. Daher verstehe ich nicht ganz, warum Sie heute ständig darauf hinweisen, dieses alles **nicht** beantworten zu können.

Meine Frage bezüglich Atomic: Wann hatten Sie das erste Mal Kontakt mit der Firma **Amer**?

Helmut Elsner: Der erste Kontakt mit der Firma Amer? – Genau kann ich es nicht sagen, aber es müsste wahrscheinlich im Jahr 1994 gewesen sein. Ich weiß es nicht, aber es gibt Unterlagen, daraus müsste man das ersehen. Es gibt ein Besucherprotokoll, welche Herren gekommen sind. Ich kann es Ihnen auswendig nicht sagen, aber es müssten sämtliche Unterlagen in der Bank vorhanden sein. Lassen Sie sich diese vorlegen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir hätten es nur gerne von Ihnen persönlich gewusst.

Helmut Elsner: Ich weiß es nicht, entschuldigen Sie. Ich kann mich an einzelne Daten nicht erinnern, aber es gibt Unterlagen, und die werden sicher stimmen. Das ist ja alles verzeichnet, es gibt Protokolle, Besucherprotokolle, Verhandlungsprotokolle.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Besucherprotokolle in der BAWAG, als Aufzeichnung? (*Helmut Elsner: Ja, sicherlich!*) Vielleicht sollten wir diese Unterlagen noch anfordern, diese Besucherprotokolle aus der BAWAG, wann welche Besuche stattgefunden haben. (*Abg. Krainer: Das ist kein Amt und keine Behörde!*) Weiß ich nicht. (*Abg. Krainer: Ist so! Es gibt keine Vorlagepflicht!*) Nach der Geschäftsordnung ist es sehr wohl möglich, dass wir auch das anfordern. (*Abg. Krainer: Nur bei Ämtern und Behörden können wir Ansuchen stellen!*) Wenn uns Herr Elsner schon darauf hinweist, dass es das geben sollte: Warum sollten wir diese Unterlagen nicht anfordern?

Wieso ist es eigentlich notwendig gewesen, dass Atomic for Sport unbedingt noch im Jahr 1994 verkauft werden musste?

Helmut Elsner: Ich kann zu diesen Dingen keine Auskunft geben. Auch das hängt mit der Kundenbeziehung, mit dem Verfahren und mit dem Bankgeheimnis zusammen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Ich habe eingangs gesagt: Generaldirektor Nowotny hat vom Geschäftsgeheimnis entbunden und die AFS ebenfalls vom Bankgeheimnis.

Helmut Elsner: Herr Nowotny kann mich gar nicht vom Geschäftsgeheimnis entbinden. Das ist rechtlich gar nicht möglich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Elsner, im Jahr 2003 gab es einen Flug mit dem damaligen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Martin Schlaff, Leo Wallner und Josef Taus und Ihrer Person nach Bulgarien. – Ist das richtig?

Helmut Elsner: Es hat einen Flug gegeben, ob das allerdings 2003 oder Ende 2002 war, weiß ich nicht. Sie sagen 2003 – das ist möglich, ja. Einen Flug hat es gegeben, daran erinnere ich mich jedenfalls.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): War dieser Flug auf Kosten der BAWAG?

Helmut Elsner: Nein, sicher nicht!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wer hat den Flug bezahlt?

Helmut Elsner: Weiß ich nicht; ich nehme an die MobilTel.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie nehmen an die MobilTel?

Helmut Elsner: Das nehme ich an, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was war der Zweck dieser Reise?

Helmut Elsner: Die MobilTel hat zwei Bösendorfer Konzertflügel angekauft, um sie der Musikhochschule Sofia zu schenken. In diesem Zusammenhang hat es eine größere Feier gegeben, die – auf wessen Kosten, weiß ich nicht – die Staatsoper Wien veranstaltet hat. Es hat Konzertauftritte gegeben, und der Bundeskanzler hat das Engagement der Bank in Bulgarien im Zusammenhang mit MobilTel vor – ich weiß nicht – Tausenden von Gästen lobend erwähnt. – Das war der Grund für diesen Flug.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das Thema „Erwerb der bulgarischen MobilTel“ ist nicht erörtert worden – oder doch?

Helmut Elsner: Die war ja zu diesem Zeitpunkt schon erworben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie wissen ganz genau, dass es zu diesem Zeitpunkt Lizenzschwierigkeiten gegeben hat.

Helmut Elsner: Ich weiß gar nichts ganz genau. – Was hat es gegeben?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Schwierigkeiten mit der Lizenz, diese aufrechtzuerhalten.

Helmut Elsner: Ich war *nicht* Geschäftsführer der MobilTel. Ich habe keine Ahnung, was es da gegeben haben soll.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie wissen nichts davon? (*Helmut Elsner: Nein!*) – Haben Sie in Kontakt mit Herrn Wallner das Engagement im Casino Jericho selbst mit vorbereitet?

Helmut Elsner: Auch Jericho ist Gegenstand des Strafverfahrens, daher kann ich das auch nicht beantworten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist richtig, das akzeptiere ich auch, aber die Frage ist immer, ob Sie sich dann tatsächlich darauf berufen.

Kennen Sie Herrn Chernoy? (*Helmut Elsner: Nein!*) – Sie haben gesagt, Sie haben Herrn Schlaff schon 1978 kennengelernt. – Können Sie die Umstände dieses Kennenlernens schildern?

Helmut Elsner: Das war damals ein Geschäftsgrund. – Zunächst hat sich ja die Bank um Kunden beworben. Es war damals das DDR-Geschäft – mit der Deutschen Demokratischen Republik – von den Banken sehr umworben. Das Unternehmen von Schlaff – das war die Firma Placzek – hat sehr stark mit der DDR Geschäfte gemacht, und einer meiner ehemaligen Kunden in der Steiermark, ein Holzhändler, hat den Kontakt zu Schlaff hergestellt. Es hat ein Gespräch gegeben, über das ich jetzt aber auch wieder nicht im Detail aussagen möchte, weil das das Bankgeheimnis betrifft.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): War Ihnen bekannt, dass Herr Schlaff damals, in den 1970-er, 1980-er Jahren, auch mit chemischen Verbindungen gehandelt hat, die in der Regel für chemische Kampfstoffe Vorproduktionsprodukte sind?

Helmut Elsner: Nein, ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie dann in den Jahren 1989 und folgende erfahren, dass rund um den zeitlichen Mauerfall Schlaff im Verdacht stand, 130 Millionen € veruntreut zu haben? (*Helmut Elsner: Nein!*) – Haben Sie irgendwelche Hinweise auf die geheimdienstlichen Tätigkeiten des Herrn Schlaff gehabt? (*Helmut Elsner: Nein!*)

Herr Elsner, das Objekt **Wollzeile 22** ist Ihnen bekannt. Sie haben schon zu Protokoll gegeben, dass das zumindest im mittelbaren Einfluss der BAWAG gestanden hat. – Ist Ihnen bekannt, dass sich dort DDR-Einrichtungen eingemietet haben? (*Helmut Elsner: Nein!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Elsner, auf Ihrer Weihnachtsgeschenk-Aktionsliste befindet sich nur ein Richter. – Erinnern Sie sich, welcher Richter auf dieser Geschenkliste ist? (*Helmut Elsner: Nein!*) – Ich halte Ihnen vor, dass Herr Dr. Gregor Sieber, der Konkursrichter im Atomic-Konkurs, der einzige Richter ist, den wir auf dieser Geschenkliste gefunden haben. – Erinnern Sie sich daran, dass Herr Dr. Sieber auf die Geschenkliste kam? (*Helmut Elsner: Nein!*) – Ich kann Ihnen die Geschenklisten auch gerne vorlegen.

Helmut Elsner: Wissen Sie, was er bekommen hat?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es sind verschiedene Dinge: Terminplaner, eingefasste Ledermappen, Bücher und so weiter. Es ist nur bemerkenswert, dass Herr Dr. Sieber der einzige Richter ist, der auf diese Geschenkliste kam. Wer hat entschieden, wer auf diese Geschenkliste kommt? – Herr Elsner, ich sage Ihnen noch ergänzend dazu, dass es sich nicht um die Geschenkliste der Bank, sondern um die der **Generaldirektion** handelt.

Helmut Elsner: Ja, und der Generaldirektor war damals nicht ich!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja. Daher haben Sie das entschieden, dass Herr Sieber auf diese Liste kommt?

Helmut Elsner: Ich weiß es nicht, ich nicht!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer entscheidet das für Sie als Generaldirektor, wer auf die Liste der Generaldirektion kommt?

Helmut Elsner: Die Fachabteilungen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie hatten dafür eine eigene Fachabteilung? (*Obmann Dr. Graf: Es ist gesagt worden: „die Fachabteilungen“!*)

Helmut Elsner: Ich weiß es nicht. Ich kann es nicht sagen. Die verschiedenen Fachabteilungen, die der Meinung sind, dass man Weihnachtsaufmerksamkeiten macht.

Im Übrigen, das kann ich Ihnen schon sagen, habe ich das alles abgeschafft, als ich gekommen bin, weil wir nur mehr für „Licht ins Dunkel“ gespendet haben und aus der BAWAG eigene Literatur, ein Buch mit einem Kalender, verschickt haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Elsner, da muss ich Ihnen widersprechen. Ich habe hier die Geschenkliste 2005: Da ist Herr Dr. Sieber drauf; 2003, 2002.

Helmut Elsner: 2005 war ich schon längst in Pension.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, da war er immer noch drauf! Er ist durchgängig seit 1998 drauf. Wir haben Listen hier. Ich nehme an, es gibt noch weitere Listen, aber ich habe hier vorliegen, dass Dr. Sieber durchgängig seit 1998 auf dieser Liste als Geschenkeempfänger Ihrer Generaldirektionsgeschenke drauf ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage, die da ja nur lauten kann, ist: Ist sie tatsächlich abgeschafft worden in Ihrer Amtszeit?

Helmut Elsner: Natürlich ist sie abgeschafft worden. Ich kann das jetzt auch nicht glauben. Vielleicht stimmt das Datum nicht. Ich weiß es nicht. Was hat er denn bekommen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben diese Dokumente über die Behörden ... (*Helmut Elsner: 2005 sagen Sie?*) – 2005, 2003, 2002, 2001, 2000, 1998, 1999 – immer taucht Dr. Sieber auf dieser Liste auf.

Helmut Elsner: Ich würde gerne wissen, was er bekommen hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das können Sie gerne selbst einsehen, wenn Sie wollen. Es geht mir nicht darum, was er bekommen hat, sondern ... (*Helmut Elsner: Das möchte ich aber gerne wissen, weil ...!*) – Ja, das kann ich Ihnen gerne zeigen, was er bekommen hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht lassen wir Herrn Elsner ausführen, warum für ihn diese Information, was er bekommen hat, zur Beantwortung der Frage wichtig ist. Was spielt das für eine Rolle, was er bekommen hat? Können Sie uns dazu etwas sagen?

Helmut Elsner: Wenn er einen Kalender bekommen hat, kann ich mir nicht vorstellen, dass man das als **großes Geschenk** bezeichnet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er steht halt drauf. Und er ist der einzige Richter, den ich gefunden habe. – Oder haben Sie weitere Richter auf Ihrer Geschenkliste gehabt, Herr Elsner?

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Helmut Elsner: Das ist ja die Liste von 1998.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, Sie müssen nur weiterblättern. Das ist ein Exzerpt, da sind alle Listen bis 2005 da. – So sehr sind Ihre Anweisungen in der Bank befolgt worden, dass die Listen immer noch da waren, obwohl Sie sie angeblich abgeschafft hatten.

Helmut Elsner: Also da sind Geschenke, wie ich da sehe: 111 S, 109 S ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es sind auch Geschenke im Wert von mehreren tausend Schilling in den Geschenklisten vorhanden. Es geht nicht darum. – Mir geht es darum, warum Herr Dr. Sieber der einzige Richter ist, ...

Helmut Elsner: Da ist kein Geschenk über 1 000 S, nicht einmal annähernd.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist nur ein Exzerpt. Wir haben im Archiv des Parlaments die umfangreichen Listen. Es sind ja umfangreiche Listen, an wen Sie verteilt haben.

Helmut Elsner: Ich weiß es nicht, ich kann es Ihnen auch nicht beantworten. (*Abg. Mag. Kogler: Verzetnitsch mit 17 000 S!*) – Wir reden aber da von Dr. Sieber.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte mich jetzt wirklich auf Dr. Sieber konzentrieren. (*Obmann Dr. Graf: Bitte eine Frage; wir sind unter Zeitdruck!*)

Haben Sie weitere Richter auf Ihrer Geschenkliste gehabt – oder war Herr Dr. Sieber tatsächlich der einzige?

Helmut Elsner: Also ich kann mich an meine Geschenklisten ... – Es sind erstens nicht meine, es sind die der Bank (*Abg. Mag. Stadler: Nein, der Generaldirektion!*), ich habe keine persönlichen Geschenklisten, und zum Zweiten weiß ich es nicht, ich kann es nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nebenbei, Herr Bankdirektor, waren es zum damaligen Zeitpunkt schon Euro, mit denen verrechnet wurde. (*Helmut Elsner: Wann?*) – 2005 zum Beispiel.

Helmut Elsner: Da war ich in Pension. Was soll ich Ihnen dazu sagen? – Keine Ahnung. (*Abg. Mag. Stadler: 2003, 2004!*) – 2003 war ich auch in Pension, zu Weihnachten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich wollte nur sagen: Es waren Euro. Nicht, dass Sie die Beträge runterspielen sollten. Ich will nur fragen: Haben Sie weitere Richter auf Ihrer Geschenkliste gehabt?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Diese Frage ist beantwortet. Herr Elsner sagt: „nein“ oder: „weiß es nicht“.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie uns erklären, warum Herr Schlaff Zigarren bekommen hat? War das Ihre persönliche Präferenz für Herrn Schlaff?

Helmut Elsner: Weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn man die Geschenklisten anschaut, hat man schon den Eindruck, dass sie von Ihnen sehr persönlich gemacht wurden.

Helmut Elsner: Aber nicht von mir persönlich, sondern die Bank hat das gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben schon ein bisschen die Präferenzen Ihrer Freunde gekannt, wenn man sich die Geschenklisten anschaut.

Helmut Elsner: Die Präferenzen von Kunden, die man zu Weihnachten beschenkt, kennt jede Bank. (*Abg. Mag. Stadler: Herr Sieber war Kunde?*) – Nein, ich rede jetzt im Allgemeinen von Kunden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber das ist ja nicht der Kunde, das ist ja ...

Helmut Elsner: Ich erinnere mich an Herrn Sieber nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben aber gesagt, Sie können sich an ihn erinnern!

Helmut Elsner: Ja, dass er Konkursrichter war, aber an sonst schon nichts; an keine Kontakte, an gar nichts.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe Ihnen die Geschenkliste vorgehalten. Da steht drauf: Herr **Rat** Sieber – es ist also erkennbar, dass es ein Richter ist. Ich habe sonst keinen „Rat“ mehr gefunden. Es ist offensichtlich Herr Sieber von Ihnen exklusiv auf diese Geschenkliste gekommen.

Helmut Elsner: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Elsner, zurück zu **Atomic**. Im Jahr 1998 wurden von der Kriminalabteilung Salzburg Vorerhebungen durchgeführt. Es steht im Raum, dass Sie damals bei Herrn Innenminister Schlögl interveniert hätten, dass diese Voruntersuchungen abgebrochen werden. – Ist das so richtig?

Helmut Elsner: Sie müssen sich mit dem Brief mitsamt dem Inhalt befassen, dann werden Sie sehen, was ich dem Herrn Minister mitgeteilt habe. Es war keine Intervention.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Der Brief liegt uns vor.

Helmut Elsner: Ist da auch der Inhalt dabei, den ich mitgeschickt habe? (*Abg. Bucher: Ja!*) – Dann müssen Sie auf den Inhalt Bezug nehmen. Das hat sich darauf bezogen – das kann ich Ihnen ohne weiteres beantworten –, dass es einen Polizeiinspektor, ich glaube, Mayer in Salzburg gegeben hat, dem die Staatsanwaltschaft Salzburg mindestens 20 Verfehlungen bei Zeugenbefragungen, bei Unterdrückungen, bei Falschaussagen vorgeworfen hat. Diese Liste war im Strafakt gegen ihn zu bekommen, die ist uns von den Anwälten gegeben worden. Und ich habe sie Mag. Schlögl unter Hinweis darauf geschickt, dass ich der Meinung war, dass man jetzt nicht nur dieses Strafverfahren, sondern dass man gegen den auch ein Disziplinarverfahren einleiten sollte. Das war es. Die Unterlage der Staatsanwaltschaft Salzburg müssten Sie ja bekommen haben. (*Abg. Bucher: Die haben wir!*) – Da werden ihm 20 Verfehlungen oder so in der Art vorgeworfen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Wir verfügen über diese drei Schriftstücke. – Gab es darüber hinaus noch andere Telefonate zu diesem Fall? (*Helmut Elsner: Nein!*) – Sie haben mit Herrn Innenminister Schlögl darüber nie mehr gesprochen?

Helmut Elsner: Ich kann mich nicht erinnern. Ich habe einen Brief geschrieben, soweit ich mich erinnere. (*Ruf: Drei Briefe!*)

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Eines interessiert mich noch: Wenn sich die BAWAG der Atomic sozusagen entledigt hat, warum hat man sich dann bei Atomic Austria neuerlich beteiligt? Was war da die Überlegung? (*Helmut Elsner: Noch einmal, bitte! Wie war das?*) Die BAWAG hat sich der Atomic sozusagen entledigt und sich dann bei Atomic neuerlich beteiligt.

(*Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.*)

Helmut Elsner: Das betrifft die Geschäftsbeziehung zu Amer und unterliegt daher dem Bankgeheimnis.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das ist falsch.

Helmut Elsner: Natürlich! Atomic neu war Amer, der Eigentümer Amer. (*Abg. Mag. Kogler: Aber Beteiligungen sind kein Bankgeheimnis!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es gab eine Beteiligung der BAWAG an der Firma Amer, und es gab ein Gesellschafterdarlehen. – Das ist kein Bankgeschäft.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Eine Beteiligung.

Helmut Elsner: Gesellschafterdarlehen ist kein Bankgeschäft, bitte? – Selbstverständlich ist das ein Bankgeschäft!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn der Gesellschafter seiner Gesellschaft ein Darlehen gibt, ist das kein dem Bankgeheimnis unterliegendes Bankgeschäft. (*Abg. Krainer: Das ist kein konfessionspflichtiges Bankgeschäft gemäß BWG, ist nicht vom BWG umfasst!*)

Ich darf vielleicht festhalten: Nur deshalb, weil die Bank auch Geschäfte macht und ein Geschäftspartner eine Bank ist, ist das noch lange nicht ein Fall des Bankgeheimnisses.

(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)

Helmut Elsner: Die Gruppe Amer hat nur unter diesen Bedingungen der Geschäftsbeteiligung gekauft. Daher unterliegt das dem Gesamtgeschäft und damit wiederum dem Bankgeheimnis.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Es war Ihnen also schon bei den Verhandlungen klar, dass Sie sich später am Unternehmen beteiligen müssen?

Helmut Elsner: Das war Teil der Verhandlungen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Befragung des Herrn Elsner ist für heute beendet. Ich danke für Ihr Erscheinen!

(Die Auskunftsperson Helmut Elsner verlässt – in Begleitung der Vertrauensperson Dr. Wolfgang Schubert – den Sitzungssaal.)
10.22

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Sitzung ist **unterbrochen**.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 10.23 Uhr **unterbrochen** und um 10.36 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

10.36

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 10.36 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und teilt zunächst mit, dass er, so der Ausschuss nichts dagegen hat, BAWAG-Generaldirektor Dr. Nowotny ersuchen werde, Herrn Generaldirektor außer Dienst Helmut Elsner in schriftlicher Form gegenüber dem Ausschuss vom Geschäftsgeheimnis zu entbinden, damit am nächsten Mittwoch weitere Fragen an ihn gestellt werden können.

10.37

Obmann Mag. Dr. Martin Graf ersucht nun darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dr. Gregor Sieber** in den Saal zu bitten.

(Die Auskunftsperson Dr. Gregor Sieber wird – begleitet von ihrer Vertrauensperson Mag. Gregor Sieber – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf begrüßt Herrn **Dr. Gregor Sieber** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe seiner Personalien.

Auskunftsperson Dr. Gregor Sieber (Richter; Landesgericht Salzburg): Mein Name: Dr. Gregor Sieber; Geburtsdatum: 17. April 1946; Beruf: Richter; Adresse: 5020 Salzburg.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf setzt Dr. Gregor Sieber davon in Kenntnis, dass er sich als öffentlich Bediensteter gemäß § 6 Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen darf und dass seine vorgesetzte Dienstbehörde von der Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt wurde und keine Mitteilung gemacht hat, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit seiner Aussage für erforderlich hält.

Zudem hält der Obmann fest, dass das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter gewahrt zu bleiben haben. Dies gelte auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Danach ersucht der Obmann auch die Vertrauensperson um Bekanntgabe ihrer Personaldaten.

Vertrauensperson Mag. Gregor Sieber: Mein Name: Mag. Gregor Sieber; geboren am 29. April 1980; wohnhaft in 1070 Wien; Jurist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Mag. Sieber als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist **nicht der Fall**.

Sodann setzt der Obmann mit der **Belehrung** der **Vertrauensperson** fort:

Ich habe auch Sie, Herr Mag. Sieber, über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer allenfalls vorsätzlichen falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die Beratung der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder an Stelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Die Frage des Obmannes an die Auskunftsperson Dr. Sieber, ob Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung, auf die sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen wurde, vorliegen, wird von dieser **verneint**.

Bevor der Obmann dem ersten Fragesteller das Wort erteilt, macht er Herrn Dr. Sieber darauf aufmerksam, dass er die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen hat, und fragt ihn, ob er davon Gebrauch machen will.

Da Dr. Sieber dies bejaht, erteilt der Obmann der Auskunftsperson dazu das Wort.

Dr. Gregor Sieber: Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin seit 1973, also seit 34 Jahren, Richter; die letzten 22 Jahre Insolvenzrichter beim Landesgericht Salzburg. Ich habe mir in diesen Jahren bei Kollegen und Verfahrensbeteiligten eine hohe persönliche Wertschätzung und darüber hinaus eine besonders anerkannte Kompetenz im Insolvenzrecht erworben. Ich gehöre der von den anderen Staatsgewalten getrennten Gerichtsbarkeit an und darf als Richter und geladene Auskunftsperson doch um eine angemessene Behandlung hier in diesem Untersuchungsausschuss ersuchen. Die mir aus Ausschussprotokollen und dann auch in den Medien bekannt gewordenen Vorwürfe, ja Beleidigungen, weise ich entschieden zurück.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Sieber, darf ich Sie erinnern: Es geht darum, dass Sie zu den Untersuchungsgegenständen, zu denen Sie geladen sind, eine Erklärung abgeben können (*Dr. Sieber: Ich komme jetzt gerade dazu!*) – und nicht jetzt zu Gericht über diesen Ausschuss sitzen.

Dr. Gregor Sieber: Nein, aber ich halte mich an diese Vorgaben, so wie Sie sich daran halten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vor allem weise ich Sie darauf hin, dass das Ablesen von Urkunden nicht Sinn und Zweck dieser Erklärung ist und auch nicht gestattet ist. Wenn Sie eine Erklärung abgeben wollen, dann können Sie ruhig Hilfsmittel für Daten oder irgendwelche Fakten verwenden, aber eine Erklärung abzulesen, ist an sich nicht zulässig. Bitte beherzigen Sie das!

Dr. Gregor Sieber: Darf ich fortsetzen? (*Obmann Dr. Graf: Bitte!*) – Danke.

Diese Anschuldigungen, die ein gewaltiges Ausmaß erreicht, kann ich in zwei Bereiche einteilen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Sieber, Sie setzen genauso fort, wie vor der Unterbrechung. Es ist nicht zulässig, dass Sie hier jetzt den Ausschuss in Verantwortung ziehen oder kritisieren, wie die öffentliche Berichterstattung über den Ausschuss ist, denn das ist **nicht** Gegenstand der Untersuchung. Ich darf Sie bitten, Ihre Erklärung auf den Gegenstand unseres Untersuchungsauftrages zu reduzieren, ansonsten gehen wir in die Fragerunde ein!

Dr. Gregor Sieber: Darf ich auf die Vorwürfe, die bisher erhoben worden sind, replizieren, damit wir in dieser Situation eine gleiche Behandlung haben, so wie Sie als Abgeordneter auch ich als Auskunftsperson.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Ausschuss hat bis dato überhaupt niemandem einen Vorwurf gemacht. Und die mediale Berichterstattung hat mit diesem Gremium nichts zu tun.

Dr. Gregor Sieber: Dann kürze ich das möglichst ab. (*Obmann Dr. Graf: Bitte!*)

Im ersten Teil werden Vorwürfe erhoben, die durch gerichtliche Entscheidungen, Rechtsmittel, Befangenheitsanträge, Zivilverfahren, Berichte an die Dienstbehörde, Strafverfahren und Untersuchungen überprüft und entschieden worden sind, gerichtlich entschieden worden sind, ohne dass auch nur Restspuren von Verdachtsmomenten geblieben sind.

Die zweiten Vorwürfe übergehe ich gerne, weil sie nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses sind, sondern nur mein Privatleben betreffen. Daher wollte ich nur darauf hinweisen, dass ich hier in aller Deutlichkeit festhalten möchte, dass diese Ermöglichung der Darstellungen in der Öffentlichkeit von mir nicht goutiert wird.

Ich bin damit sehr einverstanden, dass das jedermann zustehende Grundrecht der Wahrung der Integrität, der Ehre und des Privatlebens hier in diesem Untersuchungsausschuss gewahrt wird. Aber zur Beurteilung des von Ihnen aufgetragenen Untersuchungsausschusses darf ich folgende Gerichtsakten, die alle auch Ihnen vorliegen, und auf folgende Entscheidungen in diesen Gerichtsakten hinweisen.

In den Konkursen selbst ist es nach der Konkursordnung notwendig, dass der Richter den Verfahrensablauf am Schluss in sogenannten Rechnungslegungsbeschlüssen sowohl hinsichtlich der Handlungen der Masseverwalter als auch der Richtigkeit der Abrechnungen des Masseverwalters überprüft und darüber eine Entscheidung trifft. Diese Entscheidungen habe ich selbst getroffen, und sie alle wurden in den Instanzen bestätigt.

Es gibt, wie Sie wissen, Strafverfahren. Ich darf Sie aufzählen, damit Sie sicher sind, dass alle diese Akten hier sind: Strafverfahren gegen Gehmacher, Kraft und unbekannte Täter wegen Nötigung in Salzburg; Strafverfahren gegen Gehmacher, Kraft und unbekannte Täter wegen Nötigung in Innsbruck; Nachtragsanzeigen gegen Vavrovsky, Sieber, Honsig-Erlenburg und andere in Steyr; Strafverfahren gegen Rohmoser wegen Krida in Salzburg über Anzeige der Masseverwalter; Strafverfahren gegen Rohmoser wegen Krida in Salzburg über Anzeige der BAWAG; Strafverfahren gegen Mayer und Wiedermann wegen Amtsmissbrauch in Steyr; Strafverfahren gegen Oberarzbacher und Medieninhaber wegen Verleumdung und übler Nachrede; drei Verfahren, eingeleitet von der Staatsanwaltschaft Salzburg und den drei Privatanklägern Sieber, Vavrovsky, Honsig-Erlenburg – beide Verfahren sind rechtskräftig in Salzburg erledigt und von der Rechtsmittelinstanz bestätigt; Strafverfahren gegen Mag. Ewald Stadler wegen übler Nachrede vor dem LGS Wien – dieses Verfahren ist noch anhängig.

Zivilverfahren: Prüfungsprozess in Salzburg und Feststellungsprozess in Wien – der Prüfungsprozess hat die Regressforderung Rohmoser betroffen, der Feststellungsprozess die Feststellung der Forderung der BAWAG gegen Rohmoser, ob überhaupt noch eine offen ist –; dann der erste Amtshaftungsprozess BAWAG gegen Republik wegen Fehler der Ermittlungsorgane in Salzburg; dann Amtshaftungsprozess in Wels: Atomic gegen Republik Österreich wegen Fehler der Gerichtsorgane, nämlich von mir.

Der Ausgang dieser Verfahren ist Ihnen allen bekannt. Die Akten sind alle vorgelegt worden. Ich sehe aber ein, dass es, wenn man nicht 14 Jahre diese Verfahren begleitet hat, unmöglich ist, die alle durchzulesen und alle parat zu haben. Daher stehe ich

gerne zu entsprechenden Erläuterungen diesbezüglich zur Verfügung. Jedenfalls ist keiner von den erhobenen Vorwürfen in diesen Gerichtsverfahren auch nur mit Restspuren von Verdachtsmomenten übriggeblieben.

Als Letztes möchte ich eintreten in die tatsächlichen Untersuchungsthemen dieses Untersuchungsausschusses und darf erinnern an die Aufklärung der politischen und rechtlichen Verantwortung für den Konkurs von Atomic und für die De-facto-Gestion der Hauptgläubigerin BAWAG.

Da möchte ich Sie zurückführen in das Jahr 1994, in die Situation, in welcher sich der Richter im September 1994 befunden hat, weil Gerichtsentscheidungen durch zehn Jahre später erworbenes Wissen damals nicht begründbar waren. Hier hat es Anfang September ein mediales Vorgeplänkel gegeben. Ab dem 9. September hat es ganz intensive tägliche Berichterstattung über Atomic in den „Salzburger Nachrichten“, im „Kurier“ und in der „Kronen Zeitung“ gegeben. Ich habe hier ein ganzes Konvolut von Zeitungsausschnitten mit; wenn es Sie interessiert, können Sie das nachlesen.

Ein paar Schlagzeilen:

Atomic in Panikreaktion von Rohrmoser verschleudert. Fast 2 Milliarden Schulden. Tausend Arbeitsplätze gefährdet.

Oder: Knalleffekt bei Atomic: BAWAG bekämpft Treuhandlösung.

Oder: Welser Partie stößt zu, wenn der Pleitegeier kreist. Wer kauft Atomic um 400 Millionen? Garantiert BAWAG das Überleben von Atomic? Nach BAWAG-Klage spricht Treuhänder von Konkurs. Weil die BAWAG einen 200-Millionen-Kredit fällig stellte, drohen nun die Zulieferer auszusteigen. BAWAG hebt Kontosperre kurzfristig auf, um die Fortführung zu sichern. BAWAG lehnt Rohrmoser-Angebot ab. Konkurs ist nicht mehr aufzuhalten.

Kurz nach der Konkurseröffnung war eine schaurige Bilanz bei Atomic im „profil“ dargestellt mit 400 Millionen Verlust im Geschäftsjahr 1993.

Am Schluss erlaube ich mir noch einen Hinweis, dass in den Medien gestanden ist, dass David Zwilling als Sprecher eines Bergbahnen-Konsortiums für Atomic for Sport 400 Millionen bieten würde.

Ich habe jetzt noch vorbereitet eine kurze Zusammenfassung über die zwei oder drei Tage, die der Konkurseröffnung vorhergegangen sind. Ich möchte das in einem Guss sagen, weil sonst komme ich immer wieder in das längere Erzählen, wenn Sie erlauben.

Diese Woche hat am 12. September begonnen und am 16. September geendet. Am 13. und 14. September kam es zu ersten Kontakten mit dem Anwalt der BAWAG Dr. Gehmacher. Er ist zu mir gekommen oder hat mich angerufen, hat mir mitgeteilt, dass die BAWAG ernsthaft einen Konkurseröffnungsantrag stellt und genauso ernsthaft sichergestellt haben will, dass Atomic fortgeführt wird und dass dieses Unternehmen nicht riskiert wird.

Ich habe dann festgestellt, wer Herrn Rohrmoser vertritt. Es war sowohl den Medien zu entnehmen als auch den Unterlagen: Dr. Maschke in Radstadt. Auch den habe ich kontaktiert. Er hat dieses Vertretungsverhältnis bestätigt und hat schlussendlich darauf hingewiesen, dass er im Verfahren selbst Atomic nicht mehr vertreten kann, weil Rohrmoser die Geschäftsführungsbefugnis zurückgelegt und eine andere Situation in der organschaftlichen Vertretung bestanden hat.

Aber Dr. Maschke hat mir bestätigt, dass es Krisensitzungen gibt und dass ihm Dr. Gehmacher am 15. September, also einen Tag vor Konkurseröffnung, diese

Konkurseröffnungsanträge und vor allem die seitenlangen Anträge auf Fassung von einstweiligen Vorkehrungen überreicht hat. Dies hat wieder zu Krisensitzungen geführt. Maschke hat dann erklärt, dass er nach einer Sitzung mit der Familie Rohrmoser, auch unter Beiziehung der beiden Töchter, zu dem Ergebnis gekommen ist, dass der Konkurs unausweichlich ist, dass die Rettung des Unternehmens im Vordergrund beziehungsweise die Fortführung des Unternehmens steht, und wenn das von der BAWAG angeboten wird und gesichert wird, dann sei ein Einverständnis mit der Konkurseröffnung gegeben.

Die andere Situation wäre gewesen, um darauf nur kurz hinzuweisen: Jeder Antragsgegner kann jedem Antrag entgegentreten. Er kann in der Sache und in der rechtlichen Schlussfolgerung bekämpfen. Es hätte dazu geführt, dass die BAWAG die Kontensperre nie gelockert hätte, nie aufgemacht hätte, und daher hätten weder Lieferantenlöhne, Sozialversicherungsbeiträge und sonstige Fixkosten des Unternehmens gezahlt werden können, und das Unternehmen wäre in einem Dreischichtbetrieb zusammengebrochen.

Und jetzt zu der mir vorgeworfenen „Eile“: Am 16.9. lagen diese Zustimmungserklärungen schriftlich vor, sowohl vom Vertreter des Herrn Rohrmoser als auch vom Geschäftsführer Wittmann für Atomic for Sport. Die Eröffnung an einem Freitag ist sicher ungewöhnlich, aber es gibt dem Masseverwalter die Möglichkeit, schon über das Wochenende, wenn der Dreischichtbetrieb zurückgefahren wird auf einen Wochenendbetrieb oder eingestellt wird, sich dort vor Ort sehr schlau zu machen, alles zu überblicken und schon zu beginnen, dieses Fortführungsszenario anzugehen.

Und so war es. Ich habe am 16.9. nach Vorliegen beider Zustimmungserklärungen, nach Zustellung beider Anträge beide Konkurseröffnungen geschrieben, die Beschlüsse, habe den ersten Beschluss an die Geschäftsstelle überreicht, womit sie für den Richter unrückrufbar wird, und den zweiten Beschluss einer Richteramtsanwärterin zu treuen Händen gegeben und habe ihr gesagt, sie soll warten, bis ich sie anrufe, was weiter geschieht. Dann bin ich nach Altenmarkt gefahren, zusammen mit Dr. Vavrovsky, der schon als Masseverwalter im Konkurs Rohrmoser bestellt war, Masseverwalter war und für Atomic in Aussicht genommen worden ist, und zusammen mit Dr. Gehmacher als Vertreter der BAWAG.

Das ist kein ungewöhnlicher Vorgang, sondern dient der Informationsaufnahme unterwegs vor Ort, weil ein 1 000-Mann-Unternehmen oder ein Betrieb mit 850 Leuten in Altenmarkt und 250 oder 150 Leuten in Köflach ein relativ großes Unterfangen ist und hier jede Information gut war.

In Altenmarkt habe ich dann mit dem Herrn Pilotto, der mit seinem Anwalt Dr. Chalupsky telefonisch rückgefragt hat, das Legitimations-, das Vertretungsproblem gelöst. Ich kann mich noch erinnern, dass der Dr. Chalupsky mich damals sehr zynisch gefragt hat, was ich von einem Prokuristen will, wenn der Geschäftsführer schon unterschrieben hat. Ich war aber damals in dieser Situation, wo es sehr schnell gegangen ist, nicht sicher, ob nicht Pilotto die Geschäftsführungsbefugnis übernommen hat, nicht die Prokura, sondern geschäftsführergesamthandzeichnungsberechtigt geworden wäre.

Und weil mir Wittmann einen Zettel zurückgeschickt hat, diese Zustimmungserklärung, die Ihnen vorliegt, wo rechts vorgedruckt ist: ppa. Pilotto, habe ich diese Information des Herrn Wittmann, dass er auch von einem Prokuristen ausgeht, einmal zur Kenntnis genommen, habe dort den Herrn Pilotto aufgesucht, und der hat nach Rücksprache mit seinem Anwalt hier unterschrieben.

Wo das war, ich weiß es nicht mehr. Jedenfalls war er zuerst im Büro und hat telefoniert. Möglicherweise habe ich diese Erklärung noch im Auto gehabt, und er hat es dort am Auto unterschrieben. Das weiß ich nicht mehr. Es ist auch völlig ohne Belang, weil ich extra drübergeschrieben habe: falls noch erforderlich – Pilotto.

Nach dieser Unterschrift habe ich dann die Richteramtsanwältin angerufen und habe gesagt, bitte übergeben Sie das der Geschäftsstelle, wodurch die Entscheidung wiederum am selben Tag ergangen ist. Die entsprechende Zustellung erfolgte durch Aushang an der Gerichtstafel, und die Wirksamkeit der Konkurseröffnung ist mit null Uhr rückwirkend des 16.9.1994 in beiden Konkursen eingetreten. In beiden Konkursen war dann Dr. Vavrovsky Masseverwalter.

Anschließend war Maschke auch dort, den ich hingebeten habe. Und dann habe ich ihn gefragt, ob wir den Herrn Kommerzialrat Rohrmoser besuchen können und mit ihm sprechen können. Er hat gesagt, natürlich, er ruft ihn an. Wir sind dann zu ihm hinaufgefahren auf die so genannte Alm bei Schloss Höch. Wir haben dort einen Kaffee bekommen, haben alles mögliche besprochen, und es war überhaupt keine Rede davon, dass der Herr Rohrmoser zutiefst verletzt, gekränkt, wütend, abwehrend und so weiter gewesen wäre. Er ist dort mit seinem Anwalt gesessen und hat mit uns Kaffee getrunken. Er hat nur seine Mitarbeit dem Herrn Dr. Vavrovsky nicht angeboten, sondern gesagt, er hilft nicht mit, dieses Unternehmen weiter zu führen.

Das waren die Ereignisse vor und bei der Konkurseröffnung. Ich hebe noch einmal hervor, dass der Herr Rohrmoser fünf Beistände hatte: zwei Anwälte, den Dr. Maschke und den Dr. Chalupsky, den Dipl.-Ing. Pierer als Wirtschaftsfachmann, den Professor Mandl aus Graz, Universitätsprofessor und auch in wirtschaftlichen Belangen versiert, den Herrn Knünz aus Liechtenstein, der auch Vorstandsvorsitzender oder Aufsichtsratsvorsitzender der KTM oder der Cross-Holding ist. Und es konnte überhaupt niemals davon die Rede sein, dass irgendetwas informationslos oder überraschend oder überfallsartig oder ähnliches passiert sein könnte.

Das weitere Verfahren hat in jeder Weise bestätigt, dass meine Annahmen bei der Konkurseröffnung richtig waren und dass die Sachverhalte, die dann hervorgekommen sind, sogar gravierender bestätigt haben, dass es sich bei diesen beiden Insolvenzverfahren sehr wohl um richtig und fachmännisch eröffnete Konkurse und vor allem um ausgesprochen professionell abgewickelte Konkurse gehandelt hat.

Und für diese weiteren Sachverhalte, die ja auch Gegenstand Ihrer Erörterung sind, stehe ich jetzt Ihren Fragen zur Verfügung. – Danke.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich danke für die einleitende Erklärung.

Herr Kollege Bauer ist der erste Fragesteller.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Herr Dr. Sieber, Sie haben jetzt sehr genau geschildert die Verfahren, die da gelaufen sind. Sie haben auch geschildert, wie die Stimmungslage bei der Konkurseröffnung war. Ich möchte dennoch ein paar allgemeinere Fragen vorausschicken, nämlich einmal die Frage, nachdem in allen Befragungen der Eindruck entstanden ist, dass Sie ein besonders gutes und freundschaftliches Verhältnis zu Honsig-Erlenburg, Vavrovsky oder auch mit Anwalt Gehmacher hatten, ob das nicht vielleicht doch eine Belastung beim Durchziehen dieses Konkursverfahrens war, dass hier diese freundschaftlichen Verhältnisse vorlagen. Was sagen Sie dazu?

Dr. Gregor Sieber: Das ist ausgeschlossen. Erstens habe ich Dr. Gehmacher bis zu diesem 13.9. mindestens acht Jahre nicht gesehen. Der ist nach Wien übersiedelt aus der Kanzlei mit seinem Bruder in Salzburg und hat in Wien als Rechtsanwalt gearbeitet, und wir hatten überhaupt keinen Kontakt. Wir waren per Du, weil wir uns

seit dem Bubenalter kennen. Das war alles. Und es war überhaupt keine Möglichkeit, dass Herr Dr. Gehmacher die so genannte oder verdächtige Freundschaftsdienst-Einforderung anbringt. Das war ausgeschlossen, ist überhaupt nicht zur Debatte gestanden.

Das Zweite ist: Mit Herrn Dr. Honsig war ich 1994 per Sie. Er war, glaube ich, ein Jahr oder zwei Jahre als Anwalt eingetragen. Erst im Laufe der Zeit und durch seine zufällige Mitarbeit, weil ihn Dr. Vavrovsky ursprünglich als Substitut bestellt hat – er war Masseverwalter bei Rohrmoser –, kam es zu einer Zusammenarbeit und zu einem näheren Kennenlernen und später zu einer freundschaftlichen Beziehung – später!

Dr. Vavrovsky war sicher in Salzburg von allen Masseverwaltern, die dort tätig waren, schon in den Vorjahren bewiesenermaßen einer der erfahrensten und besten Masseverwalter, die wir im Bundesland Salzburg haben. Er hat die Hallein-Papier begleitet, er hat die Bergmann Möbel begleitet, er hat die verschiedensten Großinsolvenzen begleitet. Und es ist nicht einzusehen, dass Sie, wenn Sie in ein Krankenhaus kommen, vom Arzt operiert werden und nicht vom Primar. Das war ein Fall, da hat man den Primararzt gebraucht, und den habe ich bestellt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Aber ist nicht das Tempo auch eine Frage gewesen, dass auf Grund dieser Freundschaft, die da bestanden hat, oder auf Grund der guten Erfahrungen – so kann man es auch bezeichnen – doch außergewöhnlich rasch gehandelt wurde?

Zum Zweiten: Es hat ja sogar Aussagen gegeben, wonach die Unterfertigung auf den Autodächern erfolgte. War das notwendig aus Ihrer Sicht?

Dr. Gregor Sieber: Herr Abgeordneter, ich habe das jetzt darzulegen versucht. Im Gesetz steht:

Auf Antrag eines Gläubigers ist der Konkurs **unverzüglich** zu eröffnen.

Das ist ein so genannter unbestimmter Gesetzesbegriff, was unverzüglich ist. Herr Minister Foregger hat gesagt, **unverzüglich** ist eine schickliche Frist – jeder versteht etwas anderes darunter. Aber glauben Sie mir, in Insolvenzverfahren verträgt es lange Überlegungsphasen des Richters nicht. Es ist absolut üblich, dass bei einem Selbstantrag am nächsten Tag spätestens der Konkurs eröffnet wird.

Die Leute sind ja darauf angewiesen, dass sofort der Wechsel vom Geschäftsführer auf den Masseverwalter stattfindet und dass sofort eine extreme Sicherheit in der Belegschaft und im wirtschaftlichen Umfeld eintritt. Und hier war der Vorgang, dass Herr Rohrmoser, damals acht Tage ersetzt durch den Herrn Wittmann, der in Koflach saß und Skier produziert und von dem Ski-Werk wenig Ahnung hatte, offensichtlich durch seine Vertretung Maschke für sich selbst und auch für die Firma eingesehen hat, dass eine **sofortige** Konkurseröffnung notwendig ist.

Die Zustimmungserklärung lautet auch so: Ich stimme der **sofortigen** Konkurseröffnung zu. Und da haben wir das Wort „unverzüglich“ verlassen.

Ich habe versucht, Ihnen zu erklären, dass es schade ist, wenn zwei Tage – Samstag und Sonntag – ins Land gehen. Und am Freitag Nachmittag, als wir bei Rohrmoser gegessen sind, kam ein Anruf, dass die SAFE den Strom abschaltet. Vavrovsky hat für eine halbe Million Schilling die persönliche Haftung übernommen, dass dem Betrieb nicht der Stecker herausgezogen wird. Und die haben dann weiter den Strom geliefert.

Also es ist nicht so, dass das hier jetzt von mir nachträglich dramatisch erläutert wird, aber es ist so.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ist die Atomic-Pleite selbst Ihrer Meinung nach abwendbar gewesen, oder ist das auf Grund der Faktenlage einfach nicht mehr möglich gewesen?

Dr. Gregor Sieber: Ausgeschlossen! Jetzt kommt aber nachträgliches Wissen dazu. Wie ich entschieden habe, war die Zahlungsunfähigkeit absolut gegeben. Wenn die Bank alle Konten sperrt, kann niemand mehr zahlen, höchstens der Gesellschafter schießt Mittel zu – dazu war Herr Rohrmoser weder in der Lage noch willens –, oder er findet eine andere Finanzierung, weil, wie Herr Rohrmoser selbst gesagt hat, die **Warenlager** waren voll, nicht die Kassen. Und die Warenlager werden in der Ski-Industrie im Februar oder im März nach Auslieferung bezahlt. Also die Liquidität war weg!

Ob die Überschuldung da war, konnte ich in der Geschwindigkeit nicht prüfen. Die kann ein Richter in Österreich bei einem Fremdantrag überhaupt nicht prüfen, weil in einem Gläubigerantrag die stillen Reserven nicht aufgedeckt werden. In einem Gläubigerantrag steht nur drinnen: Der ist mir etwas schuldig, der zahlt nicht, der ist mehreren Leuten vielleicht etwas schuldig, der ist zahlungsunfähig, und daher muss er in Konkurs gehen. Das steht in einem Gläubigerantrag drinnen.

In einem Selbstantrag auf Konkurseröffnung steht drinnen: Mein Unternehmen ist überschuldet, möglicherweise, ich bin auf jeden Fall zahlungsunfähig. Es steht ja der kaufmännische Begriff im Gesetz: Der Kaufmann stellt die Zahlung ein. Das ersetzt laut Gesetz den Konkursantrag, dass er schreibt: Ich stelle meine Zahlungen ein. Und das lag damals vor.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Und das erklärt Ihrer Auffassung nach auch vielleicht die hohe Konkursquote, die dann erzielt wurde?

Dr. Gregor Sieber: Das sind jetzt zwei Fragen. Also darf ich noch einmal anschließen: Das ganze Jahr 1994 ist aus dem nachträglichen Wissen ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ich weiß schon, dass das nicht Ihr Fall ist, aber ich habe Sie gefragt, ob Sie sich daraus vielleicht die hohe Konkursquote erklären, noch dazu, wo dann auch noch 20 Prozent vom Privatkonkurs dazuzurechnen sind, also mit 93,5 Prozent. Ist das im Nachhinein betrachtet eine Erklärung dafür?

Dr. Gregor Sieber: Im Nachhinein betrachtet oder währenddessen betrachtet, war es natürlich sensationell, ein unglaublich guter Verkauf dieser Assets der Gemeinschuldnerin Atomic. Aber ich habe nicht ohne gewisse Absicht hineingeschrieben, dass Herr David Zwilling für die Bergbahnen, der dem Herrn Rohrmoser ein Konsulentenhonorar bezahlt hat für seine Beratung beim Ankauf der Atomic, nur 400 Millionen gezahlt hat und in dieses Angebot hineingeschrieben hat, er zahlt für die Forderungen gegen verbundene Unternehmen nicht. Daher wären dort um 850 Millionen Schilling weniger bezahlt worden, als schließlich **Amer** bezahlt hat.

Und diese Situation bitte, die nachträgliche Erklärung, dass eine hohe Quote herauskommt, das wissen wir ja erst ein, zwei, drei Jahre später. Ich kann doch nicht antizipativ sagen, ich weiß bei Konkurseröffnung, wie hoch die Quote ist! Ich kann sie sagen bei einem Ausgleichsverfahren, da muss sie 40 Prozent sein. Ich kann sie sagen bei einem Zwangsausgleich, da muss sie 20 Prozent sein, mindestens.

Und der Zwangsausgleich Rohrmoser, das steht jetzt auf einem anderen Blatt, mich dazu vielleicht gesondert zu befragen, weil es ja in Wirklichkeit eine zivilrechtliche Vereinbarung zwischen der Hauptgläubigerbank BAWAG und dem Herrn Rohrmoser persönlich war.

Ich weiß, das ist unglaublich kompliziert, wenn ein Riesenunternehmen mit 1,5 Milliarden Umsatz durch Strukturverbesserung in eine GesmbH eingebracht wird. Das macht extreme Töpfe notwendig. In der GesmbH sind alle betriebsnotwendigen Vermögenswerte, und draußen bleiben die nicht betriebsnotwendigen Vermögenswerte. Das hat aber dazu geführt, dass es zwei Konkurse gegeben hat, weil beide, der persönlich haftende Einzelunternehmer, der vorher da war, weiterhaftet, und die gegründete GesmbH, die das Vermögen übernimmt, dazutritt. Man nennt das einen kumulativen Schuldbeitritt. Ich habe auf einmal zwei solidarisch haftende Schuldner, die für das Ganze haften, mit Ausnahme der Lieferantenschulden.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Sie haben auch dargelegt, dass Sie mit Rohrmoser ein sehr gutes Gespräch unmittelbar im September geführt haben. War er da gefasst, oder hat er das einfach so über sich ergehen lassen, dass das geschieht? Was haben Sie da für einen Eindruck gewonnen?

Dr. Gregor Sieber: Herr Abgeordneter, ich darf zusammenfassen: Vor der Konkurseröffnung waren in den Medien alle zwei Tage Pressekonferenzen des Herrn Rohrmoser. Er hat mit Gott und der Welt gesprochen und sich gewehrt gegen den Vorwurf, dass Atomic in der Krise ist, er hat die Schulden beschönigt und, und, und. Er hat aber die tatsächliche Nichtzahlung der Löhne nicht weggebracht: Es waren die Löhne vom August nicht bezahlt, und das hat doch eine erhebliche Unruhe im Unternehmen ausgelöst und dazu geführt, dass die BAWAG kurzfristig den Hahn aufgedreht hat und noch einmal 60 Millionen drüberlassen hat, damit die Löhne im August, Anfang September bezahlt werden konnten. Außerdem sind die Lieferanten nicht mehr bezahlt gewesen und so weiter.

Aber Ihre Frage war ja eine andere, nämlich das Treffen mit Herrn Rohrmoser. – Ich gehe davon aus, dass, wenn sein Anwalt ihn anruft im Privatbereich, zu Hause, und sagt: Dürfen die zwei kommen?, – da war Dr. Gehmacher nicht mit, aber Vavrovsky und ich –, und wir kommen dorthin und Herr Rohrmoser begrüßt uns, und ich sage zu ihm: Herr Kommerzialrat, haben Sie irgendwelche Fragen, wie es jetzt weitergeht und wie das aussieht und so weiter und so fort?, und er sagt: Ja!, und ich habe ihm dann einiges erklärt, und wir hatten ein durchaus gutes Gespräch.

Für mich war es ein bisschen irritierend, weil die Frauen nicht dabei sein durften – die sind alle ums Eck in der Küche gestanden, die zwei Töchter und die Ehefrau, und nur er ist dort gesessen. Das ist wahrscheinlich patriarchalisch im Pongau gezwungenermaßen richtig. Aber so war das Gespräch. Er hat überhaupt nicht gesagt: Was fällt euch ein!, und: Was macht ihr da, mich da überfallsartig in Konkurs zu schicken! – Das ist ja nicht richtig.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Darf ich Sie zu ein paar direkten, vielleicht Ihnen bekannten Vorgängen, die auch in Diskussion stehen, fragen:

Zuerst einmal zur Frage der sogenannten Zessionen gegenüber der BAWAG vonseiten der Firma Atomic for Sport. Da geht es um 136 Millionen Schilling, die angeblich über diese Forderungseingänge aus Zessionen dann nicht der Konkursmasse zugeführt wurden. – Wissen Sie darüber?

Dr. Gregor Sieber: Natürlich. Diese 136 Millionen sind in letzten 14 Jahren zehnfach überprüft. Es war so: Die Atomic hat Forderungen gehabt gegen verbundene Unternehmungen und Forderungen gegenüber Niederlassungen. Das ist juristisch einwandfrei, aber sehr schwierig zu verstehen: Eine Niederlassung ist dasselbe wie Atomic, und da kann ich eine Forderung gegen mich selbst nicht zedieren, obwohl das papiermäßig so war. Diese Forderungen sind alle in der Masse gelandet, wurden alle eingezogen, und soweit die Verpflichteten zahlen konnten, wurde gezahlt.

Dann gab es die Forderung gegen verbundene Unternehmungen, und da waren tatsächlich insgesamt, glaube ich, 430 Millionen abgetretene Forderungen, die vom Steuerberater des Herrn Rohmoser im Bilanzentwurf 1994 schlussendlich wertberichtigt auf 1 S waren. Auch die KPMG hat das wertberichtigt. Und der Herr Pierer hat der Frau BAWAG oder der Bank BAWAG geschrieben: Wir müssen leider davon ausgehen, dass die Forderungen gegen unsere Töchter nicht bezahlt werden können. Der hat das auch geahnt, dass die in Amerika oder wo sitzen und auch kein Geld haben. Und über diese Forderungen wurde, weil sie abgetreten waren – und das war anfechtungsfest –, von dem Berechtigten – das war die Bank – gesondert verhandelt. Das sind die berühmten 350 Millionen statt 430.

Und dann gab es Forderungen von Koflach selbst. Koflach hat 136 Millionen bilanziell, glaube ich, ausgewiesen an Forderungen gegenüber Kunden. Und diese Forderungen waren **auch** abgetreten, aber natürlich nicht zugunsten Atomic, sondern zuerst unmittelbar zugunsten von Koflach – sodass insgesamt dann, wenn Koflach irgendwo zur Haftung herangezogen worden wäre, darüber zu reden gewesen wäre, was Koflach zur Abdeckung der Schulden von Atomic beiträgt.

Aber zuerst diese 136 Millionen, Herr Abgeordneter: Sie können kein Unternehmen führen, wenn Sie 136 Millionen **eigene** Forderungen – Koflach! – für jemand **anderen** zahlen. Das müssten Sie bilanziell darstellen – und da sind Sie überschuldet.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ich weiß das schon (*Dr. Sieber: Entschuldigung, ja!*), aber ich wollte das nur ausgeführt haben, wie Sie das darstellen.

Ähnlich ist es auch mit der zweiten Frage betreffend die 171 Millionen, die auch schon einige Male überprüft wurden, nämlich der Frage, dass die aus der Betriebsfortführung erzielten Einnahmen nicht in der Form unmittelbar der Masse zugeführt wurden – das sind die 171 von Dr. Vavrovsky.

Dr. Gregor Sieber: Herr Abgeordneter, diese 171 Millionen sind natürlich erwirtschaftet worden und sind ordnungsgemäß verwendet worden. Es ist ein völliger Unsinn zu sagen, wir haben in zwei Monaten 171 Millionen Gewinn gemacht. Man muss schon die Dinge beieinander lassen. Man muss Aufwand und Ertrag beieinander lassen und nicht sagen: Aufwand – und was der Ertrag ist, ist der Gewinn. Das ist doch ein richtiger Unsinn! Die 171 Millionen sind Fortführungserträge, die ermöglicht wurden, ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Erträge aus der Betriebsfortführung.

Dr. Gregor Sieber: ..., die ermöglicht wurden durch 175 Millionen Fortführungskredit. Bei diesem Betrag war eine Unterdeckung zum Fortführungskredit von 4 Millionen. Und Sie müssen dazusagen: In diesem Fortführungszeitraum waren keine Lohnkosten und vor allem keine Kapitalkosten! Es waren keine Zinsen zu bezahlen und keine Löhne zu bezahlen, sondern die hat damals der Fonds übernommen. Und das ist doch für jedes Unternehmen eine sehr große Erleichterung, wenn man die zwei Hauptträger des Aufwandes auf einmal auslagern kann.

Daher sind die 171 Millionen natürlich in der Masseverwaltergestion aufgeschienen, wurden dort ordnungsgemäß abgerechnet im Fortführungskonto und wurden dann saldiert mit dem Fortführungskredit.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Darf ich daran logisch die Frage anschließen betreffend die 530 Millionen Schilling von der Atomic for Sport, die um einen Pauschalbetrag von 350 weitergegeben wurden, wie hier diese Einbringlichmachung der Forderungen angemerkt wurde. Und wie erklären Sie diese Differenz?

Dr. Gregor Sieber: Bei den 530 Millionen ist eine Doppelberechnung drinnen. Bereinigt waren das 430 Millionen, nämlich 350 und, ich glaube, 86 irgendwas dazu. Aber diese 86 waren dann, glaube ich, ein Darlehen und Ähnliches gegen Koflach. Aber die Forderungen von 430 Millionen waren zu diesem Zeitpunkt nicht werthaltig. Im gesamten Geschäftsjahr waren diese Forderungen als uneinbringlich anzusehen, wenn nicht diese verpflichteten verbundenen Unternehmen mit Geld ausgestattet werden. Nur dann konnte man von ihnen erwarten, dass die zahlen – und die waren nicht mit Geld ausgestattet!

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Aber diese Transaktion wurde durch Sie bewilligt?

Dr. Gregor Sieber: Nein! Die haben uns nicht gehört! Diese Forderungen von 430 Millionen waren nicht massebeschlagen, weil sie durch das Absonderungsrecht der Verpfändung, der aufrechten und anfechtungsfesten Verpfändung an die BAWAG aus der Masse quasi ausgeschieden sind. Darum hat ja die BAWAG diese 350 Millionen **zusätzlich** verhandelt. Es gab den Kaufpreis Assets – also Unternehmensvermögenswerte –, und es gab den Kaufpreis für andere Vermögenswerte, die aber den Absonderungs- oder Aussonderungsberechtigten gehört haben. Und das ist das 350-Millionen-Thema: Die waren nicht massebeschlagen!

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Aber diese Genehmigung sozusagen ... – Der Vavrovsky muss ja ...

Dr. Gregor Sieber: Nein, das habe ich nicht genehmigen müssen! Dr. Vavrovsky hat es auch nicht verkauft. Die 350 Millionen hat einzig und allein in einer Paketlösung die BAWAG verkauft. Da waren wir überhaupt nicht involviert. Da war weder der Vavrovsky involviert noch unser Gläubigerausschuss, noch ich. Das ist dasselbe, wie wenn ein Pfandgläubiger eine Liegenschaft verkauft. Da fragt er auch nicht den Richter, sondern der sagt: Ich verkaufe die Liegenschaft selbst! – Und dann muss er aber das abziehen, was er dafür erreicht hat. Da muss ich darauf schauen. Das muss ich überwachen, dass der nicht ein Einfamilienhaus verkauft und das dann nicht mit den Schulden saldiert. Dazu bin ich als Richter da.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Es wurde immer wieder auch ein Verdacht sozusagen geäußert oder sichtbar betreffend die Frage der verdächtigen Vermögensverschiebungen. Es ist immer wieder, vor allem von den Kriminalbeamten, die Behauptung aufgestellt worden – Sie kennen ja wahrscheinlich diese Berichte auch –, dass hier Vermögensverschiebungen zugunsten der BAWAG stattgefunden hätten, im weitesten Sinne. Das ist also der Vorwurf. – Wie stehen Sie dazu?

Dr. Gregor Sieber: Herr Abgeordneter, das ist ja nicht einmal in unterzivilisierten Ländern möglich, dass ein börsennotiertes Unternehmen wie **Amer**, dass eine aufsichtspflichtige Bank wie die BAWAG, dass tausend Mitwisser irgendetwas verschieben! Wie soll denn das gegangen sein? Das sind doch Dinge, die passieren auf einem Hinterhof! (Abg. Mag. **Stadler:** Fragen Sie den Elsner!) Ich habe Sie nicht verstanden. (Abg. Mag. **Stadler:** Fragen Sie den Elsner! Der kann es Ihnen sagen!) Dieser hat dort ein Vermögen verschoben? (Abg. Mag. **Stadler:** Das ist ja der Grund, warum die BAWAG in Schwierigkeiten geraten ist!)

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ja, aber dieser Bericht ...

Dr. Gregor Sieber: Vorhalte muss ich dann, wenn ein Vorhalt gemacht wird, ganz **konkret** hören – und nicht, dass **irgendwer irgendwas** sagt!

Noch einmal: Hier war ein Kaufvertrag, dieser Kaufvertrag ist genehmigt worden, in diesem Kaufvertrag haben wir alle betriebsnotwendigen und betriebszugehörigen Vermögenswerte der Atomic for Sport an die Amer verkauft – und sonst nichts!

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Aber Sie kennen schon die Vorwürfe, die aus dem Bericht der Kriminalbeamten kommen?

Dr. Gregor Sieber: Ja, aber die waren ja so schwammig und überhaupt durch nichts belegt! Es war überhaupt nicht der Funke eines Hinweises, wo wer etwas hingeschoben hätte! Auch die Kriminalbeamten haben nur reflektiert, was Herr Rohmoser dauernd vermutet hat. Dieser hat gesagt, irgendetwas stimmt da nicht – und das ist zu wenig. – Bitte um ganz konkrete Vorhalte, dann kann ich dazu ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich sage nur an dieser Stelle, weil das vielleicht auch untergeht, Folgendes: Wir haben das Gefühl, dass da viel ... – Wenn Sie alleine sagen: „Kaufvertrag ist genehmigt worden“. – Ja, von wem denn?! – Und wenn Sie dann sagen: „Wir haben verkauft“ – so ist es im Protokoll dann nachzulesen –, dann ist genau das der Punkt, wo wir sagen: Wir suchen hier auch Verantwortungen! – Ich will Sie jetzt nicht ...

Dr. Gregor Sieber: Die übernehme ich gerne, Herr Vorsitzender!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, schon. Ich will Sie jetzt nicht darauf hinweisen, dass Sie dass „wir“ nicht mehr verwenden sollen, aber Sie waren ja Konkursrichter! Aber es stimmt vielleicht ohnehin tatsächlich, und das kommt jetzt ohnehin in der Befragung. Ich nehme an, Sie ...

Dr. Gregor Sieber: Herr Vorsitzender, darf ich dazu etwas sagen? – Ich habe diesen Pluralis majestatis aus vielen Ausschussprotokollen übernommen, wo auch immer ein Abgeordneter sagt: Wir wissen das alle!, und das ist vielleicht falsch. (*Abg. Mag. Stadler: Das stimmt ja wieder nicht! – Abg. Dr. Bauer: Also wir sprechen üblicherweise nicht im Pluralis majestatis! – Ironische Heiterkeit des Abg. Dr. Bauer.*) Ich reduziere das jetzt darauf, dass ich mit „wir“ die Entscheidungsorgane des Konkurses meine: Das sind der Richter, der Gläubigerausschuss und der Masseverwalter.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Herr Dr. Sieber, ich habe zuerst noch ein paar andere Fragen, bevor wir zu Atomic direkt kommen: Wann haben Sie erfahren, dass im Untersuchungsausschuss die Atomic-Akte vorgelegt werden sollen?

Dr. Gregor Sieber: Ich habe das erfahren – ich weiß es nicht – im November, glaube ich, oder Ende November hat mir mein Präsident gesagt, die Akten sind herzurichten, versandfertig zu machen und so weiter. Ich habe dann alles zusammengesucht – das sind ja, glaube ich, zwölf Bände Konkurs Atomic und zehn Bände, glaube ich, Rohmoser –, habe das in zwei Schachteln verpackt, habe mit Zetteln draufgeschrieben, was alles drinnen ist und habe das dem Präsidium zur Verfügung gestellt zum Abschicken. Laut Auskunft des Präsidenten hat er es nach drei Tagen nach Linz expediert – und wo sie dann waren, das, bitte, entzieht sich unserer Kenntnis.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Noch einmal zum Nachvollziehen: Sie haben Ende November davon erfahren.

Dr. Gregor Sieber: Ich hoffe, dass dieser Zeitpunkt richtig ist.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wie lange haben Sie denn ungefähr gebraucht, die Akten ...

Dr. Gregor Sieber: Zwei Tage. Ein, zwei Tage.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Ein bis zwei Tage. Dann haben Sie sie dem Präsidenten gegeben, der Staatsanwaltschaft?

Dr. Gregor Sieber: Ich habe sie in meinem Zimmer auf den Tisch gestellt und ...

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wem?

Dr. Gregor Sieber: Im Zimmer habe ich sie auf den Tisch gestellt, denn ich konnte die zwei Schachteln nicht manipulieren, aber dort wurden sie innerhalb von drei Tagen geholt und wegtransportiert.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Können Sie sich dann vielleicht erklären, warum die Akten erst am 7. März beim Oberlandesgericht Linz und erst am 9. März hier im Parlament eingelangt sind?

Dr. Gregor Sieber: Das kann ich mir nicht erklären. Ich weiß es nicht, warum. Es könnte sein, dass irgendjemand sich gedacht hat, da gibt es verfassungsmäßige Gründe, warum man Gerichtsentscheidungen nicht durch einen Untersuchungsausschuss überprüfen soll. Aber das ist außerhalb meines Wirkungsbereiches! Da war ja der Obergerichtspräsident, aber der hat das sicher nicht veranlasst, sondern irgendjemand im Justizministerium war irgendwo zurückhaltend, sagen wir es einmal so – ich weiß es aber überhaupt nicht, weder vom Hörensagen noch durch eigene Wahrnehmung.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Ihre Aktenvorlage hat aber das Datum vom 5.2.2007!

Dr. Gregor Sieber: Also, ich muss jetzt, wenn ich diese sehe, dann kann ich mich jetzt um zwei Monate vertan haben. Aber ich habe es richtig erzählt, dass ich nach Anforderung sofort – also genauso unverzüglich – in zwei Tagen das weitergegeben habe ans Präsidium, und dort ist es weitergeschickt worden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich da bitten, dass Sie sich präzise erinnern, denn das macht schon einen Unterschied, ob man im November oder im Februar an Sie herangetreten ist zur Aktenzusammentragung und –übermittlung an den Ausschuss.

Dr. Gregor Sieber: Herr Vorsitzender! Ich kann mich nicht erinnern und möchte es fast ausschließen, dass ich eine persönliche Übersendungsnote gemacht habe, weil ich nicht zuständig bin, sondern zuständig sind die nachgeordneten Dienstbehörden, der Präsident des Oberlandesgerichtes Linz, und diesem ist nachgeordnet der Präsident des Landesgerichtes Salzburg – und dieser verkehrt mit mir nicht schriftlich, sondern mündlich. (*Obmann Dr. Graf: Ja, aber genau aus ...*)

Daher habe ich ihm gegeben ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, aber genau aus diesem Grunde wollen wir ja von *Ihnen* erfahren: Wann ist man an Sie herangetreten vonseiten Ihrer vorgesetzten Dienststelle?

Dr. Gregor Sieber: Ich möchte es so umreißen: Wenn Dr. Grafinger in seinem Vorlagebericht nach Linz ein Datum geschrieben hat, so war die Vorlaufzeit in Salzburg sicher nicht länger als eine Woche, insgesamt drei und zwei Tage. Wenn das im Februar gewesen wäre, bitte ich um Entschuldigung, dass ich das in den November hineingearbeitet habe, vielleicht habe ich das aus irgendwelchen Protokollaussagen oder sonst was jetzt hier herübergenommen, aber ich kann es wirklich jetzt nicht sagen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie können nicht sagen, ob es *vor* oder *nach* Weihnachten war?

Dr. Gregor Sieber: Ich müsste in meiner Geschäftsstelle nachfragen, seit wann die Akten im Register ausgetragen sind. Das kann man aber EDV-mäßig sofort über jedes Gericht machen. Wir können uns bei 569 ins Landesgericht Salzburg einklinken, wir können die Geschäftszahl anführen, und dort steht: Akt abwesend seit soundso vielm – U-Ausschuss. – Also ich glaube, das lässt sich dann diesbezüglich glatt überprüfen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Es sind eben bei vielen Dingen die Zusammenhänge für uns nicht klar ersichtbar. Darum, glaube ich, gibt es auch sehr viele Dinge, die hier herinnen festgehalten werden, die nicht immer ganz verständlich sind.

Übrigens haben wir nämlich auch das Problem, dass die Akten nicht vollständig sind: Es fehlen zum Beispiel alle Unterlagen über die Verhandlungen mit den Bietern und den Verkauf an Amer, es fehlen weiters die Berichte des Masseverwalters, es fehlen Beilagen zu den Protokollen von Gläubigerausschusssitzungen.

Dr. Gregor Sieber: Das ist ausgeschlossen! Der muss im Akt sein! – Ist dieser da? Dann können wir ja sofort nachschauen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Er ist nicht da.

Dr. Gregor Sieber: Es ist von mir jedes Blatt vorgelegt worden! Es ist richtig, dass die Verhandlungen mit den Bietern oder mit den Interessenten in erster Linie Beilagen zu den Gläubigerausschussprotokollen waren, weil da vor Verkauf noch eine gewisse Diskretionssicherheit gegeben sein musste. In den Gläubigerausschussprotokollen war es festgehalten, und nach Abwicklung hat dann der Masseverwalter pflichtgemäß die Beschlüsse des Gläubigerausschusses dem Gericht gemeldet und diese Gläubigerausschussprotokolle vorgelegt.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir wissen jetzt in der Zwischenzeit, nach den Vernehmungen des Masseverwalters und auch aus dem Akt, dass Ihnen diese Unterlagen persönlich in einem verschlossenen Kuvert übergeben wurden.

Für uns ist jetzt nicht erklärbar, warum Sie dann diese Vorlage aus dem Akt entfernt haben!

Dr. Gregor Sieber: Das ist nicht richtig. Als Ihnen der Akt übermittelt worden ist, war der Konkurs abgeschlossen. Es ist überhaupt keine Frage, dass alles von mir, was jemals Akteninhalt war, drinnen ist.

Richtig ist – und das ist vielleicht eine Verwechslung –: Bis zur Rechnungslegungstagsatzung werden Gläubigerausschussprotokolle, so es notwendig ist, verschlossen gehalten. Das stützt sich auf eine Judikatur des Oberlandesgerichtes Linz und des Obersten Gerichtshofes, dass man natürlich, wie Sie sich vorstellen können, nicht einem Gläubiger während der Verkaufsverhandlungen eines Unternehmens mit einem Umsatz von 1,5 Milliarden die Möglichkeit geben kann, dass er ununterbrochen in irgendwelchen Ausschussprotokollen „herumschnurkt“ und schaut: was reden die da?, und sagt: der Beste ist derzeit der Sowieso, und der andere, glaube ich, bietet gar nicht seriös an, weil der eh kein Geld hat!

Das kann man ja nicht öffentlich zugänglich machen, sondern das muss man eine gewisse Zeit – und das wird von der Judikatur gebilligt – im Akt belassen. Das wird von mir verschlossen, da schreibe ich drauf: „Akteneinsicht nur nach Rücksprache mit dem Richter“ oder „Akteneinsicht nur durch die Rechtsmittelgerichte“. Die dürfen natürlich hineinschauen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Was heißt das jetzt? Der Masseverwalter – das ist aus den Protokollen auch ersichtlich – hat Ihnen ein verschlossenes Kuvert mit diesen Akten übergeben?

Dr. Gregor Sieber: Nein, bitte ... Entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbrochen habe. Das hat ein bisschen einen tendenziösen Anstrich, dass mir der ein verschlossenes Kuvert überreicht.

Nein, der schreibt in einem Bericht: Da sind jetzt zehn oder fünfzehn Beilagen dabei, unter anderem ist die Beilage XII das Kuvert, in dem das Gläubigerausschussprotokoll drinnen ist. Dieses verschlossene Kuvert ist beim Masseverwalterbericht in dem Beilagenverzeichnis angeführt, es ist dort drinnen und bleibt dort drinnen, und es wird dann von mir in einem eigenen Mapperl „Gläubigerausschussprotokolle“ beim Akt belassen, damit wir die alle chronologisch haben.

So habe ich es auch übermittelt. Bei diesem Akt Atomic ist also ein Beiakt, der ungefähr vier oder fünf Zentimeter dick ist, da steht drüber: „Gläubigerausschussprotokolle“. Vielleicht finden Sie es dort.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir haben sie nicht. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, wenn Sie sagen, dass der Akt von Ihnen vollständig übergeben worden ist: Wo könnten dann diese Unterlagen sein?

Dr. Gregor Sieber: Ich habe sie niemals zurückgehalten, weil ich sie auch dem Herrn Vertreter des Herrn Rohmoser alle geschickt habe. Ich glaube, zwei Mal; der hat sie irgendwann auch nicht mehr gefunden.

Aber ich habe immer diese Gläubigerausschussprotokolle als Informationsmaterial für den Schuldner zur Vorbereitung der Rechnungslegungstagsatzung verschickt. So ist die Judikatur.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Aber für uns ist das einfach nicht verständlich: Der Masseverwalter gibt hier die Auskunft, er hat an Dr. Sieber Unterlagen in einem verschlossenen Kuvert übergeben, und diese Unterlagen sind jetzt nicht auffindbar.

Dr. Gregor Sieber: Es tut mir Leid, aber ich muss Ihnen sagen, ich weiß nicht, wie die Handhabung im Management ist: ob das Justizministerium alle Kuverts aufmacht, alles ablichtet und Ihnen die Originalurkunden schickt – oder ob da nur Ablichtungen kommen. Dann geht natürlich die Qualität des verschlossenen Kuverts verloren, weil man ja ein verschlossenes Kuvert mit Inhalt nicht ablichten kann.

Aber wenn da „Gläubigerausschussprotokoll vom ...“ draufsteht, dann war es das. Ich habe nicht ein Blatt bei mir im Zimmer, in der Geschäftsstelle, im Haus oder sonst wo, und von mir ist alles weggegangen. Ich kann auch die Hand dafür ins Feuer legen, dass Herr Präsident Grafinger die weitergeschickt hat.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie könnten sich also vorstellen, dass die im Justizministerium verloren gegangen sind?

Dr. Gregor Sieber: Nicht „verloren gegangen“! Ich glaube, dass sie die **Qualität** verloren haben: dass es keine Kuverts mehr sind, dass dieses Suchen von Ihnen nach Kuverts vielleicht fehlgeleitet ist.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Nein, wir suchen kein Kuvert, sondern wir suchen die **Unterlagen**. (*Dr. Sieber: Die Gläubigerausschussprotokolle!*) Wir suchen die Protokolle, und die sind nicht da.

Dr. Gregor Sieber: Das ist mir unverständlich!

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Es sind die Unterlagen von den Bietern und von den Verhandlungen mit Amer nicht da. Die sind nicht da! Auch die Berichte des Masseverwalters sind nicht da.

Dr. Gregor Sieber: Also die Unterlagen von den Anbietern hat der Masseverwalter. Wie weit die jetzt im Akt sind – da kann ich mich zum Beispiel daran erinnern, dass das Anbot der Tiroler Bergbahnen im Akt ist. Wie weit das Anbot von Marker, von Scott oder von sonst wem im Akt ist, weiß ich nicht.

Jedenfalls hat es der Masseverwalter bei sich. Und der Masseverwalter hat berichtet, dass er es hat und dass das obsolet geworden ist, weil diese Angebote, die wir im Gläubigerausschuss besprochen haben und die davor gelegen sind, nicht zum Tragen gekommen sind.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Aber es wurde ja dann in Ihrer Zeit, als Sie Konkursrichter waren, der Verkauf an Amer durchgeführt. (*Dr. Sieber: Richtig!*) Auch diese Unterlagen sind nicht da.

Dr. Gregor Sieber: Das ist ausgeschlossen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Die Verkaufsunterlagen an Amer sind nicht da!

Dr. Gregor Sieber: Nein, der Kaufvertrag ist im Akt. Der Kaufvertrag muss im Akt sein! Es ist ausgeschlossen, dass der *nicht* im Akt ist.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Kommen wir jetzt zurück auf den Fall an sich. Sie haben da beschrieben, dass Sie an diesem Freitag nach Altenmarkt gefahren sind. (*Dr. Sieber: Ja!*) – Allein oder gemeinsam?

Dr. Gregor Sieber: Das habe ich gesagt: gemeinsam mit Dr. Gehmacher und Dr. Vavrovsky.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Waren Sie zu dritt im Auto?

Dr. Gregor Sieber: Zu dritt.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Bei dem Treffen mit Herrn Rohrmoser auf der Alm bei Schloss Höch: Wer alles war da mit dabei?

Dr. Gregor Sieber: Maschke, Rohrmoser, Vavrovsky und ich. Und die Damen – wie ich gesagt habe: Die waren für mich nicht erkennbar.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Eines, was sich für uns im Ausschuss nicht so darstellt und worüber wir sehr wohl andere Aussagen vorliegen haben, ist – wie Sie jetzt wieder sehr ausführlich erwähnt haben –, dass die Löhne vom August offen waren. Wir haben das schon mit einigen besprochen, und es wurde immer wieder festgehalten, dass die Löhne für August sehr wohl bezahlt waren und nur die Löhne des laufenden Monats September offen waren – was ja üblich ist, weil natürlich Mitte des Monats die ersten vierzehn Tage nicht ausbezahlt sind.

Wie kommen Sie zu der Aussage, dass die August-Löhne offen waren?

Dr. Gregor Sieber: Ich habe nicht gesagt, dass bei Konkurseröffnung die August-Löhne offen waren, sondern ich habe gesagt, dass nach den Medienberichten die Löhne August zu Anfang September noch immer nicht bezahlt waren und dass erst durch einen Medienbericht ... (*Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.*)

Ich habe hier die genaue Mitteilung. In der Zeitung, im „Kurier“, in der „Kronen Zeitung“, in allen Dingen habe ich es drinnen, da steht: BAWAG hat jetzt die Konten kurz

geöffnet, die Liquidität wiederhergestellt und die Löhne bezahlt. Flöttl hat im Fernsehen oder in den Medien erklärt: Wir haben gestern die Löhne bezahlt.

Das war aber schon im September und nur eine Extratour. Die Löhne konnten nicht aus den Betriebsmitteln, die dort vorhanden waren, bezahlt werden, sondern nur durch eine, wie soll ich sagen, Lockerung der Kontensperre für ganz kurze Zeit, während der dann die Löhne August voll bezahlt wurden.

Bei Konkurseröffnung – da haben Sie völlig Recht – waren die Löhne August bezahlt. Aber durch die BAWAG!

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Aber ich nehme ja nicht an, dass der Konkursrichter seine Informationen den Medien und nicht den tatsächlichen Akten aus dem Firmenunternehmen entnimmt. Darum wundert es mich jetzt ein bisschen, dass Sie sich da nach Zeitungsartikeln richten und sagen: in den Zeitungsartikeln ist gestanden ..., obwohl wir hier im Ausschuss ja wissen, dass über Monate seitens der BAWAG Mitarbeiter im Hause Atomic gewesen sind und dort sowieso schon alle Zahlungen freigegeben haben. Das war also keine Geschichte, von der ich sage, dass sich das innerhalb von vierzehn Tagen abgespielt hat, sondern wir wissen, dass in den letzten Monaten vor dem Konkurs keine Überweisung ohne Freigabe eines Mitarbeiters der BAWAG mehr stattgefunden hat.

Dr. Gregor Sieber: Ich weise noch einmal darauf hin: Ich habe am Anfang gesagt, es gibt einen Zeitpunkt, die Woche von 12. bis 16. September, da habe ich etwas gewusst. Und zwar habe ich etwas nur aus den Zeitungen gewusst, weil ich keinen Akt hatte. Der Antrag ist am 15. September überreicht worden.

Mein Wissensstand ergibt sich aus Medienberichten, aus dem Antrag samt Urkunden, aus dem Konkurseröffnungsbeschluss und im Anschluss daran aus den Masseverwalterberichten und eigenen Wahrnehmungen. Daher kann ich die Gestion der Atomic for Sport im Jahr 1994 nicht kennen. Sie ist mir nicht vorgelegen, wenn sie nicht bei den Urkunden, bei der einstweiligen Vorkehrung war.

Aber soweit ich mich daran erinnere, ist bei diesen Urkunden nur vorgelegen: eine Fälligestellung der Kredite durch die BAWAG, ein Wechselzahlungsauftrag samt Wechsel, eine Korrespondenz zwischen Rohrmoser, nein, zwischen dieser Treuhandgruppe und der BAWAG, aber keine Saldenliste. Ich habe von diesem Unternehmen überhaupt keine Salden oder Ähnliches zu diesem Zeitpunkt gekannt.

Aber dann, nach Konkurseröffnung, wird das bei jedem Konkurs aufgearbeitet, indem wir in den Berichten diese Saldenlisten überprüfen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Noch einmal zurückkommend auf die Akten: Wir haben seitens des Untersuchungsausschusses im November auch die Aktenanforderung bezüglich Atomic gestellt. Mir liegt jetzt das Schreiben vor, wir haben das herausgesucht.

Dr. Gregor Sieber: Von wem, bitte?

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Unterschrieben von Dr. Gregor Sieber, Richter des Landesgerichtes, am 5. 2. 2007:

Auf Grund des vom Nationalrat eingesetzten Untersuchungsausschuss betreffend Finanzmarktaufsicht und weitere Finanzdienstleister gefassten Beschlusses auf Beischaffung von Akten betreffend Atomic-Konkurs sowie des gegen Dr. Gregor Sieber geführten Verfahrens legt das Landesgericht Salzburg die oben genannten Akte ohne Rücksicht auf die Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit vor. Salzburg, den 5. 2. 2007. **Dr. Gregor Sieber:** Dann weiß ich nur, dass diese Anforderung bei mir

sicher drei Tage vorher eingelangt ist: dass ich eine Aktenanforderung bekommen habe, die sicher nicht länger als drei Tage her ist.

Es ist richtig, dass möglicherweise diese Aktenanforderung vom Parlament auf dem Weg herunter zu uns nach Salzburg verschiedentlich stecken geblieben ist. Sie sehen ja, dass das Oberlandesgericht Linz erst eine Einlaufstempiglie vom 7. März darauf hat – warum, weiß ich nicht. Am 5. 2. habe ich das unterschrieben, und dann war es erst am 7. März in Linz eingelangt. Sie, das sind Geheimnisse, die ich Ihnen nicht aufklären kann!

Wenn Sie es mir jetzt vorlegen, ist es eindeutig: Das ist meine Unterschrift, und so habe ich auch diesen Vorlagebericht unterschrieben. Ich weiß aber nicht, wer das vorgeschrieben hat, denn ich habe das nicht diktiert, sondern das ist mir wahrscheinlich vom Präsidium gebracht worden, und es hat gesagt: Unterschreibe das jetzt, und das legen wir den Akten bei.

Abgeordnete Adolfine Hertha Mikesch (ÖVP): Das heißt, wenn das Parlament Akten anfordert, dann braucht das Schreiben, bis es zu demjenigen kommt, von dem die Akten hergerichtet werden müssen, drei Monate lang?

Dr. Gregor Sieber: Frau Abgeordnete, das weiß ich nicht. Sie fordern die Akten von der **Zentralstelle** an. Das Parlament verkehrt nur mit den Zentralstellen, sprich den Bundesministerien. Wie das Bundesministerium weiter vorgeht, weiß ich auch nicht. Die fordern bei der nachgeordneten Dienstbehörde – das ist der zuständige Obergerichtspräsident – dieses Schreiben weiter an, und dieser Obergerichtspräsident wird dann bei allen seinen Landesgerichten, die er zu überwachen hat, die Aktenanforderung oder die Weiterleitung dieses Erlasses verfügen.

Bei mir kommt das dann an, nach meiner Erinnerung mündlich. Aber wahrscheinlich habe ich es dann schriftlich unterschrieben, weil eben der Präsident gesagt hat: Wir haben das vorbereitet. Das war dann am 5. 2., wie Sie es mir vorgehalten haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich möchte jetzt damit beginnen, einmal eine andere Sphäre zu streifen, und vielleicht brauche ich dafür gar nicht die ganzen 15 Minuten.

Herr Dr. Sieber, den Ausschuss beschäftigt jetzt, zehn oder dreizehn Jahre danach, nicht nur die Abfolge im Detail, sondern auch – das war sozusagen ein Nebenprodukt der Verhandlungen hier – das Beziehungsgeflecht, durchaus auch Ihrer Person, zu anderen Handelnden. – Ist es richtig, dass Sie ein Naheverhältnis zu Rechtsanwalt Vavrovsky und zu Rechtsanwalt Honsig-Erlenburg dergestalt haben, dass Sie mit den beiden Genannten per Du sind?

Dr. Gregor Sieber: Ich habe das, glaube ich, dem Abgeordneten Bauer schon ganz deutlich beantwortet.

Ich war vor der Konkurseröffnung Atomic und Rohrmoser mit Vavrovsky per Du und befreundet, mit Honsig per Sie und bekannt und mit Gehmacher per Du und nicht in Kontakt. Nach der Konkurseröffnung Atomic und Rohrmoser bin ich mit allen per Du und mit allen befreundet; mit Dr. Honsig seit einer gewissen Zeit nicht mehr so innig, und sonst beschränken sich natürlich die Kontakte mit Dr. Gehmacher, der in Wien ist – und ich in Salzburg –, auf gelegentliche Treffen. Aber mit Dr. Vavrovsky bin ich nach wie vor gut befreundet.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann tut mir das auch hinsichtlich der Verfahrenseffizienz Leid, dass ich da gerade einmal (*Dr. Sieber: Ich verstehe Sie sehr schlecht!*) nicht herinnen war. Ich muss jetzt gleich weiter auf diese Sache eingehen.

Vavrovsky hat Sie in einigen Verfahren bei Gericht vertreten, etwa in einem Erbschaftsfall. – Ist das richtig?

Dr. Gregor Sieber: Herr Abgeordneter, Sie sagten gerade einleitend, Sie bleiben beim Untersuchungsausschuss-Gegenstand. Wir reden jetzt vom Jahr 2001 und rein von Privatangelegenheiten des Dr. Sieber, die durch die Grundrechte und durch die Verfahrensordnung nach § 7 geschützt sind.

Ich möchte, bitte, eine Frage von Ihnen, mit der Sie den Zusammenhang zum Untersuchungsausschuss und zur Antwort herstellen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich bitte, zu beachten, dass 15 bis 20 Zentimeter Abstand zum Mikrophon der optimalen Haltung entsprechen. (*Dr. Sieber: Haben Sie das verstanden, Herr Abgeordneter Kogler? – Abg. Mag. Kogler: Ich habe alles verstanden, akustisch!*)

Die Frage „Untersuchungsgegenstand oder nicht?“ beantwortet man nicht mit einer Gegenfrage, beziehungsweise nicht **Sie** richten darüber. Das müssen wir uns jetzt schön langsam angewöhnen. Es geht schon um die Zusammenhänge und Netzwerke und um die Verantwortungen, da das ja einer der Teile des Untersuchungsgegenstandes ist. Da sind natürlich private, geschäftliche oder sonstige Beziehungen von Interesse.

Daher würden wir Sie bitten, die Frage des Kollegen Kogler zu beantworten!

Dr. Gregor Sieber: Herr Vorsitzender, wir schreiben das Jahr 2001 – und Sie suchen das Beziehungsgeflecht 1994. Verzeihen Sie mir also die bleibende Kritik, dass das mit dem Untersuchungsausschussgegenstand **nichts** zu tun hat! Es hat nur mit Sieber und mit Vavrovsky etwas zu tun.

Ich kann Ihnen dazu nur eines sagen: Ja, er hat mich vertreten. Er hat auch meinen Onkel vertreten, und das war es.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na, das ist damit ohnehin schon gesagt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich darf Ihnen versichern, dass ich eines jener Ausschussmitglieder war, die anfänglich Bedenken hatten, sich der Sache überhaupt im Kontext mit Atomic zu nähern, soweit es die Handlungen der Justiz betrifft. – Im Nachhinein, muss ich Ihnen sagen, halte ich das für ausdrücklich zum Untersuchungsgegenstand **gehörig**. Der Nationalrat hat ja mit Mehrheit einen Untersuchungsgegenstand im Zusammenhang mit der BAWAG kreiert, aber speziell zum Atomic-Konkurs, und dort sind sehr viele Fragen aufgetaucht, die jedenfalls bisher allesamt vom Vorsitzenden zugelassen wurden, mithin also das einzelne Ausschussmitglied davon ausgehen muss, dass das allein schon aus dem Umstand heraus zum Untersuchungsgegenstand gehört, jedenfalls aber zulässig ist.

Tatsächlich geht es bei vielen Vorhalten, die hier einzelne Kollegen anderen Auskunftspersonen gemacht haben, beziehungsweise auf Grund der Antworten von anderen Auskunftspersonen tatsächlich auch um diese Zusammenhänge. Ich habe mich davon selbst überzeugen lassen und wollte das nur einmal insoweit abkürzen, dass wir uns dieser Sache nähern. Da bin ich überzeugt davon, dass hier andere Kollegen durchaus noch strengere Nachfragen haben werden.

Ist das üblich, Herr Dr. Sieber, dass Versicherungen für Konkursrichter abgeschlossen werden, noch dazu aus der Masse heraus?

Dr. Gregor Sieber: Soll ich Ihnen zu Ihrem Statement auch einen Satz sagen? Oder ist das unüblich? – Dann sage ich keinen Satz.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das müssen Sie mit dem Vorsitzenden klären.

Dr. Gregor Sieber: Weil fünf Auskunftspersonen Antwort geben, kann nicht gewohnheitsrechtlich die Pflicht für alle entstehen. Das wollte ich nur dazu sagen. Das ist nicht möglich.

Jetzt kommt es zur Versicherung. Das ist **üblich in Salzburg**, und zwar wurde das übernommen aus dem Fall – Sie wird staunen – Kneissl in Vorarlberg. In diesem hat das erste Mal ein Konkursrichter eine Versicherung zur Kenntnis genommen, die der Masseverwalter für sich – und jetzt kommt es –, für den Gläubigerausschuss und auch für den Richter abgeschlossen hat.

Dadurch kam es in der Folge zu verschiedenen Bestellungen von Masseverwaltern, die diese Situation übernommen haben, sich selbst einer Vermögensschadenshaftpflicht zugeführt haben – einer Ergänzung zur Basishaftpflicht – und gesagt haben: Können wir den Gläubigerausschuss und den Konkursrichter, ohne dass es etwas kostet, prämienfrei mitversichern?

Das ist gelungen beim Fall Epikur in Gastein, und das ist, glaube ich, gelungen beim Fall WEB, dem größten Insolvenzverfahren Österreichs, das auch ich die Ehre hatte zu führen, mit 17 Konkursen. Aber noch einmal: Da war der Gläubigerausschuss dabei.

Bei Atomic ist es dem Masseverwalter Vavrovsky erst im März, sechs Monate später, gelungen, eine Entdeckung zusammenzubringen. Da ist es ihm nicht gelungen, den Gläubigerausschuss mitzuversichern, sondern nur prämienfrei den Richter. Das ist ein obsoletter Deckungsversuch, denn Vavrovsky haftet nach § 1299 ABGB, als Sachverständiger haftet er direkt dem Geschädigten. Sieber als Richter haftet nie direkt. Es haftet immer die **Republik**. Der Richter ist Organ der Republik und übt die Gesetze aus. Daher kann nur die Republik zur Haftung herangezogen werden, und die kann man nicht versichern, Herr Abgeordneter. Das versichert Ihnen kein Institut, nicht einmal ein Rückversicherer in England.

Und diese Haftpflichtversicherung des Masseverwalters hätte jetzt die Amtshaftungsansprüche mitversichern sollen, die der Geschädigte möglicherweise gegen die Republik hat. – Hören Sie mir wieder zu, oder erklärt Ihnen jetzt gerade der Abgeordnete Stadler, was Sache ist? (Abg. Mag. **Stadler:** Nein, ich erkläre ihm gerade, wo Sie herumflunkern!) Dann einigen Sie sich bitte vorher, wo jetzt die Richtigkeit liegt ... (Abg. Mag. **Stadler:** Sie werden uns hier nicht belehren, Herr Doktor! Wir werden hier in der Bank machen, was wir wollen! Ich habe ihm nur erklärt, wie Sie herumflunkern!) – Das weise ich entschieden zurück! (Abg. Mag. **Stadler:** Herr Rat, ich werde Ihnen das noch vorhalten, wie Sie glauben, diesen Ausschuss an der Nase herumführen zu können!)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich darf die erhitzten Gemüter bitten, sich wieder zu beruhigen! Ich glaube, durch diese Wechselreden entstehen ja solche Emotionen erst. (Abg. Mag. **Stadler:** Er wollte es genau wissen, und ich habe es ihm gerade gesagt!) Herr Dr. Sieber, Sie dürfen sicher sein, dass das eher belehrend klingt (Dr. **Sieber:** Das bedauere ich!), wenn Sie sagen: „Hören Sie mir wieder zu?“ – Wir hören Ihnen andächtig zu, keine Frage.

Dr. Gregor Sieber: Sie, Herr Vorsitzender. Aber mein Gesprächspartner jetzt, der Abgeordnete Kogler, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist nicht Ihr „Gesprächspartner“ Kogler, sondern der Ausschuss.

Dr. Gregor Sieber: Der war der Fragesteller. Entschuldigen Sie vielmals, ich ziehe alles zurück und versuche, zur Frage zurückzufinden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn wir alle das ein bisschen reduzieren, dann ergeben sich weniger Emotionen und Zwischenrufe. – So, jetzt sind wir wieder dabei.

Dr. Gregor Sieber: Ich bin ganz ruhig. Pardon, ich habe mich da vielleicht ein bisschen verstiegen, aber, wie man im Volksmund sagt: Ein Scheit allein brennt nicht.

Herr Abgeordneter, noch einmal: Der Richter kann nur belangt werden, indem zuerst die **Republik** belangt wird. Es gibt im Konkursverfahren keinen direkten Schadenersatzanspruch oder Anspruch gegen den Richter.

Und jetzt geht es weiter: Wenn das Organ, und nicht die Republik, sachfällig geworden ist, bezahlt hat, dann kann sich die Republik überlegen, ob sie das Organ, wenn die entsprechende Schuldform der groben Fahrlässigkeit oder des Vorsatzes vorliegt, in Regress zieht. Diese Forderung gegenüber dem Organ ist möglich. Aber bitte, jetzt haben der Versicherte und auch der Rechtsgrund gewechselt. Der Rechtsgrund ist ein ganz anderer. Der Regress eines Organs hat eine besondere Schuldform, unterliegt dem richterlichen Mäßigungsrecht und hat daher eine vollkommen andere Rechtsbasis als die Versicherung des Dr. Vavrovsky.

Daher ist meine Meinung – und die ist nicht abwegig und zumindest vertretbar –: Da ist uns ein obsoleter Deckungsversuch „passiert“, der nichts gekostet hat. Und Gott sei Dank habe ich nichts falsch gemacht und hat auch niemand irgendwann einmal die Republik geklagt. – Doch, einmal haben sie: dieser Amtshaftungsprozess in Wels. Da wurde die Versicherung weder verständigt, noch sonst irgendetwas von der Republik beigezogen, sondern da ist gar nichts passiert. Und der Regress, weil er verloren worden ist, dieser Amtshaftungsprozess, ist nie zur Debatte gestanden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Sieber, was Ihre allererste Ausführung angeht, stimme ich, glaube ich, mit Ihnen überein, dass Unkorrektheiten diversester Art nicht alleine schon deshalb regulär werden, bloß weil sie wiederholt werden. Ich habe aber meine Einleitung dazu nutzen wollen, um klarzustellen, dass es hier einen „common sense“ im Ausschuss gibt, dass das zum Verhandlungsgegenstand gehört, weil ich Ihre Reaktion ja schon erwartet habe.

Faktum ist, dass der Herr des Verfahrens hier der Ausschuss ist und im Besonderen dem Vorsitzenden eine Rolle zukommt. Und mein Hinweis hat dazu gedient, dass diese Fragenkomplexe bis jetzt immer zugelassen wurden. Das ist das eine.

Das Zweite ist: Amtshaftung und Organhaftung sind wir schon in der Lage zu unterscheiden. Ich habe Sie im Übrigen auch nur gefragt, ob Ihnen vergleichbare Fälle bekannt sind. Und mein Interesse geht auf Grund Ihrer Antwort jetzt nur mehr in die Richtung, ob Sie selbst als staatliches Organ vorher schon einmal ebenfalls als eingesetzter Konkursrichter von einer solchen Haftpflichtversicherung dieser oder ähnlicher Konstruktion begünstigt waren, oder ob das das erste Mal war, wie es hier Vavrovsky angelegt hat.

Dr. Gregor Sieber: Ich habe das schon beantwortet. Es gibt zwei Fälle: Epikur und WEB ... (*Abg. Mag. Kogler: Ich frage Sie nur, ob Sie damals dabei...!*) – Ja, ich war in beiden Fällen auch der Konkursrichter. (*Abg. Mag. Kogler: Na sehen Sie!*) Ich habe in beiden Fällen diese Versicherung dem Justizministerium gemeldet. Ich habe in beiden Fällen einen Erlass bekommen, dass das Justizministerium zustimmt. Und in allen drei Fällen ist es zu keinem Regress, ist es zu keinem Organregress gekommen. Aber ich betone noch einmal: In beiden anderen Fällen war der Gläubigerausschuss mitversichert. Und der Gläubigerausschuss ist jetzt kein Organ, kein Mitglied der Gerichtsbarkeit, sondern er unterstützt nur den Masseverwalter und kann daher

originäre Fehler machen, die einer Vermögenshaftpflicht zu unterziehen wären. Das ist möglich. Aber der Richter war versichert, er ist in verschiedenen anderen Bundesländern auch schon mitversichert gewesen – und das ist es.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Sieber, Sie haben auch an den Verhandlungen der BAWAG mit dem finnischen Konzern Amer teilgenommen. – Ist das richtig?

Dr. Gregor Sieber: Nein, das ist falsch. Und leider habe ich heute von der Frau Abgeordneten gehört, dass die Gläubigerausschussprotokolle offensichtlich noch nicht eingesehen wurden oder noch nicht wahrgenommen wurden. Da würde nämlich drinnen stehen, dass ich an Verhandlungen **nicht** teilgenommen habe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was das betrifft, führen Sie uns jetzt natürlich in ein gewisses Problem, weil bislang das Vokabular hier so gebraucht wurde. Ich gehe davon aus, dass Sie an den Gläubigerausschussversammlungen entsprechend teilgenommen haben. – Sind dort Gespräche geführt worden, die einen Verhandlungsstatus begründen hätten können?

Dr. Gregor Sieber: Nein. Der Gläubigerausschuss ist dazu da (*Abg. Mag. Kogler: Das weiß ich, wozu der da ist!*), den Masseverwalter zu unterstützen. Und eine Gläubigerausschusssitzung wird meistens von den Konkursrichtern besucht, um die Transportwege des Wissens abzukürzen.

Sie müssen sich vorstellen, dass ein lebendiges Gespräch in einer Diskussion, in einer Ausschusssitzung – so wie hier –, die drei, vier, fünf Stunden dauert, einen anderen Informationswert hat als ein fünfseitiger Bericht. Daher wird in den Gläubigerausschusssitzungen vom Masseverwalter berichtet. Der Masseverwalter stellt einen Antrag, das und das zu tun. Der Gläubigerausschuss tritt diesem Antrag bei, und der Richter muss dann über diesen Gläubigerausschussbeschluss über den Antrag des Masseverwalters entscheiden. Entweder macht er von seinem Untersagungsrecht Gebrauch oder nicht. Das war die damalige Rechtslage. Daher wird in Gläubigerausschusssitzungen nicht verhandelt. In Gläubigerausschusssitzungen wird berichtet und über Anträge entschieden, also beschlossen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist schon richtig von der rechtlichen Darstellung. Es ist allerdings so, dass hier im Zuge der Befragungen mehrfach berichtet wurde, dass Sie eine gewisse Tüchtigkeit zum Vorteil der BAWAG entwickelt hätten, was ja überhaupt nichts Vorwurfsvolles ist, und zwar nicht unbedingt jetzt in Ihrer bloßen Eigenschaft als Gläubiger, sondern als es schon darum ging, die Beziehung zu Amer entsprechend zu konstruieren, und hier die Geschäftsbereiche der Zinshöhen positiv beeinflusst hätten zugunsten der BAWAG. Was können Sie dazu berichten?

Dr. Gregor Sieber: Der Vorhalt ist im Großen und Ganzen richtig. Und jetzt muss ich das erzählen – weil das kommt ohnehin –, wie diese Teilnahme von mir an der Abschlussbesprechung der Amer in Wien war. Und zwar – ich nehme da das gleich mit dem Flieger mit, damit wir uns das sparen, dass wir dann noch einmal über meine Flugkünste oder meine Flugteilnahmen diskutieren – wurde ich an einem Donnerstag, am Abend, von Dr. Gehmacher angerufen, dass die Verhandlungen des Verhandlungsteams, und zwar Honsig, Vavrovsky, Gehmacher und die ganze BAWAG-Vorstandsetage, mit dem wesentlichsten Interessenten und dem letztverbliebenen Interessenten Amer in eine ganz entscheidende Phase getreten sind, dass sie 800 Millionen ausverhandelt haben, dass aber Elsner unbedingt auf 900 Millionen kommen will, und dass auch noch nebenbei von der BAWAG diese dem Abgeordneten Bauer beantworteten 350 Millionen an abgetretenen Forderungen verhandelt werden.

Dann hat er mich erinnert, dass ich vom Gläubigerausschuss als quasi Aufsichtsorgan oder auch Mitglied dieses Verhandlungsteams bestellt und einstimmig beschlossen wurde, und ich habe ihn gefragt: Was soll ich da machen, was wollt ihr da überhaupt von mir? Und da hat er gesagt: Es ist so angespannt, dass es sein könnte, dass die Finnen Wien verlassen, ohne dass sie dieses Verhandlungsergebnis abschließen und unterschreiben. Daher sollte ich kommen, um möglicherweise eine gewisse Kalmierung durchzuführen, um möglicherweise noch einmal aufzufordern, dass die Verhandlungen noch einmal aufgenommen werden oder Ähnliches.

Das Ganze war extrem schwierig, weil ich am nächsten Tag eine Ausgleichsverhandlung hatte mit, ich glaube, 400 Gläubigern oder so in etwa. Und wie Sie wissen, sind in einer Ausgleichsverhandlung alle Für- und Gegenstimmen zu tippen, und da ist man eigentlich stundenlang sehr hochkonzentriert. Da habe ich gesagt, ich kann um 15 Uhr nicht mit dem Privatauto in Wien sein. Das ist mir nicht zumutbar. Ich kann mich nicht ins Auto setzen und da hinunterdüsen, und dann weiß ich erst nicht, ob ich rechtzeitig dort bin. Daraufhin hat Gehmacher angeboten, er wird entweder von Salzburg aus ein Auto stellen mit einem Chauffeur oder von Wien ein Auto schicken. Damit war ich einverstanden, und er hat gesagt, ab halb, drei viertel zwölf steht vor der Tür ein Dienstauto und wird dich nach Wien bringen. Habe ich gesagt: Geht in Ordnung.

Und dann, während der Ausgleichsverhandlung – Sie kennen das Fax, das im Akt ist –, wurde ich von der BAWAG informiert, dass im Auftrag von Elsner für mich bei der Air Aviation in Salzburg ein Flug arrangiert wurde, der mich, glaube ich, ab 13 Uhr nach Wien bringt. Ich war nicht angetan von dieser Situation, weil ich eigentlich nicht gern fliege, bin aber dann auf den Flughafen hinausgefahren. Da waren zwei Herren, die haben mich begrüßt und haben mich dann zu einer Propellermaschine geleitet, wo vier Passagiere hineinpassen, vorne zwei, die die Maschine fliegen, und hinten waren vier Leute. Mit denen bin ich dann in Sichtflughöhe, also für meine Begriffe, der ich Flugangst habe, ziemlich knapp über dem Boden, bei strömendem Regen noch Wien geflogen.

Ich bin dort rechtzeitig angekommen, wurde dort abgeholt, wurde in die BAWAG gefahren. Dort habe ich wahrgenommen, dass offensichtlich keine großen Harmonieprobleme bestehen, weil da sind schon Sekretärinnen mit Gläsern durch die Gegend „gezogen“. Ich habe mir gedacht, das ist jetzt hoffentlich nicht irgendwie zum Streiten.

Dann habe ich gebeten, dass beide Masseverwalter herauskommen. Beide sind herausgekommen, haben mir berichtet, haben gesagt: Es ist alles in Ordnung. Wir haben auf 900 Millionen hinaufverhandelt. Die BAWAG hat eine Separatvereinbarung über die abgetretenen Forderungen getroffen – und das funktioniert.

Dann kam es in einen Zustand, den Ihnen, muss ich sagen, nur ein erfahrener Konkursrichter schildern kann. Es ist schon x-mal passiert, dass zwischen Closing, Einigung und schriftlicher Ausfertigung des Vertrages der Vertragspartner draufkommt, dass er sich übernommen hat und wieder davon ist. Da muss man schon, wie man im Volksmund sagt, den Sack zumachen. Ich habe dann gesagt: Kann man jetzt eine Vertragsbesprechung machen?, wobei ich dann mit dem Gläubigerausschuss gemeinsam diesen Vertrag zu genehmigen habe.

Wir sind dann in diese Besprechung gegangen. Da waren auf der anderen Seite, ich glaube, 15 Leute von Amer und Dorda/Brugger/Jordis. Es waren Dolmetscher da, es war alles Mögliche da, es war alles eine riesig besetzte Sache. Und dann wurde Punkt für Punkt die Punktation des Vertrages durchgegangen. Und dann hat Dr. Vavrovsky gesagt: Die zahlen bar. – Sage ich: Warum können die bar zahlen? Man kann doch

nicht 900 Millionen bar zahlen! Das ist ja unglaublich! Sagt er: Es gibt keine österreichische Bank, die eine Bankgarantie über 900 Millionen übers Wochenende darstellt.

Daraufhin haben wir gesagt: Gut. Wenn die binnen 48 Stunden bar 900 Millionen einzahlen, passt es. Wo? – Hat er gesagt, es gibt keine österreichische Bank, die diesen Zinsverlust über Tage hinnimmt bei 900 Millionen, sondern nur die Deutsche Bank nimmt das Geld. Und daraufhin war das erste Mal das Stichwort Zinsen gefallen. Und dann ist aufgekommen: Wer bekommt die Zinsen? Die Amer zahlt binnen 48 Stunden 900 Millionen S, und die 900 Millionen S landen am Treuhandkonto des Masseverwalters, und es ist absehbar, dass zumindest vier bis sechs Wochen diese 900 Millionen dort schmachten, und niemand weiß, wem sie gehören.

Sie gehören natürlich dem Käufer. Das ist sein Geld. Und erst wenn der Masseverwalter erfüllt und sozusagen die Schlüssel vom Lager und das Ganze übergibt und die Grundbuchsurkunden hat und so weiter, dann gehören die 900 Millionen ihm.

Da hat mich möglicherweise mein wirtschaftliches Verständnis dazu gebracht, dass ich gesagt habe: Das sind am Tag 150 000 S. Da müssen wir darüber reden, weil das ist ein Punkt, wo nachher dann diskutiert wird. Das ist nicht drinnen gestanden. Und da hat Herr Dr. Dorda, glaube ich, gesagt: Herr Rat, bitte schnüren Sie dieses Paket ja nicht auf! Wir sind nervlich so angespannt, es ist unglaublich! Wir können da nicht mehr herumverhandeln! – Habe ich gesagt: Dann mache ich einen ganz einfachen Vorschlag: Wir teilen es! – Daraufhin ist er mit dem Vorstandsvorsitzenden von Amer vor die Tür gegangen, hat ihm das erzählt, ist zurückgekommen und hat gesagt: Einverstanden, das machen wir!

Das war ein Zufallstreffer, es war nicht von mir geplant. Es war überhaupt nicht meine Hilfe diesbezüglich erbeten, sondern das war ganz etwas anderes: Es war das Ergebnis meiner Anwesenheit in Wien.

Um das Thema **Flug** abzuschließen: Am Abend sind wir zu dritt heimgefliegen – Honsig, Vavrovsky und Sieber. Ein Platz wäre noch frei gewesen. Aber das war alles. Und wir haben aus einer Kühlkiste jeder eine Schinkensemmel oder ein Weckerl bekommen und eine Dose Getränke. Das war die „Bordverpflegung“. Es war also nicht ein Jetflug nach Wien mit Rückkunft und Ähnlichem, sondern das war ganz einfach ein Ersatz eines Dienstautos durch einen wahrscheinlich sehr billigen Flug. Ich glaube, heute kostet ein gescheiter Flug in der Minute 20 €. Also können Sie sich ausrechnen, was damals für die BAWAG an Kosten entstanden ist – weil ich sage es gleich jetzt: Das haben die bezahlt.

Entschuldigen Sie bitte die Länge, aber es hat sich jetzt einfach aufgedrängt, dass man das komplett beantwortet.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist schon recht. Die Kühlbox wäre sicher nicht zum Untersuchungsgegenstand gehörend gewesen. – Allerdings: Zwei Drittel der Schilderung haben sich so angehört, als ob die BAWAG diese Sache arrangiert hätte, um eine Kronzeugenschaft für Gläser tragende Damen auch aufbieten zu können, wofür dann auch immer.

Aber der Schluss Ihrer Antwort führt ja zum Gesamtkomplex. Sie haben in einer Antwort zuvor schon geradezu bestreiten wollen, dass der Begriff „Verhandlung“ hier das richtige Substantiv sei. Jetzt haben Sie auch wieder Wert gelegt auf „Besprechung“. Gleichzeitig sprechen Sie aber von „Sack zumachen“ und ein Paket ja „nicht wieder aufschnüren“. In meiner Begrifflichkeit hat das bei Geschäftsbesprechungen natürlich den Charakter von **Verhandlungen** auch. Aber ich

glaube, da gibt es keine eindeutige Begriffsweisheit. Insofern haben Sie die Fragen jedenfalls beantwortet. – Ist das der Grund, vermuten Sie, dass Sie auch auf dieser so genannten Geschenkliste der BAWAG stehen?

Dr. Gregor Sieber: Das ist sicher nicht der Grund. Wie ich da draufgekommen bin, weiß ich genauso wenig wie Sie, weil Sie stehen auch drauf. Ich habe sie mit. Warten Sie – ich habe alle Geschenke mit, damit Sie einmal sehen, was das ist.

(Die Auskunftsperson greift in ihren Aktenkoffer.)

Das ist eine hochgradigste Lächerlichkeit, dass man hier ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich weiß von nichts. Noch weiß ich nicht, ob ich auf dieser Liste stehe.

Dr. Gregor Sieber: Solche CDs *(diese vorweisend)* mit BAWAG-Pickerl, originalverpackt. Wiener Symphoniker – BAWAG originalverpackt. Was ist da drauf? Johannes Brahms. Jedes Jahr habe ich ein solches Ding bekommen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich weiß schon, Herr Honsig wollte nicht einmal die Musik hören, die da drauf ist.

Dr. Gregor Sieber: Der hätte sich das angehört. Ich habe leider Gottes *(Abg. Mag. Stadler: Nein, er hat es sich nicht angehört!)* auch Schönberg nicht gehört. Ich habe auch die Bücher nicht gelesen, die jeder von Ihnen auch bekommen hat: „Geld macht sinnlich“, „Macht Religion Sinn?“, „Grenzenlos“. Ich stelle das gerne zur Verfügung, wenn Sie irgendwo einen Flohmarkt aufmachen wollen, dass Sie das dort verkaufen. Aber ich kann Ihnen sagen: Wenn das die „Revanche“ ist für 2,5 Millionen Schilling Zinsen ... *(Abg. Mag. Stadler: Das glauben wir eh nicht!)* Das ist nur peinlich – schauen Sie sich das an! Und so einen Kalender habe ich bekommen, nur mit Kunstleder rundherum und mit einer Ziehharmonika. Ich muss gestehen, bitte verzeihen Sie, ich bin der Gesinnung nicht so nahe: Ich hätte niemals einen roten BAWAG-Kalender aus der Tasche gezogen und mir eingetragen, was morgen los ist. – Das zum Thema Geschenke, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir haben ja ohnehin Verständnis für diese leidvollen Erfahrungen, nur ...

Dr. Gregor Sieber: Na, das ist nicht „leidvoll“, sondern 2005/2006 hat es mir Dr. Nowotny, wenn Sie das schon so festmachen an einem Generaldirektor, auch geschickt. Daher möchte ich einmal wegkommen von dieser Situation, dass ich da irgendwo auf einer Geschenkliste stehe.

Wissen Sie, was in Salzburg am Weltspartag stattfindet? Wissen Sie, wie der Raiffeisenverband den Jahresanfang in Salzburg feiert? – Das sind 1 200 Leute! Ja, man kann sich doch nicht als Richter aus dem gesellschaftlichen Leben herauskatapultieren – und sonst ist man „Mitglied eines Netzwerkes“?! Entschuldigen Sie meine impulsive Antwort, aber diese Geschenke, das ist doch bitte ... – Wenn sich damit der Ausschuss beschäftigt, dann muss ich auch einmal ein sarkastisches Wort sagen wie Sie zuerst. Das ist ja lächerlich!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist schon recht. Wir stimmen ja sicher alle hier überein, dass es sich um keine besonders wertvollen Geschenke handelt. Deshalb ist das auch gar nicht der Hintergrund der Frage, die hier doch mehrere interessiert und nicht bloß mich. Es ist eher der Umstand zu klären – nachdem wir das angeschaut und diese Listen von der Justiz übermittelt bekommen haben –: Es findet sich nach bester Recherche kein einziger Richter auf dieser Liste. Und die Frage ist schlicht und ergreifend, wie Sie da drauf kommen und ob Sie selbst eine

Wahrnehmung dazu haben. – Sie sagen, Sie wissen nicht, wie Sie da drauf kommen. Dass die Geschenke besonders wertvoll wären hat niemand behauptet.

Haben Sie sonst Geschenke von der BAWAG bekommen?

Dr. Gregor Sieber: Das sind keine Geschenke. Ich habe sonst keine Geschenke und niemals Geschenke bekommen. Das sind Werbemittelträger, wo „BAWAG“ draufsteht, eingebrannt, das ist ein **Werbemittel**. (*Abg. Mag. Kogler: Ist schon klar, nur ...!*) – Schenken Sie jemandem ein Geschenk, wo Sie darauf „Abgeordneter Kogler“ eingravieren lassen, dann ist es auch ein **Werbegeschenk** – und nicht ein Geschenk.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist schon recht. Uns interessiert ja mehr der Umstand, wieso Sie hier auf einer Liste stehen, die sich von den anderen Listen der BAWAG dadurch unterscheidet, dass es eine eigene Generaldirektionsliste war. Aber Sie können ja ohnehin offensichtlich nichts dazu beitragen. Wenn Sie Ihr Mitteilungsbedürfnis diesbezüglich ...

Dr. Gregor Sieber: Habe ich nicht, weil ich habe ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie keines?

Dr. Gregor Sieber: Die Weihnachtsgeschenkliste der Generaldirektion der BAWAG heißt das. (*Abg. Mag. Kogler: Ja!*) Genau. Und wie ich da drauf gekommen bin, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wissen Sie nicht.

Dr. Gregor Sieber: Ich habe nicht dafür gesorgt, dass ich dort gelöscht werde, ich habe mich überhaupt nicht darum gekümmert, wie Sie sehen. Das war äußerst staubig und ist noch immer originalverpackt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Sieber, stimmt es, dass Sie der Taufpate eines der Kinder des Herrn Rechtsanwaltes Maschke sind?

Dr. Gregor Sieber: Nein, weder er ist Taufpate eines meiner Kinder noch ich Taufpate eines seiner Kinder. Das ist einfach erlogen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sind Sie Firmpate?

Dr. Gregor Sieber: Auch nicht Firmpate. Und Sie als Katholik wüssten, dass Sie nur im Taufregister der Erzdiözese Salzburg nachschauen müssen und im Firmungsregister der Erzdiözese Salzburg und Sie wüssten, dass Maschke nirgends aufscheint bei mir.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Glauben Sie mir, das ist kein öffentlich einsehbares Register.

Dr. Gregor Sieber: Natürlich ist es öffentlich einsehbar.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ist es leider nicht.

Dr. Gregor Sieber: Ich habe die Todeserklärungen auch, und natürlich sind alle Personenstandsregister der Kirche einsehbar.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, Ihren belehrenden Unterton kann ich Ihnen gleich zurückgeben: Das ist erst dann öffentlich, wenn es im **Landesarchiv** ist. Dafür gibt es eine Archivsperre von 50 Jahren, wenn Sie es genau wissen wollen.

Halten wir fest: Sie sind auch nicht Taufpate oder Firmpate von Vavrovsky-Kindern?

Dr. Gregor Sieber: Von niemandem.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch Vavrovsky umgekehrt bei Ihren Kindern nicht?

Dr. Gregor Sieber: Von niemandem.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie sind ein langjähriger Freund des Masseverwalters Vavrovsky ...

Dr. Gregor Sieber: Sagen Sie gleich Honsig auch dazu! Honsig auch nicht – weder noch. Der hat vier Kinder, ich bin nirgends Taufpate, Firmpate oder Ähnliches.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist gut, dass Sie das gleich klarstellen, damit können wir uns das sparen.

Sie sind ein langjähriger Freund des Masseverwalters Vavrovsky, der Sie auch schon in Rechtscausen vertreten hat.

Stimmt es, dass Sie bei der Tante des Herrn Masseverwalters Honsig-Erlenburg eingemietet sind?

Dr. Gregor Sieber: Es stimmt, dass das Haus, wo ich eine Wohnung gemietet habe, einer Tante des Herrn Honsig-Erlenburg gehört.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Stimmt es, dass der Vertragserrichter Herr Dr. Honsig-Erlenburg war?

Dr. Gregor Sieber: Das ist richtig. Ich weiß es nicht, er hat ihn mir vorgelegt; wer ihn geschrieben hat, ich war nicht dabei.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. – Sie sind also auch ...

Dr. Gregor Sieber: Und das war 1998, Herr Abgeordneter! 1998 – vier Jahre später.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe durchaus begriffen, dass sich über Jahre hinweg aus so einem großen Konkurs, der so profitabel war, manche Freundschaften entwickeln können. Das schließe ich wirklich nicht aus.

Dr. Gregor Sieber: War das eine Frage?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das war nur eine Bemerkung auf Ihre Bemerkungen hin, dass es 1998 war. Wir haben das schon begriffen.

Wir klären weiter im Beziehungsgeflecht, dass Sie also nicht nur auf Kosten der BAWAG geflogen sind ...

Dr. Gregor Sieber: Schon. Ich habe gesagt, die BAWAG hat es bezahlt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nicht nur auf Kosten der BAWAG geflogen sind!

Dr. Gregor Sieber: Ach so, nicht nur.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sondern, dass Sie auch bei BAWAG-Empfängen dabei waren. – Stimmt das?

Dr. Gregor Sieber: Ich war bei einer Weihnachtsfeier. Wissen Sie, im „Salzburger Fenster“ war einmal geschrieben, dass wie jedes Jahr im Advent eine Adventfeier bei der BAWAG ist, bei der Salzburger Sparkasse, beim Raiffeisenverband, bei jedem Dings. Und bei einem war ich einmal zugegen, eine halbe Stunde. Ich weiß gar nicht mehr, was ich dort gemacht habe, mit wem ich geredet habe, aber ich habe keinen Empfang wahrgenommen, sondern das ist eine Publikumsgeschichte. Und da wurde mir das erst in Erinnerung gerufen, wie es Herr Rohrmoser dem Herrn Chefinspektor Mayer mitgebracht hat im Zeitungsausschnitt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, wir wollen ja nur Ihren Leidensdruck hier nachvollziehen, dass sich Ihnen die BAWAG (*Dr. Sieber: Danke, dass Sie mir helfen!*) so aufgedrängt hat. Wir haben ja Verständnis.

Dr. Gregor Sieber: Die hat sich nicht aufgedrängt!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben dann auch Verhandlungen oder – wie haben Sie gesagt? – Vertragsbesprechungen geführt, um für die BAWAG beziehungsweise für die Masse einen Zinsvorteil herauszuverhandeln.

Dr. Gregor Sieber: Nein, ich habe nicht ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das haben Sie uns gerade geschildert.

Dr. Gregor Sieber: Nein, ich habe Ihnen ganz genau geschildert, wie es war (*Abg. Mag. Stadler: Ja, das haben wir vernommen!*), und ich lasse eine Zusammenfassung, wo dann „Vertragsbesprechungen“ daraus werden, **nicht zu**. Die BAWAG war sich einig mit Amer und mit den Masseverwaltern, und ich habe den Punkt Zinsen ergänzend dort erläutert – und dann war das abgeschlossen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das haben wir alle vernommen. Das haben wir alles noch gut in Erinnerung.

Können Sie uns sagen, wie hoch dieser Zins, wie hoch in etwa der Betrag war, um den es hier ging?

Dr. Gregor Sieber: Der Betrag war 900 Millionen, wie Sie wissen. Ich weiß nicht, wie hoch der (*Abg. Mag. Stadler: Ich meine jetzt den Zinsvorteil!*) Veranlagungszinsfuß war von 900 Millionen. Aber nehmen Sie 4 Prozent, dann sind das 3,6 Millionen im Jahr. Dann sind das punktgenau pro Tag – wie viel? 10 000 S pro Tag, sind also im Monat 300 000 S. Und das sind also ... – Nein, es war mehr, eine Million ... – 100 000 pro Tag mal zwei Monate sind dann 6 Millionen – und davon die Hälfte. Ob wir 4 Prozent bekommen haben für eine Kurzanlage, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie wissen, dass der Fast-Alleingläubiger dieser Masse die BAWAG war. – Ist das richtig?

Dr. Gregor Sieber: Das ist später richtig. Am Anfang war die Gläubigerin die BAWAG mit 1,7 Milliarden und die anderen Gläubiger haben 300 Millionen Schilling Forderungen gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das ist dennoch eine Qualifikation, wo man sagen könnte, sie sind Fast-Alleingläubiger gewesen.

Dr. Gregor Sieber: Später – durch Forderungskauf und Ähnliches – wurden sie zum ungefähr 80 Prozent- oder 85 Prozent-Gläubiger. Ist richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, dieser Vorteil ist der BAWAG und damit – BAWAG ist gleich – Elsner zugute gekommen, der Ihnen den Flug organisiert hat. Das war ein ...

Dr. Gregor Sieber: Das ist den Gläubigern zugute gekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja. Die Fast-Alleingläubigerin BAWAG hat am meisten davon profitiert, daher hat sich dieser Flug für die BAWAG durchaus bezahlt gemacht.

Wir haben dann auch geklärt, dass Sie ein Pfadfinderfreund des Herrn Gehmacher sind.

Dr. Gregor Sieber: Entschuldigung, Herr Abgeordneter! Darf ich zu diesem Bezahltem-Haben des Fluges klarstellen, dass die das ja nicht vorher gewusst haben.

Die haben mich ja nicht angerufen und gesagt: Komm' zu uns, damit wir 2 Millionen Zinsvorteil bekommen (*Abg. Mag. Stadler: Ja, hat sich schon wieder aufgedrängt, die BAWAG!*), sondern das ist ja Zufall ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die „böse, böse BAWAG“ hat sich Ihnen schon wieder mit einem Flugzeug aufgedrängt. Wir können Ihren Leidensdruck wirklich langsam nachvollziehen.

Dr. Gregor Sieber: Ja, aber es war ein Zufall, Sie können es nicht hinoperieren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Den Zufall, den Herr Elsner organisiert hat. Das sind die *Elsner'schen Zufälle*.

Dr. Gregor Sieber: Nein, im Auftrag.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, wir halten fest: Pfadfinderfreund Gehmacher, auch Teil des Beziehungsgeflechtes, Haftpflichtversicherung, die Ihnen selbstverständlich einen Vermögenswert ...

Dr. Gregor Sieber: Sie halten im Pluralis Majestatis fest: „Wir halten fest“. – Ich weiß ja nicht (*Abg. Mag. Stadler: Wir, meine Fraktion!*), ob die anderen Abgeordneten nicht mehr Information (*Abg. Mag. Stadler: Herr Dr. Sieber!*) zu den Pfadfindern haben, dass man bei Pfadfindern keine Netzwerke aufzieht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Sieber, wir halten nur fest, was wir bereits im Ausschuss gehört haben. Das ist *nicht* der Pluralis Majestatis, den Sie übrigens auch nicht verwendet haben. Wenn Sie von „wir“ geredet haben, haben Sie immer den Masseverwalter und die BAWAG gemeint.

Dr. Gregor Sieber: Habe mich schon entschuldigt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich weiß schon, dass das *eine* Firma in Ihrem Gedächtnis ist.

Wenn ich „wir“ sage, dann sind „wir“ die, die Ihnen zugehört haben, der Ausschuss. – Damit ist das auch geklärt, damit Sie nicht verwirrt werden. Sie brauchen nicht Hoheit zu mir zu sagen. Ich werde es bei Ihnen auch nicht tun.

Bleiben wir dabei: Sie haben noch eine Haftpflichtversicherung bekommen, die Ihnen selbstverständlich einen vermögenswerten Vorteil bedeutet hat, nämlich in zweifacher Hinsicht. (*Dr. Sieber: Nein!*) – Lassen Sie mich ausführen, ich werde es Ihnen dann schon erklären! Und zwar in zweifacher Hinsicht: zunächst einmal dadurch, dass Sie sich selbst die Prämie erspart haben. – Das ist der erste vermögenswerte Vorteil. Und der zweite vermögenswerte Vorteil daraus ist, dass eine volle Deckung im Falle der Inanspruchnahme aus dem Titel der Organhaftung vorhanden gewesen wäre.

Ist das richtig? Wären Sie im Falle ...?

Dr. Gregor Sieber: Das ist beides falsch. (*Abg. Mag. Stadler: Nämlich?*) – Beides ist grundfalsch, und Sie können das in keinsten Weise und in keiner Phase auch nur ansatzweise erhärten! Ich habe die Versicherung nicht verlangt, sie hat nichts gekostet – das ist kein Vermögensvorteil, nichts!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es geht nicht darum, ob sie sie verlangt haben! Es kommt überhaupt nicht darauf an, Herr Rat, ob Sie das verlangt haben oder nicht!

Den vermögenswerten Vorteil – das hat auch Kollege Stummvoll in einer epochalen parlamentarischen Anfrage richtig dargestellt – hatten Sie in zweifacher Hinsicht: Zunächst haben Sie sich die eigene Prämie für eine derartige Versicherung erspart, falls Sie sie abgeschlossen hätten, und Sie hätten eine volle Versicherungsdeckung für

den Fall gehabt, dass ein Anspruch aus dem Titel der Organhaftung schlagend geworden wäre.

Dr. Gregor Sieber: Das Zweite ist auch falsch. (*Abg. Mag. Stadler: Sondern?*) – Ich habe es schon erklärt, aber Sie wollen es nicht glauben. – Ich kann da nicht weitermachen; ich kann Sie nicht missionieren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Warum soll es falsch sein, dass Sie einen Versicherungsschutz gehabt hätten, wenn die Republik Sie aus dem Titel der Organhaftung im Regresswege belangt hätte?

Dr. Gregor Sieber: Da muss ich Ihnen noch einmal sagen, Herr Abgeordneter: weil der Versicherungsnehmer zuerst jemand anderer ist, nämlich die **Republik**. Es kann kein Organregress an sich entstehen, sondern ein Organregress kann nur entstehen, wenn zuerst die Republik sachfällig wird und zahlt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, natürlich!

Dr. Gregor Sieber: Und die Republik zahlt und sie entscheidet, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber Sie waren ja versichert!

Dr. Gregor Sieber: Die Republik zahlt und entscheidet völlig frei, ob sie dem Organ etwas vorwirft. Und ich nehme für mich in Anspruch, dass ich in 22 Jahren noch nie in Anspruch genommen worden bin. Also, diese Versicherung war ein **rechtliches Nullum**, ein obsoleter Versuch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, Sie glauben gar nicht, wie sehr Ihre Argumentationen hier ins Leere laufen: Hier herinnen sitzen nicht lauter Leute, die das nicht nachvollziehen können!

Selbstverständlich wäre jeder Minister verpflichtet gewesen, dafür zu sorgen, dass Sie im Wege des Regresses aus dem Titel **Organhaftung** in Anspruch genommen werden, wenn es wegen Ihrer Gestionen im Konkursfall zu einem Amtshaftungsanspruch, zu einer Leistung der Republik aus dem Titel der Amtshaftung, gekommen wäre. Verlassen Sie sich darauf: Kein Minister hätte es gewagt, ...

Dr. Gregor Sieber: Das ist falsch, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das wissen wir!

Dr. Gregor Sieber: ... weil eine Versicherungsdeckung bei Vorsatz nicht geht, und der Vorsatz ist Voraussetzung für den Organregress!

Also noch einmal: Lassen Sie das! Diskutieren Sie das emotionslos mit einem Juristen – und Sie werden diese Vorwürfe nicht aufrechterhalten!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich sage jetzt nur für mich – ob Sie die Ansicht jetzt teilen oder nicht, ist relativ unerheblich –: Die Versicherungsdeckung war da – ich kläre nur das Beziehungsgeflecht auf –, auch für die Prozesskosten im Übrigen, ...

Dr. Gregor Sieber: Das ist noch einmal falsch! (*Abg. Mag. Stadler: Sondern?*) – Der Organregress war **nicht** abgesichert. Das war ein obsoleter Deckungsversuch: Es wäre nie zur Haftung der Versicherung gekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wären die Prozesskosten abgedeckt gewesen?

Dr. Gregor Sieber: Ich hätte keine Prozesskosten gehabt. (*Abg. Mag. Stadler: Sondern?*) Wo habe ich bei einem Amtshaftungsprozess Prozesskosten? Soll ich als Nebenintervenient beitreten oder ...?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, im Organhaftungsverfahren hätten Sie einen Prozess gehabt.

Dr. Gregor Sieber: Betreffend einen Regress kann ich Ihnen nur sagen, dass die Prozesskosten durch meine Basisversicherung gedeckt sind, und die ist ausreichend.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das mag sein, aber die Versicherungspolizze hat darauf gelaute, Ihnen die Prozesskosten in diesem Fall zu ersetzen.

Dr. Gregor Sieber: Nein, sie hat nicht so gelaute! Das ist ein falscher Vorhalt. Zeigen Sie mir die Versicherungspolizze, in der das steht!

Noch einmal: Sie hat vom 15. März bis 30. September 1995 gegolten – das war nur ein Verteilungszeitraum! Hier einen vorsätzlichen Fehler zu machen ist ausgeschlossen, weil der Regress damit abgeschnitten ist.

Herr Abgeordneter, einen grob fahrlässigen Fehler in einem Vorabschlags-Verteilungsverfahren zu machen, bei dem der Konkurs dann noch sieben oder zehn Jahre lang dauert, ist ausgeschlossen! Und ich habe eine Amtshaftungsversicherung, eine Organ-Haftpflichtversicherung eingedeckt über die Richtervereinigung und über meine Behörde, und die zahlen die Kosten, wenn etwas wäre. – Aber ich habe das Glück, dass ich in 34 Jahren noch nie einen Amtshaftungsprozess gehabt habe.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich nur fragen, warum das alles Herr Dr. Vavrovsky nicht weiß?

Dr. Gregor Sieber: Der weiß das genauso ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der hat uns das alles geschildert.

Dr. Gregor Sieber: Nein! – Ich habe das gelesen: Er hat das *nicht* so gesagt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber warum schließt er eine sinnlose Versicherung ab? Ist er so ...?

Dr. Gregor Sieber: Ja, Herr Vorsitzender: Das mag der einzige Fehler in diesem Konkurs gewesen sein – den nehmen wir auf uns. Das war falsch, richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist unerheblich, ob er falsch ist, sondern es deckt nur das Beziehungsgeflecht auf: dass er *wollte*, dass Sie gedeckt sind! Es geht nicht darum, ob Sie wirklich gedeckt waren, er *wollte* Sie decken: Den Freund Sieber *wollte* er decken, das ist der Punkt!

Dr. Gregor Sieber: Nein, Herr Abgeordneter! Noch einmal: ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich hätte gerne eine Frage gestellt.

Dr. Gregor Sieber: Es war schon vorher zweimal so: Ich weiß nicht, ob Sie widerstehen können, wenn Sie tanken, und der Tankwart sagt: Darf ich Ihnen das Auto auch noch waschen, es kostet nichts?!, indem Sie sagen: Nein, da baue ich ein Beziehungsgeflecht auf, nein, ich fahre gleich – also so ähnlich. Ich darf diesen saloppen Vergleich machen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ach du liebe Zeit! Herr Dr. Vavrovsky hat Ihnen einen Versicherungsschutz gewährt – und Sie vergleichen das mit dem Autowaschen?! Das Auto hätte er Ihnen auch noch waschen wollen?! – Hören Sie, hier herinnen sitzen Leute, die sich schon ein bisserl auskennen! So blöd, wie wir ausschauen, sind wir nicht, Herr Doktor!

Bleiben wir noch beim letzten Punkt, den ich relevieren möchte, um das Beziehungsgeflecht aufzuklären: Damit er zu einem Privat-Zwangsausgleich kommt,

muss Herr Rohrmoser auch noch eine Freistellungserklärung unterschreiben, in der er darauf verzichtet, dass er gegen Herrn Konkursrichter Sieber irgendetwas unternimmt. – Ist das richtig?

Dr. Gregor Sieber: Diese Verzichtserklärung gibt es, und das ist ein absolutes rechtliches Nullum.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darum geht es nicht!

Dr. Gregor Sieber: Es gibt keinen Verzicht! – Ich habe das nie verlangt, es wurde nie eingewendet, es stand nie irgendwann zur Debatte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, wir reden aneinander vorbei!

Dr. Gregor Sieber: Herr Dr. Rubatscher, Herr Dr. Honsig und Herr Dr. Gehmacher haben irgendetwas gemacht, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Sieber, wir reden aneinander vorbei!

Dr. Gregor Sieber: ... und da bin ich hineingekommen wie der Pontius ins Credo. Es ist doch überhaupt kein Verdacht, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ich weiß: Alle Welt drängt sich Ihnen auf in dem Konkurs (*Dr. Sieber: Genau!*): Die BAWAG macht alles, ohne dass Sie es wollen – sie zahlt Ihnen einen Flug, stellt Sie auf die Geschenkliste, lädt Sie ein; sie drängt sich Ihnen buchstäblich auf –, die anderen schließen eine Versicherung ab, die Sie nicht wollen, und die anderen sorgen dafür, dass der Rohrmoser nichts gegen Sie unternehmen kann. – Es geht nur darum, dass die das alle **für Sie wollen**.

Ich kenne wenige Banken in diesem Land, die sich Richtern so aufdrängen, ich kenne wenige Masseverwalter in diesem Land, die sich Richtern mit einem Versicherungsschutz aufdrängen, ich kenne wenige Unternehmer in diesem Land, die Erklärungen abgeben müssen, Richter nicht in Anspruch nehmen zu wollen, nur weil es befreundete Anwälte wollen – das ist das Beziehungsgeflecht! Ich hoffe, das haben Sie jetzt verstanden.

Jetzt hätte ich noch eine andere Frage: Wie häufig, Herr Dr. Sieber, fahren Sie mit einem Masseverwalter und dem Rechtsvertreter der Antrag stellenden Partei zu Unternehmen, wenn ein Konkurs noch gar nicht eröffnet ist? Wie häufig machen Sie das?

Dr. Gregor Sieber: Der Konkurs **war** eröffnet (*Abg. Mag. Stadler: Nein!*), wenn ich Ihnen das in Erinnerung rufen darf. Der Konkurs Rohrmoser war eröffnet, als ich weggefahren bin. Es ist, Sie können das nachlesen, das Edikt schon ausgehangen (*Abg. Mag. Stadler: Nein!*), es war der Konkurs Rohrmoser rechtswirksam eröffnet. Der Konkurseröffnungsbeschluss Atomic war in Händen einer Richteramtsanwärterin, er war unterschrieben, er war nur formell der Geschäftsstelle zu übergeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Von diesem rede ich.

Dr. Gregor Sieber: Und dieser Beschluss wurde dann übergeben, nachdem Herr Pilotto eine unnotwendige Zustimmungserklärung unterfertigt hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie oft machen Sie das, dass Sie bei einem Konkurs – wenn ich sage, dass Sie mit Herrn Dr. Gehmacher und Herrn Dr. Vavrovsky ins Unternehmen gefahren sind, dann meine ich ja nicht den Privatkonkurs Rohrmoser –, bevor überhaupt das Konkursedikt aushängt, zunächst einmal in Ihrem Büro ein Konkursedikt fabrizieren, ...

Dr. Gregor Sieber: Ich fabriziere nicht das Edikt, sondern den Beschluss. – Ich mache keine Edikte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist ja hier (*Abg. Mag. Stadler hält ein Schriftstück in die Höhe*): Hier steht groß „**Konkursedikt**“ und hier ist Ihre Unterschrift darauf.

Dr. Gregor Sieber: Das fabriziere ich doch nicht, ich fabriziere einen Beschluss! Der Richter entscheidet durch Verfügung, Beschluss oder Urteil – und nicht durch Edikt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja! Wir können uns da gerne auf unterschiedliche Begriffe einigen – es wird halt länger dauern. Hier steht groß „Konkursedikt“, unterschrieben von Dr. Sieber. Das haben Sie vorproduziert, bevor Sie nach Wagrain gefahren sind. – Ist das richtig?

Dr. Gregor Sieber: Noch einmal: Ich habe den Beschluss unterschrieben. Auf Grund des Beschlusses wird eine Zustellung verfügt, und diese Zustellung wird durch die Geschäftsstelle vollzogen. (*Abg. Mag. Stadler: Gut!*) Und Teil dieser Zustellung ist der Aushang an der Gerichtstafel: Das ist der richtige Vorgang. – Das habe ich produziert.

Das muss ich Gott sei Dank nur ganz selten machen, weil Gott sei Dank nur ganz selten solche Konkurse auf mich zukommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie häufig machen Sie das, dass Sie solche ...

Dr. Gregor Sieber: Das habe ich gerade beantwortet: selten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, können Sie uns ein bisschen mehr sagen? Haben Sie das in anderen Fällen schon einmal gemacht?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht können wir das in einer Relation machen: Wie viele Konkursverfahren in einem Betrachtungszeitraum von einem Kalenderjahr betreuen Sie denn durchschnittlich, und bei wie vielen kommt das vor?

Dr. Gregor Sieber: Es waren in diesen 22 Jahren insgesamt etwa 3 000 Konkurse, das sind pro Jahr sicher 120 eröffnete Konkurse, und bei diesen 120 eröffneten Konkursen gibt es 25 oder 20 über Gläubigerantrag. Sonst sind alle über Selbstantrag, und da ergibt sich diese Notwendigkeit nicht, denn der will ja den Konkurs.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na, und wie oft ist es bei den 25 vorgekommen?

Dr. Gregor Sieber: Das weiß ich nicht. – Vielleicht noch ein Mal oder zwei Mal in diesen 22 Jahren. Oder auch nicht: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir davon aus, dass es einmalig war.

Dr. Gregor Sieber: Mag sein, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, es war einmalig. Ich habe mich durchgefragt: Kein Richter, kein Rechtsanwalt hat mir gesagt, dass ihm das jemals untergekommen wäre. – Gehen wir davon aus, dass es einmalig war.

Sie haben den Beschluss also schon gefasst, es ist alles vorbereitet: Sie setzen sich jetzt mit dem Rechtsvertreter, Ihrem früheren Pfadfinder-Freund Gehmacher, in ein Auto und fahren mit dem weiteren Freund Vavrovsky ins Unternehmen. – Wie häufig machen Sie das?

Dr. Gregor Sieber: Genauso selten, wie das mit dem Konkursedikt. (*Abg. Mag. Stadler: Das heißt, einmalig!*) Aber zum Konkurs hin, am nächsten Tag oder so, fahre ich sehr häufig. Ich schaue mir jedes große Unternehmen, Hotel oder sonstiges

mit dem Masseverwalter an (*Abg. Mag. Stadler: Auf das kommen wir später noch zu sprechen!*), um die Fortführung beurteilen zu können. Aber die unmittelbare, sofortige Vorbereitung der Fortführung – das habe ich in diesem Fall exemplarisch, ausnahmsweise gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bin Ihnen jetzt sehr dankbar, dass Sie erwähnt haben, dass Sie das häufig machen, dass Sie nach einer Konkurseröffnung ins Unternehmen fahren – weil das wird in einem anderen Zusammenhang bei mir noch eine Frage auslösen.

Bleiben wir dabei: Sie fahren also ins Unternehmen – das haben Sie einmalig gemacht, mit Ihren beiden Freunden Gehmacher und Vavrovsky – und agieren dort praktisch wie eine gemeinsame Firma. Würde das das „wir“ erklären, das der Herr Vorsitzende schon urgiert hat?

Dr. Gregor Sieber: Nein, Herr Dr. Gehmacher hat dort überhaupt nicht wie eine Firma agiert. (*Abg. Mag. Stadler: Nein, Sie!*) Herr Dr. Vavrovsky hat als Masseverwalter die leitenden Angestellten dieses Unternehmens aufgesucht, und Sie haben vergessen, der Vertreter des Rohrmoser, Herr Dr. Maschke, war auch dabei. (*Abg. Mag. Stadler: Der ist ja nicht mitgefahren!*) – Der war schon dort. Ich habe Ihnen gesagt, er hat uns erwartet. (*Abg. Mag. Stadler: Nein, aber Sie sind ja mit ihm hingefahren!*) – Der war dort und der hat alles mitgetan: Der hat uns jeden vorgestellt. Er hat gesagt, das ist der Sowieso und das ist der Sowieso, und so weiter und so fort. Das ist ja doch ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Sieber, wir sind erst auf der Fahrt. Das heißt, Sie sind ... (*Dr. Sieber: Wir sind schon angekommen! Weil Sie gesagt haben, Sie agieren dann dort wie eine – Dings!*) – Nein, ich noch nicht. Herr Dr. Sieber, ich bin noch im Auto. Sie sitzen also noch alle drei miteinander im Auto und fahren jetzt nach Altenmarkt. Und in diesem Auto haben Sie worüber gesprochen? – Da haben Sie sich doch verabredet. Ist das so? Oder haben Sie da ...

Dr. Gregor Sieber: Das ist jetzt eine Unterstellung, die ich zurückweise – ich „verabrede“ mich nicht. Wir haben alles **besprochen**. Dr. Gehmacher hat sein Wissen darüber kundgetan, wie es in dem Unternehmen ausschauen wird, was los ist und wie die Finanzierung von der BAWAG dargestellt werden wird. Dr. Vavrovsky hat sich über alles erkundigt, was er wissen wollte, und ich habe ja nichts gewusst. Ich bin danebengesessen und habe gesagt, ich werde schauen, ob ich das klären kann, ob es einen zweiten Geschäftsführer gibt oder nur einen Prokuristen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie haben dort beraten, wie Sie weiter vorgehen. – Ist das richtig?

Dr. Gregor Sieber: Ich nicht! Vavrovsky und Gehmacher haben sich besprochen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben sich Stöpsel in die Ohren gesteckt – oder nicht?

Dr. Gregor Sieber: Nein, ich habe zugehört. (*Abg. Mag. Stadler: Na eben!*) Deswegen muss ich ja nicht als Berater fungieren.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dürfen wir es vorerst dabei belassen? – Ich werde die Sitzung jetzt für 20 Minuten für eine Mittagspause unterbrechen – wir setzen dann fort. Ich darf auch die Auskunftsperson bitten, in 20 Minuten wieder da zu sein.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 12.33 Uhr **unterbrochen** und um 13.02 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

13.02

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 13.02 Uhr – unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt Abg. Bucher das Wort.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Dr. Sieber, ich möchte meine Fragen auf die Verzichtserklärung hin richten, nämlich bevor die BAWAG im Konkursverfahren über das Vermögen von Kommerzialrat Rohrmoser den Zwangsausgleichsvorschlag besprochen hat oder darüber abgestimmt hat, hat man ihm eine Verzichtserklärung vorgelegt. Wie haben Sie das mitbekommen? Denn in den Unterlagen, die uns vorliegen, sind Sie überall mit angeführt als anwesende Person, gemeinsam mit den Organen der BAWAG, mit Masseverwalter und mit dem Rechtsanwalt der BAWAG. Meine Frage: Welche Rolle war im Zuge dieser Verzichtserklärung die Ihre? Und die Zweite: Ist das ein üblicher Vorgang, so wie das hier abgewickelt wurde?

Dr. Gregor Sieber: Herr Abgeordneter, das ist – ich fange hinten an – ein sehr unüblicher Vorgang. Und wenn man mit mir Rücksprache gehalten hätte, hätte ich das niemals zugelassen. Ich hätte gesagt, ich muss da nirgends drinstehen. – Nur, damit die Situation ein bisschen geklärt ist.

Die Verhandlungen des Herrn Rohrmoser über seinen Zwangsausgleich sind ja ungefähr eineinhalb Jahre alt gewesen. Er hat zweimal einen Antrag eingebracht, diesen musste ich zurückweisen, weil er nicht formell richtig war oder unerfüllbar war. Das wurde beide Male von der Instanz bestätigt.

Das dritte Mal ist ein Herr Dr. Rubatscher aus Innsbruck gekommen und hat es sehr gut verstanden, ein gutes Klima zu erzeugen, schlussendlich auch bei der BAWAG. Und dann gingen diese Zwangsausgleichsverhandlungen in die erste, zweite, dritte Runde. – Sie werden mich vielleicht dann fragen, was da der Inhalt war, aber ich komme jetzt auf diese Verzichtserklärung.

Vorher war in den Verhandlungen über den Zwangsausgleich eine schriftliche Vereinbarung mit der BAWAG, die eine Präambel gehabt hat, und in der Präambel ist schon ausführlich gestanden, dass Herr Rohrmoser nunmehr seine Obstruktionspolitik verlässt, dass er jetzt gerne entschuldigt werden möchte und dass er daher um einen Zwangsausgleich ersucht und im Falle dieses Zwangsausgleichs die bisherigen Handlungen der Masseverwalter genehmigt oder nicht mehr kritisiert und auch die Handlungen der BAWAG nicht mehr kritisiert und so weiter.

Das wurde aus einer beiderseitigen Verletzlichkeit geboren, weil ja vorher Herr Rohrmoser schon sehr schwere Geschütze aufgefahren hat und schon Anzeigen gemacht hat und so weiter.

Diese Vereinbarung wurde in der Kanzlei des Dr. Maschke am 4. Oktober, glaube ich, 1995 – oder am 20.? – unterschrieben, und das müsste Ihnen zur ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Entschuldigung, nicht in der Kanzlei Fuchshuber?

Dr. Gregor Sieber: Nein, diese Zwangsausgleichsvereinbarung mit Zwangsausgleichsvorschlag wurde in der Kanzlei des Dr. Maschke unterschrieben, ist ungefähr acht bis zehn Seiten lang – ich kann sie Ihnen heraussuchen, wenn Sie

möchten –, und da steht das alles drinnen. Da steht drinnen, da ist Konkurrenzklausel, da steht drinnen sozusagen ein Friedensabkommen, und, und, und.

Das wurde in der Kanzlei Maschke paraphiert von Frau Margarethe Rohrmoser, von Frau Elisabeth Rohrmoser, von Frau Maria Marga... – wie heißt sie? –, Maria Rohrmoser, sie hat einen Doppelnamen, also von der zweiten Tochter, und von Alois Rohrmoser. Diese Vereinbarung hat also Rohrmoser in Radstadt unterschrieben, und die BAWAG hat gesagt: Wir unterschreiben nachher, wir müssen die Gremien erst fragen. Daraufhin hat Herr Rohrmoser verlangt, dass die BAWAG in Innsbruck unterschreibt. Daraufhin musste Gehmacher nach Innsbruck in die Kanzlei des Dr. Fuchshuber fahren, und dort hat ihm Gehmacher dieses Schreiben präsentiert, von dem ich nichts wusste und das er zwischenzeitlich mit Dr. Rubatscher offensichtlich abgestimmt hatte. In diesem Schreiben verzichtet Herr Rohrmoser auf Schadenersatzansprüche oder Ähnliches gegenüber der BAWAG.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Nicht nur gegenüber der BAWAG.

Dr. Gregor Sieber: Gegenüber allen Konkursorganen als ... (*Abg. Bucher: Ja!*) – Insgesamt, muss ich sagen, war diese Verzichtserklärung wirklich unnötig wie ein Kropf. Wenn ich ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ja, aber wie kommt so etwas zustande, weil das ist ja nicht ...

Dr. Gregor Sieber: Weil es sich Herr Dr. Gehmacher oder jemand vom Rechtsbüro der BAWAG eingebildet hat oder – ich weiß es nicht.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Damit verzichtete Herr Kommerzialrat Rohrmoser auf jegliche Schadenersatzansprüche auch gegenüber Masseverwalter, gegenüber Konkursrichter, gegenüber BAWAG (*Dr. Sieber: Ja, Herr Abgeordneter, darf ich da jetzt die Brücke ...*), alle Anwälte und Organe et cetera. Ich meine, das habe ich überhaupt noch nie erlebt. (*Dr. Sieber: Darf ich die Brücke zu dieser ...*) Haben Sie so etwas schon einmal erlebt?

Dr. Gregor Sieber: Nein, noch nie. Ich hätte es auch nie ... – Ich habe auch sofort gesagt, als das das erste Mal aufgekommen ist: Das wird nicht wirksam! Das ist ein totales Nullum! Es kann kein Mensch gegenüber einem Richter auf einen Schadenersatzanspruch verzichten, weil er keinen hat. (*Abg. Bucher: Ja, aber in einem ... – Darf ich Sie kurz unterbrechen?*) Er hat nur einen Haftungsanspruch gegenüber der Republik.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): In einem Ihrer Berichte steht drinnen, dass das ein Vorschlag von Seiten des Kommerzialrates Rohrmoser war.

Dr. Gregor Sieber: Nein, glaube ich nicht, das war er nicht, habe ich auch nie berichtet. Also von Rohrmoser ist dieser Vorschlag sicher nicht gekommen, das ist ganz sicher. Mir wurde das auch dann erzählt, dass Herr Rohrmoser in Innsbruck in der Kanzlei des Dr. Fuchshuber extrem aufgebracht war und gesagt hat, das unterschreibt er nicht. Und dann hat es eben diese typischen Geplänkel gegeben zwischen zwei Anwälten, Fuchshuber und Gehmacher, und zwischendurch war dann Herr – ich weiß nicht, da war sogar ein Notariatssubstitut dort, und Rubatscher, der Wirtschaftstreuhänder, war auch dort, und Frau Dr. Kraft war auch dort. Herr Rohrmoser soll nach Berichten zwei-, dreimal auf die Straße hinuntergegangen sein, um sich abzukühlen – und irgendwann ist er zurückgekommen und hat das dann unterschrieben.

Es ist ausgeschlossen, dass diese Verzichtserklärung mir gegenüber wirksam geworden wäre – ausgeschlossen! –, weil niemand gegenüber der Republik auf

Schadenersatzansprüche verzichten kann. Es hätte da drinstehen müssen, dass auf Amtshaftungsansprüche verzichtet wird. – Das hätte ich ja unterbunden, wenn ich es gewusst hätte.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Aber Sie waren ja anwesend in diesem Prozess?

Dr. Gregor Sieber: Nein, ich war nie in Innsbruck. Nein, nie im Leben. Es ist auch nie behauptet worden, dass ich da dabei war.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Und man hat mit Ihnen auch nie Rücksprache gehalten darüber, dass Sie da drinstehen?

Dr. Gregor Sieber: Diese Verzichtserklärung hat Dr. Gehmacher als Top-Geheimnis offensichtlich an seinem Herzen getragen, hat sie dann in Innsbruck präsentiert, hat sie auch dann, wie es ja furchtbar vorgeworfen wird, nicht einmal kopieren lassen und hat sie wieder mitgenommen nach Wien.

Wir haben dann auch nur in einer Abschrift oder in einer Anzeige selbst davon erfahren. Aber ich habe aus den Protokollen erfahren, dass Dr. Honsig das irgendwann einmal mit Rubatscher auch abgeklärt hätte.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Also, es war mehr oder weniger ein Diktat auch von Seiten des Masseverwalters.

Dr. Gregor Sieber: Nein, der Masseverwalter auch nicht! Es war rein ... (*Abg. Bucher: Ja, Gehmacher/Masseverwalter, in diesem Zusammenspiel!*) Schauen Sie, ein Zwangsausgleich ist kein Recht des Schuldners. Der Zwangsausgleich ist eine Vereinbarung zwischen den Gläubigern und dem Schuldner, in dem 80 Prozent Schulden nachgelassen werden und er dann schuldenfrei ist. Für solche Vereinbarungen muss man Gegenleistungen und Leistungen erbringen.

Ich mache das das ganze Jahr – ich weiß nicht – 40, 50 Mal einen Zwangsausgleich. Da wird über die Absonderungsrechte, das heißt, über das Einfamilienhaus, überall werden Vereinbarungen geschlossen, weil ja jeder verschiedene Interessen hat. Und diese Vereinbarungen werden dann geschlossen unter Partnern, dass man sagt, wir sind jetzt einverstanden, dass wir da 80 Prozent nachlassen, aber natürlich ist nicht ganz unverständlich, dass die BAWAG sagt: Aber dann ist Schluss mit diesen Verweigerungen von Unterschriften bei den Marken, es ist Schluss mit den dauernden Vorhaltungen, mit den dauernden Androhungen, dass man Schadenersatz geltend machen wird, und so weiter.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Aber der Druck ist von der BAWAG massiv ausgegangen. Von der BAWAG ist der ausgegangen, das haben Sie schon ...

Dr. Gregor Sieber: Warum es ein Druck ist, weiß ich nicht. Die haben das verlangt.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Und ist auf Sie auch jemals Druck ausgeübt worden?

Dr. Gregor Sieber: Niemals. Also, ich habe das nie verlangt, und es war für mich nie irgendeine Voraussetzung ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sind Empfehlungen ausgesprochen worden? (*Dr. Sieber: Nichts!*) – Wir haben heute den Herrn Generaldirektor Elsner auch hier gehabt, der gesagt hat, dass er Sie kennt und dass ...

Dr. Gregor Sieber: Was, kennt? Ja, persönlich hat er mich wahrscheinlich ein, zwei Mal gesehen draußen in Altenmarkt, aber wir haben nie sonstigen Kontakt gehabt. Nicht ein einziges Mal!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Und über die Causa Atomic auch niemals ein persönliches Gespräch geführt?

Dr. Gregor Sieber: Nein, nie. Der ist erschienen dort – ich sage jetzt das Wort, obwohl es mir nicht gefällt, weil die Leute kommen immer wohin und „erscheinen“ nicht, aber Elsner ist wirklich **erschienen** – und hat dann dort seine verschiedenen Zustimmungen erklärt. Ich kann mich erinnern, dass irgendwer gesagt hat: Und wer zahlt jetzt den Rennsport? Da hat er gesagt: Was kostet das? Und da hat irgendwer gesagt: 42 Millionen. Da hat er gesagt: Zahlen wir! – Und so ist das gegangen.

Das war natürlich eine sehr monokratische Bank, da gebe ich Ihnen Recht, weil, wenn man das bei einer anderen Bank – ich sage keinen Namen – verlangen würde, dass sie 42 Millionen zusätzlich lockermachen, brauchen wir Monate, bis der entsprechende Vorstand das absegnet.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe noch eine Frage in Bezug auf Rohrmoser: Wie hat sich also die Zusammenarbeit gestaltet? Sie haben geschildert, dass das am Anfang, als Sie bei der Konkurseröffnung bei ihm waren, patriarchalisch war, weil die Frauen quasi in der Küche haben stehen müssen und nicht dabei waren beim Gespräch, aber im Prinzip in Ordnung. Das hat sich aber dann geändert, nehme ich an.

Dr. Gregor Sieber: Sie entschuldigen, dass ich das ein bisschen drastisch geschildert habe, aber das war ein sehr nachhaltiger Eindruck für mich, wie sich jemand, der eine Woche lang einen unglaublichen Medienkampf führt und sich da immer darstellt, gegeben hat, wenn man mit ihm spricht. Das war sehr wichtig. Und das war einfach eine ausgesprochen normale Begegnung. Es war dort dieses Telefonat mit dem Stromm (*phonetisch!*) – kann ich mich erinnern –, es war eine sehr – wie soll ich sagen? – typische Pongauer Stube mit einem riesen Kruzifix über dem Tisch, und da ist der Herr Rohrmoser gesessen und hat gesagt: Also, wer seid ihr?

Wir haben uns vorgestellt und haben dann gesagt: Herr Kommerzialrat – hat der Vavrovsky gesagt –, könnten Sie uns helfen bei der Fortführung? Sie sind ja der, der sich auskennt und der alles kann und alles weiß! – Und da hat er gesagt: Und was schaut dann da für mich heraus? – Und dann waren wir perplex. Da haben wir gesagt: Das wissen wir nicht! Was soll dabei heraussehen? Jetzt sind wir noch überhaupt nirgends weiter. – Und er hat sich dann ein bisschen – wie soll ich sagen? – nicht mehr geäußert. Und wir haben gesagt, wir werden also jetzt mit Hilfe dieses Fortführungskredites ... – Ich sage jetzt immer „wir“ und ich hoffe, dass daraus nicht diese „Absprache seit Jahr und Tag“ entsteht, sondern das war dann wirklich eine Unterstützung.

Ich als Richter gehe nur hin, weil die Leute, die Gemeinschuldner und die Dienstnehmer und die Menschen, die dort sind, wirklich mir glauben. Wenn dort irgendwer Fragen hat, dann stehe ich zur Verfügung. Aber ich sage ja nicht dem Masseverwalter: Jetzt lerne ich dir einmal, wie das Konkursmachen geht!, sondern der macht seine Partie ... (*Abg. Mag. Stadler: Sie haben ja gerade gesagt, dass es einmalig war!*) – Ich fahre sonst auch mit. Ich fahre immer mit, wenn da Betriebsversammlungen oder größere Sachen sind, weil die Dienstnehmer wollen das hören von mir, wissen Sie? Der Dienstnehmer will wissen: Wie schaut das jetzt aus? Und dann sind eh schon die Leute von der Arbeiterkammer dort, aber trotzdem.

Der Richter vermittelt den Eindruck, dass dieses Verfahren vom ihm intensive überwacht, gesehen und wahrgenommen wird. Und das lasse ich mir nicht nehmen, das hat sich in 22 Jahren bewährt, und auch da. Ich **wollte** den Herrn Rohrmoser kennen lernen. Ich wollte mit ihm persönlich Kontakt haben. Das ist ja ganz etwas anderes, wenn man mal jemanden sieht.

Aber es war überhaupt keine – Dings, sonst hätte der Dr. Maschke gesagt, jetzt gibt es einen Rekurs ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nur wegen der Zeitökonomie: Könnten Sie sich möglichst auf die Frage beschränken, die ich **stelle**. Meine Frage war: Sie haben geschildert, dass es am Anfang problemlos war. – Wie hat sich das Verhältnis zum Herrn Rohrmoser, die Zusammenarbeit weiter entwickelt?

Dr. Gregor Sieber: Das Problem ist dann entstanden, dass die erste – wie soll ich sagen? – Verfolgung seiner Interessen der Herr Rohrmoser dahin gehend gesehen hat, dass er gesagt hat, der Einbringungsvertrag in die GmbH ist nicht ganz erfüllt, und die herausgebliebenen Marken und Patente, die noch nicht überschrieben worden sind im Ausland und Ähnliches, mit denen macht er jetzt ... – Das ist quasi sein Verhandlungspotenzial, das gibt er nur heraus, wenn ihm großzügig entgegengekommen wird.

Daher war sein erstes Verlangen: Er braucht einen anderen Masseverwalter, dass zwischen diesen beiden ein Spannungsfeld erzeugt werden kann. Der eine Masseverwalter muss sein privates, von ihm so vermutetes Vermögen verwalten, und der andere möchte es gerne haben. Und daher hat er das auseinander dividieren wollen.

Ich habe dann auch, weil der eine Masseverwalter beim anderen – ich weiß nicht wie viele – Millionen Forderungen angemeldet hat, schlussendlich umbestellt. Aber dem Rekurs gegen den zweiten Masseverwalter, dass zwei Mal der Vavrovsky bestellt wurde, wurde nicht Folge gegeben. Sondern der Rekursenat hat hineingeschrieben: Na, der wird das schon, wenn es notwendig ist, machen. – Aber bis jetzt ist es noch nicht notwendig, dass er umbestellt wird.

Und da hat dann dieses Klima zu leiden begonnen. Entschuldigung, ich muss immer ein bisschen ausholen, sonst verstehen Sie diese Atmosphäre nicht. Beim Herrn Rohrmoser war Dr. Chalupsky – das ist ein wirklicher Spezialist in Insolvenzsachen, hat x Bücher geschrieben –, dann war Dr. Maschke als ortsansässiger Anwalt, und dann war noch Prof. Mandl, Dipl.-Ing. Pierer und Herr Knünz. Also das war ein ziemlich wehrhaftes Grüppchen, die da die Interessen des Herrn Rohrmoser vertreten haben – und zurecht.

Die haben sich eingesetzt für ihn und gesagt: Wie geht das? Und damit habe ich immer entscheiden müssen. Es ist ja ununterbrochen ein Antrag gekommen und ein Beschluss und ein Rechtsmittel und so weiter, und so ist das dann die ganze Zeit dahingegangen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben dann schlussendlich dem Wunsch des Herrn Rohrmoser entsprochen, dass für diese zwei Verfahren – also Konkurs Atomic for Sport beziehungsweise Zwangsausgleich in weiterer Folge, Privatvermögen Rohrmoser – ein eigener Masseverwalter bestellt wird und nicht mehr Herr Vavrovsky beides macht. Sie haben da Herrn Honsig-Erlenburg bestellt. – Wieso haben Sie gerade den bestellt?

Dr. Gregor Sieber: Das habe ich zuerst schon gesagt, dass das vier bis sechs Wochen oder vielleicht acht Wochen nach Konkurseröffnung war, dass dann diese – wie soll ich sagen? – Kollision immer deutlicher wurde, und dann habe ich eben gesagt: Ja, jetzt werden wir umbestellen. – Und dann hat Dr. Maschke einen Schriftsatz eingebracht und gesagt: Wir wollen wirklich diese Umbestellung jetzt haben und wir schlagen vor, den Dr. Honsig-Erlenburg zu nehmen!

Herr Dr. Honsig-Erlenburg hat völlig ohne mein Zutun Herrn Dr. Vavrovsky als seinen Substituten bestellt und gesagt: Ich bin mit der Atomic so beschäftigt, dass ich

momentan für **Rohrmoser privat** keine Arbeitsveranlassung sehe, außer der Vermögensfeststellung. Und dafür hat er diesen Honsig-Erlenburg genommen. Und der ist dort in den Landen herumgezogen, hat sich alle Liegenschaften angeschaut, hat die Grundbuchsauszüge überprüft, hat das Vermögen festgestellt, was beim Herrn Rohrmoser – unter Anführungszeichen – „privat“ da ist.

Also Dr. Honsig-Erlenburg war überhaupt nicht – wie soll ich sagen? – eingeplant. Ich hätte diese zwei Konkurse als Persönlich-Hafter-Konkurse gesehen. Ich nehme immer denselben Masseverwalter, wenn eine Personenhandelsgesellschaft und der Gesellschafter in Konkurs gehen, weil es ja sinnlos ist, dass da zwei Masseverwalter werken.

Zuerst habe ich das so gesehen, dass es da ähnlich ist, habe dann aber zugegebenermaßen wirklich umbestellt und gesagt, es ist gescheitert, wenn das jetzt ein anderer macht. Es hat sich dann Herr Dr. Honsig wunschgemäß bereit erklärt für Herrn Dr. Maschke und Herrn Rohrmoser, und dann haben wir umbestellt. So ist es dazu gekommen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Herr Dr. Honsig-Erlenburg wurde von der anwaltlichen Vertretung von Alois Rohrmoser vorgeschlagen.

Dr. Gregor Sieber: So ist es. Das ist ein Schriftsatz; ich hätte ihn da, aber es dauert eine Zeit, wenn ich ihn suche, bis ich ihn finde.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Welchen Eindruck haben Sie vom unternehmerischen Auftreten von Alois Rohrmoser gehabt?

Dr. Gregor Sieber: Das unternehmerische Auftreten des Alois Rohrmoser habe ich vorher nicht mitverfolgt. Ich muss jetzt quasi – Sie verzeihen diesen Ausdruck, weil er gestorben ist – wie ein Pathologe beim Sezieren des Ganzen sagen, wie sich das Unternehmen nach Konkurseröffnung präsentiert hat. Daraus jetzt Rückschlüsse auf den Herrn Kommerzialrat zu ziehen, ist vielleicht nicht fair oder nicht angebracht, aber das Unternehmen war leider in einem nicht guten Zustand. Es waren sieben oder sechs Jahre nachweislich Verluste da, und diese Verluste waren akkumuliert: extrem hoch. Die Vorgangsweise vorher mit den Privatentnahmen hat schon eine hohe Toleranz seitens der BAWAG verlangt, nämlich dass er als Einzelunternehmen immer wieder Privatentnahmen machen konnte, obwohl dadurch Verluste entstanden oder Verluste bilanziell höher geworden sind. – Das war mein Eindruck.

Das Zweite: Herr Rohrmoser war seinerzeit ein Mitverfechter der Lagerproduktion. Alle Schi-Produzenten in Österreich haben gesagt: Wir produzieren einmal sehr viele Schi, und wenn es gut schneit, verkaufen wir alle. – Dadurch sind dann in zwei, drei schneearmen Wintern wie die Kegel in einem ... (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*)

Wir sind noch bei der Frage: Diese Situation war in der Schiindustrie evident, sodass sich nach drei schneearmen Wintern Head, Blizzard und natürlich vor allem Atomic in größeren Problemen befunden haben. Jetzt kann ich nur diesen Befund wiedergeben, Herr Abgeordneter, dass eben dieses Unternehmen nicht – wie soll ich sagen – wie ein Flaggschiff der österreichischen Industrieunternehmungen unterwegs war, sondern bei 1,5 Milliarden Umsatz 2 Milliarden Schulden hatte. Das steht im Anmeldeverzeichnis. – Und wenn Sie das in einer Klasse einer Handelsschule erörtern, werden alle Schüler sagen: Das wird nicht gut gehen!

Diese Situation wurde nur durch die BAWAG weiter transportiert. Sie hat immer wieder Ausdehnungen der Kredite gegeben. Der Kreditrahmen war 1,5 Milliarden, und sie hat noch 200 Millionen dazugegeben, sie hat 100 Millionen über die Köflach dazugegeben und sie hat dann noch einmal 175 Millionen einsetzen müssen. Also es war wirklich ein Problem.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es ist schon eingangs ein bisschen Gegenstand der Befragung gewesen, dieses Zusammenspiel von Ihnen, Herrn Dr. Vavrovsky, Honsig-Erlenburg. – Sind Sie öfters in einem „Triumvirat“? Spielen Sie öfters alle drei eine Rolle in diversen Verfahren?

Dr. Gregor Sieber: Überhaupt nicht mehr! – Noch einmal, ich habe das schon zu erklären versucht: Dr. Vavrovsky ist wirklich ein besonderer Experte als Masseverwalter. Er wird in Schiedsverfahren in Wien gebraucht, er wird wirklich überall herangezogen. Er ist ein Workaholic, der das wirklich macht wie kaum ein anderer. Ich habe in Salzburg vier, fünf solche Top-Masseverwalter, aber er liegt allen voran an der Spitze.

Herr Dr. Honsig ist damals – das habe ich schon erklärt – zufällig hineingeraten. Dr. Vavrovsky hat sich gedacht, das ist ein junger Anwalt, der bemüht sich vielleicht darum und macht das gut, und so weiter. Ich war mit ihm damals per Sie. Und jetzt, nachträglich haben wir nie mehr ... (*Zwischenrufe.*) – Dr. Vavrovsky hat ihn nicht vorgeschlagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber Herr Vavrovsky hat das hier ausgesagt! Herr Vavrovsky hat hier ausgesagt, er hat Herrn Honsig-Erlenburg als Masseverwalter für den privaten Zwangsausgleich **vorgeschlagen**.

Dr. Gregor Sieber: Nein, Herr Vavrovsky hat den **Substitut ausgewählt**.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich kann nur sagen: Herr Vavrovsky hat gesagt, er hat Herrn Dr. Honsig-Erlenburg als Masseverwalter für den privaten Zwangsausgleich vorgeschlagen.

Dr. Gregor Sieber: Wo steht das? (*Abg. Krainer: Das hat er selber gesagt!*) Das steht aber nirgends. Ich habe den Schriftsatz gelesen – wo steht das?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ja, das glaube ich Ihnen schon, dass es von Herrn Masser auch einen Schriftsatz gibt, wo er das vorschlägt.

Dr. Gregor Sieber: Herr Dr. Masser hat das vielleicht gesagt – aber wo hat das Herr Dr. Honsig gesagt? Ich habe den Schriftsatz hier.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Dr. Vavrovsky hat das gesagt. (*Dr. Sieber: Dr. Vavrovsky hat das nicht gesagt!*) Herr Dr. Vavrovsky hat hier gesagt, dass er selbst Herrn Honsig-Erlenburg **vorgeschlagen** hat.

Dr. Gregor Sieber: Nein, das ist **nicht** richtig. Das kann nicht sein. Das kann nicht im Ausschussprotokoll stehen, das ist nicht möglich! Sagen Sie mir, wo das steht!

Ich sage es noch einmal: Ich habe den Schriftsatz von Dr. Maschke, der sagt: bitte umbestellen, und wenn umbestellen, dann Herrn Dr. Honsig-Erlenburg. Es ist richtig, dass Herr Vavrovsky vorher Herrn Dr. Zumtobel fürs Ausland als Substitut bestellt hat und Herrn Dr. Honsig fürs Inland. Dr. Zumtobel ist in die Schweiz gefahren, nach Deutschland und hat dort die Niederlassungen oder die verbundenen Unternehmungen kontrolliert und überblickt ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, aber das interessiert mich jetzt gar nicht so sehr. – Meine Frage war eine andere. Meine Frage war: Gibt es noch öfters Verfahren (*Dr. Sieber: Nein!*), wo Sie drei immer in verschiedenen Positionen – außer Sie in Ihrer Position, denn die ist ja relativ fix als Richter – eine Rolle spielen?

Dr. Gregor Sieber: Nein; zusammen nicht, da ist mir nichts erinnerlich. Es war nur dieser Fall Atomic beziehungsweise Rohrmoser, wo Herr Honsig allein Masseverwalter von Rohrmoser war und Vavrovsky allein Masseverwalter der Atomic war. Da war es

kein Dreigestirn mehr oder irgendso eine Vermutung. Da hat jeder seine Verantwortung gehabt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Am Anfang war er ja zumindest Substitut.

Das heißt, Ihnen ist kein Verfahren erinnerlich, wo diese drei Personen in unterschiedlichen Positionen, mit Ausnahme Ihrer ...

Dr. Gregor Sieber: Nein. Aber mir sind andere Verfahren sehr wohl in Erinnerung, zum Beispiel Hallein Papier AG, wo drei verschiedene Verwalter sind, WEB, wo vier oder fünf verschiedene Verwalter sind. Es ist der Zug der Zeit, dass alles so riesenhaft wird, dass nicht ein Mensch allein es kann.

Dann ist die Frage, was wir machen. Entweder substituiert er ihn als Rechtsanwalt oder er sagt: Bestellen wir einen besonderen Verwalter. Dann gibt es einen für die Arbeitnehmer, dann gibt es einen für die Rechtsstreitigkeiten, und, und, und. Aber ich will Sie da jetzt nicht in die tieferen Gefilde des Konkursrechts hineinschleppen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und dort kommen dann schon auch immer wieder Vavrovsky und Honsig-Erlenburg vor?

Dr. Gregor Sieber: Ja. – Nein, da gibt es sonst nichts.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da kommen die zwei nie vor?

Dr. Gregor Sieber: Wenn Sie mir keinen konkreten Fall sagen, dann kann ich mich an keinen konkreten Fall erinnern.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Zum Beispiel Konkursverfahren Mönchstein Immobilien AG.

Dr. Gregor Sieber: Nein, Herr Honsig spielt dort keine Rolle. Herr Honsig war Bankvertreter. Darauf habe ich überhaupt keinen Einfluss, wen die Salzburger Sparkasse als Vertreter nimmt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und hat Vavrovsky da auch irgendeine Rolle gespielt?

Dr. Gregor Sieber: Er hat einen Käufer vertreten; also er war nicht einmal Masseverwalter. – Das sind ja Hirngespinnste, entschuldigen Sie, nicht von Ihnen, sondern von denen, die Ihnen das zugetragen haben. Das ist zwar ein glamouröser Konkurs in Salzburg gewesen, aber die ganze Mannschaftsbesetzung war vollkommen verschieden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also Herr Dr. Honsig-Erlenburg und Herr Dr. Vavrovsky haben bei der Geschichte nur Nebenrollen gespielt.

Dr. Gregor Sieber: Herr Dr. Honsig hat eine sehr wesentliche Rolle dort gespielt, weil er den Pfandgläubiger vertreten hat. In einem Insolvenzverfahren ist dieser ein ganz wichtiger Gläubiger, der das wichtige Asset hat, nämlich das Hotel oder die Betriebsliegenschaft oder sonst was. Das ist schon eine entscheidende Rolle. Und der andere hat nur beim Versteigern oder bei der freiwilligen Feilbietung aufgezeigt und es zum Bestpreis für einen deutschen Industriellen, der das jetzt gerade umbaut, erworben. Also das war völlig ohne Geheimnisumwitterung oder Netzwerk oder was auch immer.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gibt es noch andere diverse Konkursfälle, wo Sie mit Honsig-Erlenburg, Vavrovsky in Gerichtssälen oder wo auch immer aufeinandertreffen?

Dr. Gregor Sieber: Salzburg ist nur ein Zehntel so groß wie Wien. Wir haben 140 000 oder 160 000 Einwohner und dafür eine relativ große Dichte von Anwälten in der Stadt. Aber so wie in Wien verschiedene Banken immer Herrn Dr. Sch. als Vertreter haben, wie in Wien verschiedene ständige Vertretungen bestehen, bestehen diese auch in Salzburg. Und Herr Dr. Honsig – weil ich das zuerst schon geoffenbart habe – vertritt in sehr vielen Fällen die Salzburger Sparkasse. Also wenn die jetzt beteiligt ist an irgendeinem Konkurs, dann ist damit zu rechnen, dass Herr Dr. Honsig allenfalls auftritt. Aber weil ich das weiß, kommt er nie in Frage. Ich würde nie Herrn Dr. Honsig als Masseverwalter bestellen, wo dann die Salzburger Sparkasse beim Antrag im Gläubigerverzeichnis aufscheint oder den Antrag gestellt hat. Das ist ja ausgeschlossen – verstehen Sie? Daher kommt es immer nur zu Berührungen oder zu Konstellationen, die nie schädlich sein können, wo nicht der Gläubigervertreter auf einmal der Masseverwalter wird, oder der Schuldnervertreter sonst immer die wichtigste Bank vertritt – das ist ja ausgeschlossen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, es gibt noch weitere Fälle, bei denen Sie immer wieder auf die Herren Honsig-Erlenburg und Vavrovsky in unterschiedlichen Rollen bei Konkursverfahren treffen?

Dr. Gregor Sieber: Wie ich es beantwortet habe. Als Gläubigervertreter von Dr. Honsig-Erlenburg ist mir jetzt gar kein großer Fall in Erinnerung, bei dem er noch Masseverwalter ist oder war. Dr. Vavrovsky war zuletzt bei einem Flugunternehmen im Pinzgau Masseverwalter. Das hat er so gut gemacht, dass innerhalb von zweieinhalb oder drei Monaten der Zwangsausgleich angenommen, bestätigt, der Konkurs aufgehoben worden ist, und der schon wieder fliegt. Ich will jetzt keinen Namen nennen, aber das war wieder perfekt. Und der Schuldner sagt: So ein Glücksfall, dass ich diesen Masseverwalter bekommen habe. Und die Banken sagen: Sehr gut.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, Sie waren zu dem Zeitpunkt noch per Sie mit beiden. Das hat sich in der Zwischenzeit geändert, wenn Sie das so betonen?

Dr. Gregor Sieber: Das ist richtig. Ich war vorher mit Dr. Vavrovsky per Du, ich kenne ihn ungefähr seit Studienabschluss. Dann war ich ja Richter am Land, dann war ich drei Jahre Referent im Ministerium, dann war ich sieben Jahre Zivilrichter, und dann war ich Konkursrichter. Bei dem Zivilrichter sind unsere Begegnungen durchaus vorhanden gewesen, dass er ab und zu irgendeine Partei vertreten hat, Kläger oder Beklagter. Dann im Konkurs wurde Dr. Vavrovsky schon von meinem Vorgänger geschätzt, und wurde auch von mir eingesetzt. Und da hat es sich erst wirklich entwickelt – ich sehe die Freundschaft als eines der höchsten Güter an. Und die Freundschaft braucht zwei Dinge, nämlich erstens echtes Vertrauen und zweitens echte Achtung. Beides habe ich. Ich habe große Hochachtung vor Dr. Vavrovsky ob seines Könnens, das ist ein Top-Mann, und ich habe großes Vertrauen, dass sich nicht irgendwo irgendein Cent verkrümelt oder verschließt – oder wie man sagt –, sondern dass alles so überkorrekt stattfindet, dass ich wirklich blind darauf vertrauen kann, dass der Mann alles richtig macht und er sich auch wahnsinnig bemüht, alles richtig zu machen.

Das ist die Grundlage einer zwischenmenschlichen Beziehung, die zu einem freundschaftlichen Verhältnis führt. Wir fahren nie gemeinsam auf Urlaub – wie sonst mit anderen Freunden, wenn ich das schon ausplaudere –, aber das ist wirklich ein freundschaftliches Verhältnis auf ausgezeichnete Basis. Und dazu stehe ich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Zu Dr. Honsig-Erlenburg ebenso, oder?

Dr. Gregor Sieber: Dr. Honsig-Erlenburg habe ich fast nicht gekannt. Sein Vater war ein sehr geachteter Richter bei uns im Haus, den ich sehr geschätzt habe. Dann

kommt der Sohn als Anwalt, ist zuerst in einer Kanzlei – nicht Konzipient bei Vavrovsky, sondern bei Dr. Meusburger –, hat dann, glaube ich, ein oder zwei kleine Konkurse gemacht – aber das ist so unbedeutend gewesen, dass es mir gar nicht in Erinnerung ist, weil eben am Anfang immer nur kleine Sachen zum Probieren verteilt werden, auch heute noch –, dann bei Atomic und bei Rohrmoser; das war so intensiv, da waren so viele Gespräche. Es waren ungefähr 17 oder 19 Gläubigerausschusssitzungen Atomic und zehn, zwölf Gläubigerausschusssitzungen Rohrmoser. Da entwickelt sich genauso eine Kompetenz und Vertrauensbasis, auf der man rasch per Du ist und sich rasch vertraut und rasch auch persönlicheren Umgang pflegt als sonst.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie irgendwelche privaten Verbindungen mit Honsig-Erlenburg als Rechtsanwalt oder dergleichen?

Dr. Gregor Sieber: Überhaupt keine. Ich habe überhaupt nie eine Vertretung durch Dr. Honsig-Erlenburg in Anspruch genommen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Er ist Ihnen in dem Sinne auch noch nie begegnet?

Dr. Gregor Sieber: Begegnen tut er mir beinahe täglich, weil er im selben Haus die Kanzlei hat. Er kommt immer um 9 Uhr ins Büro, und ich fahre so etwa um 9 Uhr. Da kann es schon sein, dass wir uns treffen und sagen: Hallo, wie geht's? – Aber das ist weder beruflich noch sonst von irgendeinem Einfluss, null.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie wohnen im selben Haus, in dem er seine Kanzlei hat?

Dr. Gregor Sieber: So ist es. Das hat schon Herr Abgeordneter Kogler vorhin angeschnitten. (*Abg. Mag. Stadler: Das Haus gehört der Tante des Herrn Honsig-Erlenburg!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ja, ich weiß. Ich kann mich noch erinnern, wie Honsig-Erlenburg gesagt hat, er hat den Mietvertrag entworfen – wenn ich recht informiert bin.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Herr Dr. Sieber, Sie haben in der Mittagspause versucht – glaube ich –, bezüglich der Unterlagen bei Ihnen im Hause Gespräche zu führen, wie das ist. Ich hätte gerne, dass Sie das noch einmal ausführen, damit wir diese Aussage auch im Protokoll haben.

Dr. Gregor Sieber: Frau Abgeordnete, ich habe in meiner Geschäftsstelle angerufen, und die Frau, die dort tätig ist, hat nachgeschaut im elektronischen Register und hat gesagt: Nein. Sie hat vergessen, den Austrag vorzunehmen, wann der Akt weg ist. Ich werfe ihr das nicht vor, weil ich – wie ich es Ihnen erzählt habe – selbst die Kiste gepackt und auf meinem Tisch stehen gelassen habe. Ich weiß nicht, bin ich dann ein paar Tage weggefahren oder nicht, auf jeden Fall wurde die direkt vom Präsidium abtransportiert, hat also nicht den Weg über die Geschäftsstellen gemacht wie normalerweise, dass das dort dann in ein Kuvert gesteckt und weitergeschickt wird. Es ist ein Missgeschick, das aber sicher nicht am Landesgericht Salzburg liegt.

Ich möchte noch einmal sagen, dass diese Akten dort unverzüglichst zusammengestellt worden sind, dass ich nicht eine Stunde nachgedacht habe, ob ich irgendein Aktenblatt entferne oder sonst etwas, sondern dass ich alle Akten ganz komplett zusammengeführt habe, und so weiter. Sie können eine Kontrolle machen: Ich habe den Akt Atomic dreimal vollständig fotokopiert; ein Exemplar war immer beim Obersten Gerichtshof, eines war immer beim Oberlandesgericht Linz, und eines ist immer bei mir im Original. Das Original war bei mir, weil ich habe es mir erspart, dass

ich bei jeder Rechtsmittelvorlage ... – wir haben den Dienstwagen gar nicht mehr ..., war fast zu klein, dass der hinauffährt nach Linz –, sondern die haben den Akt dort schon gehabt. Ich habe die letzten zehn Ordnungsnummern mitgeschickt, und dann war das eine sehr verfahrensökonomische Vorgangsweise. Genauso beim Obersten Gerichtshof: Die haben auch alles gehabt.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Damit können wir jetzt auch nicht sagen, ob das der November oder der Februar gewesen ist?

Dr. Gregor Sieber: Ich bitte um Entschuldigung, ich habe das, als Sie das vorhin gesagt haben, verwechselt mit dem November, weil irgendwo steht, da war die Anforderung. Und weil ich eben so zutiefst davon überzeugt bin, dass wir dem sofort gefolgt sind, habe ich mir gedacht, das haben wir auch schon im November gemacht. Aber wenn meine Unterschrift am 5.2. draufsteht, dann habe ich das am 5.2. unterschrieben, das ist richtig.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie haben gerade auf eine Frage von Abgeordnetem Krainer ausgeführt, Sie hätten Honsig-Erlenburg nie bestellt, wenn er in irgendeiner Verbindung gestanden wäre. Es ist so, dass bereits ein Schreiben von der Salzburger Sparkasse – von der ja Honsig-Erlenburg ein ständiger Vertreter war – Beilage zum Konkurs war, dass ein Betrag von 30 Millionen fällig ist, und das natürlich auch dem Konkurs beigelegt wird.

Dr. Gregor Sieber: Frau Abgeordnete, das muss ich komplett richtigstellen. Dr. Honsig war damals vielleicht ein Jahr in die Anwaltsliste eingetragen. Dr. Honsig hat damals die Salzburger Sparkasse vielleicht in Mahnsachen vertreten, also in kleinsten Causen. Die Salzburger Sparkasse wurde damals von einem Daueranwalt, von Dr. R. – ich will nicht sagen, wer es war –, vertreten. Dr. Honsig-Erlenburg hat sich bei der Salzburger Sparkasse mit dem Rechtsreferenten sehr gut verstanden. Er hat dann verschiedene kleinere Causen für sie erledigt und wuchs hinauf in die Vertretung der Sparkasse. Damals hat er sicher nicht die Sparkasse vertreten. Das Schreiben von der Sparkasse ist sicher nicht durch die Kanzlei Meusburger/Honsig gekommen.

Aber es ist richtig, dass die Salzburger Sparkasse als weiterer Gläubiger angeführt war. Das ist richtig. Aber es war wahrscheinlich die Filiale St. Johann im Pongau und daher überhaupt nicht zugänglich für Honsig-Erlenburg.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Dr. Zumtobel hat gewisse Dinge im Ausland – glaube ich – in Bezug auf den Atomic-Konkurs erledigt. (*Dr. Sieber: Ja!*) – Dr. Zumtobel war auch der Masseverwalter beim WEB-Konkurs. (*Dr. Sieber: Ist es noch!*) – Ist es noch. Wir haben jetzt eine Anfrage ins Justizministerium gestartet gehabt, bei der es darum geht, wie oft Versicherungen vereinbart wurden. Es gibt vier Fälle seit dem Jahr 1991, und dreimal wurden Sie versichert; einen einzigen Fall im Jahr 1981, bei dem es mit einem anderen Richter ebenfalls gemacht wurde. Herr Dr. Zumtobel war auch einer derjenigen, der Sie versichert hat. Also da gibt es einen sehr engen Zusammenhang.

Dr. Gregor Sieber: Nein, nicht: „enger Zusammenhang“. Ich habe schon vorhin berichtet, dass Dr. Zumtobel gleich drei andere Masseverwalter an seiner Seite hat – drei besondere Verwalter, die sind zu viert, ein Team – und dass die beschlossen haben, sie versichern die Masseverwalter und sie versichern den Gläubigerausschuss mit und auch den Konkursrichter. Das habe ich zuerst ganz eingehend erörtert.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Seit 1981 bis jetzt gibt es vier Fälle (*Dr. Sieber: In Salzburg!*) in ganz Österreich.

Dr. Gregor Sieber: In ganz Österreich. 1981 war ... – In Vorarlberg. Das war der Kneissl-Konkurs. Das gibt es nicht, dass es nicht so ist.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Und in drei Fällen waren Sie derjenige, der versichert wurde. Dreimal waren Sie versichert, und in diesen Jahren seit 1981 gab es einen einzigen Fall, bei dem ein anderer Konkursrichter versichert war.

Dr. Gregor Sieber: Und was ist die Frage?

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Es ist für mich eine Feststellung, und es ist mir wichtig, dass diese Anfragebeantwortung auch im Protokoll aufscheint.

Dr. Gregor Sieber: Richtig. Es waren immer prämienfreie Mitversicherungen, es war nie irgendein Fall von Versicherungsdeckung. Es war gar nichts.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Im ersten Fall – ich lese noch vor, was da steht – vertrat der damalige Präsident die Auffassung, dass das in Ordnung geht. Die Versicherungsprämie hätte in diesem Fall im Übrigen 180 000 S betragen.

Dr. Gregor Sieber: In welchem Fall? War das jetzt der Kneissl?

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Es ist so, es ist eine Anfragebeantwortung ... (Abg. Mag. **Stadler:** Wer stellt da die Frage? Wir werden sehr lange beieinander sitzen, wenn wir so fragen!)

Dr. Gregor Sieber: Die Versicherungsprämie habe nicht ich bezahlt. Sie ist mir nicht zugute gekommen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir haben eine Anfragebeantwortung, die offiziell im Parlament aufliegt. Wir können das genau nachvollziehen und vorlesen – nur damit wir ein Gefühl bekommen für die ganze Situation.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Frau Kollegin, diese Anfrage kann nicht die Motive der ÖVP interpretieren, ist aber offensichtlich aus der Motivenlage heraus gestellt worden, weil Dr. Vavrovsky gesagt hat, dass das in Salzburg ständige Übung ist. Jetzt stellt man eine derartige Anfrage, und dann kommt man drauf, dass es in den letzten 15, 16 Jahren **vier Mal** der Fall gewesen ist ... (Abg. **Mikesch:** *Sechszwanzig Mal!*) – sechszwanzig Mal, Entschuldigung – vier Mal der Fall gewesen ist und drei Mal davon Sie als Richter betroffen waren. Also von einer ständigen Übung – das hatten wir heute hier im Ausschuss auch schon einmal; da haben Sie interpretiert, wie „ständige Übung“ auszulegen ist – kann man da wohl nicht sprechen; weder von einem Bundesland, Landesgerichtsprengel noch sonst etwas, sondern das war **vier Mal**. Wir nehmen es so zur Kenntnis.

Dr. Gregor Sieber: Aber darf ich dazu sagen, dass bei 26 Jahren es vielleicht zehn oder acht ganz große Verfahren gegeben hat. Das waren unzweifelhaft die WEB mit Zumtobel und anderen, Atomic, das Grand Hotel de l'Europe in Gastein mit Epikur ... (Obmann Dr. **Graf:** *Aber nicht einmal beim „Konsum“ wurde versichert! – Zwischenruf des Abg. Dr. **Stummvoll.***) Das ist ein Ausgleichsverfahren, Herr Abgeordneter. Bei einem Ausgleichsverfahren kann ich keinen Masseverwalter versichern; da ist die Haftung Null. Der Ausgleichsverwalter ist ein Begleitorgan.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir haben es leider in den 26 Jahren einige Male erleben müssen, dass es sehr große Konkurse gegeben hat, die wir uns gerne erspart hätten.

Dr. Gregor Sieber: Mein persönlicher Eindruck ist, dass bei einer Forderung, bei 17 Konkursen in der WEB, von 3 Milliarden Schilling oder 4 Milliarden Schilling vielleicht auch eine Haftpflichtversicherung für den Masseverwalter dichter ist als bei irgendeiner Kleinigkeit, wo es um 500 000 € geht.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Auch im WEB-Verfahren war es so, dass es den Ausgleichsverwaltervertreter betroffen hat.

Dr. Gregor Sieber: Das ist ein Anschlusskonkurs, Frau Abgeordnete! Es wäre wirklich schwierig, wenn wir uns über die Grundlagen nicht sicher sein könnten. Das WEB-Verfahren war ein Ausgleichsverfahren und hat **90 Tage** gedauert, denn dann ist es überzuleiten in einen Anschlusskonkurs beziehungsweise das Ausgleichsverfahren war sogar bestätigt. *(Abg. Mag. Stadler: Das spielt keine Rolle! Wir werden am Montag noch dasitzen, wenn wir so weiterschwafeln! Das spielt keine Rolle im Zusammenhang mit der Versicherung!)* Ja, weil die Versicherung überhaupt nichts bedeutet.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie haben in Ihrem Eingangsstatement von einer mehr oder weniger Konkurswoche vom 12. bis zum 16. gesprochen. Haben Sie, bevor die Konkurseröffnung stattgefunden hat, schon im Vorfeld irgendwelche Gespräche, Telefonate geführt? Mit welchen Personen?

Dr. Gregor Sieber: Das habe ich in meinem Eingangsstatement genau dargelegt. Ich habe mit Dr. Gehmacher gesprochen, am 13. und 14.; ich habe zwei bis drei Tage vor dem 16. mit Dr. Vavrovsky gesprochen, ob er in der Lage und bereit ist, das zu übernehmen, und mit Dr. Maschke habe ich sehr oft gesprochen. Auch er hat ein paar Mal angerufen und gesagt, sie halten noch Krisensitzungen ab oder Ähnliches. Ich habe also mit **allen** beteiligten Personen gesprochen. Der Einzige, mit dem ich nicht gesprochen habe, war Herr Rohrmoser selbst.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Was haben Sie sonst noch vor dem Einlangen des Konkursantrages unternommen?

Dr. Gregor Sieber: Außer den Gesprächen mit diesen drei Leuten, die wesentlich waren, ist mir nichts erinnerlich.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Am 14.9. gab es seitens des Landesgerichtes Salzburg unter anderem eine Abfrage im Firmenbuch betreffend Atomic.

Dr. Gregor Sieber: Das ist durchaus möglich. Das ist auch selbstverständlich. Ich muss eine Grundbuchabfrage, eine Firmenbuchabfrage ... Ich muss wissen, wer der Geschäftsführer ist, ich muss wissen, wer die handelnden Personen **dort** sind. Dazu ist das Firmenbuch da. Es gehört ganz Österreich. Jeder Österreicher kann dort jeden Tag hinein ... *(Abg. Mikesch: Ich habe Sie gefragt, welche Handlungen Sie noch getätigt hatten!)*

Habe ich gemacht. – Ich habe mich nicht erinnert, weil es so selbstverständlich ist. Ich mache bei jedem Antrag, der eine Kapitalgesellschaft betrifft, eine Firmenbuchanfrage.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber da hätten Sie sehen müssen, dass im Firmenbuch zwei andere Geschäftsführer eingetragen sind.

Dr. Gregor Sieber: Habe ich gesehen: Schrempf und Rohrmoser. Ich war daher sehr überrascht, dass alles ganz anders ist. *(Obmann Dr. Graf: So ist es!)*

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Aus den Akten ist durch das Schriftbild ersichtlich, dass der Konkurseröffnungsantrag der Kanzlei Preslmayr, nämlich des Herrn Florian Gehmacher, datiert mit dem 12.9., genauso ausgefertigt ist wie der Antrag auf die einstweiligen Anordnungen im Konkurs vom 15.9. Es ist für uns daher offenbar, dass Herr Dr. Gehmacher beides verfasst hat. – Ist das so? Wissen Sie das?

Dr. Gregor Sieber: Ich weiß es nicht; ich habe es auch angenommen. Aber ich kann jetzt nachschauen, ob das so ist.

(Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.)

Der Antrag ist Preslmayr Rechtsanwälte, das sagt einmal, dass die Rechtsanwaltskanzlei Preslmayr diesen Antrag auf **ihrem** Papier geschrieben hat. Der

Antrag auf Anordnung der einstweiligen Vorkehrungen ist auch auf dem Papier der Preslmayr-Rechtsanwälte geschrieben – aber ob auf der gleichen Schreibmaschine? Fragen Sie mich nicht! So etwas prüfe ich nicht. Aber es kann sein, dass ein Anwalt wie Dr. Gehmacher zum Bruder nach Salzburg fährt und auf seinem Papier dort einen Schriftsatz machen lässt oder wie auch immer.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Ist dann anzunehmen, dass Herr Dr. Gehmacher am 12. und am 15. in Salzburg war, oder haben Sie eine Wahrnehmung, dass es eine Kanzlei der Firma Preslmayr mit Sitz in Salzburg gegeben hat?

Dr. Gregor Sieber: Dort gibt es keine Kanzlei. Aber ich habe die Wahrnehmung, dass Herr Dr. Gehmacher nach diesem ominösen oder bekannten Gespräch in der BAWAG am 12.9. offensichtlich diesen Konkurseröffnungsantrag nach seinem Wochenendstudium diktieren hat. Leider bringen Anwälte dann oftmals eine Klage ein, die ein Datum hat, das zwei Monate zurück liegt, weil sie mit ihren Klienten ununterbrochen noch etwas umformen und die Sekretärin nicht das letzte Datum schreibt.

Ich erkläre es mir so – ich weiß es nicht –, dass der Antrag auf Konkurseröffnung am 12.9. mit diesem Datum diktieren wurde, dass der Antrag auf einstweilige Vorkehrung am 15.9. diktieren wurde, mit diesem Datum, und dass beide gemeinsam mir am 15.9. überreicht worden sind – genauso wie Herrn Dr. Maschke am 15.9. in Radstadt.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Oder ist es auch möglich, dass das der Salzburger Bruder des Herrn Florian Gehmacher ausgeführt hat?

Dr. Gregor Sieber: Es ist möglich, aber dann auf dem Papier der Kanzlei Preslmayr & Partner. Was die Rechtsanwälte untereinander diesbezüglich ausmachen, weiß ich nicht.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie können also für uns nicht feststellen oder aussagen, wer die Schriftstücke tatsächlich verfasst hat?

Dr. Gregor Sieber: Ich weiß, dass Dr. Gehmacher laufend die Kanzlei des Herrn Dr. **Friedl** Gehmacher benutzt und dort gearbeitet hat. Wie weit das gegangen ist, weiß ich nicht. Dazu müssen Sie ihn selbst befragen, wie das war. Aber ich habe dazu keine Ahnung.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Haben Sie vor dem Konkurs mit dem Bruder von Florian Gehmacher über den Konkurs gesprochen? (*Dr. Sieber: Nein!*)

Sie haben vorhin bezüglich der Situation Überschuldung der Firma Atomic von Verlusten in den letzten Jahren als Lagerproduzent gesprochen. Wir wissen genau, dass es in der Branche üblich gewesen ist, dass auf Lager produziert wird, dass im September die Lagerbestände natürlich am höchsten sind. Sie sprechen dann einfach von Verlusten in den letzten Jahren. Wir wissen aber, dass zum Beispiel mit Ende März in der Bilanz ein positives Eigenkapital ausgewiesen ist, weil es gar nicht anders möglich wäre. Zu diesem Zeitpunkt hat es die GesmbH gegeben – ansonsten hätte schon dort ein Antrag passieren sollen. Der Kontokorrentkredit war zu diesem Zeitpunkt **nicht** überzogen.

Aus welchen Schlussfolgerungen sehen Sie, dass das Unternehmen verschuldet gewesen ist, dass der Konkursantrag tatsächlich angenommen werden muss?

Dr. Gregor Sieber: Ihre Feststellungen sind nicht ganz richtig. Die Bilanz zum 31.3.1994 war nur im Entwurf da. Richtig ist, dass im September 1993 eine Einbringungsbilanz erstellt worden ist, und laut dieser Einbringungsbilanz sind die Marken und Patente, die Immaterialgüterrechte, das erste Mal auf 250 Millionen

hochgefahren worden, damit man eine positive Einbringungsbilanz zusammenbringt, damit man diese Umgründung tatsächlich zusammenbringt.

Ich sage Ihnen nur, diese Immaterialgüterrechte, die Patente und Marken, sind natürlich eine geheime Wissenschaft, weil keiner weiß, wie viel die wirklich wert sind.

Zweiter Teil Ihrer Frage: Auf Lager zu produzieren ist bei keinem einzigen Unternehmen wünschenswert. Wenn jemand 500 Waschmaschinen im Keller hat, kann er diese nicht verkaufen, bis es 400 Typen neu gibt. Und dann sitzt er auf dieser Weißware bis zum Geht-nicht-mehr. Wenn jemand um 300 000 Paar Schi zu viel produziert, dann kann er diese nächstes Jahr im Ausverkauf hergeben. Ich sage das nur allgemein.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir wissen, von welcher Branche wir sprechen, wir wissen, dass in diesem Fall die Auftragsbücher voll gewesen sind. Wir haben das von der einen oder anderen Person sehr wohl auch bestätigt bekommen.

Wie haben Sie eigentlich den Wert der Marken und der Patente festgestellt?

Dr. Gregor Sieber: Gar nicht. Für mich war die Atomic for Sport **zahlungsunfähig**. Ich habe Ihnen eingangs gesagt, es gibt keinen Richter, der in der Lage ist, eine Bilanz auf der Aktivseite zu korrigieren – das ist ausgeschlossen. In jeder Position stecken Wertberichtigungsbedarf und stille Reserven. Er schreibt hinein, **Warenlager: 500 Millionen**, und in Wirklichkeit sind sie nur 50 wert. Wann weiß ich das? Wenn ich sie verkauft habe, wenn irgendjemand kommt und sagt, um die 500 Millionen kann man sich die Schi behalten.

Das ist ja das Problem: Der **Fremdantrag** ist das Problem, der Eigenantrag ist es nicht. Beim Eigenantrag kommt der Schuldner und bringt ein Paket Unterlagen, seine Bilanzen, seine Saldenlisten, seine Kontoauszüge, sonst irgendetwas, und wir haben ein klares Bild, obwohl wir es da am wenigsten brauchen, weil ja keiner einfach in Konkurs geht.

Es schickt ja niemand einen Antrag und sagt, er möchte gerne in Konkurs gehen, obwohl er weder überschuldet noch zahlungsunfähig ist – nur so, weil er das einmal als Kick braucht –, das ist ja ausgeschlossen. Grundsätzlich ist der **Fremdantrag** das Problem, und beim Fremdantrag – für mich ganz sicher, aber auch für alle Kollegen in Österreich – ist die Zahlungsunfähigkeit die Situation. Wenn ich an zwei große Konkurseröffnungsanträge in letzter Zeit im Freizeitsport oder im Ligasport erinnern darf – da gibt es ja zwei, das waren auch Fremdanträge –: Da hat kein Mensch die Überschuldung geprüft, kein Mensch weiß, wie viel der Mittelstürmer wirklich wert ist. Die können noch so ... Ausgeschlossen, dass irgendein Richter das macht, verstehen Sie?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Können wir uns jetzt wirklich darauf verständigen, dass wir die Beantwortungen etwas kürzer machen? (*Dr. Sieber: Ja, bitte!*) Ich glaube, das Verständnis in diesen Belangen ist bereits da, und ich bitte, das zu beherzigen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wodurch hat sich für Sie bei dieser Konkursantragsgeschichte die Zahlungsunfähigkeit dargestellt?

Dr. Gregor Sieber: Dadurch, dass die BAWAG alle Konten gesperrt hat, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir wissen aber, dass über Monate ein Mitarbeiter der BAWAG dringesessen ist, jede Überweisung kontrolliert hat und das Konto nicht überzogen gewesen ist. – Können Sie sich erklären, warum das passiert ist, was die BAWAG wirklich veranlasst hat, den Konkurs so voranzutreiben?

Dr. Gregor Sieber: Das Konto, der Kredit war überzogen. (*Abg. Mikesch: Nein!*) Natürlich, sonst hätte ja die Wechselklage mit 231 Millionen – war ja über die 1,5 Milliarden ... Die 1,5 Milliarden konnten nicht eingeklagt werden, weil sie vertragskonform waren, aber die 231 Millionen darüber hinaus konnten eingeklagt werden, weil sie eine Überziehung waren, und dieser Wechselzahlungsauftrag ist auch unwidersprochen geblieben. Die 231 Millionen waren nicht darzustellen.

Zweitens: Koflach war an der Kippe und hat über Factoring finanziert.

Drittens, wir haben hier in diesem ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir können das wirklich abkürzen, aber das sind auch separierte Fragen. Dass der Wechselzahlungsauftrag unbestritten geblieben ist, ist ja logisch, weil dazwischen ja die Konkurseröffnung war. (*Dr. Sieber: Da haben Sie recht, Herr Vorsitzender, das ist richtig!*) Das hätte der Masseverwalter machen müssen. (*Dr. Sieber: Ja, das ist richtig!*) Genau das sind die Dinge, die wir in der **Kürze** der Antworten besprechen wollen.

Dr. Gregor Sieber: Aber wir haben vom Juni ein Schreiben der BAWAG an Herrn Rohmoser, an die Atomic, wo diese gesagt hat: Wir stellen diese 200 Millionen jetzt fällig, bitte decken Sie diese rasch ein! – Ein Schreiben vom Juni! – Es muss verkauft werden oder sonst etwas, aber irgendetwas muss geschehen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber das wurde dann auch wieder genehmigt, und es ist ja unstrittig, dass mit dem Fälligkeitsschreiben vom 8.9.1994 231 Millionen fällig gestellt wurden.

Dr. Gregor Sieber: Nein, das war bei den Wechselzahlungen – nicht?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, das war vorher, bei der Androhung; da musste man ja vorher eine Fälligkeit machen, sonst wäre er nicht fällig gewesen.

Dr. Gregor Sieber: Nein, Herr Vorsitzender, im § 70 Gesellschafts- und Insolvenzrechtsänderungsgesetz steht:

„Auf Antrag eines Gläubigers ist der Konkurs unverzüglich zu eröffnen“

(*Obmann Dr. Graf: Ich rede jetzt noch nicht vom Konkurs!*),

„wenn er glaubhaft macht, dass er eine – wenngleich nicht fällige – Konkursforderung oder Forderung ...“ – Das war die Gesetzeslage 1994.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Sieber, ich wollte Sie nur berichtigen, weil Sie von **nicht** genehmigten Überziehungen gesprochen haben. Diese **waren** genehmigt (*Abg. Mag. Stadler: Und besichert! Genehmigt und besichert!*), sonst wären sie nämlich nicht durchgeführt, und darüber hinaus wurden sie ja am 8.9.1994 fällig gestellt. Das hätte man ja nicht machen müssen, wenn es eine bereits fällig gestellte Forderung gewesen wäre. – Das wollte ich dazu sagen.

Dr. Gregor Sieber: Das ist falsch. Die Fälligkeit war **nicht notwendig**. Der Wechselzahlungsauftrag war nur notwendig, um eine Sicherungsexekution auf die Geschäftsanteile zu machen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wozu brauche ich das noch, wenn ich einen Konkursantrag stelle und dieser eröffnet wird? (*Dr. Sieber: Ich habe es Ihnen gerade erklärt!*)

Das sind ja alles nur Kosten produzierende Faktoren, wenn man mit fünf verschiedenen Mitteln arbeitet. (*Dr. Sieber: Ja, Sie haben recht!*) Oder man war sich nicht sicher, dass gleich eröffnet wird, und musste auf jemanden Druck ausüben. Wir

kommen ohnehin noch zu diesen Fragen. (*Dr. Sieber: Das war richtig! Herr Dr. Frotz hat die ...!*)

Der Einwand des Kollegen Stadler, Herr Dr. Sieber, ist nicht ganz unrichtig, das haben mir auch schon andere zu verstehen gegeben. Die Antworten sind zu ausschweifend. Kollege Stadler sagt ganz richtig, er wird auf keine seiner Fragen verzichten, auch wenn es **noch** so lange dauern wird. Auch ich kündige an, dass ich auf keine meiner Fragen verzichten werde, und sage noch einmal: Die Fragen sind relativ präzise, und man kann sie sicher auch in aller gebotenen Kürze beantworten. (*Abg. Mag. Stadler: Im eigenen Verhandlungssaal würden Sie solche Fragen nicht zulassen, wenn Sie sie selber protokollieren müssten! – Dr. Sieber: Ich habe Sie jetzt überhaupt nicht verstanden! – Abg. Mag. Stadler: Im eigenen Verhandlungssaal würden Sie solche Fragen nicht zulassen! – Dr. Sieber: Da würde ich viele Fragen nicht zulassen, Herr Abgeordneter! Da können Sie mich beim Wort nehmen!*)

Das ist eben der Unterschied zwischen einem Gericht und einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss: Bei uns werden eben mehr Fragen zugelassen als bei Gericht. (*Abg. Mag. Stadler: Auch die, die ihm unangenehm sind!*)

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Woher haben Sie überhaupt gewusst, dass eine verwertbare Masse vorhanden ist? – Auch dazu finden wir im Akt nichts Nachvollziehbares.

Dr. Gregor Sieber: Frau Abgeordnete, da habe ich ja nicht einmal einen Augenscheinsbeweis gebraucht, dass in Altenmarkt im Pongau und in Wagrain zwei riesige Schifabriken stehen. Dass hier Vermögen da ist, ist ja selbstverständlich. Es ist ein Widerspruch, wenn Sie sagen: Woher wusste ich von der Überschuldung?

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Welche fälligen und notleidenden Forderungen gegen Atomic for Sport waren im Konkursantrag bescheinigt?

Dr. Gregor Sieber: Die drei Forderungen: die Forderung der BAWAG, die Forderung der Sparkasse und die Forderung der beiden irischen Banken.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie meinen wohl nicht die Sparkasse – diese war nicht bescheinigt (*Dr. Sieber: Schon!*) –, sondern es war von der Investkredit AG ... (*Zwischenrufe.*) – Auch nicht bescheinigt, sondern es wurde auf einen Konsortialkredit verwiesen. Das ist zumindest **unser** Akt, soweit ich ihn da habe.

Dr. Gregor Sieber: Nein, ich habe da: Bank für Arbeit und Wirtschaft ...

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Gegen **wen** waren die bescheinigt?

Dr. Gregor Sieber: Da steht (*die Auskunftsperson liest aus einem Schriftstück vor*):

Herr Kommerzialrat Rohrmoser hat in den Verhandlungen in unserem Haus in den letzten Wochen und Monaten im Beisein seines Anwaltes Dr. Bertram Maschke und unseres Anwaltes Dr. Stephan Frotz sowie in Anwesenheit weiterer Mitarbeiter unseres Hauses erklärt, der Salzburger Sparkasse einen Betrag von 30 Millionen aufrecht zu schulden. Die Salzburger Sparkasse habe den Betrag bereits fällig gestellt. – Zitatende.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Waren sie gegen Kommerzialrat Rohrmoser oder gegen Atomic for Sport bescheinigt?

Dr. Gregor Sieber: Das ist identisch. Das waren **zwei Solidarschuldner**, wie ich Ihnen gesagt habe.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, das ist wichtig, aber Sie haben jetzt ein Schreiben zitiert, das bei uns, zumindest in meinem Akt, nicht dabei ist. Warum? Vielleicht ist es auch nur ein Kopierfehler. – Von wem ist dieses Schreiben?

Dr. Gregor Sieber: Von Helmut Elsner.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, Helmut Elsner bescheinigt selbst.

Dr. Gregor Sieber: Das, was ich vorgelesen habe. Er war damals zuständiger Direktor. Ich weiß es nicht. Ich habe überhaupt keine Ahnung gehabt ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die BAWAG stellt einen Konkursantrag und gibt eine Urkunde von Elsner, der dann sagt, man habe mitgeteilt, dass er 30 Millionen Schulden woanders hat. Und das ist eine Bescheinigung?

Dr. Gregor Sieber: Wissen Sie, wie oft das vorkommt? Es ärgert mich am meisten, wenn Anwälte selbst gegenüber ihren Klienten einen Konkurseröffnungsantrag stellen und dann hineinschreiben: Der ist mir etwas schuldig! Der eigene Anwalt macht das.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist ja leicht, der kann ja einen Honorarnote ...

Dr. Gregor Sieber: Das ist nicht leicht! Die Bank kann ja auch sagen: Ich habe mit dem fünf Mal geredet, und er hat immer gesagt: Ich bin der Sparkassa auch noch 30 Millionen schuldig! Es hat ja nachher kein Mensch gewusst, dass 14 Jahre später der Auskunftgeber – wie soll ich es sagen! – an Glaubwürdigkeit stark eingebüßt hat. *(Abg. Mag. Stadler: Zur Geschäftsbehandlung!)*

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich weiß nicht, warum es eine Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung gibt, wenn aus Unterlagen zitiert wird, die abgefragt werden. Aber, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Uns ist diese Bescheinigung des Herrn Elsners über die Forderungen der BAWAG auch nicht bekannt. Entweder fassen wir einen Beweisbeschluss, dass es beizuschaffen ist, denn dieser Aspekt ist komplett neu, oder die Auskunftsperson lässt Kopien zu.

(Die Auskunftsperson überreicht Obmann Dr. Graf ein Schriftstück.)

Dr. Gregor Sieber: Im Konkurseröffnungsantrag sind folgende Beilagen: Erstens: Bank für Arbeit und Wirtschaft, an den Herrn Rohrmoser vom 8.9.1994. – Haben Sie das?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist das Fälligstellungsschreiben. Das kennen wir, das haben wir alle!

Dr. Gregor Sieber: Genau, das ist auch unterschrieben von Traumüller und irgendwem ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die linke Unterschrift ist immer Elsner.

Dr. Gregor Sieber: Dann kommt die Bestätigung, dass er der Sparkasse etwas schuldig ist. Dann kommt das vom 12.9.1994 von der EURO RAIL INVEST LTD.; das dürfen Sie auch haben. Dann kommt eine Bestätigung vom 12. September 1994 von RAIL TRANS INVEST LTD.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist ja keine Bestätigung, sondern da steht ja nur drinnen: Wir haben gehört, dass es sinngemäß Schwierigkeiten gibt, und wir beabsichtigen, fällig zu stellen.

Dr. Gregor Sieber: Ja. Ich habe Ihnen § 70 vorgelesen, wo drinnensteht: Wenn einer Forderungen stellt, wenngleich nicht fällige ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und die sind alle gegen Rohrmoser?!

Dr. Gregor Sieber: Noch einmal: Wissen Sie, wie viele Leute vor einem Handelsgericht stehen würden, wenn man als Einzelunternehmer durch Umwandlung in eine GesmbH alle Schulden los wird?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber es war ja die Umwandlung auf Druck der BAWAG.

Dr. Gregor Sieber: Nein, Herr Vorsitzender. Das ist ja nicht richtig!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Geben Sie uns die Beilagen? (*Dr. Sieber: Ja, natürlich!*) Wir lassen sie kopieren. Dann haben wir sie alle.

(*Die Auskunftsperson überreicht Obmann Dr. Graf Schriftstücke.*)

Die beiden Dubliner-Firmen sind ja zu 100 Prozent im Eigentum der BAWAG.

Dr. Gregor Sieber: Damals war es in der Verkehrskreditbank Eigentümer dieser beiden irischen Banken. Der Vorhalt ist falsch! (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*) Später! Aber ich habe das nicht kontrolliert.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich möchte jetzt noch einmal festhalten: Alle Forderungen waren nur gegen den Herrn Rohrmoser und nicht gegen die AFS, selbst wenn Sie uns jetzt hier erklären wollen, dass es anders sei oder dass es im Zuge von Gemeinschuldnertum anders zu sehen sei.

Es ist keine Fälligestellung beim Konkursantrag dabei gewesen. Und für mich stellt sich schon die Frage, ob Sie sich da nicht gewundert haben, dass zuerst die BAWAG jede einzelne Überweisung über den Tisch gehen lässt und nur die BAWAG oder der Mitarbeiter der BAWAG entscheiden darf, der Rahmen nicht ausgeschöpft ist, es aber trotzdem auf einmal heißt, dass es kein Geld mehr gibt.

Da habe ich schon noch eine Frage. – Auf die beiden Dubliner Firmen und auf die Forderung, die auch gegen den Herrn Rohrmoser gerichtet war, ist der Herr Vorsitzende schon eingegangen.

Sie haben uns jetzt die ganze Zeit erklärt, dass das mit der Überschuldung eindeutig war. Wir sehen es nicht als eindeutig an.

Ich hätte schon ganz gern von Ihnen gewusst, wie Sie das gesehen haben, wenn nicht einmal der Rahmen ausgeschöpft war.

Dr. Gregor Sieber: Frau Abgeordnete, das ist sehr schwierig, da ich immer zur Ordnung gerufen werde, wenn ich mehr antworte, und da ich immer wieder erkennen muss, dass ich eine Verständnisfrage bekomme und dann eine entsprechende Antwort formulieren soll. Da bitte ich um Verständnis, um Zustimmung.

Ich habe zu diesem Zeitpunkt weder von irgendjemandem in der Atomic for Sport von der BAWAG gewusst, weil ich ja keine Ahnung hatte – außer das in diesem Antrag und das, was der Herr Gehmacher mir gesagt hat. Der hat nicht gesagt: Wir haben da einen Mann eingeschleust!, oder was ich da alles gelesen habe. Das wusste ich nicht!

Ich wusste nur das, was im Gesetz steht, und da steht: Wenn einer und ein anderer wenngleich nicht fällige Forderungen haben, dann darf er einen Konkurseröffnungsantrag stellen und dann ist der Konkurs unverzüglich zu eröffnen. – Und dieser Gesetzeswortlaut hat ein Bescheinigungserfordernis, und dieses Bescheinigungserfordernis war erbracht. Es ist drinnen gestanden die Bescheinigung, dass hier Schulden bei mehreren Gläubigern sind, und es ist drinnen gestanden, dass hier die Konten alle geschlossen worden sind.

Es ist gesagt worden – und das war auch in den Medien nachzulesen –, dass dort kein Schilling mehr über den Tisch geht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Sieber, wir kennen jetzt Ihre Einstellung. Genau das haben Sie uns schon zwei Mal gesagt. Die Nachfrage war: Selbst wenn ein Bescheinigungsmittel vorgelegt wird, was weniger als ein erbrachter Beweis ist, wie wir ja wissen, muss man trotzdem schauen, wer der Adressat dieses Bescheinigungsmittels ist. Und da habe ich eine GmbH, und dann habe ich einen Rohmoser persönlich, und alle diese Bescheinigungsmittel werden in dem Konkursantrag gegen die GmbH beigelegt, obwohl sie Bescheinigungsmittel bestensfalls für den Konkursantrag gegen den Rohmoser gewesen sind. Wenn Sie sich das angeschaut hätten, hätten Sie eine Überlegung Platz greifen lassen müssen. Und das ist die Frage! Ich glaube, das ist sogar eine Rechtsfrage.

Dr. Gregor Sieber: Noch einmal: Es wird mir vorgeworfen, dass ich am 14.9. ins Firmenbuch schaue.

Da steht drinnen, dass unter Inanspruchnahme des Umgründungssteuergesetzes eine Einzelfirma in eine GesmbH eingebracht wird. Da brauche ich wirklich nicht lang Jus zu studieren, um zu wissen, dass beide das schuldig sind. Und der Wechsel ist ja von der Margarete Rohmoser auch unterschrieben, weil er 15 Jahre alt war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Wechsel ist ja aus den achtziger Jahren. Sie kennen das: Man unterschreibt heute eine Wechselerklärung plus einen Wechsel bei einer Bank, und 30 Jahre später stellt sie ihn fällig.

Dr. Gregor Sieber: Es sind beide schuldig. Unverrückbar! Wenn gegen den einen eine Bescheinigung läuft, kann der andere nichts einwenden. Er ist mitschuldig.

Wenn Sie heute einen Konkurseröffnungsantrag stellen gegen eine offene Handelsgesellschaft – ich rede jetzt vom Unternehmensgesetzbuch – oder gegen eine Kommanditgesellschaft – der unbeschränkt haftende Gesellschafter –, dann muss ich überhaupt nichts mehr bescheinigen. Es steht im Gesetz, dass er haftet.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wir reden ja nicht von einer Kommanditgesellschaft. Sie reden jetzt vom Wechsel und beantworten unsere Frage in Wahrheit ganz anders, als Sie das möchten. (*Dr. Sieber: Ich möchte gar nicht!*)

Deswegen ergeht ja nicht gegen die GmbH automatisch die Forderung.

Aber ich muss noch einmal auf die EURO RAIL INVEST LTD. und RAIL TRANS INVEST LTD. beziehungsweise auf diese 100 Millionen Schilling zurückkommen.

Dr. Gregor Sieber: Darf ich sagen: Es ist eine Solidarhaftung, und diese Solidarhaftung ist bescheinigungsfrei. Das steht im Gesetz! Das steht im Umgründungssteuergesetz drinnen und im GmbH-Recht und im ABGB, dass die beiden haften. So ist es, bitte! Daher kann ich sagen: Wenn dieser Wechselzahlungsauftrag, diese Bestätigungen beim Rohmoser vorgelegt wurden und bei der Atomic for Sport ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Diese Haftung a priori können Sie auch nach dem Umgründungssteuergesetz nur dann annehmen, wenn es keine neuen Schulden seit der Umgründung gab. Woher haben Sie gewusst, dass das Altschulden waren?

Dr. Gregor Sieber: Weil es der Gehmacher geschrieben hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Weil es Gehmacher geschrieben hat? (*Dr. Sieber: Ja!*) – Das ist aber zu wenig. Denn Gehmacher hat auch geschrieben, laut Medienberichten sind Turbulenzen da drinnen, und hat damit ...

Dr. Gregor Sieber: Das hat er nicht geschrieben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na freilich. (*Dr. Sieber: Wo?*) Im Konkursantrag. Der Text des Konkursantrages ist wie eine Geschichte zu lesen, aber nicht wie ein Fakt.

Dr. Gregor Sieber: Da steht ganz genau drinnen, was da los ist. Es ist dieses Vorbringen mit Beilagen erhärtet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn Gehmacher die Dringlichkeit begründet, dann zitiere ich jetzt nur eine Stelle:

... ist dringend erforderlich, dass eine neue Geschäftsführung bestellt wird.

Dann geht es weiter: Wie aus den Medienbereichten zu entnehmen ist ...

Was ist denn das für eine juristische Qualität, wenn da steht: Wie aus der Zeitung zu lesen ist, ist das dringlich!?

Dr. Gregor Sieber: Die juristische Qualität war so gut, dass Herr Chalupsky, Herr Maschke, Herr Pierer, Herr Mandl, Herr Knünz und Herr ... – wie heißt der letzte? – gesagt haben: Da können wir kein Rechtsmittel machen, denn das ist ein Sitzler!

Und jetzt muss ich sagen: Was war da jetzt? War der Sieber obergescheit? Hätte der sagen müssen: Alles ist falsch!? Hätte ich das unbedingt riskieren müssen, bei einer Zustimmung zur Konkurseröffnung, dass ich als Richter sage: Ich bin übergenau, ich lasse da einmal 1000 Leute über das Wochenende heimgehen und dann eine ganze Woche daheim sein, und dann prüfen wir alles!?

Seien Sie mir nicht böse, dass ich mich da dagegen wehre.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bei diesem Konkurs gab es auch keine Zustimmung vom Rohmoser? (*Dr. Sieber: Natürlich!*) – Zu diesem GmbH-Konkurs? Wo?

Dr. Gregor Sieber: Herr Vorsitzender! Die Textgleichheit der beiden Zustimmungserklärungen, dieselbe Schreibmaschine und das alles – Glauben Sie, dass Herr Rohmoser einen Geschäftsführer in der Steiermark für acht Tage bestellt und dann dort selbständig irgendetwas machen lässt?! Der hat ihm diese genaue Zustimmungserklärung gefaxt und gesagt: Unterschreibe das und schicke das zurück! Und Herr Wittmann hat das unterschrieben und hat mir dazugeschrieben: ppa. Pilotto.

Und jetzt sagen Sie mir, bitte: Wenn das ein Mandatsexzess dieses Geschäftsführers ist ... – Ich bin nur Richter und kein Hellseher. Ich habe Herrn Wittmann vorher angerufen ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es gibt ja auch eine Aufklärungspflicht.

Dr. Gregor Sieber: Ich habe Herrn Wittmann vorher angerufen und gesagt: Können Sie den Konkurseröffnungsantrag entgegennehmen? – Und er hat gesagt: Ja! – Dann habe ich gesagt: Können Sie dann eine Äußerung dazu abgeben? – Er hat gesagt: Ja! Dann kommt eine Stunde später oder zwei Stunden später seine Antwort, und die ist eindeutig genau die gleiche wie die beim Herrn Rohmoser.

Ich zitiere noch einmal (*die Auskunftsperson liest aus einem Schriftstück vor*):

Ich teile mit, dass ich gegen diesen Eröffnungsantrag nicht tätig werde und einer sofortigen Eröffnung zustimme. – Zitatende.

Das hat im Amtshaftungsverfahren in Wels dazu geführt, dass der dortige Richter und der Rechtsmittelsenat gesagt haben: Das ist wie ein Selbstantrag!

Das wäre auch eine vertretbare Rechtsauffassung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber ein Konkursverfahren ist kein kontradiktorisches Verfahren (*Dr. Sieber: Nein, das ist kein kontradiktorisches Verfahren!*), sondern es gibt ja von Amts wegen Dinge wahrzunehmen, oder?

Dr. Gregor Sieber: Habe ich eh wahrgenommen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich meine, man könnte auch schön langsam sagen, dass die BAWAG, die ja am 15.9. alles um 1 Schilling hätte angeboten bekommen, überall in den Liegenschaften als Pfandgläubiger drinnen war, einen Wechselzahlungsauftrag gehabt hat, wo auch exekutiv Sicherstellung schon beantragt war, dann noch die Anteile übertragen erhielt, weil sie es am 15.9. angeboten hat, das gleiche Ziel auch ohne Konkursverfahren erreicht hätte.

Aber man könnte dann natürlich sagen: Aber das ist entglitten, weil der Anwalt und die anderen derart schnell waren, dass man gar nichts mehr hat machen können!

Dr. Gregor Sieber: Ist da jetzt eine Frage enthalten? (*Obmann Dr. Graf: Nein!*) Oder soll ich meine Meinung auch sagen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie sagen ja eh viel Ihre Meinung.

Haben Sie zum Beispiel gewusst, dass am 15.1. Herr Dr. Gehmacher von der Kanzlei Preslmayr ein Schreiben in Händen hatte, wo Ihnen schon die Geschäftsanteile zu 100 Prozent um **1 Schilling** angeboten wurden? Haben Sie das zum Zeitpunkt der Konkurseröffnung gewusst?

Dr. Gregor Sieber: Richtig! Das habe ich gewusst – aus der Zeitung. Ich weiß nicht, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie es zum Zeitpunkt der Konkurseröffnung vom Dr. Gehmacher her gewusst – nicht aus der Zeitung?

Dr. Gregor Sieber: Das weiß ich jetzt nicht. Aber ich habe es aus den Medien sicher gewusst.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie sind mit ihm im Auto gefahren. Und das erzählt er Ihnen nicht?

Dr. Gregor Sieber: Möglich, dass er es mir erzählt hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und da beginnen Sie nicht zu überlegen: Schauen wir uns einmal drei Tage an, was da passiert? Vielleicht gibt es da eine andere Lösung?

Dr. Gregor Sieber: Wer soll sich das anschauen? Ich? (*Obmann Dr. Graf: Nicht Sie!*) – Die BAWAG?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Unter Umständen.

Dr. Gregor Sieber: Ich kenne keinen Unternehmer in Österreich, der das um einen Schilling genommen hätte. Jeder, der irgendwo ... – Das ist ausgeschlossen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die BAWAG schreibt in ihrem Konkurseröffnungsantrag – ich würde ihn ja gerne mit Ihnen Schritt für Schritt durchgehen (*Dr. Sieber: Gerne!*) –, dass sie den Konkurs damit begründet, dass sie Sorge hatte, dass die Verfügungsgewalt über das Unternehmen Dritten weitergegeben wird und sie es verliert. – **Das** ist einer der Gründe für deren Konkursantrag! Ein wesentlicher! – den ich sogar nachvollziehen kann.

Dr. Gregor Sieber: Der Hauptgrund.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In Wirklichkeit wäre die BAWAG schon in die Lage versetzt gewesen, zu hundert Prozent Gesellschafter zu sein.

Dr. Gregor Sieber: Sie wollte nicht – und mit gutem Grund! Warum soll sich eine Bank ein Skifabrik umhängen lassen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben sich die Beteiligung nachher von Amer auch aufs Auge drücken lassen!

Dr. Gregor Sieber: Nein, ist ja nicht wahr!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sind die bei Amer beteiligt oder nicht?

Dr. Gregor Sieber: Ja, aber das ist etwas ganz anderes. Entschuldigung! Amer hat 90 Prozent des Stammkapitals ausgestattet. Und da ist eine 10 Prozent-Beteiligung überhaupt nichts.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Durch ein Gesellschafterdarlehen der BAWAG mit 4 Prozent. Und der Rohmoser hat 12, 14, 16 Prozent gezahlt. – Wussten Sie das alles?

Dr. Gregor Sieber: Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Es ist jetzt sehr schwierig, weil zehn Fragen gleichzeitig gestellt werden. Eines ist sicher richtig ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich entschuldige mich, dass ich mich jetzt ein bisschen eingeschaltet habe. – Die ÖVP ist nach wie vor dran.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich möchte zusammenfassen: Es gibt also überhaupt keinen Beleg dafür, nicht einmal ein Beweisangebot im Konkursantrag, dass Atomic überschuldet war. Das halte ich einmal fest. Das haben Sie uns ja auch gesagt. Das konnten Sie auch nicht überprüfen. Und es ist auch nicht notwendig.

Wir wissen, dass die Firma AFS tatsächlich nicht überschuldet war; das haben wir heute auch schon festgestellt. Ich sage das jetzt nur, damit es auch im Protokoll steht, denn ich möchte, dass das dann auch nachgelesen werden kann.

Es gab auch keinen Beleg und kein Beweisangebot im Konkursantrag, dass es fällige notleidende Forderungen gegen Atomic gegeben hat. – Das haben Sie uns ja gerade wieder bestätigt mit dem, was Sie gesagt haben. (*Dr. Sieber: Das ist nicht wahr!*)

Und es gab keinen Beleg und kein Beweisangebot im Konkursantrag, dass es überhaupt eine Gläubigermehrheit gibt.

Jetzt frage ich Sie: Haben Sie schon früher so derart schleißige und in so einer offenbar irren Eile erstellte Konkursanträge gesehen wie diesen? Und da haben Sie sich nichts dabei gedacht? Da haben Sie überhaupt nicht versucht, die Firma oder den Masseverwalter davon zu überzeugen, dass die Firma fortgeführt werden kann? Denn das Gutachten, dass es gibt, ist ja viel später – da war ja die Firma in Wahrheit schon verkauft, man hat ja schon einen Käufer gehabt zu dem Zeitpunkt, zu dem der Konkurs beantragt wurde, das wissen wir alle.

Ich hätte schon gerne von Ihnen gewusst, ob Sie früher schon einmal derart schleißige, eilige Konkursanträge gesehen haben, und wie Sie sich in einer ähnlichen Situation verhalten hätten, wenn Sie so etwas gesehen hätten.

Dr. Gregor Sieber: Frau Abgeordnete, ich kann Ihnen sagen: Ich habe früher niemals solche Fragen gekriegt und erlebt, dass jemand über meine gerichtlichen Entscheidungen gesagt hat, dass sie schleißig und eilig sind. (*Obmann Dr. Graf: Die Anträge! – Abg. Tamandl: Die Anträge, nicht Ihre Entscheidungen!*) Das muss er in ein Rechtsmittel hineinschreiben, und da kriegt er eine Ordnungsstrafe von der zweiten Instanz. – Das ist das Erste.

Zweitens: Ich habe jetzt versucht – aber Ihre vorgefasste Meinung ist nicht zu erschüttern –, Ihnen vorzulesen, was im § 70 Abs. 1 Konkursordnung steht.

Ich habe versucht, darzulegen, dass durch zig Medienberichte damals jeder Mensch im Land Salzburg gewusst hat, dass Atomic nicht einen Knopf mehr zahlen kann.

Ich habe gewusst, dass diese Skifabrik nicht ausgestattet wird. – Das hat auch der Herr Dipl.-Ing. Pierer hier bestätigt. Das hat der Herr Maschke in seiner

Zeugeneinvernahme im Strafverfahren gesagt. Die Firma war nachhaltigst zahlungsunfähig.

Und **das** ist jetzt die einfache Entscheidungsgrundlage! Wenn das jetzt Ihrer Meinung nach später überschuldet war, dann muss ich sagen: Es tut mir leid, wenn Sie einen Bilanzentwurf als Beweis dafür nehmen!

Das Dritte ist: Es geht um ein Unternehmen, das in der Steiermark 150 Mitarbeiter hatte. Es war die Frau Hostasch, glaube ich, am selben Tag auch in Altenmarkt und hat darum gekämpft, dass Koflach ja nicht zugesperrt wird mit der BAWAG. Sie war damals Betriebsrätin von Koflach in der Steiermark. Und sie hat gesagt: Bitte, nicht zusperren, wir sind zwar auch insolvent, aber ja nicht zusperren!

Also, bitte, tun Sie doch jetzt nicht nachträglich eine Legende bilden, dass das anders gewesen wäre.

Noch einmal: Fünf Leute stehen da daneben. Fünf Leute sagen mir nicht so wie Sie: Ja sind Sie wahnsinnig, Herr Sieber, sie machen den schleißigsten, eiligsten Konkurseröffnungsbeschluss in der österreichischen Geschichte!? (*Abg. **Tamandl**: Ich habe nicht vom „schleißigsten“ Beschluss geredet, sondern vom Antrag!*) Schleißiger Konkursantrag, ja, und so weiter. (*Obmann Dr. **Graf**: Es ist immer vom Konkursantrag geredet worden!*)

Dr. Gregor Sieber: Aber fünf Leute machen kein Rechtsmittel, und Herr Rohrmoser auch nicht.

Jetzt noch einmal: Herr Rohrmoser beginnt nach seinem Konkurs, seinem Zwangsausgleich, im Jahr 1996 seine Legenden zu spinnen. 1996 hat er zuerst gesagt, dass Elsner das Unternehmen Sekyra übergeben wollte, dann dem Mauhart. Er hat sich ja Sachen ausgedacht – wenn Sie das alles, was Rohrmoser zu Papier gebracht hat, lesen – bitte, das ist schon eine Überlegung wert! –, dann werden Sie sagen, es ist nicht so. (*Abg. Mag. **Stadler**: Das war ja sein Vermögen! Er konnte damit tun, war er wollte!*) – Nein, nicht mehr!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich nur sagen – den Toten muss man schon auch ein paar Ehren zukommen lassen –: Die Geschichte mit Sekyra wurde uns auch von allen anderen bestätigt, nämlich auch von der BAWAG (*Dr. **Sieber**: Ja! Richtig!*), dass er eingeschaltet war, um dort zu sanieren, und Rohrmoser das Gefühl hatte, dass der nicht zum Sanieren gekommen ist, sondern dazu, um das Unternehmen zu übernehmen. Und da hat er darauf nein gesagt. Also, das alles ist nicht von der Hand zu weisen und ist nicht aus der Luft gegriffen.

Dr. Gregor Sieber: Habe ich nicht bestritten.

Abgeordnete Adolfine Hertha Mikesch (ÖVP): Ich lege Ihnen jetzt ein Schriftstück vor, und wir hätten gerne gewusst, ob das Ihre Handschrift ist.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück zur Einsicht vorgelegt.*)

Dr. Gregor Sieber: Das ist richtig, ja, das ist meine Handschrift. Das ist – wie nennt man das? – das Deckblatt für die Fax-Übermittlung des Konkurseröffnungsantrages an die Firma Koflach Sport, zu Händen Geschäftsführer Walter Wittmann. Das ist da im Akt auch drinnen. Auf dem Deckblatt steht dann: Seitenzahl: 6, Antrag auf Konkurseröffnung. Bitte rasche Empfangsbestätigung und rasche Stellungnahme zum Antrag mit firmenmäßiger Fertigung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zunächst der ausdrückliche Respekt für sämtliche Fragestellerinnen und Fragesteller der ÖVP-Fraktion, für das, wie sie das

hier jetzt angelegt haben. Der Fraktionswechsel im Fragen bringt natürlich dann phasenweise wieder andere Aspekte.

Herr Dr. Sieber, uns liegt in den Akten ein Schreiben an die Staatsanwaltschaft Innsbruck vor, wo wiederum von Maier die Niederschrift des Regierungsmitglieds Schnell eingereicht wird. Sie werden das sicher aus verschiedenen Zusammenhängen kennen. Schnell nimmt in dieser Niederschrift aus dem 97er-Jahr auf eine Landesregierungssitzung im September 1994 Bezug. Am 5.3.1997 war die Niederschrift, die Sitzung der Regierung muss gewesen sein am 28.9.1994, sonst ergibt das keinen Sinn, genau um 17 Uhr. – Genug der Einleitung.

Schnell hält fest, dass an jenem 28.9. Sie und der Masseverwalter Dr. Vavrovsky in die Sitzung offensichtlich eingeladen wurden und dort Fragen gestellt bekommen hätten. – Ist das richtig?

Dr. Gregor Sieber: Ja, ist richtig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie sind eingeladen worden? *(Dr. Sieber: Ja!)* Wer hat Sie eingeladen?

Dr. Gregor Sieber: Der Landeshauptmann und die anderen Mitglieder der Salzburger Landesregierung, die Salzburger Landesregierung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das ist ja auch gar nichts Ehrenrühriges. *(Dr. Sieber: Ich hoffe!)* Nein. Ich bin da ganz arglos, ich will nur den Vorgang rekonstruieren.

Dann gibt Schnell – weiter in dieser Niederschrift – zu Protokoll, dass Fragen formuliert worden wären. Ich darf Ihnen allen das vorlesen, Ihnen allenfalls, wenn Sie es doch nicht kennen, vorlegen lassen. *(Dr. Sieber: Ich kenne das sehr genau!)* Ja, wir tun uns dann leichter in der Protokollauswertung und Bewertung, wenn wir das da beisammen haben.

Schnell führt aus: Es waren dies die Fragen A und B – ich will mich nur auf die beiden konzentrieren:

A: Stimmt es, dass der Konkurs, wie in einem Schreiben des Alpenländischen Kreditorenverbandes angeführt, nicht aus rein wirtschaftlichen Gründen geführt wurde?

B: Stimmt es, dass die Auftragslage der Firma Atomic zum Zeitpunkt des Konkurses wesentlich besser (etwa 30 Prozent) – gemeint offensichtlich: mehr als in den Vorjahren – war als die Jahre zuvor?

Und jetzt kommt es: Beide Fragen wurden mit Ja beantwortet und – meines Wissens von Dr. Sieber. – Ende des Zitats.

Zur Frage A: Haben Sie diese Frage so in Erinnerung, wie hier Schnell wiedergibt?

Dr. Gregor Sieber: Ich habe sie nicht in Erinnerung, aber es sind einige Fragen gestellt worden. Die Landesregierung hat uns hingebeten, um zu erkunden, wie es dort weitergeht. Und da haben die Landesregierungsmitglieder verschiedene Fragen gestellt. Möglicherweise hat Dr. Schnell irgendeine Frage gestellt, die in diese Richtung gezielt hat. Aber meine Antwort „Ja“ war in diesem Umfang sicher nicht gegeben. Ich habe sicher nicht ausschließlich oder einschränkend gesagt, die Konkurseröffnung basiert nur auf nichtwirtschaftlichen Überlegungen, sondern ganz im Gegenteil. Die wirtschaftlichen Überlegungen habe ich Ihnen jetzt oftmals dargelegt. Angedeutet habe ich Ihnen, dass die zusätzlichen emotionalen Überlegungen vielleicht ausgelöst wurden durch dieses Abtretungsangebot an eine Treuhandgruppe, dass es dadurch zu einer starken Belastung des Verhältnisses zwischen Rohrmoser und BAWAG gekommen ist.

Das meine ich, vielleicht kann man das hineininterpretieren, dass da irgendwer gesagt hat: War das allein der Grund?, und ich habe dann gesagt: Ja. Vielleicht waren da auch gewisse emotionale Beigeschmäcker.

Und die zweite Frage vom Dr. Schnell war?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Bleiben wir noch bei dieser Frage A. Richtig ist, dass Sie heute hier schon viele Ihrer Sichtweisen dargestellt haben, aber jetzt geht es darum, zu erkunden, wie sich das an dem 28.9.1994 zugetragen haben könnte.

Hier hat es eben geheißen, nicht aus rein wirtschaftlichen Gründen. Und dann behauptet Schnell, Sie hätten mit Ja geantwortet. Nur damit ich das wirklich zu Protokoll bringen kann: Jetzt sagen Sie, ein uneingeschränktes Ja zu dieser Frage vom Landesrat Schnell haben Sie nicht ausgesprochen. (*Dr. Sieber: Richtig!*) Nur ein allgemeines Ja – oder was?

Dr. Gregor Sieber: Nein. Die Antwort wäre unrichtig gewesen, und daher habe ich die Frage sicher nicht so beantwortet.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie korrigieren sich also, Sie haben sie sicher nicht so beantwortet.

Dr. Gregor Sieber: Ich korrigiere mich nicht, sondern ich korrigiere das Erinnerungsvermögen des Dr. Schnell im Jahr 1997. Sonst korrigiere ich gar nichts! Herr Dr. Schnell hat sich so erinnert, ich erinnere mich auch nicht besonders, aber ich kann sagen, dass ich sicher nach 14 Tagen **nicht** gesagt habe, ich weiß jetzt, das war nicht wirtschaftlich. Das ist ausgeschlossen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich nehme an, dass sich Dr. Schnell – das ist ja nicht so lange nach der Sitzung angefertigt worden – zwar inhaltlich erinnert, aber dass die Antwort ein bloßes Ja gewesen ist, davon, glaube ich, konnten wir uns überzeugen, das ist nicht die Art des Herrn Konkursrichters.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ja, davon gehen wir aus. (*Dr. Sieber: Ja, da haben Sie Recht!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Man kann seine Antworten oftmals auf eine Silbe zusammenfassen, aber ein bloßes Ja war es sicher nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das hätten wir auch nicht so angenommen. Er hat auf meine zweite Nachfrage das ohnehin stärker betont, was er glaubt, dass er damals gesagt habe. Das ist ja gut, wenn wir das so haben.

Die Frage B war dann, noch einmal: Stimmt es, dass die Auftragslage der Firma Atomic zum Zeitpunkt des Konkurses wesentlich besser war, gemeint 30 Prozent, als die Jahre zuvor? – Erinnern Sie sich an diese Frage dort?

Dr. Gregor Sieber: An die Frage erinnere ich mich auch nicht. Ich kann nur eines bestätigen: dass das Ergebnis der Fortführung um zirka 12 Prozent besser war als im Vorjahr. Das mit den 30 Prozent Auftragsbestätigung, daran kann ich mich nicht erinnern, aber das hätte sich ja irgendwo niedergeschlagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Kogler, das ist ja keine Frage, ob man sich erinnern kann oder nicht; das sind ja an sich **zwei Wissensfragen**.

Punkt eins: Gab es einen derartigen AKV-Bericht? – Das kann man wirklich mit einem Ja oder Nein beantworten.

Der zweite Punkt: War die Auftragslage um 30 Prozent besser zum Zeitpunkt der Konkurseröffnung als das Jahr davor? – Das ist ja auch eine Wissensfrage.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, dazu kommen wir noch. Aber zunächst ist zu klären, ob Dr. Sieber so ohne weiteres die Darstellungen des Herrn Schnell aus dem Jahr 1997 teilt. Das ist ja nicht unerheblich. (*Dr. Sieber: Nein, bestätige ich nicht!*) Das ist erwartungsgemäß nicht der Fall.

Jetzt zu den Wissensaspekten, wie der Herr Vorsitzende sagt: Wie war dann die Auftragslage? Ist es zutreffend, dass die um bis zu 30 Prozent in etwa, wie es hier heißt, stärker war als in den Vorjahren?

Dr. Gregor Sieber: Und wo steht das?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das steht in dieser Frage B.

Dr. Gregor Sieber: Ja, aber wer soll das aufgebracht haben, diese Meinung?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War es so – oder war es nicht so?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist jetzt wirklich eine Frage an Sie!

Dr. Gregor Sieber: Nein, war nicht um 30 Prozent höher.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War die Auftragslage geringer, gleich oder höher als das Jahr davor?

Dr. Gregor Sieber: Das habe ich beantwortet: Das Ergebnis der Fortführung im Konkurs hat ein besseres Vergleichszeitraumergebnis zum Vorjahr von, glaube ich, 10 oder 12 Prozent erbracht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann war die Auftragslage besser!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber um 10 oder 12 Prozent, wie hier ausgeführt wird.

Dr. Gregor Sieber: Die Auftragslage war besser oder die – wie soll ich sagen? – Erfassung war besser.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und gab es so einen AKV-Bericht?

Dr. Gregor Sieber: Nachdem ich kein Gläubiger bin, weiß ich das nicht, was die ihren ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber der Konkursrichter weiß das.

Dr. Gregor Sieber: Nein, das weiß er nicht! Genauso wenig, wie ich irgendwen anderen in die Ausschussprotokolle Einsicht nehmen lasse, lässt mich der Schutzverband wissen, was er mit seinen Gläubigern beratschlagt, wie sie sich verhalten werden im Konkurs. Das sind doch Mehrparteienverfahren, wo die einen so eine Zielrichtung vorgeben und die anderen so eine. Die schicken mir das nicht! Der KSV hat mir einmal etwas geschickt, dass er eine Sitzung anberaumt – das war alles.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bei den Gläubigerausschusssitzungen waren Sie zum Teil ja anwesend.

Dr. Gregor Sieber: Ja, bei den Gläubigerausschusssitzungen, aber das ist der **Ausschuss!**

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist das dort nicht behandelt worden?

Dr. Gregor Sieber: Nein, nein! Da wird nur behandelt, was der Masseverwalter den Gläubigerausschussmitgliedern berichtet. Aber die Gläubigerschutzverbände machen riesige Versammlungen und ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Im **konkreten** Fall. Mich interessieren die anderen Fälle jetzt nicht.

Dr. Gregor Sieber: Im konkreten Fall war kein einziger Gläubiger dort und wurden keine Schreiben verteilt und gar nichts.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also Ihnen ist ein Schreiben des Kreditorenverbandes nicht zur Kenntnis gebracht worden. (*Dr. Sieber: Nein!*)

Ein ganz anderer Aspekt, der sicher, wenn nicht jetzt, von anderen aufgegriffen wird, sind Fragen zu Ihrer Geburtstagsfeier. Ich will das wirklich eingrenzen und nur dahin gehend fragen: Wir wissen ja, dass Honsig-Erlenburg und Vavrovsky eingeladen wurden. Ist ja auch kein Wunder, das sind ja freundschaftliche Beziehungen. Waren andere Rechtsanwälte zu Ihrer Geburtstagsfeier eingeladen?

Dr. Gregor Sieber: Ich habe nicht als Richter eingeladen und ich habe niemanden als Rechtsanwalt eingeladen, sondern ich habe als Sieber meine Freunde eingeladen. Und wer da aller dabei war, werde ich Ihnen bitte jetzt aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht erzählen. Es war niemand dort, der irgendeine Bedeutung hat im Untersuchungsthema BAWAG und Atomic. **Niemand!**

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): An sich würde das auch dem Ausschuss obliegen, das zu beurteilen. Sie sagen aber, es war niemand dabei, der mit diesem Untersuchungsgegenstand etwas zu tun haben könnte. (*Dr. Sieber: Richtig!*) – Können Sie mir noch sagen, welches Castello das war?

Dr. Gregor Sieber: Das war die Villa Ottelio oberhalb von Buttrio. – Vom Castello di Spessa kann ich nur träumen, dass ich dort Geburtstagsfeiern schmeiße, weil das ist ein bisschen zu teuer. Das war eine ganz kleine Cantinetta neben der Villa Ottelio. Die war ein Drittel von diesem Saal oder so, wo wir jetzt sitzen, und daneben war die Villa Ottelio, und dort hat der Besitzer gewohnt. Bei dem haben wir gar nicht gefeiert, sondern wir haben unten in der Cantinetta gefeiert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sehen Sie, jetzt ist das auch endlich einmal klargestellt.

Dr. Gregor Sieber: Ja, hoffentlich, dass Sie nicht feststellen, ich war in einem Castello, und dann kommen noch die Möbeln aus dem Schloss Höch, dass wir es zuerst noch mit den Möbeln aus dem Schloss Höch möbliert haben, wie ich da gehört habe, und dass es wer anderer gezahlt hat. Das ist ja, ich muss Ihnen ehrlich sagen, wirklich wahr – ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll. Sie müssen ja Zuträger haben, die sich den ganzen Tag nur irgendwelche Sachen aus den Fingern zuzeln.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das habe ich noch gar nicht gefragt. (*Dr. Sieber: Entschuldigen Sie den Ausrutscher!*) Aber Sie geben zu Protokoll, dass niemand anderer als Sie selber diese Geburtstagsfeier bezahlt hat. – Habe ich das jetzt richtig verstanden?

Dr. Gregor Sieber: Ja, selbstverständlich! Es wird da bitte ein Verdacht in den Raum gestellt, der ist ja ungeheuerlich. Das ist ja unglaublich! Glauben Sie, ich lade 40 Freunde mit ihren Ehefrauen oder 35 ein, damit ich die in irgendwas Absurdes hineinziehe, wo irgendwer anderer etwas bezahlt?! Na wirklich, also ich muss schon sagen! Haben Sie den Eindruck, dass ich so ein stilloser Mensch bin, dass ich so etwas mache?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, ich habe das zunächst gar nicht gefragt. Aber so abwegig ist es nicht. Andere werden mit derartigen Vorlieben Finanzminister und betreiben das munter weiter. Also so abwegig ist das nicht. Für manche ist das karrierefördernd. – Aber meine Fragen sind ohnehin beendet. Danke.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Sieber, wissen Sie noch, wie viele Seiten der Konkursantrag gegen die Atomic for Sport hatte?

Dr. Gregor Sieber: Wie viele Seiten? Ja, das kann ich Ihnen sagen. Dieser Konkurseröffnungsantrag hat sechs Seiten, also fünf und eine Zeile. Eins, zwei ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sechs Seiten. Sie haben völlig Recht.

Dr. Gregor Sieber: Sechs Seiten. Dann eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben Beilagen. Und dann gibt es einen Antrag auf Einstweilige Vorkehrungen, das hat wiederum sieben Seiten. Und diese sieben Seiten haben dann eins, zwei, drei, vier, fünf Beilagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das gesamte Konvolut hat an die 20 Seiten?

Dr. Gregor Sieber: Ja, glaube ich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie viele davon haben Sie an den Herrn Wittmann gefaxt?

Dr. Gregor Sieber: Sechs. Den Konkurseröffnungsantrag.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben nur den Konkurseröffnungsantrag gefaxt. (*Dr. Sieber: Ja!*) Sie haben dem Herrn Wittmann nicht die Bescheinigungsbeilagen mitgefakt. Ist das richtig?

Dr. Gregor Sieber: Das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Daher musste Herr Wittmann davon ausgehen, dass das, was der Herr Gehmacher in seinen Konkurseröffnungsantrag hineingeschrieben hat, auch wirklich stimmt und bescheinigt ist.

Dr. Gregor Sieber: Ich glaube, dass es seinem Wissensstand sowieso entsprochen hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe nicht Ihre Glaubensfragen abgefragt. Das macht die heilige Inquisition. Ich mache das nicht.

Dr. Gregor Sieber: Nein, aber das war meine Antwort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich frage Sie jetzt als Abgeordneter, ob Sie dem Herrn Wittmann gegenüber den Eindruck erweckt haben, als ob die ganzen Angaben des Herrn Dr. Gehmacher tatsächlich bescheinigt sind.

Dr. Gregor Sieber: Habe ich nie den Eindruck erweckt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Warum haben Sie dann Herrn Wittmann nur die nackten Antragsseiten gefaxt: ohne Bescheinigungsmittel?

Dr. Gregor Sieber: Weil ich das für ausreichend empfunden habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ach, Sie haben das für ausreichend empfunden?! Das heißt, Sie haben den Herrn Wittmann nicht darüber aufgeklärt und ihm auch nicht die Möglichkeit verschafft, dass er sich selber ein Bild davon machen konnte, dass bei den Bescheinigungsmitteln keine einzige Forderung auf die Atomic for Sport GmbH gelautet hat?

Dr. Gregor Sieber: Herr Abgeordneter, wir reden ja mit Leuten, die Geschäftsführer von Großunternehmen sind. Der kann ja anrufen und sagen: Da fehlt was, ich will das! – Das ist doch unglaublich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Rat, das war gar nicht meine Frage – und Sie können noch so wortreiche Antworten liefern, vielleicht fällt mir dann auch eine wortreiche Frage dazu ein!

Ich frage Sie jetzt, warum Sie Herrn Wittmann, auf dessen Unterschrift Sie wirklich Wert legen mussten, denn sonst hätten Sie nämlich schon längst eine Äußerung des Gemeinschuldners einholen müssen – es war die wichtigste Unterschrift, die Sie eingeholt haben –, die entsprechenden Bescheinigungsmittel nicht beigelegt haben, weil Sie selber erkannt haben, dass die Bescheinigungsmittel für einen Konkursantrag dieser Qualität nicht ausreichen.

Da hat nämlich die Kollegin von der ÖVP völlig Recht, das ist wirklich schleißig. Wenn ich einen Konkursantrag stelle und Bescheinigungsmittel vorlege, die einen ganz anderen Schuldner zum Inhalt haben, dann kann man das schleißig nennen. Man kann es aber auch noch viel brutaler nennen. Schleißig ist hierbei noch ein Hilfsausdruck.

Wenn aber der Herr Rat dann das freiäugig erkennen kann und dem Herrn Wittmann aber genau diese Bescheinigungsmittel, die erkennen lassen, dass die bescheinigten Forderungen gar nicht gegen die Atomic for Sport lauten, nicht mitfaxt, dann wird das hochinteressant, Herr Rat.

Jetzt erklären Sie dem Hohen Ausschuss, warum Sie diese Bescheinigungsmittel zufällig nicht mitgefakt haben!

Dr. Gregor Sieber: Nicht „zufällig“: Ich habe es für nicht notwendig erachtet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben es also nicht zufällig ...

Dr. Gregor Sieber: Lassen Sie mich jetzt ausreden – oder ergänzen Sie meine Feststellungen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich will nur klare Antworten. Sie haben gesagt, Sie haben es nicht für notwendig erachtet. (*Dr. Sieber: Das habe ich gesagt!*) Wieso konnten Sie ein Bescheinigungsmittel, vom dem Sie unschwer erkennen konnten, dass es den Konkursantrag nicht in der Lage zu stützen ist, ausgerechnet der Person, deren Unterschrift Sie aber dazu unbedingt brauchten, vorenthalten?

Dr. Gregor Sieber: Die Bescheinigungsmittel haben den Konkurseröffnungsantrag hervorragend gestützt. Erstens.

Zweitens: Herr Dr. Maschke hat mir mitgeteilt, dass Wittmann der neue Geschäftsführer ist, acht Tage – acht Tage! –, dass also Wittmann den Konkurseröffnungsantrag annehmen und dass Wittmann zurückschreiben wird.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer hat Ihnen das gesagt?

Dr. Gregor Sieber: Dr. Maschke. Und dann habe ich Herrn Wittmann angerufen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und was hat Ihnen die Pfarrersköchin von Altenwörth noch dazu gesagt?

Dr. Gregor Sieber: Herr Abgeordneter, entweder sind Sie mit meinen Antworten zufrieden – oder wir machen etwas anderes!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): War Herr Maschke Anwalt der **Atomic for Sport** oder nicht?

Dr. Gregor Sieber: Herr Maschke war Anwalt des Herrn Rohmoser.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sehen Sie! Was hat Herr Maschke mit **Atomic for Sport** zu tun?

Dr. Gregor Sieber: Herr Rohmoser hat nach Ihrer Meinung mit Atomic for Sport auch etwas zu tun.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Genauso viel wie die Pfarrersköchin von Altenmarkt und die Pfarrersköchin von Altenwörth!

Dr. Gregor Sieber: Die Pfarrersköchin von Altenmarkt war nicht einmal mit einem halben Prozent Gesellschafter von Atomic! Die Pfarrersköchin hat vielleicht den Herrn Rohmoser verköstigt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Maschke hat mit Atomic for Sport nichts zu tun gehabt. Und Herr Rat Sieber wusste, dass Herr Maschke mit Atomic for Sport nichts zu tun hat!

Dr. Gregor Sieber: Glauben Sie, soll ich Ihnen jetzt schreiben den ...?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es geht nicht darum, was ich glaube: Ich will von Ihnen hören, ob Sie gewusst haben, dass Herr Maschke **kein Mandat** von Atomic for Sport hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich jetzt noch einmal sagen: Kollege Stadler wird etwas schaumgebremster fragen, dafür wird aber die Anhörungsperson die Fragen kurz und bündig beantworten. – Bitte darum.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jetzt frage ich Sie noch einmal: Haben Sie gewusst, dass Herr Dr. Maschke **kein Mandat** der Atomic for Sport hat?

Dr. Gregor Sieber: Ich habe gewusst, dass Herr Dr. Maschke Herrn Rohmoser vertritt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe das **nicht** gefragt. Ich habe gefragt, ob Sie gewusst haben ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Antwort ist gegeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er wusste also, dass Atomic for Sport nicht von Maschke vertreten wird. – Ist das richtig?

Dr. Gregor Sieber: Ich habe gesagt, dass Maschke Herrn Rohmoser vertreten hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So ist es. Also daher schließen wir aus ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann fragen wir als Nächstes: Hat Herr Dr. Maschke auch Atomic for Sport vertreten?

Dr. Gregor Sieber: Er hat den Gesellschafter, den Alleingesellschafter von Atomic for Sport vertreten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich frage Sie: Hat Herr Maschke die **Atomic for Sport** GmbH vertreten: ja oder nein?

Dr. Gregor Sieber: Nein, formell damals nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wussten Sie das zum damaligen Zeitpunkt?

Dr. Gregor Sieber: Er hat selbst gesagt, Herr Dr. Maschke hat mir das ausdrücklich gesagt, und ich habe es auch festgehalten und Ihnen am Anfang erklärt, dass der Dr. Maschke **nicht** ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und ich habe Ihnen vorgehalten, dass das irrelevant war – und das wussten Sie, dass das irrelevant ist. Wenn ein Mandat nicht existiert, kann der Herr Maschke erklären, was er will!

Sie haben dem Geschäftsführer daraufhin den Konkursantrag geschickt, und zwar den bloßen Antrag ohne Bescheinigungsmittel. – Wir werden Herrn Wittmann noch hier haben und werden ihm die Bescheinigungsmittel dann vorlegen.

Wusste Herr Wittmann – nach Ihrem Kenntnisstand – aus anderen Quellen von den Bescheinigungsmitteln und von dem Umstand, dass die Bescheinigungsmittel auf Forderungen lauten, die gar nicht auf Atomic for Sport bezogen sind?

Dr. Gregor Sieber: Ich habe keine Ahnung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das habe ich befürchtet.

Dr. Gregor Sieber: Aber Herr Rohrmoser als einziger Gesellschafter hat den Herrn Wittmann **bestellt!**

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist nicht der Punkt!

Dr. Gregor Sieber: Das ist ein Auswahlverschulden! (*Abg. Mag. Stadler: Das ist nicht der Punkt!*) Wenn er ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Sieber, jetzt hat es so gut funktioniert! Die Frage war beantwortet!

Wir wissen selbstverständlich, dass ein Gesellschafter einer GmbH auch eine Gesellschafterweisung geben kann. Das ist aber **auch** nicht geschehen!

Dr. Gregor Sieber: Woher wissen Sie das?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist das geschehen? Hat es einen Gesellschafterbeschluss gegeben?

Dr. Gregor Sieber: Ich weiß es auch nicht! (*Abg. Mag. Stadler: Also: ...!*) – Na, Herr Vorsitzender, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie wissen es auf jeden Fall auch nicht – und wir wissen es auch nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Herr Rat weiß nicht, ob es eine Gesellschafterweisung gibt. Der Herr Rat weiß nur, dass es Bescheinigungsmittel gibt, die **nicht** auf Atomic for Sport lauten. Der Herr Rat weiß aber, dass er die Unterschrift des Herrn Wittmann braucht, und der Herr Rat schickt daraufhin Herrn Wittmann bloß die Antragsseiten – aber nicht die Bescheinigungsmittel, weil der Herr Geschäftsführer anhand der Bescheinigungsmittel unschwer hätte erkennen können, dass der Antrag gar nicht hinreichend bescheinigt ist! – So einfach sind die Dinge.

Dr. Gregor Sieber: Also: Der Herr Rat hat dem Herrn Geschäftsführer für acht Tage einen Konkurseröffnungsantrag geschickt, und der Herr Rat hat gewusst, dass Herr Wittmann das nicht lösen kann ohne Herrn Rohrmoser, ohne Chalupsky, ohne Pierer, ohne ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und ohne ausreichende Rechtsbelehrung!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So ist es.

Dr. Gregor Sieber: Diese hat Herr Wittmann gehabt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das hat der Herr Rat gewusst: Den haben sie, der ist letztlich überfordert!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, was der Herr Rat draufgeschrieben hat, Herr Rat:

„Bitte“ –

unterstrichen –

„rasche Empfangsbestätigung und rasche Stellungnahme“ –

wiederum „rasch“ unterstrichen; es kam Ihnen nur auf „rasch“ an –

„zum Antrag“.

Mit firmenmäßiger Fertigung; Handschrift: „Dr. Gregor Sieber“ senior – von ihm selbst identifizierte Handschrift.

Dr. Gregor Sieber: Nein, „senior“ habe ich nicht dazugeschrieben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, *ich* sage es dazu.

Dr. Gregor Sieber: Ach so, ja, gut.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Denn Sie sind doch zwei Gregor Sieber, und Herr Dr. Sieber senior hat seine eigene Handschrift identifiziert. – Das ist mir nur fürs Protokoll wichtig! Nicht, dass es dann heißt, das war der *junge Sieber*. – Es war der Senior-Sieber, der dem Wittmann eine Telekopie schickt, ...

Dr. Gregor Sieber: Schauen Sie, das ist genauso wenig zielführend, wenn Sie solche Sachen spitzfindig in den Raum stellen, wie meine Antworten dann. Da müssen wir uns beide einigen, dass Sie nicht meinen Sohn da jetzt „anflachsen“, indem Sie sagen, der hat da ... unterschrieben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich flachse niemanden an. (*Dr. Sieber: Ach so, nicht!*) – Ich „flachse“ niemanden „an“, sondern möchte nur hinterfragen, wieso Sie als zuständiger Richter mit dieser Eile – und Sie betonen es selbst noch, zweimal unterstrichen: „rasch“! – mit Ihrem Freund Gehmacher, mit Ihrem Freund Vavrovsky im Auto nach Altenmarkt fahren, dort drinnen beratschlagen, wie Sie weitertun, am gleichen Tag dem Herrn Wittmann in die Firma Koflach – nicht Atomic for Sport, sondern Koflach! – einen Konkursantrag faxen (*Dr. Sieber: Nein, vorher!*), die Bescheinigung ... (*Dr. Sieber: Vorher!*) – Am gleichen Tag, habe ich gesagt.

Dr. Gregor Sieber: Nein, vorher! – Ein gleicher Tag läuft auch auf 24 Stunden ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, gut. Halten wir fest:

Noch vorher, noch bevor er sich also mit seinen Freunden nach Altenmarkt begeben hat, hat er Herrn Wittmann schon den Antrag des Dr. Gehmacher geschickt – ohne die Bescheinigungsmittel, weil nämlich Herr Wittmann in Kenntnis dieser Bescheinigungsmittel sofort hätte erkennen können, dass der Antrag gar nicht hinreichend bescheinigt ist, weil die Forderungen, die dort drauf sind, alle auf Rohmoser persönlich lauten und nicht auf Atomic for Sport, deren Geschäftsführer er ist. Und der Herr Rat erklärt dem Ausschuss als einzigen Grund, warum er das gemacht hat, dass der Rechtsanwalt, der gar kein Mandat von Atomic for Sport hat, ihm gesagt hat, das geht ohnehin in Ordnung.

Dr. Gregor Sieber: Herr Abgeordneter, wenn Sie alles genau zitieren (*Einsicht in schriftliche Unterlagen nehmend*): Um 10.48 Uhr habe ich das Fax abgesetzt an Herrn Wittmann in Koflach. Um 12.49 Uhr hat Herr Wittmann zurückgefaxt. Er hat wortwörtlich dieselbe Bestätigung verwendet wie Herr Rohmoser – wortwörtlich!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das konnten Sie ja zu Beginn des Fax, um 10.48 Uhr, noch gar nicht wissen!

Dr. Gregor Sieber: Das weiß ich nicht. Aber es ist zurückgekommen!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eben. Warum haben Sie es ihm aber dann nicht mitgefaxt?

Dr. Gregor Sieber: Was hätte ich ihm mitfaxen sollen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Warum haben Sie dann Herrn Wittmann die Bescheinigungsmittel *nicht mitgefaxt*?

Dr. Gregor Sieber: Das habe ich Ihnen jetzt schon, ich glaube, viermal gesagt: weil ich es nicht für notwendig erachtet habe!

Aber: Es kommt jetzt derselbe Wortlaut, den Herr Dr. Maschke – und jetzt nehmen wir den Konkurseröffnungsakt Rohmoser her – eine Stunde vorher, oder zwei Stunden vorher, mir faxt, mit denselben Worten wie hier der Wittmann! – Also tun Sie doch nicht ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie mit Herrn Wittmann telefonisch in dieser Zeit Kontakt gehabt?

Dr. Gregor Sieber: Natürlich! Ich habe vorher angerufen (*Obmann Dr. Graf: Haben Sie ihm ...*) und gesagt: Herr Wittmann, Herr Dr. Maschke hat gesagt, Sie sind jetzt Geschäftsführer bei Atomic – obwohl er in Köflach gesessen ist, also ziemlich weit weg – und Sie sind bereit, diesen Konkurseröffnungsantrag entgegenzunehmen. – Und Herr Wittmann hat gesagt: Ja, ich weiß Bescheid! – Und dann habe ich ihm diesen geschickt, und ohne die Beilagen – Pardon –, weil Herr Wittmann ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Woher hat dieser Bescheid gewusst?

Dr. Gregor Sieber: Von Maschke: dass er das bekommen wird, dass er diesen Konkurseröffnungsantrag ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also um 10.48 Uhr haben Sie das hingeschickt?

Dr. Gregor Sieber: Nein, das war ja vorher. Am 15.9. war Dr. Gehmacher bei Dr. Maschke. (*Abg. Mag. Stadler: Aha!*) Vom 15.9. auf den 16. ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das haben wir noch nicht gewusst!

Dr. Gregor Sieber: Das habe ich ja eingangs gesagt! (*Abg. Mag. Stadler: Schön!*) – Am 15.9. war dieser bei Dr. Maschke, hat diesem den Konkurseröffnungsantrag gebracht, die einstweiligen Vorkehrungen gebracht, hat die Beilagen gebracht, und dann hat Maschke mit Familie Rohmoser und dem ganzen Umfeld von fünf Beratern das diskutiert.

Und am Schluss kommt ein Geschäftsführer – Pardon, ich will jetzt Herrn Wittmann nicht abwerten, aber: der sich *nur* in Köflach ausgekannt hat und der gar nicht gewusst hat, wie er dazukommt, dass er auf einmal Geschäftsführer in Altenmarkt wird – und dieser wird dann auf einmal zuständig für die Entgegennahme des Konkurseröffnungsantrages.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Sieber, würden Sie den Schluss zulassen, wenn Sie sagen, dass ein Geschäftsführer, der in einem Tochterbetrieb Geschäftsführer war und jetzt acht Tage beim Mutterbetrieb Geschäftsführer ist, keine Ahnung hat – so wie Sie das jetzt gesagt haben –, dass jemand, der einen Tag damit zu tun hat, nämlich ein Konkursrichter, auch keine Ahnung hat? Ist das ein zulässiger Größenschluss?

Dr. Gregor Sieber: Nein, lasse ich nicht zu, diesen Größenschluss, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, Sie hatten die umfassende Ahnung?

Dr. Gregor Sieber: Nein, ich habe Ahnung vom Konkursrecht! Und ich wollte Ihnen schon immer darstellen – es ist aber nicht möglich, ich laufe da gegen Windmühlen –: Die Konkurseröffnung war dringlichst, unverzüglich, sie war zu bescheinigen hinsichtlich der Voraussetzungen. Das lag vor. Und es lag von den Antragsgegnern eine Zustimmung vor! Diese haben gesagt: Ja, das ist notwendig! – Und jetzt können wir das ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich sage Ihnen in aller Form, Herr Dr. Sieber: Diese Zustimmung hätte Herr Wittmann niemals erteilt, wenn er diese Bescheinigungsmittel, diese windigen, gekannt hätte!

Dr. Gregor Sieber: Das ist eine völlig unzulässige ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir werden ihn heute noch selbst dazu befragen, das werden wir heute alles noch zu Protokoll bekommen. Und ich sage Ihnen und unterstelle Ihnen, dass Sie genau gewusst haben, warum Sie ihm diese Bescheinigungsmittel **nicht** mitfaxen!

Dr. Gregor Sieber: Das ist eine Unterstellung, und ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das habe ich auch betont! Das unterstelle ich Ihnen, dass Sie das genau gewusst haben! Sie sind ein so versierter Konkursrichter, dass Sie das sehr genau erkannt haben!

Dr. Gregor Sieber: Aber das ist nach § 7 der Geschäftsordnung unzulässig, Herr Abgeordneter Stadler. Unterstellungen dürfen Sie wirklich nicht verwenden, denn das ist eher ungut!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte ein bisschen weniger Unterstellungen (*Dr. Sieber: Sondern mehr Fragen!*), denn da sind wir auf dünnem Eis!

Ich möchte dazu noch eine Frage stellen, betreffend das Telefonat: Haben Sie – denn das werden wir Herrn Wittmann auch fragen – in Ihrem Telefonat Herrn Wittmann gesagt, wenn er nicht unterschreibt – jetzt sinngemäß – und da Probleme entstehen könnten, könnte er als Geschäftsführer in Haftungen hineinlaufen?

Dr. Gregor Sieber: Das ist ein völliger Unsinn! Sicher nie!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja oder nein?

Dr. Gregor Sieber: Nein! Ich habe den Herrn Wittmann nie kennengelernt! Erst beim Rechnungslegungs...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Telefonisch – ich will nur wissen, was Sie ihm telefonisch gesagt haben.

Dr. Gregor Sieber: Herr Vorsitzender, ich kenne niemanden, der sich telefonisch irgendwie beeindrucken lässt. Aber ich **habe** ihn auch nicht beeindruckt, ich habe nur gefragt: Nehmen Sie den Konkurseröffnungsantrag und geben Sie eine Antwort?, und das hat er mit „Ja“ beantwortet. – Das war's.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Sieber, das macht mir das ein bisschen seltsam, dass Sie sagen, Sie reisen zu allen Betriebsversammlungen, Sie fahren überall hin – das haben Sie selbst hier ausgesagt –, weil die Leute sich von einem Richter erstens vertreten fühlen und zweitens letztlich beeindrucken lassen.

Dr. Gregor Sieber: Das habe ich nicht ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und jetzt – na ja, das ist jetzt meine Interpretation: ...

Dr. Gregor Sieber: Aber das ist falsch!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: ...: Ein Richter hat natürlich einen gewissen Stand – das wissen wir doch alle!

Dr. Gregor Sieber: Das ist Gott sei Dank richtig, aber ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn ein Richter anruft und sagt: Ich schicke Ihnen etwas; unterschreiben Sie das rasch!, dann hat das eine andere Qualität, als wenn ein

anderer, der gegnerische Anwalt zum Beispiel, anruft. Das werden Sie doch zugestehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist ja das Problem, dass sich in diesem Verfahren Herr Rat sich dauernd wie der **Anwalt der BAWAG** geriert hat! Das ist ja der Vorwurf, der schon seit eh und je im Raum steht!

Dr. Gregor Sieber: Also, noch einmal: ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Herr „Wir“!

Dr. Gregor Sieber: Also, noch einmal: Können Sie bitte einfach emotionslos zur Kenntnis nehmen, dass ich damals Herrn Dr. Maschke angerufen und gesagt habe: Wem schicke ich das jetzt?, und der Maschke mir offensichtlich die Telefonnummer und Faxnummer von Koflach gegeben hat – denn die wüsste ich ja gar nicht; irgendwer muss mir das gesagt haben. Dann hat er mir gesagt, der heißt **Wittmann**. Dann habe ich dieses Deckblatt, das mir der Herr Stadler vorhält, ausgefüllt, und auf Grund dieses Deckblattes habe ich dann Herrn Walter Wittmann genau zu der Telefonnummer, wie sie hier ist, das hingeschickt. Woher glauben Sie, dass ich das weiß, was die in Koflach für eine Faxnummer haben? – Das hat mir der Dr. Maschke ... – So fragen Sie doch Herrn Dr. Maschke!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das steht ja außer Streit!

Dr. Gregor Sieber: Na eh. Aber Sie sehen doch, dass es genauso, zumindest mehr logisch ist, dass ich mich mit den Antragsgegnern, mit diesem Unternehmen in Verbindung gesetzt habe, versucht habe, mit den richtigen Leuten zu reden, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der entscheidende Punkt ist ja nur, warum Sie die Beilagen unterschlagen haben.

Dr. Gregor Sieber: Die habe ich nicht „unterschlagen“ und bitte, solche Worte ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: „Nicht mitgeschickt haben“.

Dr. Gregor Sieber: ... zu verlassen, weil ich einfach dem Herrn Wittmann gar nichts unterschlagen kann, weil er gar keinen Anspruch hat und kein Recht, sondern der Herr Dr. Maschke hat alles gehabt ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): „Vorenthalten“ – einigen wir uns darauf.

Dr. Gregor Sieber: Herr Dr. Maschke hat am Vortag schon alles gehabt, wie ich Ihnen zu Gehör gebracht habe, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Maschke – das haben wir jetzt geklärt – hatte gar kein Mandat für die Atomic for Sport! (*Dr. Sieber: Ja, Herr Abgeordneter, ...*) Ein Richter, der derartig mit Mandaten umginge – da würden Sie sofort draufspringen, wenn Sie mit einem Anwalt zu tun haben, der kein Mandat hat! Da würden Sie als Richter sofort draufspringen auf diesen Umstand! (*Dr. Sieber: Er hatte ...*) – Jetzt auf einmal berufen Sie sich dauernd auf einen Anwalt, der kein Mandat hatte, und **nie** hatte!

Dr. Gregor Sieber: Herr Abgeordneter, Dr. Masser hat drei Jahre behauptet, der Rohmoser war Geschäftsführer, und ist erst dann draufgekommen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jetzt tun Sie sich nicht hinter dem Herrn Dr. Masser verschanzen!

Dr. Gregor Sieber: Ja und?! Ja, was ist?! Deswegen hat er **doch** für ihn gehandelt, weil er den Gesellschafter vertreten hat!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich wiederum um entsprechende Ruhe bitten, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Herr Rat rechtfertigt sein Verhalten mit dem Verhalten von Dr. Masser!

Dr. Gregor Sieber: Nun, weil wir jetzt von Anwälten sprechen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Frau Trunk, die jetzt Gott sei Dank nach eineinhalb Stunden wieder im Saal ist, was mich sehr freut, hat sich zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Punkt eins, Herr Vorsitzender: Es steht Ihnen *nicht* zu, meine An- und Abwesenheit – und ich glaube, meine Anwesenheit ist seit November des Vorjahres (*Obmann Dr. Graf: Sehr gut!*) hier dokumentiert –, es steht Ihnen *nicht* zu, zu bemessen und zu bewerten, wen die SPÖ-Fraktion jeweils anwesend hat. Das tun Sie bei anderen Fraktionen auch nicht – auch dort würde es Ihnen nicht zustehen. (*Obmann Dr. Graf: Das habe ich der ÖVP auch schon gesagt!*)

Der Anlass meiner Wortmeldung zur Geschäftsordnung (*Obmann Dr. Graf: Ich bitte darum!*) ist, Folgendes klarzulegen: Bei aller Kritik – und auch seitens der SPÖ ganz klar auch im Untersuchungsausschuss dokumentierten Kritik – der Vorgehensweise von vielen hier Gehörten ersuche ich den Vorsitzenden, endlich – und ich habe lange gewartet, bis ich mich zu Wort gemeldet habe – ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie waren ja gar nicht da.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): ... die politische Kultur einer Befragung hier im Untersuchungsausschuss zu wahren, hier die Methode der Befragung eines *Tribunals* zu unterbinden!

Es fällt mir nicht nur heute, sondern fiel mir auch im Vorjahr auf, Herr Vorsitzender – bei aller Wertschätzung –: Nach Maßgabe der Willkür wird die Befragung unterbrochen, wird die Stellungnahme, die abgegeben wird, auch unterbrochen. Bei manchen ist alles möglich, bei manchen ist nichts möglich. – Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Befragung von Frau Tumpel-Gugerell, die mich sehr betroffen gemacht hat.

Daher ersuche ich um nicht mehr und nicht weniger, im Sinne von uns allen, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich nehme diese Wortmeldung zur Geschäftsordnung zur Kenntnis und gebe Ihnen die gleiche Antwort, die mir Herr Kollege Krainer, als ich versucht habe, ihn darauf hinzuweisen, bei der Einvernahme der einen Kollegin betreffend die Auskunftsnachschau bei den SPÖ-Krediten, gegeben hat. Da hat er mir gesagt: Wie die Fragen gestellt werden, entscheidet jeder Abgeordnete für sich selbst!

Ich musste das damals nach einer langen Geschäftsordnungsdebatte so zur Kenntnis nehmen. (*Abg. Mag. Stadler: Der Krainer hatte recht!*) Das gilt seit diesem Zeitpunkt für alle gleich. (*Abg. Mag. Stadler: Der Krainer hatte recht!*)

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Ja, die Fragestellung bleibt jedem Abgeordneten frei. Ich ersuche um nicht mehr und nicht weniger (*neuerlicher Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler*) – genauso wie jetzt: *ich* bin am Wort, habe mich zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet –, ich ersuche um nicht mehr und nicht weniger (*Obmann Dr. Graf: Gut, das ist aber keine Geschäftsordnungs-Wortmeldung!*) als darum, in Hinkunft die politische Kultur der Befragungsmethode zu wahren (*Abg. Mag. Stadler: Stellen Sie einen Antrag!*) – nicht mehr und nicht weniger.

Das war meine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. – Herr Kollege Stadler, ich lasse mich von Ihnen nicht beeindrucken!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Genau das ist das Thema, das ich auch schon angesprochen habe, als mich die Vertrauensperson gebeten hat, hier vielleicht einzugreifen: Wir diskutieren dann das gleiche Thema in einer Geschäftsordnungsdebatte, die **keine** Geschäftsordnungsdebatte ist! Und auch da sind wir sehr großzügig. Und je mehr man eingreift – das wissen wir alle aus vielen Erfahrungen –, umso länger dauert es, umso mehr stellvertreterhaft wird die Diskussion geführt. Und ich habe eigentlich ein Interesse daran, dass es relativ kurz dauert.

Weiters sage ich an dieser Stelle noch einmal: Ich persönlich habe den Eindruck, wenn sich Herr Dr. Sieber auf die Beantwortung der gestellten Fragen beschränken würde, würde vieles nicht eskalieren! Ich habe daher jetzt noch einmal die Bitte: Beschränken Sie sich auf die Beantwortung der Fragen! Dann würde vieles – das ist mein persönlicher Eindruck –, was jetzt zu Missmut bei dem einen oder anderen führt, gar nicht erst zutage treten.

Herr Kollege Stadler wird etwas weiter entfernt vom Mikrophon sprechen, damit das bei ihm nicht so laut ist. (*Abg. Mag. Trunk: Das ist ein guter Vorschlag!*)

Dr. Gregor Sieber: Entschuldigung, dass ich mich dafür erstens bei der Abgeordneten bedanke und zweitens eines sage: Wenn die Abgeordneten **auch** nur Fragen stellen würden – und nicht immer Feststellungen treffen über eine gesamte, komplexe, wir wissen das alles, und so weiter –, dann täte ich mich auch leichter! Denn wenn die Feststellungen mir nahebringen, dass das Verständnis noch immer fehlt, dann hole ich weiter aus. Das ist schlimm, aber es ist so.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Rat, Sie werden damit leben müssen, dass Abgeordnete Feststellungen treffen – das ist nun einmal so –, so wie wir damit leben, dass Sie ...

Dr. Gregor Sieber: Damit kann ich gut leben, aber Sie dürfen mich dabei nicht belasten!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): ... – dann haben wir uns schon getroffen –, so wie wir damit leben, dass Richter Urteile fällen.

Wir halten also fest, dass diese sechs Seiten, die Sie dem Herrn Wittmann gefaxt haben, nur der bloße Antrag sind – alles andere werden wir mit dem Herrn Wittmann klären – und dass Sie sich dabei auf Maschke berufen.

Jetzt haben wir auch geklärt, dass Herr Maschke kein Mandat hatte von der Atomic for Sport.

Jetzt frage ich Sie: Wie lange sind Sie mit Herrn Maschke schon befreundet?

Dr. Gregor Sieber: Herrn Maschke kenne ich von der Schulzeit, aber er ist drei oder vier Jahre oberhalb von mir in dieselbe Schule gegangen. (*Abg. Mag. Stadler: Das heißt, seit Jahrzehnten!*) Befreundet bin ich auch, genauso wie mit den anderen: Wir kennen uns lange und gut.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir stellen also fest: Alle auf der Gegenseite des Herrn Rohrmoser sind miteinander verhabert oder befreundet.

Dr. Gregor Sieber: Nein, der Herr Dr. Maschke war auf der Seite des Herrn Rohrmoser!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): **Zunächst**, ja, hat man den Eindruck gehabt. Das ist wahr, ja.

Dr. Gregor Sieber: Soll ich wissen, dass der sich in sechs oder acht Jahren mit dem zerkriegt?! – Entschuldigung, nein!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es geht nicht darum. Sie haben aber gewusst, dass Herr Maschke, dass Ihr Freund Maschke, **nicht** Anwalt der Atomic for Sport ist! **Darum** geht es! Das ist alles, worum es mir geht.

Dr. Gregor Sieber: Nein, das ist **nicht richtig**. Darf ich darauf auch eine Feststellung treffen: Der Dr. Maschke hat gesagt, er kann den Konkurseröffnungsantrag nicht entgegennehmen, weil er nicht die Vollmacht für die Atomic for Sport hat. Die hatte – wenn – jemand anderer. (Abg. Mag. **Stadler:** *Quod erat demonstrandum!*)

Kennen Sie die Gesprächsnotiz über das Gespräch bei der BAWAG am 2. September 1994, wo anwesend waren: Schwarzecker, Frotz, Elsner, Rohrmoser, Maschke (Abg. Mag. **Stadler:** *Herr Vorsitzender, würden Sie den Herrn Rat einbremsen?*), und der Maschke für den Herrn Rohrmoser eine Verhandlung geführt hat für die Atomic und für Rohrmoser im Umfang von 16 Liegenschaften und einem Vermögen von 500 Millionen? (Abg. Mag. **Stadler:** *Wir haben festgehalten, ...*) – Darf ich das dem Ausschuss zur Verfügung stellen, ...

(Die Auskunftsperson übergibt Obmann Dr. Graf ein Schriftstück.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Danke, selbstverständlich. Wir nehmen diese Urkunde und werden sie kopieren, ...

Dr. Gregor Sieber: ..., genauso wie das Schreiben des Herrn Dr. Liebscher, wo er dem Herrn Rohrmoser sehr empfiehlt, dass er ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gemeinsam können wir nur im Chor singen! (Abg. Mag. **Stadler:** *Wer so ...*) Bitte, bitte! Wir nehmen ...

Dr. Gregor Sieber: Da war der Herr Dr. Maschke ausgewiesen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich um Ruhe bitten?! – Sonst unterbreche ich für 10 Minuten die Sitzung! (Dr. **Sieber:** *Gerne!*) Dann dauert alles nur länger!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Rat, wer so wortreich am Thema und an den Fragen vorbeiredet, muss einen Grund haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich möchte nur feststellen, für mich: Ich habe eine Unterlage erhalten, die ich der Parlamentsdirektion mit der Bitte um Anfertigung von Kopien und Verteilung im Ausschuss übergebe.

Jetzt noch eine Frage vom Kollegen Stadler, dann kommt der Nächste zum Fragen dran.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Rat, ich habe hier ein Dokument, das uns Herr Rubatscher bei seiner Einvernahme im Ausschuss überreicht hat, in dem auf Seite 2 dieses Vereinbarungsentwurfes folgender Satz auftaucht, der dann durchgestrichen wurde. Ich lese Ihnen den Satz vor, zunächst einmal den nicht durchgestrichenen Teil:

„Dessen ungeachtet wurden die wesentlichen Unternehmensteile und Unternehmensbeteiligungen der Atomic for Sport GmbH gut und rasch verwertet.“

Dann kommt ein dicker, händisch beige-setzter Punkt. Der ursprüngliche Satz – und das ist jetzt durchgestrichen – ging dann folgendermaßen weiter:

„Im Falle eines Einvernehmens mit KR Alois Rohrmoser und Unterlassung der Störversuche des Verwertungsverfahrens durch seine Vertreter wäre jedoch eine

bessere Verwertung möglich gewesen, was zu einer erhöhten Chance des KR Alois Rohmoser auf leichtere und raschere Entschuldung geführt hätte.“

Zu diesem Satzteil hat Herr Rubatscher uns gegenüber ausgeführt, dass er ein Telefonat mit Herrn Dr. Honsig-Erlenburg hatte, der ihm erklärt habe – und das hat er auch handschriftlich unten an der Zeile vermerkt –, dass dieser Satzteil, der ziemlich eindeutig ist, auf Ihr Verlangen zurückgeht und dies Ihre Formulierung sei.

Erinnern Sie sich an diesen Vorgang?

Dr. Gregor Sieber: Das ist falsch! Und ich erinnere mich an diesen Vorgang nur insofern, als ich bei diesen Zwangsausgleichsvereinbarungen **nicht** zugegen war – bis auf ein Gespräch, und da war ich nur als Fachmann zugegen.

Ich habe keine Lust, Anwälte bei ihrer Formulierlust zu beeinflussen. Die formulieren selbst. Der Satz ist weder von mir noch ... – Ich weiß nicht, von wem der ist. Wahrscheinlich von Dr. Rubatscher, oder ich weiß nicht, von wem der ist. Von mir ist er jedenfalls **nicht!**

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Herr Rat antwortet schon wieder auf Fragen, die ich **nicht** gestellt habe.

Herr Rubatscher hat gesagt, er hat ihn sogar streichen lassen! Er wollte von Dr. Honsig-Erlenburg wissen, wer so einen Satz überhaupt hineinverlangt hat, und da wurde ihm von Dr. Honsig-Erlenburg mitgeteilt – Herr Dr. Honsig-Erlenburg konnte sich im Übrigen im Ausschuss nach längerem Befragen schon noch daran erinnern –, dem Herrn Dr. Rubatscher gesagt zu haben, dass dieser Satzteil **von Ihnen stamme**.

Dr. Gregor Sieber: Das ist unvollständig vorgehalten. Denn Dr. Honsig hat gesagt, das stammt von Sieber, und Sieber hat gesagt, das stammt von Gehmacher, oder umgekehrt. Von mir ist es **nicht** gekommen! Sie müssen bitte vollständig zitieren, was Dr. Honsig sagt und was Herr Rubatscher sagt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dieser Satzteil, haben Sie gesagt, ist nicht von Ihnen. Sie haben aber dennoch an Verhandlungen teilgenommen: als Fachmann, haben Sie gesagt.

Dr. Gregor Sieber: Nein, ich habe nicht ... – Sie möchten immer, dass ich an Verhandlungen teilnehme. (*Obmann Dr. Graf: Herr Dr. Sieber!*) Ich bin Richter, und ich führe meine Verhandlungen selbst.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Sieber, das kürze ich jetzt wirklich ab. (*Dr. Sieber: Ja, danke!*)

Sie selbst haben gesagt, Sie haben als Fachmann bei einer Verhandlung teilgenommen. (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) Jetzt fragt Sie Kollege Stadler, bei welcher das war. Ich bitte um eine Antwort.

Dr. Gregor Sieber: Ich wollte das gerade sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann tun Sie es – und reden Sie nicht von etwas anderem.

Dr. Gregor Sieber: Herr Dr. Rubatscher ist gekommen und hat gesagt, er möchte Herrn Rohmoser entschulden, er möchte das bei der BAWAG durchbringen. Dann war wirklich einmal irgendwo ein Einvernehmen herzustellen, dass die BAWAG gesagt hat: Wir können uns das vorstellen.

Dann war eine Besprechung Rubatscher, Gehmacher, Vavrovsky, Honsig und ich weiß nicht, wer noch alles, da haben sie mich dazugebeten und haben gefragt: Wie geht das? Wie können wir das machen?

Ich kann Ihnen jetzt in einer Viertelstunde den Liquidationszwangsausgleich mit Sachwalterschaft erklären. (*Abg. Mag. Stadler: Brauchen Sie nicht!*) Das war einzigartig in ganz Österreich, dass wir das damals dort erfunden haben, dass jemand voll entschuldet wird, obwohl er die Quote von 20 Prozent nicht zahlen kann. Da habe ich den juristischen Background geliefert.

Ich habe da nicht herumgefuehrwerk in irgendwelchen Unterlagen, habe nicht Sätze verlangt oder herumgestrichen oder dicke Punkte gemacht oder sonst etwas. Das hat Rubatscher mit Gehmacher und Honsig ausgemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist das der klassische Aufgabenbereich eines Konkursrichters ...

Dr. Gregor Sieber: Ja, natürlich! Ich habe ja hundert ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe meine Frage noch gar nicht gestellt. (*Dr. Sieber: Bitte?*) Ich habe meine Frage noch gar nicht gestellt.

Ist das der klassische Aufgabenbereich eines Konkursrichters, in laufenden anhängigen Verfahren Fachberatung für die Streitteile zu liefern?

Dr. Gregor Sieber: Herr Abgeordneter, der Konkurs ist keine Streitteilsituation, sondern zu mir kommen viele Leute, die eben kein Geld für einen Vertreter haben. Die brauchen dann meine Unterstützung, meine Belehrung, meine Hilfe, und da werde ich immer wieder gefordert. In der Hälfte der Fälle versuche ich, den Leuten zu helfen.

Hier habe ich den Leuten auch geholfen. Herr Rubatscher hat mich, ich weiß nicht, zwanzig Mal angerufen. Jeden Tag hat mich in der Früh um 8 oder 9 Uhr der Herr Landeshauptmann angerufen und hat gesagt: Herr Rohrmoser hat mich schon wieder um 6 Uhr in der Früh molestiert, wie schaut es bei Herrn Rohrmoser mit seinem Zwangsausgleich aus?

Entschuldigung, ich kann dann nicht hergehen und sagen: Da darf ich jetzt keine Antwort geben, weil es vielleicht in 14 Jahren einen Untersuchungsausschuss gibt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, vielleicht nicht deswegen, sondern vielleicht ist das mit dem Amt als Richter nicht vereinbar? Wie wäre es denn damit gewesen?

Dr. Gregor Sieber: Mit meinem Amt als Richter ist es **sehr gut vereinbar!** Ich bin für die Leute da ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dass Sie Fachberatung liefern?

Dr. Gregor Sieber: Natürlich! Ich kenne das Gesetz, und ein armer Gemeinschuldner weiß nicht, wie es geht und was auf ihn zukommt. Das sage ich ihm!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir halten fest, dass Sie der Meinung sind, dass es mit einer Konkursrichterfunktion vereinbar ist, Zinsverhandlungen zu führen, Zinsvorteile ...

Dr. Gregor Sieber: Das habe ich jetzt nicht gesagt! Ergänzen Sie das nicht mit Ihrer Phantasie!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): ... bei Vereinbarungen zu beraten, die zu entsprechenden Zwangsausgleichen führen – das ist alles Aufgabe eines Konkursrichters?

Das ist Aufgabe der rechtsberatenden Berufe, Herr Rat, aber dafür zahlen wir nicht Sie! (*Dr. Sieber: Gott sei Dank!*) Dafür zahlt Sie die Republik nicht, damit Sie rechtsberatend tätig sind.

Dr. Gregor Sieber: Na, Gott sei Dank! Sie geben ja auch Rechtsberatungen als Abgeordneter, nicht? – Dafür werden Sie auch nicht bezahlt!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Meine Aufgaben als Abgeordneter definiert das Gesetz nicht so eng wie die eines Konkursrichters.

Dr. Gregor Sieber: Nein, die Aufgabe eines Richters ist sehr gut definiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nur mit einem Bruchteil dessen, was ich heute von Ihnen erfahren habe, habe ich den ehemaligen Justizminister, einen durchaus versierten Juristen ...

Dr. Gregor Sieber: Wen meinen Sie? – Da gibt es mehrere.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie mich ausreden lassen, Herr Rat, dann sage ich es Ihnen. (*Dr. Sieber: Ach so!*)

... Dr. Dieter Böhmendorfer, der hier im Ausschuss war, konfrontiert. Er hat bei einem Bruchteil dessen, was wir heute erfahren haben, schon gesagt: Da wäre eine Befangenheit mehr als angezeigt gewesen. Auch der Herr Staatsanwalt, den wir hier hatten, war dieser Meinung.

Jetzt erfahren wir, dass der Herr Rat selbst noch sagt: Es war seine Aufgabe, auch noch rechtsberatend tätig zu sein, als **Fachberater!**

Wir halten also fest ...

Dr. Gregor Sieber: Darf ich dazu etwas sagen oder nicht?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt geht das Fragerecht über ...

Dr. Gregor Sieber: Oder halten Sie alles fest, was im Protokoll steht?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Sieber, nur zur Erklärung: Hier wird auch sehr viel gesprochen, wodurch die eigene Meinung eines Abgeordneten zu Protokoll gegeben wird. (*Abg. Mag. Stadler: Das passt eben dem Herrn Rat nicht! Das ist das Problem!*) Das hat den Vorteil – den auch Sie schon in Anspruch genommen haben –, dass derartige Protokolle in Internet veröffentlicht sind und dass man diese auch nachlesen kann. Diesen Vorteil haben Sie auch schon in Anspruch genommen, wie wir ja wissen und wie wir auch sehen.

Das muss man jetzt nicht überbewerten. Es ist nicht jedes Statement – wenn wir das so nennen wollen – eines Abgeordneten eine Frage, die sich an Sie richtet, sondern manchmal einfach eine Feststellung, die ein Abgeordneter für sich selbst trifft. Ob der Ausschuss am Ende in seinem Bericht auch solche Feststellungen treffen wird, das wissen wir heute noch nicht, sondern das wird erst das Ergebnis von Verhandlungen der Abgeordneten des Ausschusses sein.

So muss man das nehmen. Man braucht dann dem gegenüber auch nicht überempfindlich zu sein.

Dr. Gregor Sieber: Herr Vorsitzender, danke für die Kalmierung des Ganzen! Vielleicht wird einer der anderen Abgeordneten daran interessiert sein, was ich zu Dr. Dieter Böhmendorfer zu sagen habe. Denn mit dem habe ich auch einmal gesprochen, und er hat sich mit mir sehr eingehend über den Fall Atomic unterhalten. Aber wenn nicht gewünscht ist, dass ich antworte, muss ich es dem Zufall überlassen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht fragt ja noch jemand danach.

Dr. Gregor Sieber: Vielleicht fragt jemand, gut. – Wer war der zweite Herr, der alles bestätigt hat? Der Herr Staatsanwalt, oder?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die SPÖ hat das Fragerecht. – Frau Kollegin Trunk, bitte.

Abgeordnete Melitta Trunk (SPÖ): Aus Zeitökonomie stellen wir keine Frage, außer vielleicht die eine, dass Sie ausführen mögen, welchen Inhalts die Gespräche mit Herrn Minister Böhmendorfer waren.

Dr. Gregor Sieber: Frau Abgeordnete, das ist jetzt durch Zufall hier hereingeschleppt worden.

Ich bin Fachgruppenobmann der Fachgruppe Insolvenzrichter der Richtervereinigung und wollte mich bei Herrn Minister Dr. Böhmendorfer vorstellen. Das war in etwa um das Jahr 2000/2001; ich kann das jetzt nicht mehr genau einordnen. Ich wollte nur einen Termin. Aber er hat mich erkannt und hat gesagt: Gehen Sie sofort hinein, ich habe jetzt Zeit; ich hole nur jemanden her, der gut schriftführen kann, damit er alles aufschreibt, was Sie sagen.

Ich bin ganz belämmert drinnen gesessen mit einer Schriftführerin und habe gesagt: Herr Bundesminister, ich wollte jetzt gar keinen Termin haben; worum geht es? – Sagt er: Ja, was wollen Sie von mir? – Sage ich: Wir wollen dann über die Fachgruppe irgendetwas mit ihnen bereden, wenn der andere dabei ist.

Dann sagt er: Nein, Konkursrecht kann ich überhaupt nicht vertragen, denn die Masseverwalter tun sich da immer unglaublich mit den Verwertungen, da geht es so schlimm zu, und so weiter, ich kann das gar nicht aushalten, und die Richter tun mit. – Sage ich: Herr Bundesminister, ich bin der Fachgruppenobmann, ich muss dem entgegentreten, ich lasse mir das nicht gefallen!

Dann hat er gesagt: Wie ist das im Atomic-Konkurs? – Dann habe ich ihm den erklärt, und da hat er gesagt: Wie viel war da die Quote? – Sage ich: 73 Prozent, und einen Zwangsausgleich hat er gemacht, 20 Prozent. – Da hat er gesagt: Das waren dann sicher keine zwei Konkurse! – Daraufhin habe ich ihm gesagt: Darf ich Ihnen das erklären? – Er hat dann irgendwann einmal, nach einer Viertelstunde, gesagt: Wenn Sie länger so schreien, werfe ich Sie hinaus.

Aber das hat sich dann doch zu einem tollen, einstündigen Gespräch entwickelt. Am nächsten Tag war Präsident Hoffmann von der Rechtsanwaltskammer dort; er hat dann Präsident Vavrovsky angerufen und zu ihm gesagt: Stell dir vor, Minister Böhmendorfer hat gesagt, gestern war der Sieber da, und der hat einen ausgezeichneten Eindruck auf mich gemacht!

Jetzt weiß ich nicht, dass sich der Herr Minister da herstellt (*Abg. Mag. Stadler: Was ist das jetzt für ein G'schichterl?*) und sagt, er weiß von nichts. Das ist wie Ihre Geschichten, Herr Abgeordneter. (*Abg. Mag. Stadler: Sie haben jetzt ein G'schichterl erzählt!*) Sie stecken mich an.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, das war eine Beantwortung der Frage von Frau Kollegin Trunk.

Dr. Gregor Sieber: Von der Frau Abgeordneten! Jetzt bin ich das auch los.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie noch eine Frage, Frau Kollegin Trunk?

Abgeordnete Melitta Trunk (SPÖ): Danke, keine Fragen mehr.

Abgeordnete Adolfine Hertha Mikesch (ÖVP): Am Tag der Konkurseröffnung ist Herr Dr. Florian Gehmacher nach eigenen Angaben zu Ihnen ins Büro gekommen. – Können Sie sich noch erinnern, wann das genau war?

Dr. Gregor Sieber: Sie meinen, ins Büro? – Das habe ich nicht gesagt.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Nein, nicht Sie haben das gesagt. Dr. Florian Gehmacher hat gesagt, er ist zu Ihnen ins Büro gekommen. (*Dr. Sieber: Am 16.?*) Am Tag der Konkurseröffnung.

Dr. Gregor Sieber: Ja, da sind wir nur weggefahren, da haben wir sonst nichts mehr ... Da haben wir vereinbart, dass wir uns treffen und dass wir nach Altenmarkt hinein fahren. Das war wahrscheinlich ungefähr um 2 Uhr am Nachmittag.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wie war das dann? – Sie haben auch noch Herrn Vavrovsky mitgenommen. Haben Sie den irgendwo unterwegs „aufgekläut“ oder...?

Dr. Gregor Sieber: Nein, wir haben uns ganz normal zusammentelefoniert. Ich habe Vavrovsky angerufen – oder Gehmacher – und gesagt: Ich habe den Konkurs Rohmoser eröffnet, mit dem anderen Konkurs gibt es noch ein Problem; wer ist da zuständig, oder wer muss da unterschreiben? Ich fahre jetzt hinein nach Altenmarkt, wie machen wir das? – Dr. Gehmacher hat gesagt: Ich fahre mit! Und Vavrovsky hat gesagt: Ja, ich fahre auf jeden Fall mit. (*Abg. Mag. Stadler: Das nennt man verabredet!*)

Dann habe ich noch Maschke angerufen und habe gefragt: Bist du auch dort? – Dann haben wir uns alle vier dort getroffen. So war das.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sind Sie nicht gemeinsam hingefahren?

Dr. Gregor Sieber: Schon, ja. Gemeinsam sind wir hingefahren. (*Abg. Mikesch: In einem Auto?*) In einem Auto. Gehmacher hat gesagt: Ich habe ein Auto, wir fahren mit meinem.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Das war Ihre Idee, dass Sie praktisch gesagt haben: Wir fahren gemeinsam dorthin?

Dr. Gregor Sieber: Nein, das weiß ich nicht. Aber ich gehe zu Fuß ins Büro oder fahre mit dem Rad, ich habe dort kein Auto. Daher kann ich niemanden mitnehmen. Gehmacher war aus Wien mit einem Auto da – am Alten Markt oder wo, in 2 Minuten Entfernung – und hat gesagt: Wir fahren mit meinem Auto.

Das ist ja völlig und so was von harmlos! Ich fahre dauernd als Zivilrichter mit Sachverständigen; alle Richter fahren mit Leuten mit, mit Parteienvertretern. Ja was soll ...?

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Es war eine ganz normale Frage. – Wer alles war bei der Unterschrift am Autodach mit dabei? Alle drei Personen, die gemeinsam hingefahren sind?

Dr. Gregor Sieber: Da war der Betriebsratsvorsitzende, da war Dr. Maschke. Dr. Vavrovsky war, glaube ich, nicht mehr dabei, er war schon im Betrieb. Es war, glaube ich, Dr. Gehmacher in der Nähe, und die waren ja vorher im Büro.

Pilotto ist ins Büro gegangen und hat gesagt, er ruft jetzt Dr. Chalupsky an. Ich bin ihm nachgegangen, dann hat er mich hineingerufen und hat gesagt: Dr. Chalupsky will mit Ihnen reden. Der hat gesagt: Was wollen Sie von einem Prokuristen? – Ich habe gesagt: Ist sicher kein zweiter Geschäftsführer bestellt? – Sagt er: Nein, einer; der hat ohnehin schon zugestimmt. – Dann habe ich das geschrieben: falls überhaupt erforderlich, Pilotto.

Dann bin ich mit Pilotto wieder hinausgegangen und habe gesagt: Jetzt muss ich diese Bestätigung von Wittmann suchen, und da schreiben Sie mir vielleicht drauf. Dann habe ich noch dazugeschrieben: falls erforderlich, und da hat Wittmann

unterschrieben. Nachdem er Dr. Chalupsky gefragt hat: kann ich also jetzt unterschreiben?, hat der gesagt: Ja, natürlich, ist völlig wurscht.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Das Ganze hat dann am Autodach im Hof stattgefunden?

Dr. Gregor Sieber: Ich weiß es nicht. Ich kann es nicht ausschließen. Aber es war so, dass ich es wahrscheinlich in der Tasche hatte und eben herausgesucht habe. Ob das mit dem Autodach so dramatisch war – ich weiß nicht!

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Na ja, es zeigt irgendwie von einer sehr angespannten Situation: Wenn ich vorher im Büro war, dann gehe ich hinaus, dann unterschreibe ich am Autodach. Es zeigt ...

Dr. Gregor Sieber: Frau Abgeordnete, ich könnte genauso sagen: Völlig entspannt, er hat **sogar am Autodach** unterschrieben!

Warum haben Sie da das Recht, dass Sie irgendetwas interpretieren? Vielleicht war Pilotto locker wie nichts?!

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Was haben Sie Herrn Pilotto mitgeteilt? Dass Atomic zahlungsunfähig ist? Überschuldet?

Dr. Gregor Sieber: Ich habe zu Herrn Pilotto gesagt, dass es hier um die Konkurseröffnung geht – soweit ich mich überhaupt erinnere –, und ich habe gesagt: Herr Wittmann hat schon zugestimmt, was ist mit Ihnen? – Er hat gesagt: Moment, ich muss meinen Anwalt anrufen.

Dr. Chalupsky hat ja über diese Zustimmung des Wittmann genau Bescheid gewusst. Er hat alles genau gewusst und hat dann nur mehr gesagt: Jawohl, ist eh wurscht, Pilotto kann nichts aufhalten.

Darf ich überhaupt dazu sagen: Ich hätte es, wenn keiner unterschrieben hätte ... – Das gibt es auch, dass der Konkursrichter einen Konkurs eröffnet, wenn keiner unterschreibt. Dann wird sich der ärgern und wird ein Rechtsmittel machen, aber es steht ja nirgends geschrieben, dass jeder immer schriftlich zustimmen muss.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Ich habe aber richtig verstanden, dass auch der Betriebsrat mit dabei war?

Dr. Gregor Sieber: Der ist herumgestanden. Ja! Da gibt es sogar eine Aussage oder mehrere, dass er sagt, er ist sofort gekommen. Pilotto selbst sagt, da ist der Betriebsrat dabei gewesen, und so weiter – Aussage Pilotto, bitte!

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wenn wir noch einmal den Verkauf an Amer ein bisschen anschauen: Warum waren Sie als Konkursrichter im Verhandlungsteam?

Dr. Gregor Sieber: Ich versuche noch einmal, es zu erklären. Der Gläubigerausschuss war groß: Es waren BAWAG, Investkredit, es waren AKV und KSV, es war die Arbeiterkammer, es war die Finanzprokuratur dabei. Wer war noch dabei? – Ich glaube, noch irgendwer.

Auf jeden Fall hat es bei diesen unglaublich intensiven Anbotsprüfungen durch Vavrovsky ständig Gläubigerausschusssitzungen und ständig Diskretionsprobleme gegeben. Wir sind in der Ausschusssitzung gesessen, Vavrovsky hat gesagt: ich habe jetzt ein Angebot von Marker (*Abg. Mikesch: Von wem? Entschuldigung, das habe ich nicht verstanden!*) – von Marker, von der Bindungsfirma –, die interessieren sich dafür!, und zwei Stunden später war das im ORF und in der Zeitung.

Das ist natürlich bei so einem Ding, bei dem es um Hunderte Millionen geht, auf der ganzen Welt unmöglich, dass man immer gleich in der Zeitung verlautbart, wer wann was machen will. Da haben wir gesagt: Bitte, halten Sie sich an die Geheimhaltungspflicht!

Dann haben wir das immer wieder erörtert, oder zweimal, und dann haben wir gesagt: Wie tun wir jetzt weiter, wenn wirklich endverhandelt wird? Wer soll dabei sein? Wer wird vom Gläubigerausschuss quasi dazu ermächtigt, dass er das macht? – Da haben die gesagt: Natürlich der Masseverwalter Honsig, der muss ja einen Teil verkaufen; natürlich der Masseverwalter Vavrovsky, der muss den Großteil verkaufen; natürlich die BAWAG, die muss alle ausgeschlossenen Dinge wie Liegenschaften und Pfandsachen, die da sind, verkaufen.

Dann hätte ich gesagt: Herr Hofrat Hirt von der Prokuratur soll dazugehen. Aber er hat dankend abgewinkt und gesagt: Nein, dass er immer wieder von Wien nach Salzburg fährt und dort teilnimmt oder sonst irgendetwas macht, das tut er nicht.

Das haben wir diskutiert, und dann haben welche gesagt: Was machen wir? – Dann haben sie vorgeschlagen, **ich** soll dabei sein. Ich habe gesagt, ich kann doch nicht im Verhandlungsteam sein, weil ich es ja entscheiden muss! (*Abg. Mikesch: So ist es!*)

Da haben sie gesagt: Ja, das ist aber gut, wenn ich einen unmittelbaren Eindruck habe, wenn ich unmittelbar sehe, was jetzt passiert ist, dass ich sozusagen noch rettend eingreifen kann, wenn irgendetwas falsch gewesen wäre. Das war bei Vavrovsky, Gehmacher und Honsig wahrscheinlich nicht anzunehmen, aber bei anderen Fällen – Sie werden es nicht glauben – kommt ab und zu ein grober Schnitzer vor. Das habe ich wahrgenommen.

Das habe ich Ihnen heute schon genau erzählt, dass ich am Donnerstag Abend angerufen wurde und am Freitag hingefahren bin, besten Wissens und Gewissens und Glaubens, und dort mitgeholfen habe, dass das fertig wird. Die haben über das Wochenende den Vertrag ausgefertigt; ich glaube, jeder von ihnen hat überhaupt nur vier Stunden geschlafen.

Am Montag um 10 Uhr hatte ich die Vertragsunterschrift. Um 11 Uhr hat schon der Herr Landeshauptmann mit „Staat“ gewartet, dass er Herrn Ahonen, oder wie der geheißen hat, die Hand drücken kann. Das war ja eine politische Frage. Da haben 800 Leute in Altenmarkt gewartet, was los ist. (*Abg. Mag. Stadler: Deswegen musste er rasch handeln! ... wurde er geschützt! – Abg. Mag. Trunk: Herr Kollege Stadler, würden Sie die Unterstellungen beenden! „Geschützt“, das ist ja ungeheuerlich!*)

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Es ist auf alle Fälle aber im Normalfall nicht üblich, dass der Konkursrichter mit dabei ist. Es ist in diesem Fall über dieses Gremium beschlossen worden, dass Sie mit dabei sein sollen (*Dr. Sieber: Ja!*), dass Sie einen Vorgang, den Sie normalerweise nur überwachen, mit begleiten?

Dr. Gregor Sieber: Richtig. Es ist nur dann der Konkursrichter immer dabei, wenn es mehrere Bieter gibt, in kleineren Verfahren, wenn es Sicherheit darüber geben muss, wer es bekommt. Verstehen Sie mich? – Darf ich nur ein Beispiel nennen.

Es ist eine Liegenschaft vorhanden, drei Bieter sind da, ununterbrochen ruft einer an und sagt: Ich biete Ihnen um 100 € mehr als der andere. – Dann machen wir das so, dass der Gläubigerausschuss zusammentritt, der Richter dabei ist, die drei Bieter da sind. Jeder schreibt eine Ziffer in ein Kuvert, ich reiße das auf und sage: das ist der Bestbieter!, und dann bewilligen wir das sofort. Dann sagt der Gläubigerausschuss: „Beschlissen“, der Richter sagt: „Beschluss genehmigt“, und der, der zur Tür hinausgeht, ist der neue Eigentümer. Das ist bei kleinen Sachen so, es bietet aber Rechtssicherheit.

Nur: Ich kann mich als Konkursrichter engagieren und mittun, oder ich kann alles vier Wochen liegen lassen und dann schriftlich ausfertigen. Ich tue das nicht, weil die Sachen leider diese kurzfristige Entscheidung brauchen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Waren Sie auch bei Gesprächen mit anderen Interessenten dabei? Oder nur bei der Amer?

Dr. Gregor Sieber: Bei keinem einzigen. Ich war bei keiner einzigen Verhandlung! Ich war nur bei dieser Situation an dem Nachmittag um 3 Uhr in Wien, da bin ich hingeflogen und zurückgefliegen. Sonst war ich bei **nichts** dabei! Bei den Gläubigerausschuss-Sitzungen schon, aber bei keiner einzigen Verhandlung. Ich war auch nie in Altenmarkt beim Verhandeln, bei nichts!

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie waren also bei der Amer auch nur bei dem Schlussgespräch dabei?

Dr. Gregor Sieber: Nur! Ich war bei keinem anderen Interessenten, ich war nirgends dabei.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie haben den Verkauf am 15. 11. konkursgerichtlich bewilligt?

Dr. Gregor Sieber: Ja, wenn das da so steht, dann ist es so gewesen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wie haben Sie geprüft, dass das wirklich das Bestbieterangebot ist?

Dr. Gregor Sieber: Da sagt der Masseverwalter: Mein zweitbesten Anbot waren 400 Millionen. Und da muss ich sagen: Dann sind die 900 Millionen schon das Bestangebot, oder? – Da brauche ich nicht mehr zu prüfen!

Wenn dann auch die BAWAG sagt, dass das das Bestangebot ist, und wenn alle Beteiligten sagen: wir haben nichts Besseres – was soll ich denn noch machen?

Es wurde ja auf der ganzen Welt angeboten. Es wurden alle Fachmakler von der BAWAG eingeschaltet, und, und, und. Da kann nicht ein Richter hergehen und sagen: So, jetzt stelle ich alles in Frage, was die getrieben haben, und jetzt bin ich der Obergescheite, der das alles besser machen kann! – Das ist ja wirklich an der Realität vorbei.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Also, Sie haben das, was Ihnen vorgelegt wurde, ganz einfach 1 : 1 geglaubt und gesagt: Das ist das Bestbieterangebot!, und haben das nicht zusätzlich mit irgendetwas geprüft?

Dr. Gregor Sieber: Nein, ich habe es nicht 1 : 1 geglaubt, sondern dieses Bestanbot wurde von beiden Masseverwaltern und von Gehmacher berichtet. Die haben gesagt: Wir haben uns da sehr geplagt und konnten das noch von 800 auf 900 Millionen „hinaufjagen“. Wir haben das noch mit den Forderungen gelöst, und es war sonst nichts da. Der Masseverwalter hat gesagt: Ich habe sonst kein Angebot, wir können sonst nichts machen! – Und alles, was ich an Wissensstand hatte, war, dass alle weiteren Angebote relativ tief darunter waren.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Und die 900 Millionen sind auch tatsächlich in die Masse geflossen?

Dr. Gregor Sieber: Die sind tatsächlich aufs Treuhandkonto des Vertragsverfassers Vavrovsky geflossen, so wie das bei jedem Kaufvertrag üblich ist, bei jeder Garconniere oder sonst etwas. Das ist auf ein Treuhandkonto geflossen. Und nachdem alle Vertragsbedingungen beiderseits erfüllt sind und der Leistungsaustausch gesichert war, sind die 900 Millionen als Kaufpreis in die Masse gegangen und die Zinsen zur

Hälfte dazu, und die halben Zinsen hat er zurücküberwiesen an Amer. Das war der vorläufige Zustand.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Die KPMG hat ja einen Status erstellt.

Dr. Gregor Sieber: Ja, nachher.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Als der Verkauf durchgeführt wurde, hat es ja noch keinen offiziellen Status gegeben. (*Dr. Sieber: Ja!*) Haben Sie vorweg ein Exemplar bekommen, einen Entwurf?

Dr. Gregor Sieber: Ja, so wie auch alle anderen im Gläubigerausschuss.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Am 24. November?

Dr. Gregor Sieber: Nein. Da waren ja die Gläubigerausschusssitzungen ... – Es ist wirklich bedauerlich, dass Sie die nicht haben. Das ist ausgeschlossen und unmöglich, und ich frage mich, wo die sind. Aber da waren ja x-Sitzungen, wo jedes Mal berichtet wurde, wo jedes Mal drinnen steht, was der Sowieso bietet, ob das der Scott nicht mehr will, der Marker nicht mehr will, dass der Amer jetzt da ist und so weiter. Und der Status wurde fortlaufend geschrieben.

Nur, Frau Abgeordnete, weil ich es so oft gelesen habe: Den Kaufpreis diktiert der **Käufer** – und **nicht** der **Verkäufer**. Wenn einer kommt und sagt: Ich zahle nur 500 Millionen!, und sonst ist keiner da, müssen wir verkaufen! Da kann ich 500 Status haben und immer sagen: Ja, aber der sagt das! – Wenn der sagt: Ich zahle nicht mehr, behalten Sie sich das Ganze!, dann stehen wir da und müssen verkaufen. So ist das eben leider in der Wirtschaft. Aber da kommen sie her und wissen es ganz genau: Sie kaufen doch nicht etwas und lassen sich vom **Verkäufer** den Kaufpreis diktieren! Höchstens, der ist von Ihnen parlamentarisch geregelt – dann müssen sie das zahlen. Aber sonst doch nicht.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Aber für mich ist einfach von der wirtschaftlichen Seite her nicht verständlich, dass ich, auch wenn ich als Käufer auftrete, sage: Ich kaufe ein Unternehmen, wo es keinen Status gibt. Ich weiß eigentlich gar nicht, was ich kaufe. (*Dr. Sieber: Richtig!*) Ich kaufe die Katze im Sack.

Dr. Gregor Sieber: Jetzt verstehe ich Sie! Aber das hat Dr. Vavrovsky richtig berichtet. Er hat einen Due Diligence Room eingerichtet, wo laufend, ununterbrochen alles hineingekommen ist: die letzten Inventarisierungen, die letzten Aufzeichnungen, die letzten Bewertungen, die letzten Überblicke, die es gibt über Liegenschaften, Maschinen und so weiter, und jeder Käufer hat sich dort mit einer Due Diligence informiert. Und jeder Käufer macht selber eine Due Diligence. Aber natürlich muss der Verkäufer – da haben Sie völlig recht – schon ungefähr wissen, was das wert ist. Er kann sich ja nicht vom Käufer völlig bluffen und über den Tisch ziehen lassen.

Also, so entwickelt sich das: Der eine schaut: Was habe ich, was ist das wert, was kann ich eigentlich dafür verlangen?, und der andere sagt: Bin ich bereit, so viel zu bezahlen? – Und dann kommt es zu einem Vertragsabschluss.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Welche Informationen sind sonst noch geflossen, die in den Akten **nicht** ersichtlich sind?

Dr. Gregor Sieber: Das weiß nur Dr. Vavrovsky, weil der der Masseverwalter war. Das, was er uns berichtet hat, ist in den Akten.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Danke schön.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf unterbricht zwecks einer kurzen Pause die Sitzung.

(Die Sitzung wird um 15.25 Uhr **unterbrochen** und um 15.37 Uhr **wieder aufgenommen**.)

15.37

Obmann Mag. Dr. Martin Graf *nimmt* die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt als nächstem Fragesteller Abg. Stummvoll das Wort.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ich möchte zur Auflockerung, weil da so viele sehr konkrete, detaillierte Fragen gestellt wurden, eine ganz andere Frage stellen, weil ich mich da gewundert habe, als ich das das erste Mal gehört habe: Herr Dr. Sieber, da gibt es das Gerücht, dass in Salzburg Ihr Spitzname „Die Hand“ lautet. – Wissen Sie, wem Sie das zu verdanken haben?

Dr. Gregor Sieber: Dem Herrn Rohrmoser! Herr Rohrmoser hat abwechselnd zu mir gesagt, man sagt zu Ihnen angeblich „Die Hand“, und Sie sind der größte Wirtschaftsverbrecher Österreichs! – Ich habe ihm immer darauf geantwortet: Ich will nicht so tief in Ihre Seele blicken! – Das hat er dann so zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ich habe das einmal irgendwann in einer Salzburger Zeitung gelesen.

Dr. Gregor Sieber: Aber Sie wissen ja – ich weiß nicht, ob Sie so alt sind wie ich –, es hat einmal in der Sportberichterstattung diesen Spitznamen gegeben, in Wien, als ich hier noch studiert habe. Ich weiß nicht mehr, wer das war, aber ich halte es ja für ehrenrührig, dass einer „Die Hand“ heißt. Was soll „Die Hand“ sein? – Sie haben ja meine Geschenke gesehen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Das ist sozusagen Herrn Rohrmoser zu verdanken?

Dr. Gregor Sieber: Ich habe **alles** Herrn Rohrmoser zu verdanken, Herr Abgeordneter. Herrn Rohrmoser habe ich alles zu verdanken, weil Herr Rohrmoser, leider spät, aber doch, erst, nachdem er seinen Zwangsausgleich durch hatte, mit unglaublicher Energie einfach Feinde gesucht – und mich als Hauptfeind erkoren hat. Und das war es halt.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Herr Dr. Sieber, Sie haben vorhin erwähnt, es hat eine Due Diligence gegeben, zu der Amer Zugang gehabt hat. Wie war das mit den anderen Anbietern? Haben die ebenfalls Zugang gehabt zu diesen Unterlagen?

Dr. Gregor Sieber: Natürlich, aber – Entschuldigung, ich sage jetzt wieder etwas – das hat Dr. Vavrovsky Tag für Tag zur Verfügung gestellt. Ich war nicht dort. Aber das ist ja das Wichtige beim Dr. Vavrovsky: Dass er es erstens alles aufarbeitet, dass er alles zur Verfügung stellt, und dass er dann einen Vertrag macht, der wirklich passt. Ich kann mich da nicht einbringen. Ich kann nicht immer schauen, ob da alles offen ist und alles gemacht ... – Er hat es so berichtet, und es war glaubwürdig.

Abgeordnete Herta Mikesch (ÖVP): Wir haben vorhin auch über den Kaufpreis gesprochen, über die 900 Millionen. Es gibt ja eine Klarstellungsvereinbarung, und auf Grund dieser Vereinbarung hat sich ja der Kaufpreis dann um 70 Millionen verringert.

Dr. Gregor Sieber: 68, ja.

Abgeordnete Herta Mikesch (ÖVP): Oder 68, ja. Und dann ist ja die BAWAG wieder eingestiegen – mehr oder weniger – in die Firma Atomic mit einem 10-Prozent-Anteil, mit 350 Millionen, und dieses Geld ist ja dann wieder an die Firma Amer geflossen. Daher muss ich ja diese zwei Beträge dann von den 900 Millionen abziehen ..., was dann tatsächlich geflossen ist für die Atomic?

Dr. Gregor Sieber: Nein, das ist ganz falsch, weil der eine Kaufpreis war 900 Millionen, den hat Vavrovsky verwaltet, und der andere Kaufpreis war 350 Millionen, den hat die BAWAG verwaltet.

Und die BAWAG hat mit ihren 350 Millionen das getan, was sie für richtig gehalten hat: Sie hat von den 250 Millionen 100 Millionen inklusive Agio für eine 10 Prozent-Beteiligung verwendet und 250 Millionen Schilling der Amer als Kredit zur Verfügung gestellt mit Fälligkeit bei Aufgabe des Standortes. Das war damals eine von der Arbeiterkammer Salzburg gewünschte Arbeitsplatzgarantie.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Also ein versteckter Zuschuss?

Dr. Gregor Sieber: „Zuschuss“, ich weiß nicht. – Die zahlen jedes Jahr jetzt ordnungsgemäße 4 Prozent Zinsen – damals waren es sehr niedrige Zinsen, aber das fluktuiert –, die haben einen Fix-Zinsfuß von 4 Prozent Zinsen. Und der Verpflichtete oder der Schuldner hat höchste Bonität: Die würden die 4 Prozent wahrscheinlich woanders auch kriegen – **jetzt!** –, aber ich weiß nicht.

Aber bitte genau zu trennen beim „Kaufpreis“ – unter Anführungszeichen –: Wie Sie immer die zwei Quoten zusammenzählen, müssen Sie dann auch den Kaufpreis zusammenzählen, sodass der Kaufpreis 1 250 war: 350 hat die BAWAG verwaltet, 900 Millionen Vavrovsky.

Von den 900 Millionen ist der Preis für ein Missgeschick oder einen Irrtum auf beiden Seiten, der nicht auszuprozessieren gewesen wäre, nämlich ein Darlehen an Koflach, weggekommen: Darlehen, diese Forderungen, wurden nicht abgetreten und wurden daher übersehen, aber natürlich hat Amer Koflach nicht gekauft und 150 Millionen Schilling dort hineingesteckt, damit sie wieder flott werden, damit dann ein 68 Millionen-Darlehen an Atomic auch noch zurückgezahlt wird. – Das ist wirklich vertrags-, willensmäßig passiert: Der Gläubigerausschuss hat das gewusst, Vavrovsky hat das gewusst, ich habe das gewusst.

Und jetzt kommt dazu, der Übergangsstichtag war zwei Monate später – die Firma hat ja weiter gearbeitet, wir haben produziert und verkauft. Und am Schluss ist Amer durchgegangen und hat gesagt: Da fehlt viel!

Dann hat Vavrovsky gesagt: Ja, eine Nach-Inventur zum 15.12. – Ich weiß nicht, wie viel genau es war – ich glaube, es waren 100 Millionen –, das ist dann vom Kaufpreis abgezogen worden, weil Vavrovsky diese 100 Millionen verkauft hat. Und daher sind in der Masse diese 100 Millionen verkaufte Ski natürlich wieder aufgeschienen, weil sie eben nicht Amer verkauft hat, sondern sie an Sporthändler verkauft hat. Aber wir konnten ja keinen Lieferstopp verhängen, bis Amer übernimmt und bis alles klar ist.

Also noch einmal: Der Kaufpreis von 900 Millionen war vereinbart und er ist schlussendlich auch der Masse zugute gekommen – ob über Verkäufe aus dem Warenlager oder über den Kaufpreis –, und die 350 Millionen waren etwas ganz anderes: Da hatte die BAWAG anfechtungsfeste Forderungen abgetreten, und die waren, wie ich eingangs gesagt habe, auf Null wertberichtigt – und es war sicher ein besonderes Geschick der BAWAG, dass sie die 350 Millionen von Amer bekommen hat.

Und da haben sie eben als Paketlösung dann noch einmal 250 Millionen zurückgezahlt als ewiges Darlehen oder als sonst irgendetwas, und um 100 Millionen haben sie sich beteiligt. Aber – pardon! – da konnten wir überhaupt nichts machen! Das war ein perfekter Zusatz: Das haben die Bergbahnen nicht angeboten, das hat niemand sonst angeboten.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Für mich ist jetzt einfach noch das Thema **Inventur** und **Bestandaufnahme** zu hinterfragen: Waren Sie da in diese Verwaltung des Lagers auch eingebunden?

Dr. Gregor Sieber: Nein. Der Masseverwalter hat die KPMG Alpen-Treuhand dort hingeschickt, und die haben das auch delegieren müssen: Wir können doch nicht 300 000, 400 000, 500 000, 600 000 Paar Ski abzählen, sondern das müssen dann die einzelnen Mitarbeiter von Atomic sagen: Wir haben dieses und jenes Altlager, das ist zwei Jahre alt, wir haben ein Altlager, das ist ein Jahr alt.

Daraufhin hat der von der KPMG gesagt: Da ziehen wir 80 Prozent ab, da 90 Prozent, da ziehen wir 70 Prozent ab, und dann sagt er: Das sind die neuen Schalen-Ski. – Und dann ist dort der kalkulierte Preis festgehalten worden.

Aber alles das hat Vavrovsky veranlasst, das wurde alles perfekt durchgeführt und das hat Amer überprüft.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Das Problem, das wir bis jetzt mit dem Lager gehabt haben, ist, dass wir nicht imstande waren – ganz egal, welche Auskunftsperson hier gewesen ist –, eine Stückzahl dieses Lagerbestandes zu erfahren: Es ist immer nur um Werte gegangen.

Darum musste ich diese Frage wieder stellen, weil eben für mich, wo ich selber aus einem Betrieb komme, klar ist, dass ich Ski nach einer Stückzahl und genauso wie Sie mir das jetzt erklärt haben, bewerten kann: Welcher Bestand ist da, wie viele Paar Ski zu welchem Preis? – Das finden wir leider in den Unterlagen nicht! Uns hat bisher keiner Angaben dahin gehend machen können, sondern das Lager und die Inventur wurden immer global abgehandelt, und das ist für uns nicht wirklich verständlich und nachvollziehbar. Daher noch einmal meine Frage in diese Richtung.

Aber in der nächsten Runde dann wieder mehr. – Danke.

Dr. Gregor Sieber: Also das war jetzt keine Frage. – Gut, danke. (Abg. **Broukal:** „Danke“? – *Etwas, was wir heute noch selten gehört haben!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Zustellung dieses Konkursantrages erfolgte an die Firma Koflach Sport GmbH & Co KG. – Hat es jemals eine Zustellung an die Firma Atomic for Sport gegeben?

Dr. Gregor Sieber: Das war der Geschäftsführer der Firma Koflach, und der hat das für die Firma Atomic for Sport übernommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Noch einmal: Hat es eine weitere Zustellung an die Firma Atomic für Sport gegeben?

Dr. Gregor Sieber: Nein, hat es nicht gegeben, da war niemand.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war die Frage. – Es gab keine weitere Zustellung.

Es gab zum damaligen Zeit ...

Dr. Gregor Sieber: Aber es war die allgemeine Zustellung, der Aushang des Edikts. Das gilt für 8 Millionen Österreicher als zugestellt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ja! Ich wollte es nur geklärt haben. (*Dr. Sieber: Ja!*) Wir kommen – da erinnere ich an die Wortmeldung des Herrn Vorsitzenden – sehr viel rascher weiter, wenn Sie einfach nur das beantworten, was **gefragt** wird.

Zum damaligen Zeitpunkt war Herr Schrempf zurückgetreten: Es war nur Herr Wittmann Geschäftsführer und es wurde kein Notgeschäftsführer bestellt – oder haben Sie einen bestellt? – Sie waren damals auch Firmenbuchrichter.

Dr. Gregor Sieber: Herr Abgeordneter, für einen Notgeschäftsführer muss, wie es schon in dem Wort heißt, **Not** bestehen: Da darf keiner da sein! Wenn ein Geschäftsführer da ist, kann ich doch nicht einen **Notgeschäftsführer** bestellen! Es gab **keine Not!**

Der Notgeschäftsführer darf nur bestellt werden, wenn die Gesellschaft unvertreten ist, und sie war vertreten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Gesellschaft wird nur durch zwei Geschäftsführer vertreten.

Dr. Gregor Sieber: Nein! Also bitte, seien Sie mir nicht böse! Einen Notgeschäftsführer braucht man, wenn der Geschäftsführer wirklich stirbt, verreist oder nicht mehr erreichbar ist und so weiter.

Da können wir vom Firmenbuch aus doch kein satzungsgemäßes Vertretungspotenzial herstellen, indem wir einen neuen Geschäftsführer bestellen, weil alle Prokuristen von der Postsparkasse weg sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Noch einmal – sonst werden wir eben viel Zeit miteinander brauchen, und das wird dann sehr nervtötend werden –: Es gibt eine Judikatur, und die ist ständig, wie mir gesagt wurde – wir prüfen das noch (*Dr. Sieber: Ich auch!*); es soll jetzt auch noch ein jüngsten Erkenntnis des OGH dazu geben –, dass, wenn bei kumulativer Geschäftsführung ein Geschäftsführer abhanden kommt, ein zweiter Geschäftsführer zu bestellen ist.

Dr. Gregor Sieber: Aber nicht als Notgeschäftsführer! (*Abg. Mag. Stadler: Sondern?*) – Als zweiter Geschäftsführer der Gesellschafter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn die Gesellschafter keinen Geschäftsführer bestellen, wie wären Sie dann vorgegangen?

Dr. Gregor Sieber: Gar nicht, ein Geschäftsführer reicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der hat Ihnen gereicht?

Dr. Gregor Sieber: Völlig! – Herr Rohmoser hätte einen zweiten Geschäftsführer bestellen sollen, aber das hat er nicht gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist eine ganz andere Sache. (*Dr. Sieber: Ja, natürlich!*) – Sie als Richter haben hier die Situation vorgefunden, dass nur ein Geschäftsführer vorhanden war (*Dr. Sieber: So ist es!*), und wir werden jetzt vor dem Hintergrund der Judikatur des OGH überprüfen, ob Sie richtig ...

Dr. Gregor Sieber: Nein! Die hat es weder damals gegeben noch gibt es sie heute. Die müssen Sie mir sagen, die würde ich aufrufen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, wir werden das überprüfen! (Dr. **Sieber:** Okay!) – Das brauche ich Ihnen gar nicht zu sagen, wir werden es überprüfen. (Dr. **Sieber:** Gut, nichts!)

Faktum ist jedenfalls, dass es zum damaligen Zeitpunkt nur eine Zustellung an Koflach gab, obwohl die Atomic for Sport GmbH einen ganz anderen Sitz hatte, es nie eine zweite Zustellung gab und daher keine rechtskräftige Zustellung vorliegt.

Dr. Gregor Sieber: Also, wenn ich jetzt noch einmal auf das Edikt verweisen muss und darf, dann ist der Rechtsmittellauf ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich rede jetzt nicht vom Edikt, ich rede von der **Zustellung des Konkursantrages**.

Dr. Gregor Sieber: Das gilt als zugestellt! Das haben Sie beschlossen im Nationalrat, dass man mit Edikt zustellt. Jetzt stellt man genauso mit Edikt zu!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich rede nicht vom Edikt.

Dr. Gregor Sieber: Aber ich! – Sie sagen immer: „Wird ausgehängt“, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich rede jetzt vom Konkursantrag.

Dr. Gregor Sieber: Ja, an eine natürliche Person: Er ist an den Geschäftsführer gegangen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben den Konkursantrag nicht an die Atomic for Sport zugestellt. Das ist eine juristische Person, und diese juristische Person hat einen Sitz. Und an diesem Sitz erfolgte keine Zustellung. – Ist das richtig?

Dr. Gregor Sieber: Wenn am Sitz kein Empfangnehmer ist?! – Die juristische Person wird durch den organschaftlichen Vertreter – das ist der Geschäftsführer, bei der Aktiengesellschaft der Vorstand – vertreten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die juristische Person hatte einen Sitz, an dem sehr wohl ...

Dr. Gregor Sieber: Wer soll denn dort, am Sitz, sein, Herr Abgeordneter? Wer sitzt am Sitz?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jeder, der dort berechtigt ist, ein derartiges Schriftstück in Empfang ...

Dr. Gregor Sieber: Dort ist keiner dazu berechtigt! Sie haben ja schon gesagt, der Prokurist ist nicht dazu berechtigt! Es ist niemand dort dazu berechtigt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ein Schriftstück in Empfang zu nehmen?

Dr. Gregor Sieber: Nein! Der Geschäftsführer!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir halten fest, dass es dem Herrn Rat nicht genügt hat, eine Zustellung am Sitz der Firma vorzunehmen, aber es hat ihm genügt, einen Prokuristen die Stellungnahme des Gemeinschuldners abzeichnen zu lassen, und zwar auf dem Autodach, wie wir noch festgestellt haben. Das hat genügt. Das ist ein bisschen eigenartig, aber das fügt sich nahtlos in die ganze Situation ein. (Dr. **Sieber:** Es hat genügt, dass der Geschäftsführer die Zustellung bekommen hat!) – Für die Zustellung, glauben Sie mir, hätte auch die Empfangsbestätigung eines Prokuristen genügt.

Dr. Gregor Sieber: Also bitte, aber ich kann mit Ihnen nicht das Gesellschaftsrecht diskutieren. (Abg. Mag. **Stadler:** Da geht es nicht um das Gesellschaftsrecht, sondern da geht es ums Zustellgesetz! Das Zustellgesetz ...!) – Beim Zustellgesetz haben Sie Recht – nach dem Zustellgesetz kann eine Kapitalgesellschaft von einer

Fensterputzerin vertreten werden. Da haben Sie Recht. Aber ...(*Abg. Mag. Stadler: Aber Sie haben nicht zugestellt!*) – Ich habe dem **Geschäftsführer** zugestellt. Das reicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, Sie haben an die Firma **Koflach Sport GmbH** zugestellt. (*Dr. Sieber: Zu Händen des Herrn Wittmann!*) – Ja, der in dem Fall als Organwalter der Firma Koflach Sport GmbH & Co KG von Ihnen angeschrieben wurde. Hier taucht Atomic for Sport auf dem ganzen Schriftstück nicht ein einziges Mal auf.

Dr. Gregor Sieber: Sehen Sie, das ist einer Ihrer falschen Vorhalte, weil da steht Konkursöffnungsantrag **Atomic** drauf.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bei mir steht **Konkursöffnungsantrag**. (*Dr. Sieber: Dann haben Sie es bei Ihnen geschwärzt – ich weiß es nicht –, bei mir steht es eindeutig drauf!*) – Nein, ich halte es Ihnen vor. Bitte, zeigen Sie mir das – vielleicht können wir es vergleichen. (*Dr. Sieber: Da steht Konkursöffnungsantrag!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das können wir insofern erhellen, als dass wir die Urkunde der Auskunftsperson vorlegen.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er hat sie schon gesehen, aber er hat das Original – das ist viel besser. Er sagt ja, vielleicht ist bei uns geschwärzt worden. Das können wir ja nicht ausschließen.

Dr. Gregor Sieber: Antrag auf Konkursöffnung steht da, richtig. (*Abg. Mag. Stadler: Da ist aber nirgends von Atomic for Sport die Rede!*) – Na ja, Koflach war ja anders.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wissen wir ja nicht. Ich will Ihnen damit nur belegen, dass Sie nicht zugestellt haben. (*Dr. Sieber: Der Wittmann kann ja lesen, wie er gesagt hat ...!*) – Herr Wittmann kann lesen und stellt hier fest, dass die Firma Koflach Sport GmbH & Co KG ein Schriftstück vom Herrn Dr. Sieber bekommt, vom Landesgericht Salzburg, Abteilung 23 – muss das heißen –, zu Händen Wirtschaftsführer – Geschäftsführer soll das heißen (*Dr. Sieber: Geschäftsführer!*) – Walter Wittmann, mit einer Telefax-Nummer, sechs Seiten, einen Antrag auf Konkursöffnung. Da steht mit keiner Silbe **Atomic for Sport** drauf – und das ist die Zustellung des Herrn Rat Sieber.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist natürlich nur das Fax-Deckblatt. (*Dr. Sieber: Wer ist der Geschäftsführer von Koflach?*) – Das ist das Fax-Deckblatt.

Das ist jetzt schon eine Frage, die ich auch gerne kurz noch erörtern möchte, damit wir auch hierzu eine Aussage von Ihnen zu Protokoll genommen haben, und zwar: Woher oder wie haben Sie überprüft, ob Herr Wittmann tatsächlich bestellter Geschäftsführer der Atomic for Sport gewesen ist, weil doch im Firmenbuch zwei andere ausgewiesen sind? (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*)

Dr. Gregor Sieber: Durch den Herrn Dr. Maschke. Der hat mir das mitgeteilt und den Notariatsakt vom Notar Dr. Seelig in Wels vorgelegt. Dann hat Dr. Maschke an das Gericht geschrieben (*die Auskunftsperson liest aus einem Schriftstück vor*):

Kommerzialrat Rohmoser scheint im Firmenbuch als Geschäftsführer noch auf. Er hat Kenntnis vom vorliegenden Konkursantrag. Ich kann bestätigen, dass auf Grund des Gesellschafterbeschlusses vom 7. September 1994 Walter Wittmann zum Geschäftsführer bestellt wurde, und zwar derart, dass er die Gesellschaft mit einem zweiten Geschäftsführer oder einem Prokuristen gemeinsam vertritt. – Zitatende.

Am gleichen Tag hat Kommerzialrat Rohrmoser seine Funktion als Geschäftsführer zurückgelegt. Das steht im Akt drinnen. Das ist wiederum – leider Gottes – offensichtlich nicht angekommen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann haben wir das geklärt. Das heißt, das war Ihr liquider Nachweis – und den haben Sie wann erhalten?

Dr. Gregor Sieber: Den habe ich am 16. September erhalten. Vom 16. September, da steht wahrscheinlich Dr. Maschke, Radstadt – da steht die Faxzeile nicht mehr –, aber es war wirklich sicher vor diesem Fax an den Herrn Wittmann.

Walter Wittmann hat das bekommen – und Walter Wittmann ist Geschäftsführer von Koflach **und** von Atomic. Und Walter Wittmann wird wohl auseinanderhalten können, ob die eine Post Atomic betrifft und die andere Koflach, oder das eine so oder so ist. Wenn dann drinnen ein Konkurseröffnungsantrag ist, wo steht: Antrag auf Eröffnung des Konkurses, Bank für Arbeit und Wirtschaft und Atomic for Sport – dann wird er nicht sagen, das wird nicht Koflach gewesen sein. – Entschuldigung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ihre Aussage dazu haben wir jetzt. Das reicht. (*Dr. Sieber: Entschuldigung, Herr Vorsitzender!*) Das Zweite, was noch ist – eine Frage noch in diesem Zusammenhang: Haben Sie auch versucht, eine Unterschrift oder eine Zustimmung vom Herrn Schrempf einzuholen?

Dr. Gregor Sieber: Nein. Ich glaube, der war gar nicht im „Lande“; Herr Schrempf war nachweislich nicht mehr Geschäftsführer. Der hat acht Tage vorher die Geschäftsführung zurückgelegt und gesagt, das mit dem Treuhandkonsortium passt ihm nicht, er legt jetzt die Geschäftsführung zurück. Er war **nachweislich** kein Geschäftsführer mehr.

Aber eines könnte man zur Erleichterung ... Ich weiß nicht, ob Ihnen das vorliegt – es gibt eine ausgiebige Zeugenvernehmung des Dr. Maschke, wo er alles hineinschreibt, wo er sagt, Rohrmoser hat ihn persönlich vor Konkurseröffnung bevollmächtigt, dass der Gehmacher bei ihm war, dass er ihm das alles gebracht hat, dass er mit der Familie Rohrmoser das alles besprochen hat und dass er dann alles, was hier gefordert wurde, vom Rohrmoser gehört hat – und bitte, noch einmal von der ...

(*Die Auskunftsperson überreicht Obmann Dr. Graf ein Schriftstück.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich – damit wir das auch fürs Protokoll haben (*Dr. Sieber: Da sind aber Beilagen dabei!*) –, was ist das für eine Aussage? Von wann?

Dr. Gregor Sieber: Vom Dr. Maschke, vom Bezirksgericht Radstadt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: 1. 7. 1997, 10 Uhr. Zur Geschäftszahl 7 Hs 34/97 y.

Dr. Gregor Sieber: Das war ein Rechtshilfeersuchen im Strafverfahren gegen Gehmacher und Kraft und dann ausgeweitet auch wir.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sicherheitshalber nehmen wir das auch herein. – Bitte (*in Richtung Bedienstete der Parlamentsdirektion*) kopieren und verteilen.

Ich habe jetzt noch ein paar Fragen, und zwar die Urkunde betreffend, die Sie uns heute vorhin vorgelegt haben. Wenn ich Sie bitten dürfte – ich glaube, Sie haben sie zurückgehalten –, dass Sie die zur Hand nehmen.

Dr. Gregor Sieber: Es sind zwei. (*Obmann Dr. Graf: Ja, ja!*) Das eine ist ein Schreiben des Herrn ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nehmen Sie bitte diesen Aktenvermerk zur Hand, und zwar die Gesprächsnotiz vom 2. September 1995 zwischen den Vertretern der BAWAG und Rohrmoser plus Maschke. Da bitte die Seite 3, der Punkt 4.

Dr. Gregor Sieber: Darf ich zuerst korrigieren? Diese Gesprächsnotiz und dieser Aktenvermerk ist in dem Schreiben vom Herrn Rohrmoser vom 8. September 1994 zitiert, ausdrücklich. Daher ergibt sich zwingend, dass hier ein Tippfehler von 1995 ist, weil am 2. September 1995 um 10 Uhr hat weder der Herr Frotz die BAWAG vertreten, noch war der Rohrmoser – also das ist offensichtlich, nur dass das ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Davon bin ich auch ausgegangen, dass das richtigerweise 1994 heißen muss. (*Dr. Sieber: Ja, genau!*) Diese Urkunde ist offensichtlich von Dr. Frotz erzeugt worden – oder wissen Sie, wer diese Urkunde tatsächlich verfasst hat? (*Dr. Sieber: Ich weiß es nicht!*) – Das wissen wir nicht.

Aber nehmen wir bitte die Seite 3 her, den Punkt 4, und da zitiere ich – und zwar in dem Zusammenhang: eine außergerichtliche Einigung (*Dr. Sieber: Vor Konkurseröffnung!*) mit Rohrmoser vorzunehmen, also zwischen BAWAG und Rohrmoser. Dort, wo auch drinnen steht – das sage ich nur der Vollständigkeit halber –, dass die BAWAG bereit ist, um 1 Schilling zu übernehmen. Rohrmoser soll ein Anbot legen. – Nur so viel, weil Sie gesagt haben, wer ist denn bereit, um 1 S dieses Unternehmen zu übernehmen? Die BAWAG war es damals. Und wie sie es dann bekommen hat nicht mehr ... – Aber darauf kommen wir später zurück. (*Dr. Sieber: Ja, ja!*)

Der Punkt 4 ist für mich auch eine entscheidende Frage, da geht es nämlich um die Patentrechte, um Immaterialgüterrechte und ähnliches, und hier wird festgehalten:

Herr Kommerzialrat Alois Rohrmoser verpflichtet sich, a) für den Fall, dass im Zuge der Einbringung dem Unternehmen der Atomic for Sport gewidmete und zu dessen Betrieb erforderliche Markenlizenzen und Patente irrtümlich nicht auf die GmbH übertragen wurden, diese umgehend nachzuholen; b) allfällige Immaterialgüterrechte, die wirtschaftlich dem Betrieb vom Unternehmen der Atomic for Sport zuzuordnen sind, der jeweiligen Gesellschaft unentgeltlich zu übertragen. – Zitatende.

Als Fachmann frage ich Sie jetzt – nicht ich bin der Fachmann, sondern Sie, das haben Sie selbst auch gesagt –: Bedeutet diese Passage, dass man zu dem Zeitpunkt, 2. September 1994, auch von Seiten der BAWAG wusste, dass nicht alle Patente, Immaterialgüterrechte, Marken, Lizenzen in die GmbH eingebracht waren?

Dr. Gregor Sieber: Sicher, das haben die gewusst.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das haben alle Beteiligten gewusst, offensichtlich.

Dr. Gregor Sieber: Das nehme ich an. Aber es war natürlich die Erfüllung des Einbringungsvertrages in die GesmbH, die noch immer notleidend war. Und das sollte vollzogen werden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist schon richtig, dass es da einen Einbringungsvertrag gegeben hat. Aber würde der das klar regeln, würde man eine derartige Verpflichtung von Rohrmoser nicht benötigen. **Dr. Gregor Sieber:** Herr Vorsitzender, ich darf wirklich sagen, das ist nicht konstitutiv, das ist wirklich nur deklarativ. Das ist eine Erfüllungshandlung, die nur memoriert wurde, dass man gesagt hat, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Richtig, die ist ja dann nicht abgeschlossen worden, aber es war damals allen Beteiligten bei diesem Gespräch, wo dann das verfasst wurde – beide Parteien anwaltlich vertreten; auf der einen Seite Elsner, Schwarzecker, auf der anderen Seite Rohrmoser und Frau Rohrmoser, plus anwaltliche Vertretung –,

es war offensichtlich allen Beteiligten klar, dass es einen zusätzlichen Regelungsbedarf gibt, weil es entweder irrtümlich oder eine Lücke oder etwas vergessen wurde, aber es war allen klar, dass der Einbringungsvertrag nicht so klar regelt, dass alles eingebracht ist, sonst hätte man ja aus dem damaligen Wissenstand das nicht zu verfassen brauchen.

Dr. Gregor Sieber: Denselben Passus haben wir auch bei der Zwangsausgleichsvereinbarung. (*Obmann Dr. Graf: So ist es!*) Das ist einfach eine Erleichterung der Umschreibung der Marken. Weil Herr Rohrmoser unterschreibt, wird das nicht länger geprüft. Das ist richtig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich würde mit Ihnen auch noch gerne den Eröffnungsantrag des Konkurses durchgehen – wenn Sie den bitte hernehmen –, datiert und geschrieben vom 12. September, eingebracht am 15. September. Der 12. September, sage ich dazu, ist der Montag. (*Dr. Sieber: Richtig!*) – Zu einem Zeitpunkt, von dem uns auch die Vertreter der BAWAG mitgeteilt haben, dass es noch keine Beschlusslage hierfür in der BAWAG gegeben hat, nämlich einen Konkursantrag einzubringen.

Hier wird auf Seite 3 auf den Wechselzahlungsauftrag abgestellt. Meine Frage ist jetzt: Sie haben vollkommen richtig zitiert, es ist nicht notwendig, dass es fällige Forderungen gibt, laut Konkursordnung. Wenn ich weiß, dass ich einen Konkursantrag einbringe, wozu ist es dann notwendig, einen Wechselzahlungsantrag, und zwar nach dem 12., konkret am 13., einzubringen? Wozu ist das notwendig?

Dr. Gregor Sieber: Ich erinnere da an die Ausführungen des Dr. Gehmacher. Die BAWAG hat sich damals in zwei Rechtsberatungen geteilt: Dr. Frotz hat das Gesellschaftsrecht abgedeckt, und die Kanzlei Preslmayr/Gehmacher hat das Insolvenzrecht abgedeckt.

Ziel war nur – und das bitte in Erinnerung – die Abtretungserklärung an das Treuhandkonsortium vom 8.9. Da wurde mit Fax in der Nacht an die BAWAG geschickt: Ich habe 85 Prozent meiner Geschäftsanteile unwiderruflich mit Notariatsakt einem Treuhandkonsortium angeboten.

Daraufhin hat die BAWAG – ich sage es jetzt gekürzt – drei Sachen gemacht: Sie haben durch Frotz die Treuhänder klagen lassen, mit einstweiliger Verfügung; das haben sie am 15. September noch am Landesgericht Salzburg eingebracht. Sie haben gegen Rohrmoser einen Exekutionstitel gebraucht, nicht für die Konkurseröffnung, sondern nur der Wechsel gibt die Möglichkeit, am Tag der Zustellung schon die Sicherungsexekution zu machen. (*Obmann Dr. Graf: Selbstverständlich!*) Und diese Exekution wollten sie auf die Geschäftsanteile haben – und dann noch drüber hat Gehmacher geprüft, ob der Konkurs auch noch kommt. Ich gebe Ihnen zu (*Obmann Dr. Graf: Das sind ja alles nur noch kostenintensive Schritte!*), das war üppig. Ja, das gebe ich zu. Das war sehr üppig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich hoffe, dass die Kosten dann nicht zugesprochen wurden, aber die BAWAG wird sie schon bezahlt haben – aber das ist nicht unser Thema.

Genau das ist es, Dr. Frotz war ja auch hier und hat uns gesagt, sinngemäß, dass er beim Einbringen seiner Klage mit einstweiliger Verfügung nicht wusste, dass ein Konkursantrag gestellt wurde, auch nicht wusste, dass ein Wechselzahlungsauftrag eingebracht wurde. Sinngemäß hat er auch gesagt, denn wenn er das gewusst hätte, wäre das ja sinnlos gewesen, was er unternommen hat. – Das ist für uns ein Umstand, der schon seltsam ist. – Und in weiterer Folge wurde ihm dann unmissverständlich mitgeteilt, dass er nicht mehr zu vertreten habe.

Dr. Gregor Sieber: Ja, Herr Vorsitzender, das ist jetzt alles für mich als Beobachter erklärbar, und zwar gut erklärbar. Herr Dr. Frotz hat vor allem diese gesellschaftsrechtliche Klage gegen die Treuhänder gemacht. Wenn die Treuhänder dieses Anbot annehmen, dann gibt es wirklich große Probleme, denn dann sind die Geschäftsanteile in fremder Hand. (*Obmann Dr. Graf: Genau!*)

Das Zweite ist, dass Dr. Frotz – ich glaube, mich richtig zu erinnern – gesagt hat, den Wechselzahlungsauftrag hat ja die Kanzlei Preslmayr/Gehmacher eingebracht. Und das wurde besprochen. (*Obmann Dr. Graf: Ja, das hat er dann erfahren!*) Nein, das wurde besprochen. Er hat gesagt, in dieser sogenannten Strategiesitzung – ich habe das so in Erinnerung – haben alle gefragt: Was tun wir alles?, und da haben sie gesagt: Machen wir auch einen Wechselzahlungsauftrag. Also davon hat er geredet. Ich müsste mich sehr täuschen, dass dem nicht so ist, aber wie dem auch sei, diese Arbeitsteilung war gegeben, sie war – noch einmal wiederholt – nicht gerade kostengünstig, das muss ich zugeben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube, das passt schon, was wir da jetzt schon gemeinsam an Aussage von Ihnen erarbeitet haben. Aber Sie haben selbst gesagt – und das ist ja auch nachvollziehbar und wäre für jedermann verständlich –, dass die BAWAG verhindern wollte, dass die Anteile einem Dritten übertragen werden. (*Dr. Sieber: Genau!*) Nun geht das ja auf verschiedene Art und Weise, wenn ich das zum Ziel habe. Und letztlich ist ja auch eine Konkursandrohung nichts Verwerfliches. Und die Konkursandrohung hat ja auch dazu geführt, dass am 15.9., also noch vor Konkurseröffnung, dieses Anbot an die BAWAG, was man hier schon verhandelt hat, sogar in besserer Form, denn hier wurden ja auch noch Vermögenswerte Rohrmoser zugestanden, und das hat er ja dann ohne Bedingungen gelegt.

Und da ist schon meine Frage: Hat Ihnen Dr. Preslmayr bei Einbringung des Konkursantrages mitgeteilt, dass die BAWAG in Wirklichkeit auf anderem Wege auch schon zum Ziel kommen würde, weil sie ja ein Anbot hatte, um einen Schilling anzunehmen?

Dr. Gregor Sieber: Erstens: Das vom Wechselzahlungsauftrag hat mir Dr. Gehmacher erzählt. Er hat mir auch erzählt, dass sogar irgendein Motorradfahrer zu Herrn Rohrmoser nach Wagrain oder Altenmarkt gefahren ist, um ihm den zuzustellen. Also diese Wechsel-Geschichte hat er mir erzählt.

Zweitens: Das vom Dr. Frotz hat er mir nicht erzählt, davon habe ich erst später erfahren, ich glaube, sogar aus diesen Protokollen. Und das mit dem Konkurseröffnungsantrag ist richtig. Aber eines ist schon sehr ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, Sie haben ja schon am 12., haben Sie gesagt, die ersten Gespräche mit Gehmacher geführt – da hat es noch nicht einmal eine Beschlusslage gegeben, einen Konkursantrag einzubringen, wie wir mittlerweile aus allen möglichen Aussagen wissen. (*Dr. Sieber: Ja, richtig, das muss die BAWAG wissen!*)

Es hat auch Dr. Gehmacher selbst bestätigt, dass an diesem Montag, an dem eine Sitzung war, kein Beschluss gefasst wurde, auch einen Antrag zu stellen, sondern man hat auf die nächste Vorstandssitzung verwiesen, wann auch immer die zusammentritt. Die dürfte dann offensichtlich am Mittwoch zusammengetreten sein. (*Dr. Sieber: Ich glaube, das war am 8.9.!*) Aber er hat sich trotzdem am Montag, den 12. und 13. – er hat es ja schon fertig gehabt, weil er hat ja schon diktiert, und es wurde der Konkursantrag geschrieben. Ich war lange genug auch in der Branche tätig, dass ich weiß, wie so etwas geht. Die Frage ist natürlich immer, wann es überreicht wird. Da wird schon antizipierend hineingeschrieben, Wechselzahlungsauftrag und Ähnliches ist dabei.

Hat er sich mit Ihnen im Vorfeld unterhalten, welche Bescheinigungsmittel er benötigt, damit Sie einem Konkurseröffnungsantrag ganz kurzfristig zustimmen?

Dr. Gregor Sieber: Nein. Also die Gesetzeslage war Dr. Gehmacher so klar, weil er sogar die Bestimmung des § 26 KO ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, ich habe jetzt einfach die Frage gestellt: Hat er sich mit Ihnen im Vorfeld ...

Dr. Gregor Sieber: Nein, diesbezüglich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben ja selbst gesagt, er hat sich mit Ihnen am 12. und am 13. besprochen. (*Dr. Sieber: Besprochen! Konkurseröffnungsantrag, Fortführung sichern! Das hat er mit mir besprochen!*) Ich meine, welchen Sinn hat solch ein Gespräch mit einem Konkursrichter im Vorfeld, sage ich, denn das Recht oder das Gesetz kennt auch Dr. Gehmacher, da braucht er nicht Sie zu befragen? Er ist ja Konkurspezialist. Solch eine Besprechung kann ja wohl nur den Sinn haben, innerhalb welcher Frist und wie schnell man eine Eröffnung bekommt und hier schon mit dem Konkursrichter abzustimmen, sage ich jetzt einmal, unter welchen Voraussetzungen er welche Schritte einleiten wird.

Dr. Gregor Sieber: Grundsätzlich sind Interventionen bei Gericht genau dieser Zielsetzung folgend, die Sie sagen: Ob man einen Grundbuchspfleger ..., ist ganz gleich, jeder Anwalt will wissen: Wie schnell und wie kriege ich das? Das ist selbstverständlich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und daher meine Frage: War das am 12., 13. ein Thema?

Dr. Gregor Sieber: Nein, wir haben das nicht abgesprochen, was er hineinschreibt. Wir haben abgesprochen ... – Das, was er wirklich wissen wollte, war: Ist sichergestellt, dass die Fortführung läuft? Wird die Fortführung wirklich möglich sein, denn es ist ein ganz großes Anliegen der BAWAG, dass da ja nichts mit den Arbeitsplätzen oder sonst etwas passiert? Das war wirklich die Intervention. Und da habe ich gesagt, wenn alles bezahlt wird ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dieses Anliegen hätte die BAWAG ja selbst in der Hand gehabt zu erfüllen. Da brauche ich ja kein Konkursverfahren dazu. (*Dr. Sieber: Ja, nein, Herr Vorsitzender, entschuldigen Sie, ...*) Das Konkursverfahren dient ja in Wirklichkeit – und deswegen auch zwei Konkursanträge eingebracht – nur dazu, tatsächlich Rohrmoser in diesem Belang nicht mehr geschäftsfähig zu machen, sage ich jetzt. Das ist ja noch nichts Böses, sondern man will, dass Verfügungen unterbleiben, und man will einen Masseverwalter haben.

Es steht ja auch dann drinnen, wenn Sie den Konkursantrag lesen, auf Seite 4 der 4. Punkt „Dringlichkeit“, auf Seite 4 fünfte Zeile: dringend erforderlich – die Konkurseröffnung –, dass eine neue Geschäftsführung bestellt wird.

Richtigerweise müsste es ja heißen – nicht, eine neue Geschäftsführung –, dass der Masseverwalter die Geschäfte weiterführt, denn mit dem Konkurs gibt es keine Geschäftsführung mehr. (*Dr. Sieber: Mit einstweiligen Vorkehrungen schon! Könnte es schon geben!*) – Das ist ja keine einstweilige Vorkehrung, das ist ein Konkurseröffnungsantrag. (*Dr. Sieber: Die ist nachher gekommen! Ich bin der Meinung, ...*) – Also, wenn Sie der Konkurseröffnung zustimmen, wird er eröffnet. Da wird kein Geschäftsführer mehr bestellt (*Dr. Sieber: So ist es!*), sondern der Masseverwalter. (*Dr. Sieber: Richtig!*) Und wenn es ein Anliegen war, eine andere Geschäftsführung als Rohrmoser zu haben (*Dr. Sieber: Dann ist es der Masseverwalter!*), und das dürfte offensichtlich – da frage ich Sie jetzt auch, wie Ihre

Meinung dazu ist – Dr. Gehmacher **nicht** gewusst haben, dass die Geschäftsführung von Rohrmoser zu diesem Zeitpunkt schon zurückgelegt wurde und dass Wittmann schon bestellt ist (*Dr. Sieber: Nein, das hat er gewusst!*), denn sonst hätte er keinen Wechsel gebraucht, denn Wittmann ist ohnehin schon ein anderer. (*Dr. Sieber: Nein, das hat er gewusst!*) Und gegen den Wittmann hat die BAWAG auch keinen Einwand gehabt.

Dr. Gregor Sieber: Das hat er gewusst, weil Rohrmoser mit seinem Beratungsteam Pierer und Chalupsky das der BAWAG geschrieben hat. (*Obmann Dr. Graf: Ja!*) Da gibt es ein berühmtes Schreiben vom 8.9. ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich frage Sie – Sie sind der Konkursrichter und lesen das jetzt. Und Sie sehen, da ist vor acht Tagen ein neuer Geschäftsführer bestellt worden, aber noch nicht im Firmenbuch –: Stellen Sie sich dann nicht auch die Frage: Will man den Wittmann wegbekommen?

Dr. Gregor Sieber: Nein. Hat er das hineingeschrieben, dass ein neuer Geschäftsführer bestellt worden ist?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Auf Seite 4, 4. Punkt (*Dr. Sieber: Hat er nicht den Wittmann und nichts ...*) „Dringlichkeit“, da steht nur (*Dr. Sieber: ... nur gesagt ...*): Es ist dringend erforderlich, dass eine neue Geschäftsführung bestellt wird. (*Dr. Sieber: Ja!*) – Zielt das jetzt darauf ab, den Wittmann loszuwerden?

Dr. Gregor Sieber: Nein, ich glaube, das hat er genauso wenig gewusst wie ich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Deswegen frage ich ja. (*Dr. Sieber: Ja!*) Gehmacher wird nicht gewusst haben, dass Rohrmoser gar nicht mehr Geschäftsführer ist. Man wollte Rohrmoser wegbringen.

Dr. Gregor Sieber: Ja. Er hat gesagt, die Geschäftsführungsverhältnisse sind nicht klar, hat er geschrieben. In der drittletzten Zeile ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Daher ist es dringend erforderlich, dass eine neue bestellt wird.

Dr. Gregor Sieber: Das hat er vorher geschrieben. Aber dann hat er geschrieben: sind nicht klar. Die De-facto-Geschäftsführung geht widerrechtlich mit Entlassen von Arbeitnehmern und so weiter vor, hat er auch geschrieben. (*Obmann Dr. Graf: Das ist ja dann ...*) Aber das Wesentlichste, wenn ich darauf hinweisen darf, ist der § 26 Konkursordnung, wo mit der Konkurseröffnung alle Angebote erlöschen. Und damit hat Gehmacher im Blick gehabt: Jetzt haben wir Wechselzahlungsauftrag, Pfändung der Geschäftsanteile, dann haben wir Klage auf Herausgabe der Geschäftsanteile und gegen die Treuhänder, und dann haben wir noch einen Konkurseröffnungsantrag, und da ist der § 26 wie eine Guillotine, da ist alles, auch die Angebote sind weg. (*Obmann Dr. Graf: Das ist ja ganz richtig!*) Und das war natürlich unglaublich zielführend ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber der Konkursantrag, aber alle diese Klagsschritte, die Sie jetzt gesagt haben, bis inklusive Konkursantrag, sind ja alle beauftragt worden von der BAWAG. Die BAWAG und Dr. Gehmacher hätten ja wissen müssen, dass bei Einbringung eines Konkursantrages alle anderen Schritte in Wirklichkeit sinnlos und nur kostenverursachend sind. (*Dr. Sieber: Das ist richtig!*) Das ist ja das Thema.

Daher ist schon die Frage: Warum macht man das? – Ich gehe einmal davon aus, dass die BAWAG zwar viele Geschenke hergibt, aber dass sie in dem Fall keine zusätzlichen Geschenke verteilen wollte.

Würde man das anders sehen, nämlich sie wollte noch Geschenke verteilen, wäre das ja auch bedenklich. – Das ist das Thema.

Ich sage jetzt: Es ist mir nach wie vor unerklärlich, warum man als ein und derselbe Auftraggeber alle diese Schritte unternimmt, wenn man ohnehin einen Konkursantrag einbringt – es sei denn, man war sich nicht sicher, ob die Konkurseröffnung stattfindet. Dann macht es einen Sinn. (*Dr. Sieber: Ja!*) Und dazu bedarf es eines Anwaltes, sage ich aus Sicht der BAWAG, der das sicherstellt, weil er eben Leute kennt, weil er das vorher „austelefoniert“, weil er vorher das Procedere abspricht, weil er vorher fragt: Wie könnten wir das machen? Was brauche ich dazu? Reicht es, wenn ich diese Bescheinigungsmittel beilege?, und Ähnliches mehr.

Ich kann mir nur vorstellen, dass Gespräche vor Konkurseröffnung einen Sinn haben, wenn sie so geführt werden, denn das sind die üblichen Gespräche – und ich weiß nicht, ob es anders war.

Dr. Gregor Sieber: Herr Vorsitzender! Natürlich, ich habe ja gesagt: Das entscheidende Gespräch von Dr. Gehmacher war nicht mit mir, sondern mit Dr. Maschke am 15. Sie wissen, er ist nach Radstadt gefahren ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das habe ich jetzt nicht gefragt! (*Dr. Sieber: Ja, aber das ist meine Antwort! Wenn das nicht so wäre ...*) Stimmen Sie mir zu, dass der Konkursrichter es in der Hand hat, einen Konkursantrag abzuweisen? Hat er das in der Hand?

Dr. Gregor Sieber: Nein, er hat das nicht in der Hand! Er muss beiden Parteien das rechtliche Gehör geben. Er muss den Antragsteller hören, der bringt einen Antrag. Er muss den Antragsgegner hören – der stimmt zu, und dann ist Schluss. (*Obmann Dr. Graf: So ist es!*) Und das, dass er zustimmt, war die „Großtat“ von Gehmacher – unter Anführungszeichen –, dass er zu Maschke geht und sagt: Wir meinen es bitter ernst!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber Maschke ist nicht Anwalt der Atomic for Sport.

Dr. Gregor Sieber: Aber jetzt habe ich Ihnen das extra gegeben, seine Aussage, dass er sagt: Natürlich habe ich den Rohrmoser vertreten. (*Obmann Dr. Graf: Das lese ich da nicht, ich habe es mir vorher durchgelesen!*) Und natürlich war der Rohrmoser immer der ... Also, dass Rohrmoser die Geschicke des Unternehmens fest im Griff hatte bis zum Jahr ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber diese Unterlage, die Sie mir hier gegeben haben, sagt das nicht aus! Wenn Sie die Zeugenvernehmung nehmen, die ich noch nicht gelesen habe, dann sagt die das vielleicht, das gestehe ich Ihnen zu, aber die ist vom Jahr 1997!

Dr. Gregor Sieber: Ja aber der hat ja das auch gesagt, was im Jahr 1994 war (*Obmann Dr. Graf: Ja!*), so wie ich jetzt vom Jahr 1994 ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber das wissen Sie ja nur von Gehmacher bestenfalls.

Dr. Gregor Sieber: Nein, auch von Maschke. Noch einmal, bitte: Ich habe mit Gehmacher, Maschke und Wittmann, wo ich nur angerufen ... nehmen Sie das ... Noch einmal: Maschke hat gesagt: Das funktioniert.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Schauen Sie, für jeden Gläubigervertreter, insbesondere Rechtsanwalt, gibt es bei einem Konkurs immer ein Risiko: Es wird ein Konkurs beantragt. Die Bearbeitung bis zur Eröffnung dauert unter Umständen sehr lange. Das will man nicht erreichen und Ähnliches mehr, und da kann viel passieren, es kann bis zu einer Abweisung führen und Ähnliches mehr, weil sich ja in der Zwischenzeit Verhältnisse auch ändern können. Und jetzt sage ich einmal ganz positiv: weil die BAWAG dann wieder annimmt und Ähnliches mehr. Man will sich versichern

über die vollendeten Tatsachen, die man dadurch schafft. Und mit einer Konkursöffnung, wenn sie auch im Edikt angeschlagen ist, ist eine relativ vollendete Tatsache geschaffen. (*Dr. Sieber: Das ist richtig!*) Und das will man erreichen. Ob das jetzt gut oder schlecht ist, ist eine zweite Beurteilungsfrage.

Dr. Gregor Sieber: Das ist richtig, aber wie Sie richtig gesagt haben, jetzt haben wir eine Alternative. Die Alternative ist, Dr. Maschke sagt: Ich vertrete den Rohrmoser, die Atomic wird von Dr. Chalupsky vertreten, und wir machen jetzt Rabatz, dass es nur so donnert. Die Markenrechte werden gesperrt, es wird alles Mögliche gemacht, und, und, und. – Wäre möglich gewesen. Dann hätten sie den Wechselzahlungsauftrag gezogen, hätten die Sicherungsexekution vollzogen, hätten ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wissen Sie, ich bin ein Anhänger – ich habe das auch schon gefragt und frage das auch Sie jetzt – des Grundsatzes von Treu und Glauben. (*Dr. Sieber: Bei was jetzt?*) Generell, im Rechtsverkehr.

Dr. Gregor Sieber: Wer hat mit wem einen Vertrag?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich sage jetzt: Wenn die Bank, BAWAG, unterschrieben von Elsner und Traumüller, am 8.9.1994 Herrn Rohrmoser, persönlich in diesem Fall auch wieder, ein Schreiben schickt, in dem steht – das ist die Fälligestellung, nichts anderes ist das –, es ist unverzüglich der offene Betrag von 231,3 Millionen zu überweisen, unverzüglich abzudecken. Weiter: Sollten Sie dies kurzfristig nicht tun, sehen wir uns veranlasst, die Klage umgehend einzubringen und exekutiv auf Ihre Pfandliegenschaften vorzugehen. – Das ist das Zitat aus der Fälligestellung.

Das heißt, man kündigt an: Unverzüglich müssen 231 Millionen her! – Durchaus verständlich. Zweiter Punkt: Wenn das nicht unverzüglich passiert, werden wir kurzfristig – weil dann steht, „sollten Sie dies nicht kurzfristig tun“, das ist schon ein bisschen abschwächend zu „unverzüglich“ in der Juristensprache –, und dann kündigen sie die Konsequenz an: Klage führen und exekutiv auf die Privatliegenschaften greifen. – Weil es offensichtlich Liegenschaften gegeben hat, die man zu realisieren nicht anders in die Lage versetzt wird. Dann geschieht aber die angekündigte Konsequenz nicht, sondern es wird ein Konkursantrag eingebracht. Der Wechselzahlungsauftrag würde noch in die Richtung gehen, dass man sagt: Aha, die haben das angekündigt und machen das! Und jetzt aus meiner Sicht – Treu und Glauben –: Wenn ein Rohrmoser, der das auch mit seinen Leuten berät, das bespricht und sagt: Was kann mir da passieren? Was heißt „unverzüglich“, und was – würden Sie als Fachmann, nicht als Konkursrichter meinen – ist eine kurzfristige Abdeckung von 231 Millionen? – Was würden Sie da für einen Zeitraum meinen? Was kann man darunter verstehen?

Dr. Gregor Sieber: Dieses Schreiben wurde ausgelöst durch die Mitteilung von Chalupsky & Partner vom 7.9., die faxwendig am 7.9. um 23.50 Uhr bei der BAWAG eingelangt ist. Man sagt bei Kindern immer: Wer hat angefangen beim Raufen? Hier hat offensichtlich der Herr Rohrmoser angefangen. Der sagt auf einmal der BAWAG völlig überraschend nach diesem Anbot, das ich Ihnen heute gegeben habe, am 2.9., wo sie noch geredet haben, wie viele Liegenschaften sich der behalten hat, sagt er völlig überraschend: Ich habe alles abgedreht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das frage ich ja nicht! Ja, Sie versuchen immer nur ...

Dr. Gregor Sieber: Und der sagt ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte, Herr Dr. Sieber! Ich frage Sie nicht, was die Motivationen von den BAWAG-Mitarbeitern war. (*Abg. Mag. Stadler: Er ist doch BAWAG-...!*) Das werde ich Sie vielleicht auch noch fragen. Sondern ich frage Sie jetzt

(Abg. Mag. **Stadler**: Wir!) als Fachmann – und das bewusst als Fachmann, weil Sie selbst haben sich als Fachmann ins Spiel gebracht, als juristischer Fachmann –: Was versteht man, wenn man einem Schuldner schickt: Decken Sie 231 Millionen kurzfristig ab – „unverzüglich“, und dann wird das Wort „kurzfristig“ gebraucht! Wie viel Zeit hat da jemand? Was schätzen Sie? Ist da drei Tage angemessen?

Dr. Gregor Sieber: Verstehen Sie mich: Es ist immer sehr schwierig, dass Sie mich nach meiner Meinung fragen und Ihre Meinung auch zuerst sagen, dass Sie glauben, das ist zu kurz, das ist falsch, da hätten wir etwas anderes machen können, und ich darf dann nicht meine Meinung sagen! Es ist in den Händen der **BAWAG**, was sie tut. Aber angefangen hat Rohrmoser mit diesem Treuhandkonto.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich finde, dieses Schreiben der BAWAG erstens für berechtigt, soweit ich den Sachverhalt bislang kenne – und mittlerweile kenne ich ihn ganz gut –, zweitens für durchaus in Ordnung und nichts Bösesartiges. Die stellen teilsfällig, das ist in Ordnung. Sie sagen auch: Wenn du nicht kurzfristig zahlst, dann werden wir Klage einbringen und dann werden wir deine Privatliegenschaften versilbern! – Das ist in Ordnung. Das ist überhaupt kein Problem.

Die Frage ist nur: Was versteht man im Rechtsverkehr unter „kurzfristig“? Eine Woche, zwei Wochen, vier Wochen?

Dr. Gregor Sieber: Ich weiß es nicht. Bei dem Wechselzahlungsauftrag war es so kurzfristig, dass es um Stunden gegangen ist. Bei den anderen Dingen, weiß man nicht ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Den Wechselzahlungsauftrag – unterstelle ich einmal – hat man nur aus zwei Gründen eingebracht. Das eine ist: Vielleicht wird der Konkurs nicht so schnell eröffnet, wie wir uns denken und wir wollen schnell einen Titel haben. Zweiter Grund ist: Wir bringen den einmal ein und schauen dass wir dort über diese Schiene auch erfolgreich sind.

Dr. Gregor Sieber: Sicherungsexekution.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und Bescheinigungsmittel für den Konkurseröffnungsantrag. Glauben Sie mir, das ist hundertprozentig eine Motivation.

Dr. Gregor Sieber: War nicht notwendig. Aber es ist auch möglich. Sie haben es ja beigelegt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Weil, nur auf die nichtfälligen Forderungen sich zu stützen ist ein bisschen schwach für ein Konkurseröffnungsantrag. Eine titelmäßige Forderung hilft da schon.

Dr. Gregor Sieber: Sie haben es beigelegt! Das hat ja einen Sinn.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut. Deswegen hat man es auch gemacht. Und jetzt habe ich auch noch kein Problem.

Die Frage ist jetzt ganz einfach: Was versteht man unter „kurzfristig“? Da wollen Sie sich nicht festlegen. Ist sage, bei einem von Betrag 231 Millionen ist das nicht etwas, was man ... Und jetzt muss man sich die Wochentage anschauen! Denn dieses Schreiben ist vom 8.9. – bis 12.9. wäre unzumutbar kurzfristig, würde ich meinen. Aber das ist jetzt die Meinung, die man vertreten kann.

Dr. Gregor Sieber: Herr Vorsitzender, da sind wahrscheinlich 14 Tage kurzfristig. Ich weiß es nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Okay. Sie nehmen dazu nicht Stellung.

Dr. Gregor Sieber: Der hätte gar nicht zahlen können! Es ist ja ganz wurscht, wann.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist jetzt schon meine nächste Frage. Sie kennen doch das Sparbuch, das ominöse, mit den 60 bis 70 Millionen Schilling.

Dr. Gregor Sieber: Natürlich. Ich habe es mit. Sie können es anschauen. Nicht das Sparbuch, sondern die ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wann ist das genau realisiert worden?

Dr. Gregor Sieber: Am 15.9., am Tag vor der Konkurseröffnung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, von den 231,3 Millionen sind so gesehen am 15. 9. 70 Millionen geflossen oder 60. (*Dr. Sieber: Ja!*) – Das heißt, ein Gutteil ist auch abgedeckt worden – kurzfristig.

Dr. Gregor Sieber: Na, Herr Vorsitzender! (*Obmann Dr. Graf: Ja oder Nein?*) – **Nein!**

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wofür haben Sie es dann verwendet?

Dr. Gregor Sieber: Ich kann doch nicht eine Sicherheit wie ein Sparbuch für eine laufende Gestion nehmen. Ich kann doch nicht sagen: So, du bist mir 230 Millionen Schilling schuldig, zahl mir das möglichst rasch!, und dann gehe ich in den Tressorraum, hole ein Sparbuch raus und buche 65 Millionen um und sage 65 habe ich schon gezahlt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War das ein anonymes Sparbuch?

Dr. Gregor Sieber: Nein, es hat „Maresi“ geheißen, glaube ich. Aber ich habe es mit. Ich kann es Ihnen zeigen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich meine, was ein Sparbuch für eine Bezeichnung seinerzeit getragen hat, ist vollkommen irrelevant!

Dr. Gregor Sieber: Das eine hat geheißen „Egon Müller“ wie der Schirennfahrer.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage ist: War das ein legitimes Konto?

Dr. Gregor Sieber: Nein. Da hat es damals noch gar nicht gegeben. (*Obmann Dr. Graf: Eben!*) Sie werden auch die KEST vermissen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer hat das verpfändet? (*Dr. Sieber: Rohrmoser!*) – Er persönlich hat die Verpfändungserklärung unterschrieben?

Dr. Gregor Sieber: Persönlich bei der BAWAG in Salzburg. Natürlich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Zu welchem Kredit?

Dr. Gregor Sieber: Zu seinen gesamten Krediten. Aber die sind ja ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also hat er einen Teil rückgeführt.

Dr. Gregor Sieber: Von der Überzahlung nicht. Die Sicherheit für die 1,5 Milliarden, da war ein Teil dieser Sicherheit das Sparbuch.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Von wann ist denn diese Pfandbestellungsurkunde?

Dr. Gregor Sieber: 1982 oder so irgendwie.

(Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.)

Wo ist denn das Sparbuch? Das können Sie sich alles gerne anschauen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber es ist für dieses Obligo rückgeführt worden?

Dr. Gregor Sieber: Nein für das andere! Für den Betriebsmittelkredit ist es rückgeführt worden. Nicht für die Überziehung!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das waren die ja 231 Millionen!

Dr. Gregor Sieber: Nein. Das war die Überziehung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber das war das gleiche Konto.

Dr. Gregor Sieber: Das glaube ich nicht. Ich weiß, die werden es aufs Betriebsmittelkonto einbezahlt haben, und weiß ich nicht, wo sie die Überziehung hergehabt haben. Da haben sie 100 Millionen in Koflach ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da haben sie ja kein eignes Konto eröffnet, sondern das haben sie auf dem Konto gemacht.

Dr. Gregor Sieber: Da schauen Sie:

(Die Auskunftsperson blättert in ihren Unterlagen.)

Überbringersparbuch bei der BAWAG, Überbringersparbuch beim Spengler, oder bei der Privatinvest war da das Sparbuch. Das nächste Sparbuch war bei der Sparkasse St. Johann in Pongau. Jetzt weiß ich nicht, wie sie geheißen haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sind da immer die Verpfändungserklärungen auch dabei?

Dr. Gregor Sieber: Natürlich **nicht**. Bei einem Sparbuch kann kein Verpfändungserklärung drinnen sein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage ist, wo ...

Dr. Gregor Sieber: Aber die haben die Banken natürlich gehabt. Da gibt es Verpfändungserklärungen und Sicherheitenerklärungen und alles Mögliche. Natürlich, das gibt es. Das wurde alles strengsten geprüft, und das Sparbuch ist ja ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, Sie haben das überprüft.

Dr. Gregor Sieber: Ich nicht. Der Masseverwalter hat Herrn Dr. Maschke geschrieben und hat gesagt: Was war das? Was war das für Zahlung aus einem Sparbuch?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wieso Dr. Maschke?

Dr. Gregor Sieber: Weil Dr. Maschke den Rohrmoser persönlich vertreten hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber da war doch der Konkurs schon eröffnet.

Dr. Gregor Sieber: Ist ja wurscht. Der hat in der Saldenliste oder in den Kontoauszügen festgestellt, da sind am 15. oder am 14. 68 Millionen Schilling geflossen. Das muss ein Masseverwalter überprüfen, weil er sagt: Wo war das her? Und dann hat es geheißen, da ist ein Sparbuch gestürzt worden bei der BAWAG, und dann hat er gesagt: Wem gehört das? Und dann hat irgendwer gesagt: Das ist verpfändet gewesen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ein Thema noch, das wir noch nicht beleuchtet haben, ist der Forderungskauf der BAWAG. Die BAWAG hat ja von anderen Gläubigern Forderungen gekauft. – Wissen Sie davon?

Dr. Gregor Sieber: Ja, im Konkurs.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nach Konkurseröffnung.

Dr. Gregor Sieber: Nach Konkurseröffnung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wissen Sie, wann und welche?

Dr. Gregor Sieber: Ich muss sagen, das war relativ bald, weil beide Schutzverbände haben sehr darauf gedrängt, dass diese Gläubigerforderungen möglichst bald abgelöst werden oder möglichst bald gekauft werden. Wirklich in Bewegung ist das gekommen durch den Lieferanten der Plastikschißpitze. Der hat gesagt: Ich will nicht mehr

zahlen! – 3 Millionen hat der draußen gehabt. Er hat gesagt: Ich liefere keine einzige Schispitze mehr, ihr könnt jetzt ohne Schispitze ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Um wie viel wurden diese Forderungen gekauft?

Dr. Gregor Sieber: Nach zwei Diskussionen mit den Schutzverbänden um 75 Prozent.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wieso 75 Prozent?

Dr. Gregor Sieber: Weiß ich nicht. Das haben sie so ausgemacht. Der AKV wollte 100 Prozent, die BAWAG hat 50 geboten, Vavrovsky hat damals schon ungefähr gesagt: Laut vorläufigem Status wären wir bei 60 Prozent, bei 63 Prozent laut KPMG werden die Aktiven sein oder in etwa. Und die werden dann irgendetwas ausgemacht haben. Das waren die kleinen Lieferanten, die extrem als Zulieferer notwendig waren. Die haben sie aufgekauft. Das passiert viel, viel häufiger als Sie glauben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich weiß, dass das schon passiert.

Dr. Gregor Sieber: Ein jedes Mal sagt die Bank, wenn ich mich jetzt da ununterbrochen ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wissen Sie, ich weiß, dass das schon passiert. In der Regel ist das immer für den Gläubiger, der aufkauft, relativ teuer – das Aufkaufen!

Dr. Gregor Sieber: Es war auch teurer, als sie bekommen haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, ich meine ...

Dr. Gregor Sieber: 75 Prozent im Jahr 1994 zahlen und dann 65 Prozent Ende 1995 bekommen und den Rest von 10 Prozent im Jahr 2001, das ist kein Geschäft.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, Geschäft auch nicht unbedingt. Die Frage ist, warum macht das die BAWAG.

Dr. Gregor Sieber: Aus zwei Gründen: Weil sie den Lieferstopp verhindern wollte, mit den Lieferanten eine gute Situation aufrechterhalten wollte und zweitens, weil dort auch Arbeitsplätze sind. Da hängt ja eine ganze Region dran! Das war extrem intensiv diese Situation.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In dem Konkurseröffnungsantrag wird auch gesagt, dass man bereits in Verhandlungen mit einem Kaufinteressenten steht. Das wird im Konkurseröffnungsantrag behauptet.

Dr. Gregor Sieber: Ob da das steht?

(Die Auskunftsperson blättert in ihren Unterlagen.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie wussten Sie das damals bei der Konkurseröffnung? Ich meine, haben Sie vielleicht alles vergessen, was in dem Antrag steht?

Dr. Gregor Sieber: Nein, nein, da steht ... Ich habe mir das alles unterstrichen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also auf der Seite ...

Dr. Gregor Sieber: Aber wo das mit dem – Dings – steht, das weiß ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Auf der Seite 5 – weil so lang ist dieser Antrag ja nicht – steht ungefähr in der Mitte:

Auf der anderen Seite sind wir voraussichtlich in der Lage, Verhandlungen mit einem Kaufinteressenten für das Unternehmen kurzfristig abzuschließen. – Zitatende.

Da sagt man nicht, man will in Verhandlung treten, sondern man will in kurzer Zeit „abschließen“. – Jetzt wissen wir, was die BAWAG unter „kurzfristig“ versteht: ein paar Tage.

Haben Sie das überprüft oder hinterfragt, wer dieser Kaufinteressent ist?

Dr. Gregor Sieber: Das weiß ich nicht mehr. Gewesen ist es Scott. Wann ich das erfahren habe, weiß ich nicht; aber kurzfristig ist jetzt bei einer Konkurseröffnung tatsächlich ein ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt frage ich Sie rundheraus: Am 12.9. ist dieser Konkurseröffnungsantrag geschrieben worden (*Dr. Sieber: Diktiert worden!*), überreicht bei Gericht mit Einlaufstampiglie 15. (*Dr. Sieber: Richtig!*) – Am 12. und am 13. hat schon Dr. Gehmacher mit Ihnen über diesen Konkursantrag gesprochen.

Dr. Gregor Sieber: 13. und 14., ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat er Ihnen diesen im Entwurf schon davor zu Gesicht gebracht?

Dr. Gregor Sieber: Den Konkurseröffnungsantrag? Nein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Er hat es ja schon schriftlich fertig gehabt am 12.

Dr. Gregor Sieber: Schauen Sie, diesen hat er ja ununterbrochen verbessert, als Anwalt wissen Sie das, man macht einen Schriftsatz, dann hat man ihn einmal abgespeichert oder sonst etwas, dann geht er hin und überreicht einen Wechselzahlungsauftrag. Daraufhin sagt er: Das muss ich jetzt noch hineinschreiben!, rennt in die Kanzlei zurück und schreibt das noch dazu. Dann macht er wieder etwas anderes ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Woher wissen Sie das?

Dr. Gregor Sieber: Weil der Wechselzahlungsauftrag, wie Sie richtig sagen, am 14. erst überreicht worden ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, schon, aber ich behaupte, der hat gewusst, dass er einen Wechselzahlungsauftrag einbringt. Er hat zwar noch nicht gewusst, an welchem Tag, und deswegen steht das Datum nicht da.

Dr. Gregor Sieber: Ich nehme das so an, das ist meine ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber das ist fix und fertig gewesen!

Dr. Gregor Sieber: Das ist genauso eine Mutmaßung wie Ihre. Er hat am 12. September das diktiert, das ist evident!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn ich einen Konkurseröffnungsantrag mache – ich habe auch etliche geschrieben in meinem Leben! – und ich habe einen Wechselzahlungsauftrag schon draußen, dann schreibe ich hin: Wechselzahlungsauftrag vom ..., mit Geschäftszahl und allem drum herum, und tituliere den. Das hat er nicht gemacht.

Dr. Gregor Sieber: Schon, er hat ihn beigelegt. Da ist die Wechselklage vom 13.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Am 15., am 15. hat er sie beigelegt.

Dr. Gregor Sieber: Am 15., ja, ... (*Obmann Dr. Graf: Herr Dr. Sieber!*) – Aber am 12. hat er sie noch nicht hineinschreiben können.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Am 12. hat er sie noch nicht hineingeschrieben, deswegen wundert mich das so, dass Sie sagen: Er hat Verbesserungen vorgenommen. – Woher wissen Sie das?

Dr. Gregor Sieber: Ich weiß es nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es sei denn, Sie haben mit ihm schon darüber gesprochen und wussten, wie der Entwurf am 12.9. aussieht.

Dr. Gregor Sieber: Nein. Ich weiß es nicht, aber wie Sie mutmaßen ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Noch eine direkte Frage: Haben Sie vor Einbringung dieses Konkurseröffnungsantrages den Entwurf je zu Gesicht bekommen? (*Dr. Sieber: Nein!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Frau Kollegin Mikesch, bitte.

Dr. Gregor Sieber: Entschuldigung: Kann ich fragen, wie lange das noch dauert?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Einige Zeit noch. (*Abg. Mag. Donnerbauer: Das fragen wir uns auch!*)

Dr. Gregor Sieber: Bitte? Was? Na, ich kann ja jederzeit noch einmal kommen, aber ich bin Diabetiker! (*Abg. Mag. Stadler: Entschuldigen Sie, das ist wichtig!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also, darf ich jetzt die Kommentare der Kollegen Abgeordneten, ich verstehe ...

Dr. Gregor Sieber: Ich habe schon einen beginnenden Unterzucker, und das geht nicht!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Sieber, ich sage es Ihnen: Die Frage von Ihrer Seite ist berechtigt. Es sieht so aus, dass man in der Zielgerade ist; ich kann es Ihnen aber nicht versprechen. Kollege Donnerbauer, der sich fragt, sollte seine Kollegin fragen, weil ich habe, glaube ich, jetzt am kürzesten Fragen gestellt – in allen Runden. (*Abg. Mag. Stadler: Es ist umgekehrt! Jetzt sind als Erstes die kürzesten Antworten gekommen!*)

Ja, wir können auch nichts dafür, wenn lange geantwortet wird. Aber wir sind jetzt bei der ÖVP, und die Kollegin Mikesch fragt, und wir werden auch schauen, dass es nicht mehr allzu lange dauert.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Den Masseverwalter Vavrovsky haben Sie ja zur Überwachung mehr oder weniger gehabt. Wie ernst haben Sie das tatsächlich genommen? Denn es gibt immer wieder Beispiele, wo wir uns natürlich schon gefragt haben: Wieso ist das so entstanden? Es gibt eine Prüfungstagsatzung mit 304 000 S, die Sie bewilligt haben, wo dann Herr Rohrmoser Rekurs eingelegt hat, wo er dann auch Recht bekommen hat, dass das nicht so hoch ist. Wie sehen Sie diese Dinge?

Dr. Gregor Sieber: Jetzt weiß ich überhaupt nicht, worauf die Frage hingeht. Wo war eine Konkurstagsatzung mit 304 000 S, oder was war da?

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Eine Prüfungstagsatzung.

Dr. Gregor Sieber: Eine nachträgliche Prüfungstagsatzung?

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Eine nachträgliche Prüfungstagsatzung.

Dr. Gregor Sieber: Und wer hat was angemeldet? Welche Forderungen sind geprüft worden?

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Eine Kostennote des Vavrovsky, haben Sie in einer (*Dr. Sieber: Vavrovsky!*) nachträglichen Prüfungstagsatzung genehmigt mit 304 000 S.

Dr. Gregor Sieber: Jetzt weiß ich, worum es geht. Herr Rohrmoser hat eine nachträgliche Forderungsanmeldung gemacht über 215 Millionen Schilling als Regressforderung eines Solidarschuldners. Dort hat er gesagt, er tut diese Forderung anmelden, weil er als Bürge und Zahler mit seinem Zwangsausgleich gezahlt hat. Diese Forderung wurde geprüft, sie wurde von Vavrovsky bestritten, von der Investkredit bestritten, von der BAWAG bestritten und von der Finanzprokuratur bestritten.

Herr Rohrmoser hat vier Bestreitungsgläubiger gehabt. Dr. Vavrovsky hat eine Kostennote vorgelegt, die war falsch. Ich habe es zuerst übersehen so wie er. Seine Sekretärin hat das wie bei allen Anwälten vorgebracht. Wie der Rekurs von Dr. Masser gekommen ist, habe ich dem Rekurs selbst Folge gegeben, ihn als Vorstellung behandelt, das gekürzt auf 180 000 S, und die Sache war erledigt.

Es war also überhaupt keine Einschaltung der Rechtsmittelinstanz notwendig. Vavrovsky war zerknirscht, dass er sich so verrechnet hat, und ich war zerknirscht, dass ich das auch nicht überprüft habe, weil ich Ihnen gesagt habe, sonst stimmt bei diesem immer alles. Aber man kann irgendwann einmal auch daneben hauen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Die Klarstellungsvereinbarung für die 70 Millionen, die wir vorher schon besprochen haben, haben Sie auch konkursrechtlich bewilligt?

Dr. Gregor Sieber: Die hat auch der Gläubigerausschuss konkursrechtlich bewilligt, weil dieser war ja auch dabei. Das waren also dann schon insgesamt fünf Leute im Gläubigerausschuss, und das war dann ich, der den Gläubigerausschussbeschluss nicht untersagt hat.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Es hat 430 Millionen Schilling offene Forderungen gegeben gegenüber verbundenen Unternehmungen et cetera, die die BAWAG dann um 350 Millionen gekauft hat. Diese offenen Forderungen sind dann aber auch tatsächlich geflossen, und damit ist der Masse eigentlich ein Schaden von 80 Millionen Schilling entstanden.

Dr. Gregor Sieber: Das ist falsch, völlig falsch! Noch einmal: Die Forderungen waren abgetreten, sie haben einem anderen Rechtsobjekt gehört – der BAWAG, als Zessionar. Die hat diese Forderungen verkauft. Sie waren in allen Rechenwerken: Von Edelsbacher bis Ernst & Young waren diese Forderungen nicht werthaltig. Die eigenen Tochterunternehmungen USA, Kanada und so weiter haben zurückgeschrieben: Wir können nicht zahlen. – Sie waren nichts wert. Und daher war der Verkauf um 350 Millionen kein Verlustgeschäft, sondern nur möglich, weil eine Paketlösung war. Die Paketlösung – wir steigen da mit 10 Prozent ein, leihen euch 250 Millionen Schilling, und damit sind die 350 dargestellt, und ihr zahlt sie zuerst an die BAWAG, und wir zahlen sie euch dann zurück.

Und daher war da die Masse nie befasst. Die Masse konnte nicht auf 80 Millionen verzichten, und die Masse hat nie die 430 in Aussicht gehabt. Das war nicht Massebestandteil, diese Forderung.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Aber sie sind geflossen, und die BAWAG hat damit ...

Dr. Gregor Sieber: Woher wissen Sie, dass das geflossen ist?

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Das ist irgendwann hier herinnen besprochen worden.

Dr. Gregor Sieber: Ja, aber das ist doch falsch! Woher sind die geflossen? Die eigenen Töchter haben dann nur bezahlt, weil zuerst Amer die Tochter aufmunitioniert

hat. Die Amer hat den Grundsatz durchgezogen: Es ist niemand von unseren Unternehmungen etwas schuldig, außer der Mutter selbst. Und damit haben sie alle Tochterunternehmungen, alle verbundenen Unternehmungen, ausgestattet mit viel Geld, und diese haben dann ihre Bilanzen bereinigt, indem sie die Verbindlichkeiten gegenüber irgendjemand anderem, der keine Rolle spielt, bedient haben. Also, von geflossen und von Dings ist gar nicht die Rede.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie haben ja Herrn Vavrovsky schon vor Atomic als Masseverwalter in anderen Konkursen bestellt gehabt (*Dr. Sieber: Ja!*) und Sie haben eben die Versicherung auch gehabt. Und Vavrovsky war, glaube ich, auch Ihr Anwalt, und Sie sein Klient. – Haben Sie eigentlich dieses Naheverhältnis in diesem Konkursverfahren den Beteiligten offengelegt?

Dr. Gregor Sieber: Nein, weil es acht Jahre später war. Frau Abgeordnete, ich kann nicht wissen, wann mein Onkel stirbt, und ich kann nicht wissen, dass ich dann geklagt werde. Und daher kann ich nicht sagen: Und wenn irgendwann einmal mein Onkel stirbt, nehme ich Vavrovsky als Rechtsanwalt! – Das wäre ja also überhaupt nicht ... Mein Onkel hatte den Konzipienten von Vavrovsky als Anwalt, und daher hat es sich dann angeboten, weil er dort die Verhältnisse gekannt hat ... Aber das ist ja lächerlich, wenn man acht Jahre später ... – Ich kann ja nicht allen Gläubigern dauernd schreiben, dass ich irgendjemanden kenne oder sonst etwas. Das ist ja unmöglich!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, erinnern Sie sich an die Vorsprache des Dr. Eustacchio bei Ihnen am 14. Mai 1997?

Dr. Gregor Sieber: Jetzt nicht mehr direkt, sondern nur aus den Unterlagen, die im Strafverfahren gegen – wenn man es so sagen kann – **uns** beigelegt haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dort sollen Sie gesagt haben, dass der Herr Rohrmoser Schwarzgelder hätte?

Dr. Gregor Sieber: Das habe ich **nicht gesagt**, dass er Schwarzgelder hätte. Was da besprochen wurde, weiß ich nicht mehr, aber von Schwarzgeldern kann ich ja nicht reden ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es seien Schwarzgelder in der Konkursmasse vorhanden gewesen.

Dr. Gregor Sieber: Das ist ja völliger Unsinn! Das kann ich ja nicht wissen, sonst wäre es ja kein Schwarzgeld.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich halte es Ihnen ja vor.

Dr. Gregor Sieber: Aber wenn der Herr Eustacchio sagt, er sagt zu mir, da seien Schwarzgelder in der Konkursmasse, unterstellt er uns...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, **Sie** hätten das gesagt.

Dr. Gregor Sieber: **Ich** hätte das gesagt? – Das ist ein Unsinn. Blanker Unsinn.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie hätten das gesagt, und ferner hätten Sie gesagt, dass Sie sich die Anzeigen des Herrn Rohrmoser nicht weiter gefallen lassen und daher zur Gegenoffensive wegen der Schwarzgelder gegen ihn antreten würden.

Dr. Gregor Sieber: Die Phantasie des Herrn Eustacchio in Ehren, aber das entspricht nicht den Tatsachen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich lese Ihnen die Passage aus einer Niederschrift vor.

Dr. Gregor Sieber: Sie wird deswegen nicht richtiger.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mag sein. Kennen Sie diese Niederschrift, dieses Gedankenprotokoll, das Herr Eustacchio verfasst hat? (*Dr. Sieber: Natürlich kenne ich das, ja!*) – Ich sage es nur für das Protokoll, nicht für Sie, Herr Doktor. Da heißt es – ich zitiere –:

Dr. Sieber erklärt weiters, dass im Konkurs sehr viel Schwarzgeld aufgetaucht sei. Insbesondere wären die Kapitalerträge auf einem Sparbuch mit einem Einlagestand in der Größenordnung von 65 Millionen Schilling nicht ordnungsgemäß versteuert worden. Kommerzialrat Rohrmoser solle froh sein, dass der Masseverwalter dieses Geld für die Masse verwendet habe. Jedenfalls werde er sich die Strafanzeige des Kommerzialrats Rohrmoser nicht weiter gefallen lassen und nunmehr selbst in die Offensive gehen und Anzeige wegen Amtsmisbrauches gegen all jene Beamten erheben, welche wegen der Schwarzgelder nicht von Amts wegen gegen Kommerzialrat Rohrmoser vorgehen. – Zitatende.

Dr. Gregor Sieber: Erstens: Jetzt wissen wir, dass das **kein Schwarzgeld** ist, weil es auf einem **Sparbuch** liegt. Das Sparbuch ist uns bekannt, hat uns vorgelegen und wurde gestürzt, und der Erlös wurde auf das BAWAG-Betriebsmittelkonto einbezahlt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das Ganze hat schon einen realen Hintergrund?

Dr. Gregor Sieber: Natürlich! Ich habe das Sparbuch da, und dieses Sparbuch hat dazu geführt, dass 65 Millionen vor Konkurseröffnung gestürzt wurden, und 63 228 829 Schilling sind am 14. 9. 1997 saldiert worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das Gespräch hatte so stattgefunden?

Dr. Gregor Sieber: Nein! Ich habe das **nicht** gesagt. Ich habe das Wort „Schwarzgeld“ nicht verwendet. Aber ich habe gesagt, dass ich Mitteilung mache an die Staatsanwaltschaft, dass da möglicherweise eine Überlegung dahingehend anzustellen ist, dass von 1977 bis 1994 nur eine Abbuchung der ZEST erfolgt ist, aber **keine Abbuchung der KEST** – ganz am Schluss in zwei Jahren, und zwischendurch hat es keine KEST gegeben, Herr Abgeordneter.

Daher war das Kapitalertrag. Da sind – ich weiß nicht – 30 oder 35 Millionen eingelegt worden, und am Schluss waren es 65. Das hat die Staatsanwaltschaft nicht weiter verfolgt, das hat die Finanz nicht weiter verfolgt, und die Finanzprokuratur war bei mir im Ausschuss. Das haben alle gewusst. Damit war es für mich erledigt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie haben diese Mitteilung an die Staatsanwaltschaft und an die Finanzbehörde weitergeleitet. (*Dr. Sieber: Natürlich!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): War das eine Retourkutsche – wie das der Herr Eustacchio hier darstellt – gegen den Herrn Rohrmoser?

Dr. Gregor Sieber: Nein, also es war vielleicht ein Zustand, der nicht gut gelaufen ist. Herr Eustacchio war nämlich das erste Mal, glaube ich, mit Dr. Masser senior – oder allein – da und hat dann irgendwie gesagt, er möchte sofort Akteneinsicht. Ich war bei einer anderen Sitzung – ich war irgendwo bei einer Gläubigerausschusssitzung –, und dann hat er furchtbar ... – wie soll ich sagen – sehr starke Worte gefunden.

Er ist ins Präsidium gegangen, hat uns allen gesagt, er kann da nicht ordnungsgemäß Akteneinsicht nehmen, und dann habe ich ihn getroffen und ihn gefragt, für wen er

Akteneinsicht nehmen will. Da hat er gesagt, sie vertreten den Rohrmoser, und er möchte Einsicht in den Atomic-Akt nehmen.

Und jetzt sind wir dort, wo wir zuerst waren: Der war nicht **Geschäftsführer** und hat nicht Einsicht nehmen dürfen, und daher hat der Eustacchio einen schweren Vertretungsmangel gehabt. Das hat er erst Ende 1997, als ihn Rohrmoser wieder zum Geschäftsführer bestellt hat, behoben.

Das war unser – wie soll ich sagen – eher auf juristischer Ebene stattfindendes Geplänkel. Da gibt manchmal ein Wort das andere, aber das war harmlos bis dort hinaus.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das lassen wir einfach einmal so stehen. Er hat ferner in seiner Gedankenniederschrift formuliert – ich zitiere weiters:

Er – gemeint sind Sie – lasse jedenfalls nicht zu, dass man ihn (Dr. Sieber) anzeige, nur weil er einmal bei der Feier eines Bankdirektors eingeladen war. – Zitatende.

War das eine Feier, zu der der Herr Elsner eingeladen hat?

Dr. Gregor Sieber: Das ist genau der Artikel. Das war ganz zeitgleich mit diesem Artikel im „Salzburger Fenster“. Da war so eine Meldung drinnen: BAWAG Weihnachtspunsch oder BAWAG Weihnachts-Irgendetwas.

(Die Auskunftsperson blättert in ihren Unterlagen.)

Da ist es nicht ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es genügt, wenn Sie sagen, es handelt sich um diese Feier.

Dr. Gregor Sieber: Gar nichts, es war in Salzburg. Es war in einer Salzburger Gratiszeitung gemeldet, unter weiß Gott was – wie nennt man das: „Leute von heute“ oder ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Sieber, es ist einfach. Sie müssen einfach nur sagen, es war ...

Dr. Gregor Sieber: In Wien war ich nie bei einer Feier eingeladen, sondern ich war bei dieser komischen Weihnachtsgeschichte, wo hundert Leute waren – sonst nichts.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mit dieser Feier kann also nur diese Weihnachtsfeier gemeint sein?

Dr. Gregor Sieber: Nur diese. Ich war nie bei Herrn Elsner bei irgendeiner Feier – schon gar nicht mit dem Flugzeug.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie für Ihre Fachberatungstätigkeit, die Sie hier im Ausschuss vor einer Stunde erwähnt haben, eine Honorarnote gelegt?

Dr. Gregor Sieber: Nie im Leben! Ich bin als Richter **verpflichtet**, die Leute aufzuklären. Sie wissen, dass es eine Manuduktion auf allen Ebenen ... *(Abg. Mag. Stadler: Ja in einem Verfahren, wenn ...!)* – Na kommen Sie mir ...! Sie werden mir doch jetzt nicht unterstellen, dass ich als Konkursrichter ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Langsam, langsam! *(Dr. Sieber: Es ärgert mich schon!)* Es ist nicht notwendig, dass Sie sofort in einen Wortschwall ausbrechen. Ich halte Ihnen die Dinge der Reihe nach vor. Beraten Sie sich mit dem Herrn Verfahrensanwalt. Der hat Erfahrung, wie sich Zeugen hier vernünftigerweise verhalten.

Also Sie haben dafür keine Honorarnoten gelegt? *(Dr. Sieber: Nein!)*

Haben Sie für andere Fachberatungstätigkeiten schon Honorarnoten gelegt?

Dr. Gregor Sieber: Da müssen Sie genauer werden. Ich weiß nicht, was „Fachberatungstätigkeiten“ sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben den Begriff verwendet.

Dr. Gregor Sieber: Beim Zwangsausgleich Rohrmoser habe ich eine fachliche Beratung gemacht, weil ich gesagt habe ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das haben wir schon geklärt, dass das nicht Teil Ihrer Aufgabe gewesen wäre, und die haben Sie aber unentgeltlich...

Dr. Gregor Sieber: Sonst wüsste ich nicht, wo eine Fachberatung in dieser Causa oder bei Rohrmoser oder Atomic gewesen wäre.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben zum Beispiel für die Firma „Hitsch & Hölzl“ einmal eine entsprechende Fachberatung gegen Honorar getätigt.

Dr. Gregor Sieber: Das war überhaupt keine **Fachberatung**.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was war das?

Dr. Gregor Sieber: Und außerdem kommen Sie jetzt in einen Bereich hinein, der dann erhellt, warum es auf meine Steuerakten in den letzten sechs bis acht Wochen **zehn ungeklärte Zugriffe** gegeben hat. – Das wird in Salzburg noch untersucht, aber irgendwann muss es jetzt einmal aufhören, dass ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Könnten Sie das erklären?

Dr. Gregor Sieber: Nein, warum soll ich Ihnen das erklären? (*Abg. Mag. Stadler: Nein!*) Was soll das für einen Zusammenhang mit der BAWAG haben?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben jetzt gerade einen Zusammenhang mit illegalen Zugriffen auf Ihr Steuerkonto hergestellt! Könnten Sie uns das erklären?

Dr. Gregor Sieber: Da haben Sie es her, und das ist alles, was ich damit sagen wollte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Woher wissen Sie, woher ich es habe? – Ich kann Ihnen ein Schriftstück zeigen, das bei mir hier liegt, das bereits aus dem März dieses Jahres ist. Das hat nichts mit einem Steuerakt zu tun, aber bitte reden Sie ruhig weiter. Das wäre recht interessant. (*Dr. Sieber: Natürlich hat das mit diesem ...!*) Haben Sie deswegen Strafanzeige gemacht?

Dr. Gregor Sieber: Nein, das hat überhaupt nichts ... (*Abg. Mag. Stadler: Wieso nicht?* – Nein, das brauche ich gar nicht. Wozu soll ich eine machen?)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das begreife ich jetzt nicht. Das heißt, es wird auf Ihren Steuerakt illegal zugegriffen und Sie machen keine Strafanzeige? Wieso nicht?

Dr. Gregor Sieber: Bleiben Sie jetzt beim Thema oder machen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben das Thema releviert. (*Dr. Sieber: Nein! Ich ziehe diese Relevierung zurück!*) Wir untersuchen hier eine Geschichte, und Sie erzählen uns von einem schweren Bruch des Steuergeheimnisses – und jetzt wollen Sie auf einmal nichts mehr davon wissen.

Sie stellen in den Raum, dass ich etwas damit zu tun hätte, was ich mit aller Entschiedenheit zurückweise. – Das haben Sie in den Raum gestellt. (*Dr. Sieber: Jetzt weiß ich nicht: Was ist das jetzt?*) Sie haben zu mir gesagt, da haben Sie es her, und

ich sage Ihnen, da habe ich gar nichts her. Ich habe ein Schriftstück, das mir vom März dieses Jahres vorliegt, und dort wurde mir das mitgeteilt.

Jetzt wollen Sie auf einmal nichts mehr wissen, und darum frage ich Sie, ob Sie Strafanzeige erstattet haben – und Sie sagen, nein, wieso sollten Sie!

Wenn jemand illegalerweise auf mein Steuerkonto zugreifen würde, würde ich Strafanzeige erstatten – und wenn ich Richter wäre allemal!

Dr. Gregor Sieber: Ich habe keine Anzeige beim Finanzamt gemacht. Ich habe nirgendwo eine Anzeige gemacht, und das war's.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also kann es nicht so dramatisch gewesen sein. Dann unterstellen Sie mir auch nichts, sonst müsste ich Sie ersuchen, dringend Strafanzeige zu erstatten. Wenn Sie mir unterstellen, ich hätte illegalerweise auf Ihren Steuerakt zugegriffen, dann muss ich Sie hier auffordern, gegen mich Strafanzeige zu erstatten, weil Ihre Verfahren haben für mich den Vorteil, dass sie die ganze Sache immer weiter erhellen können. – Deswegen bin ich Ihnen ja dankbar, wenn Sie ein Verfahren anstrengen.

Dann halten wir fest: Sie haben für diese Fachberatungstätigkeit in der Causa Rohrmoser ... (*Dr. Sieber: Das war keine Fachberatung! Ach so, beim ersten Mal, ja!*) – Sie sollten andere Leute ausreden lassen, Herr Rat! Das geht so nicht. So können Sie sich im Gerichtssaal auch nicht aufführen! – Sie haben also **keine Honorare** verlangt. Ich frage Sie jetzt nur allgemein: Haben Sie bei Ihrer Nebentätigkeit jeweils auch die Bewilligung Ihrer Dienstbehörde eingeholt? (*Dr. Sieber: Natürlich!*) – Für alle diese Nebentätigkeiten? (*Dr. Sieber: Für alle!*)

Dann klären wir noch abschließend, warum Sie zu der Aussage kommen können, dass bei Ihrer Geburtstagsfeier keine Leute dabei waren, die etwas mit dem Konkursfall Atomic for Sports und Rohrmoser zu tun hatten.

Dr. Gregor Sieber: Es waren Dr. Vavrovsky und Dr. Honsig dort; das habe ich schon gesagt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben gesagt, keinerlei Leute waren dort, die damit zu tun hatten.

Dr. Gregor Sieber: Das habe ich **nicht** gesagt. Das ist doch falsch! Sie haben gefragt, waren noch weitere Anwälte dort, und ich habe gesagt, da hat der Sieber Freunde eingeladen und nicht anders.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube, da ist nur aneinander vorbeigesprochen worden. (*Abg. Mag. Stadler: Mag ja sein!*) Es ist unstrittig, dass der Dr. Sieber auch gemeint hat – wie auch immer seine Worte ausgefallen sind –, dass Dr. Vavrovsky und Dr. Honsig-Erlenburg dort waren. Weitere Personen, die mit dem Konkurs und so weiter zu tun hatten, waren **nicht** dort. – Ist das so richtig? (*Dr. Sieber: Genau!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was war mit dem Herrn Reismüller von der BAWAG?

Dr. Gregor Sieber: Keine Ahnung. Ich kenne überhaupt keinen Herrn Reismüller.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): War der nicht dort?

Dr. Gregor Sieber: Wenn ich ihn nicht kenne, kann ich nicht sagen, er war nicht dort. Aber ein Reismüller war nicht dort. – So muss ich es richtig sagen. Ein Herr Reismüller oder eine Frau Reismüller war nicht dort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat Herr Dr. Platzner etwas mit dem Konkurs zu tun gehabt?

Dr. Gregor Sieber: Ein/eine Dr. Platzer war nicht dort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dr. Harrisch?

Dr. Gregor Sieber: Dr. Harrisch war dort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat der irgendetwas zu tun gehabt mit der ...? (*Dr. Sieber: Überhaupt nichts!*) – Dann haben wir das auch geklärt und bei Protokoll.

Nun eine letzte Sache, die hier im Ausschuss gefallen ist und die ich Ihnen vorhalte. – Ich sage es Ihnen gleich: Es ist mir sogar unangenehm, Ihnen das vorzuhalten, aber ich muss es trotzdem tun.

Dr. Gregor Sieber: Ich breche in Tränen aus. – Wenn Ihnen das unangenehm ist, dann könnten Sie es ja lassen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie wollen, können wir das auch zelebrieren, also reizen Sie mich nicht.

Dr. Gregor Sieber: Bitte, tun Sie, was Sie nicht lassen können!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bin auch gerne bereit – wissen Sie, ich habe da durchaus Sportsgeist.

Herr Rubatscher hat am 14. März 2007 hier im Ausschuss Folgendes ausgesagt:

Meine Frage war: „Hatten Sie den Eindruck, dass Herr Dr. Sieber überhaupt noch die Aufsicht über den Konkurs führt – oder nicht schon längst Akteur im Interesse der BAWAG ist?“

Darauf antwortete Dr. Hans Rubatscher:

„Das kann man schwer sagen; so viel habe ich mit ihm wieder nicht zu tun gehabt. – Ich könnte da vielleicht von einer anderen Begegnung erzählen, die nicht direkt damit zu tun hat, die aber die Person Sieber charakterisieren würde: Ich war, glaube ich, im Jahre 1998 oder 1999 – ich weiß das jetzt nicht mehr genau –, Sachwalter für eine Person in Abtenau, habe dann beim Bezirksgericht Abtenau Rechnung legen müssen, und zwar war da ein Bezirksrichter, Dr. Ramsauer hat der geheißen, wenn ich mich richtig erinnere. Und da haben wir auch ein bisschen über den Konkursfall Atomic gesprochen; auch über Dr. Sieber. Und dieser Richter hat mir erzählt, er war einmal Mitarbeiter von Herrn Dr. Sieber – also wenn ich das erzähle, so ganz normal –, und dieser sei immer schon ein „Spitzbua“ gewesen. Dr. Ramsauer hat mir erzählt, da hat es einen Konkurs Wallinger (*phonetisch!*) gegeben; Wallinger war ein Schifahrer; Frau Mikesch sollte ihn eigentlich als Skifahrer kennen. Wallinger war auch aus Abtenau, hat dann ein Sportgeschäft eröffnet und ist in Konkurs gegangen – und da soll Herr Dr. Sieber mit seinen Freunden gekommen sein und sich zuerst einmal im Geschäft bedient haben, bevor man den Abverkauf gemacht hat. Das wurde mir erzählt. Ich habe gesagt: Warum macht man da keine Anzeige? – Die Antwort: Wenn jemand in Konkurs ist, ist er froh, wenn er eine Ruhe hat! – An diese Begebenheiten kann ich mich noch sehr gut erinnern.“ – Zitatende.

Was sagen sie zu diesem Vorhalt?

Dr. Gregor Sieber: Worauf soll ich jetzt eingehen von dem Ganzen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich frage Sie nur, ob dieser Sachverhalt, wie ihn der Herr Rubatscher berichtet hat ...

Dr. Gregor Sieber: Das ist natürlich *falsch*. Und es ist keine Frage dabei. – Sie müssen eine Frage stellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich kann Sie der Reihe nach fragen. (*Dr. Sieber: Ich bitte darum!*) Gab es diesen Konkurs Wallinger? Können Sie sich an ihn erinnern?

Dr. Gregor Sieber: Ja. WM Sport Wallinger; 1991.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist das richtig, was Herr Rubatscher hier unter Zitierung des Dr. Ramsauer berichtet? Kennen Sie Dr. Ramsauer?

Dr. Gregor Sieber: Natürlich. Er war *nie* Mitarbeiter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er war bei Ihnen Mitarbeiter?

Dr. Gregor Sieber: Nein, Richteramtsanwärter war er, glaube ich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, auch dieser Sachverhalt ist von Herrn Dr. Rubatscher richtig wiedergegeben worden?

Dr. Gregor Sieber: Nein. Der Dr. Ramsauer war zu einer Zeit Richteramtsanwärter bei mir, das war 1973 oder 1975. Der ist jetzt schon in Pension.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So genau wollte ich das gar nicht wissen. Ich wollte nur wissen, ob das stimmt. (*Dr. Sieber: Nein!*) Hier ist nur die Rede davon, dass er einmal bei Ihnen Mitarbeiter war; mehr will ich gar nicht wissen.

Dr. Gregor Sieber: Aber „Mitarbeiter“ kann man das nicht nennen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, dann war er bei Ihnen als Richteramtsanwärter (*Dr. Sieber: Zur Ausbildung!*) – zur Ausbildung.

Wir haben schon geklärt, den Konkurs Wallinger kennen Sie. – Welche Rolle haben im Konkurs Wallinger gespielt?

Dr. Gregor Sieber: Ich war Konkursrichter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es richtig, dass Sie vor Eröffnung des Konkurses – oder nach Eröffnung des Konkurses, das ist hier, glaube ich, nicht so ganz genau gemeint –, dass Sie jedenfalls während dieses Konkursverfahrens mit Ihren Freunden ins Geschäft gekommen sind, um sich dort zu bedienen?

Dr. Gregor Sieber: Nein, das ist nicht richtig. Ich war dort, möglicherweise mit einem Bekannten, aber die Freunde, die dort waren, waren die Freunde des **Masseverwalters**.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und was ist unter „sich zu bedienen“ zu verstehen?

Dr. Gregor Sieber: Das möchte ich auch wissen, weil das ist eher die übelste Sorte von Verleumdung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie haben dort selber Einkäufe getätigt – oder keine Einkäufe getätigt?

Dr. Gregor Sieber: Ich habe **keine Einkäufe** getätigt, aber wenn Sie mir ein, zwei Sätze gestatten: Bei einem Konkurs werden alle Verkaufsgegenstände inventarisiert, geschätzt, bewertet, bepreist, und dann beginnt der Publikumsverkauf.

Damals hat das alles ein sehr rühriger pensionierter Vollstrecker des Bezirksgerichtes Salzburg gemacht und hat, wenn er fertig war und überall ein Pickerl drauf war, meistens den Gerichtsbediensteten in Salzburg oder irgendwo gesagt, jetzt beginnt bald der Publikumsverkauf, wenn Ihr Interesse habt, kommt hin.

Dann sind manchmal Gerichtsbedienstete oder sonst jemand hingegangen und haben als Erste gekauft – zu diesem Preis, der vom Sachverständigen nach Inventarisierung

und Schätzung ermittelt wurde. Es mag sein, dass das vom Wissensvorsprung eine gewisse Rolle spielt, dass eben jemand zuerst hinkommt. (*Abg. Mag. Stadler: Sich die schönen Sachen kauft, ja!*) Irgendjemand muss der erste sein! Wissen Sie, die „schönen Sachen“ beim Wallinger waren Schi – um 1,5 Millionen. Da gibt es keine „schönen Sachen“. Da gibt es nichts, und es ist ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es geht jetzt ums Grundsätzliche, Herr Rat! Die Frage ist, ob der Konkursrichter das grundsätzlich tun darf.

Dr. Gregor Sieber: Nein! Was heißt? Ich habe es **nicht gemacht**. (*Abg. Mag. Stadler: Aber Sie haben ja jetzt gerade bestätigt ...!*) Aber dieser Abverkauf liegt dann beim Herrn Masseverwalter, und wie der seine Gestion einteilt, das ist dann bitte nicht mehr meine Sache.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schon, aber der Herr Konkursrichter wird doch wissen, dass er dort nichts verloren hat.

Dr. Gregor Sieber: Warum? Ich kann mir das doch anschauen, was der für ein Warenlager hat, und so weiter. Aber wissen Sie, darf ich Ihnen da wieder ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie gehen mit Ihren Freunden – oder zumindest mit einem Freund – dort hin, schauen sich das Warenlager an, und wenn er etwas kaufen will, kauft er, bevor der Publikumsverkauf losgeht.

Dr. Gregor Sieber: Das ist, glaube ich, nicht der richtige ... – Nein, warum? Ich kann auch später hingehen, oder wann auch immer ich Zeit habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Rat, Sie haben diesen Sachverhalt, der hier wiedergegeben wurde, grundsätzlich bestätigt. – Das genügt.

Dr. Gregor Sieber: Nein, warten Sie jetzt! Ich habe nämlich mit dem Richter Dr. Ramsauer gesprochen, und der hat gesagt, es war sehr überraschend für ihn, dass das vom Herrn Rubatscher so wiedergegeben wird, weil so sei es nicht besprochen gewesen. (*Abg. Mag. Stadler: Herr Rat, ich habe Sie nicht ...!*)

Zweitens hat Herr Dr. Ramsauer den Herrn Wallinger angerufen, und der hat gesagt ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das sind jetzt lauter Geschichten, die klären Sie bitte mit dem Dr. Ramsauer. (*Dr. Sieber: Warum?*) Ich habe Sie gefragt, ob dieser Sachverhalt bei Wallinger so stattgefunden hat. (*Dr. Sieber: Ich habe eine Bestätigung vorge ...!*) – Jetzt bitte ich den Vorsitzenden, einzugreifen! Wir brauchen hier nicht irgendwelche „G'schichterln“ ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da greife ich ohnehin ein. Ich glaube, dass man, wenn man einen Vorhalt gemacht hat, auch die Erklärung der Auskunftsperson dazu hören sollte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, aber nicht, was der Ramsauer dazu gesagt hat! Das interessiert mich wirklich nicht. Das machen Sie sich bitte mit dem Herrn Ramsauer aus!

Sie haben uns bestätigt, dass Sie dort waren – mit zumindest einem Freund, oder mehreren Freunden (*Dr. Sieber: „Bekannten“, habe ich gesagt!*) –, dass Sie das vor dem Publikumsverkauf gemacht haben und dass Sie damals Konkursrichter waren. – So.

Und damit ist der Sachverhalt für uns hinreichend geklärt. (*Dr. Sieber: Für Sie!*) Es kann sich jedes Ausschussmitglied ... – So, wie Sie den Sachverhalt jetzt geschildert haben, habe ich Klarheit. Ich habe dazu keine weiteren Fragen, weil ich mir hinreichend ein Bild davon machen kann.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Auskunftsperson legt dem Ausschuss ein Schreiben vom 10.5.2007 des ehemaligen Masseverwalters Dr. Dieter Perz im Konkursverfahren Manfred Wallinger vor. – Die Auskunftsperson möge zu dem Vorhalt bitte Stellung nehmen.

Dr. Gregor Sieber: Nur ergänzend: Dr. Ramsauer hat mit Herrn Wallinger telefoniert, und der hat gesagt: Ich war damals in Neuseeland und bin sofort weggefahren. Diesen Abverkauf begleitet hat sein Partner, ein gewisser Herr Gschwandtner.

Zweitens: Herr Perz weiß, dass ich mit höchster Wahrscheinlichkeit dort nichts gekauft habe. Ich kenne das Sportgeschäft Wallinger aus späterer Zeit. Ich war ab und zu drin und habe dann bei ihm irgendetwas bestellt oder gekauft oder auch nicht. Aber da hatte schon Herr Gschwandtner das Unternehmen übernommen, und so weiter.

Aber jetzt zur Sache: Wallinger hat gegenüber Dr. Ramsauer gesagt, das sei furchtbar, das gehe ihm so auf die Nerven, Herr Rohrmoser sei drei oder vier Mal bei ihm gewesen und habe gesagt: Könntest du mir nicht eine Bestätigung schreiben, dass der Sieber Ski oder anderes mitgenommen und nicht bezahlt hat!? Herr Wallinger hat ihm gesagt: Das kann ich nicht bezeugen, weil ich eben nicht da war!

Ich möchte das nur deswegen erzählen – ich möchte wirklich nicht über Herrn Rohrmoser schimpfen –: Es ist methodisch, dass so etwas stattfindet. Der Oberlehrer, der das erzählt hat, dass dort beim Abverkauf die Freunde von Dr. Perz vorher drangenommen wurden, der ist dann selbst hineingelassen worden, hat nichts gekauft, hat aber dann behauptet, er weiß ganz sicher, mein Begleiter war Herr Dr. Honsig. – Und das war einfach gelogen! Das war echt gelogen, Honsig war nie dabei! Er war 1991 noch nicht einmal Anwalt. Er war nicht mein Freund, gar nichts. (*Abg. Mag. Stadler: Ja, Herr Rat, in diese Situation kommt man eben, wenn man in Geschäfte marschiert, wo man nichts mehr zu tun hat!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube, jetzt haben wir diesen Sachverhalt auch ausreichend dargelegt, von allen Seiten beleuchtet. – Noch Fragen? (*Abg. Mag. Stadler: Nein, mein Bild hat sich abgerundet!*)

Ich habe noch eine kurze ergänzende Frage. Sie haben die Zeugenvernehmung vom 1.7.1997 des Dr. Maschke im Strafverfahren oder bei den Vorerhebungen, oder was immer das auch ist, hier ausgeteilt. Aus diesem Schreiben lese ich, dass Dr. Maschke hier ausdrücklich betont, dass er ausschließlich für Herrn Rohrmoser persönlich und nicht für die Firma Atomic vor der Konkurseröffnung bevollmächtigt gewesen ist und ihn auch vertritt. Vielleicht habe ich irgendetwas überhört ...

Dr. Gregor Sieber: Das habe ich genau so bestätigt. Er war formell nicht der Vertreter der Firma Atomic, aber er hat den Alleingesellschafter Rohrmoser in allen Belangen vertreten. Wenn Sie diesen Aktenvermerk vom 2.9. lesen, als er in Wien war – das war ja nicht unerheblich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das wollte ich nur klären. – Das ist ja unstrittig, dass er Herrn Rohrmoser vertreten hat. Das ist ganz, ganz unstrittig, somit hat sich das auch für mich erledigt.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Herr Dr. Sieber, haben Sie Herrn Dr. Honsig-Erlenburg in und außerhalb der Atomic-Causa in rechtlichen Fragen beraten? (*Dr. Sieber: Nein!*) – Haben Sie für ihn jemals Entwürfe oder Schriftsätze oder dergleichen gemacht? (*Dr. Sieber: Nein!*)

Eine sehr persönliche Frage: Wie sind Sie zur Ihrer Wohnung in der Schwarzstraße gekommen?

Dr. Gregor Sieber: Ich möchte jetzt den Herrn Verfahrensanwalt bitten, einzugreifen, denn ich habe einen Mitmieter, und das ist eine reine Familienangelegenheit. Ich habe gesagt, ich bin dort Mieter, und die Vermieterin ist mit mir zufrieden – und das müsste eigentlich reichen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Es geht in diesem Ausschuss im Grunde genommen ganz einfach darum, Nahebeziehungen darzustellen, und daher ist diese Frage gestellt worden.

Dr. Gregor Sieber: Frau Abgeordnete, wenn Sie das auseinanderziehen könnten, irgendwann einmal, dass 1994 der Konkurs Atomic war, dass ich 1998 in die Schwarzstraße übersiedelt bin, dass 2001 mein Onkel gestorben ist, dass 1991 das mit dem Wallinger war! Ich weiß nicht, das wird alles komprimiert auf einen Tag, den 14. oder 15.9.1994, und man sagt, das alles sei eindeutig ein „Netzwerk“. – Das ist doch unzulässig!

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Es geht einfach wirklich um die objektive Abwicklung. Ich will einfach nur wissen: Ist es zulässig oder ist es nicht zulässig? Können wir diese Frage stellen, um ein Naheverhältnis darzustellen, ja oder nein?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Verfahrensanwalt ist angerufen worden, und ich bitte ihn, dazu Stellung zu nehmen.

Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer: Ob ein Naheverhältnis ableitbar ist oder nicht, ist eine Wertungsfrage.

Zum anderen kann man die Frage ganz einfach stellen – wie das auch Dr. Honsig-Erlenburg schon gesagt hat; das ist ja das Haus, nehme ich an –: Sind Sie dort Mieter? Wer ist Vermieter? (*Dr. Sieber: Das ist alles bekannt!*) Aber man kann es ja noch einmal sagen.

Dr. Gregor Sieber: Die Vermieterin ist eine Verwandte des Dr. Honsig, und ich bin Mieter. Vier Mieter waren dort, derzeit sind nur drei. (*Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer: Das hat auch Dr. Honsig-Erlenburg gesagt!*)

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wenn wir jetzt schon auf diesem Weg sind: Die Tante hat dieses Haus gekauft, bevor es renoviert und bezogen wurde. Woher kam der Hinweis für den Kauf dieses Hauses?

Dr. Gregor Sieber: Wahrscheinlich vom Herrn Neffen. – Was ist die Frage?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer es vermittelt hat, ist in Wirklichkeit die Frage. In der BAWAG-Geschichte (*Dr. Sieber: In der BAWAG niemand, kein Mensch!*), sage ich ganz einfach, spielen doch Wohnungen und vermietete Wohnungen immer eine große Rolle. Und es geht im Wesentlichen darum: Zahlen die Leute eine ordnungs- oder branchenübliche oder ortsübliche Miete und Betriebskosten? – Das ist die Frage, die uns alle interessiert, und ich würde sie daher einfach direkt stellen: Zahlen Sie dort eine ortsübliche Miete? (*Dr. Sieber: Natürlich!*) Gut, somit ist das erledigt.

Dr. Gregor Sieber: Meine Wohnsituation ist meine Privatangelegenheit und hat nichts mit meiner Funktion als Richter und schon gar nichts mit meiner Funktion als Konkursrichter Atomic etwas zu tun. Nichts!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Sieber, der Untersuchungsausschuss hat Sachverhalte oder einen Untersuchungsgegenstand im Auftrag des Parlaments, durch Beschluss des Nationalrates, zu untersuchen – **ohne** vorgegebenes Ergebnis. Ein Untersuchungsausschuss kann auch hartnäckig laufende Gerüchte, Feststellungen treffen, dass diese nicht so sind. – Das wird oft verwechselt. Das heißt, das kann auch

ein Ergebnis sein. Man darf das nicht alles immer bössartig nehmen, als ob man hier beschuldigt ist. Ich weiß, dass manche Personen das dann immer anders sehen, weil sie sich in Bedrängnis fühlen. (*Abg. Mag. Stadler: Und außerdem hat die Miethöhe sehr wohl etwas damit zu tun!*) – Selbstverständlich, und daher haben wir auch diese Fragen gestellt, denn das sind auch Vorwürfe, die immer wieder geäußert werden, auch von anderen Anhörungspersonen. Da ist es doch nur gut und richtig, wenn auch Ihre Meinung oder Ihre Aussage dazu der Vollständigkeit halber festgehalten wird.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Herr Dr. Honsig-Erlenburg war ja zuständig für die Verwertung von Schloss Höch. – Haben Sie das konkursgerichtlich überwacht?

Dr. Gregor Sieber: Ich habe die konkursrichterliche Befugnis im Sachwalterkonkurs wahrgenommen. Noch einmal: Herr Rohrmoser hat einen Zwangsausgleich angestrebt, hat ihn erhalten, und in diesem Zwangsausgleich haben alle anderen Gläubiger außer der BAWAG 20 Prozent sofort bekommen, und die BAWAG wurde auf das Restvermögen verwiesen. Im Rahmen dieses Sachwalterausgleichs, das eine Ermächtigungstreuhand ist, wurde Honsig absoluter eigentümerähnlicher Verfügungsberechtigter für **alle** Vermögensgegenstände Rohrmoser, die da noch zur Debatte gestanden sind. Diese Dinge wurden im Rahmen eines Rechnungslegungsverfahrens gelöst und vorgetragen und beschlossen. Dagegen hat es Rechtsmittel gegeben oder nicht, das weiß ich jetzt nicht, aber das war jederzeit einer Überprüfung ...

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Aber Sie haben das überwacht?

Dr. Gregor Sieber: Nur in dem Rahmen, wie ich es Ihnen jetzt gesagt habe. Ich habe nicht überwacht, ob Herr Honsig in der Neutorstraße das Inventar der Tochter von Rohrmoser verkauft hat. Ich weiß das alles nur aus den Berichten. Und es gab nie einen Anhaltspunkt, dass irgendetwas nicht im Einvernehmen mit Rohrmoser, mit Honsig, mit BAWAG passiert.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Haben Sie den Grundbuchsauszug von Schloss Höch geprüft?

Dr. Gregor Sieber: Sicher, ja.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Damit wissen Sie, dass das alles unter Denkmalschutz angemerkt ist. (*Dr. Sieber: Richtig!*) – Danke schön. (*Dr. Sieber: Aber Herr Honsig hat den beachtet, komplett beachtet!*)

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Hat die Landes-Hypo Salzburg Forderungen angemeldet?

Dr. Gregor Sieber: Nein. Ich weiß nicht – sicher nicht. Ich glaube, die Landes-Hypothekenbank war damals sicher nicht involviert. Es waren nur drei Banken: die BAWAG, die Investkredit und die Bank für Kärnten und Steiermark.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Bank, die bescheinigt hat, Elsner hat gar nichts angemeldet? (*Dr. Sieber: Wer?*) – Ein Bescheinigungsmittel für die Eröffnung des Konkurses war ein Schreiben des Herrn Elsner.

Dr. Gregor Sieber: Entschuldigung, die Sparkasse hat auch angemeldet, ja. Aber nicht die Salzburger Landes-Hypothekenbank.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die haben Sie jetzt vergessen. Leider Gottes kann es auch sein, dass wir es nicht gefunden haben, auf Grund der Fülle an Urkunden, die in den letzten Wochen und Monaten gekommen sind – aber ein Anmeldeverzeichnis haben wir nicht gefunden. (*Dr. Sieber: Aber das muss ja drin sein, natürlich!*) – Wir

haben es nicht gefunden. (*Abg. Mikesch: Darüber haben wir heute schon ein paar Mal diskutiert!*) – Meine Frage: Wie hoch war die Forderung, die die Salzburger angemeldet haben?

Dr. Gregor Sieber: Ich glaube, schlussendlich nur mehr 15 Millionen, weil sie auch ein Sparsbuch hatten ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Genau darum geht es: Wie sehr sind Bescheinigungsmittel aussagekräftig? – Da behauptet Elsner, 30 Millionen schuldet Rohmoser der Salzburger Sparkasse, und dann sind es im Endeffekt nur 15 Millionen.

Dr. Gregor Sieber: Weil er die Sicherheiten nicht gekannt hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, schon, aber vielleicht hätte es ja sein können, dass 30 Millionen an Sicherheit hinterlegt sind. Dann wäre dieses Bescheinigungsmittel null. (*Dr. Sieber: Aber ich kann doch nicht anfangen, das zu überprüfen!*) – Oh ja, indem man dort anfragt.

Dr. Gregor Sieber: Bitte, noch einmal: Es war ordnungsgemäß bescheinigt. Schlussendlich waren fast 2 Milliarden Schulden Vortragungsanmeldungen, und das war es. Und zugestimmt haben sie.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Sieber, ganz ehrlich: Glauben Sie nicht, dass es denkbar wäre, dass, wenn der Geschäftsführer der Atomic for Sport das bekommt, dieser rückantwortet und sagt: Na hoppala, die Forderung ist doch schon längst getilgt, die da bescheinigt wird!? Gibt es solche Fälle? – Selbstverständlich.

Dr. Gregor Sieber: Theoretisch ist alles möglich, verstehen Sie mich? – Es ist auch das Konkursantragsverfahren eines Gläubigers – noch einmal, wie ich es erklärt habe – davon getragen, dass dem Antragsgegner rechtliches Gehör gegeben wird. Wenn der Antragsgegner sagt: Ich stimme zu, ganz egal, wer das ist, ob das jetzt die Salzburger Sparkasse ist oder die BAWAG oder die Gebietskrankenkasse oder das Finanzamt, ich stimme der Konkurseröffnung zu ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Auch wenn der keine Kenntnis der Sachlage hat – so wie Sie selbst gesagt haben, dass der ja keine Ahnung gehabt hat –, dann stimmt er etwas zu, wovon er keine Ahnung hat.

Dr. Gregor Sieber: Nein, das ist ihm ja übermittelt worden. Und er hätte ja nicht zugestimmt als Geschäftsführer. Ja, glauben Sie, dass ein Herr Wittmann – den Sie vielleicht dann noch hören – sich getraut hätte, einem Konkurseröffnungsantrag der Atomic for Sport, die Rohmoser gehört, einfach zuzustimmen, zu sagen: Das ist nett, jetzt kriege ich ein Fax, da steht mein Name darauf, und das wollte ich schon immer einmal machen, dass ich da zustimme!? – Das ist doch ausgeschlossen! Das ist doch so an den Haaren herbeigezogen wie nur was. Der hat in den zwei Stunden fünfmal zurücktelefoniert und hat gefragt: Was machen wir jetzt? Was soll ich da draufschreiben? Ich habe das noch nie in meinem Leben gemacht. Wie soll das jetzt gehen? – Und die haben gesagt: Leider kannst du „einverstanden“ draufschreiben. Das, was wir dir geschickt haben ... (*Obmann Dr. Graf: Wer hat das gesagt?*) – Wahrscheinlich Dr. Chalupsky oder Dr. Maschke oder sonst wer. (*Obmann Dr. Graf: Der hat das dem Wittmann gesagt?*) – Offenkundig. Jedenfalls gehe ich nicht davon aus ... (*Obmann Dr. Graf: Wissen Sie etwas davon?*) – Nein! Ich gehe aber nicht davon aus, dass dieses vorgeschriebene Schreiben von Wittmann vorgeschrieben wurde, sondern das wurde von Wittmann ordnungsgemäß unterfertigt – laut vorhergehender Ankündigung. So war es.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Die Landes-Hypo Salzburg hat 1,5 Millionen Schilling Forderungen angemeldet.

Dr. Gregor Sieber: Das höre ich jetzt das erste Mal. Bei wem? (*Abg. Mikesch: Geht aus unseren Unterlagen hervor!*) – Bei Rohmoser oder bei Atomic? (*Abg. Mikesch: Geht aus unseren Unterlagen hervor!*) – Welche? Da müsste ich es sehen. Wo haben Sie eine Unterlage? (*Abg. Mikesch: Müssen wir suchen gehen!*) – Ja, suchen wir sie. Und was soll dann die Frage sein?

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir hätten nur gerne gewusst: Welche Funktion haben Sie in der Landes-Hypo Salzburg?

Dr. Gregor Sieber: Ich bin kein organschaftlicher Vertreter, wie Sie in der parlamentarischen Anfrage sagen. Sie können eine Firmenbuchabfrage machen: Es ist österreichweit punktgenau, dass Dr. Gregor Sieber **nirgendwo** in ganz Österreich organschaftlicher Vertreter ist. Dann hätten Sie sich diese Anfrage gespart. Ich bin vom Bundesministerium für Finanzen – im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Justiz – Pfandbrieftreuhänderstellvertreter bei der Landes-Hypothekenbank Salzburg nach dem Pfandbrieftreuhandgesetz. Das heißt, ich überprüfe dort überhaupt keine Schuldverhältnisse, sondern ich überprüfe dort nur Deckungsverhältnisse. Die **Pfandbrieftreuhänder** überprüfen, ob bei einer Teil- oder Ganzfreilassung einer Liegenschaft aus dem Pfandbriefwesen die restlichen Liegenschaften ausreichend Deckung bieten für die ausgegebenen Pfandbriefe.

Das hat überhaupt niemals mit irgendetwas zu tun. Das war immer, in ganz Österreich ist das, auch in Wels ist das der Konkursrichter, das ist überall. Das ist so etwas von an den Haaren herbeigezogen, das zur BAWAG hinzubiegen und zu sagen, ich wäre da in irgendeiner Weise befangen oder ausgeschlossen oder Ähnliches. Ich weiß nicht, was daran schlecht ist. Die brauchen einen Richter. Im Pfandbrieftreuhandgesetz steht, es müssen zwei Richter sein, der Vertreter und der Stellvertreter. Und dann haben sie zwei Richter genommen, den einen und den anderen. Das ist etwas anderes als ein organschaftlicher Vertreter. Ein organschaftlicher Vertreter ist nach dem Richterdienstgesetz ...

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir wollen nur fragen. Es gehen uns einfach Informationen zu, und wir wollen sie hinterfragen.

Zu den Marken- und Patentrechten: Haben Sie gewusst, dass Herr Vavrovsky den Versuch gestartet hat, Rohmoser zu veranlassen, die Marken- und Patentrechte zum Nachteil der Masse im Privatkonkurs an die Masse AFS herauszugeben?

Dr. Gregor Sieber: Dr. Vavrovsky hat diese Sache angezeigt. Es hat dazu geführt, dass wir einen Beschluss gemacht haben – eine Ermächtigungsurkunde nach § 81 KO oder wo das steht – und ein Verbot: Ich habe Herrn Vavrovsky als Masseverwalter und Herrn Honsig als Masseverwalter Rohmoser ermächtigt, über Marken und Patente auf der ganzen Welt zu verfügen. Dann habe ich Herrn Rohmoser verboten, über dieselben Marken und Patente ebenfalls zu verfügen. Beide Beschlüsse sind zugestellt worden, beide sind von Chalupsky angefochten worden, beide haben bis zum Obersten Gerichtshof gehalten und sind bestätigt worden. Also es ist überhaupt nichts, dass da irgendjemand einen anderen zu etwas Unrechtmäßigem verlocken wollte.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Danke schön. (*Dr. Sieber: Bitte!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es liegen keine weiteren Fragen vor, somit ist Ihre Anhörung zu Ende. Ich bedanke mich für Ihr Erscheinen!

(*Die Auskunftsperson Dr. Gregor Sieber verlässt – in Begleitung der Vertrauensperson Mag. Gregor Sieber – den Sitzungssaal.*)

17.19

Obmann Mag. Dr. Martin Graf ersucht nun darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Walter Wittmann** in den Saal zu bitten.

Der Obmann **unterbricht**, da die nächste Auskunftsperson noch nicht anwesend ist, die Sitzung.

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 17.21 Uhr **unterbrochen** und um 17.32 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

17.32

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 17.32 Uhr – die unterbrochene Sitzung wieder **auf** und ersucht abermals, Herrn **Walter Wittmann** als nächste **Auskunftsperson** in den Saal zu bitten.

(Die Auskunftsperson **Walter Wittmann** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf begrüßt die Auskunftsperson, dankt für deren Erscheinen, erinnert diese an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Walter Wittmann: Name: Walter Wittmann; geboren am 23. Juni 1962; wohnhaft in 8580 Köflach; Beruf: Unternehmer.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf fragt sodann Herrn Wittmann, ob er im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter war. (Die Auskunftsperson **verneint dies**.)

Weiters weist der Obmann darauf hin, dass das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter gewahrt zu bleiben haben. Dies gelte auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Zudem weist der Obmann Herrn Walter Wittmann darauf hin, dass er auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen wurde, und fragt diesen, ob einer dieser Gründe bei ihm vorliege. (Die Auskunftsperson **verneint dies**.)

Bevor der Obmann dem ersten Fragesteller das Wort erteilt, macht er Herrn Walter Wittmann noch darauf aufmerksam, dass er die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen hat, und fragt ihn, ob er davon Gebrauch machen will. (Die Auskunftsperson **verneint dies ebenfalls**.)

Der Obmann erteilt sodann Abg. Stadler als erstem Fragesteller das Wort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Wittmann, erinnern Sie sich noch an die Telekopie, die Ihnen der Herr Rat Sieber zugestellt hat, um von Ihnen eine Unterschrift als Zustimmung zum Konkursantrag des Herrn Dr. Gehmacher im Auftrag der BAWAG zu bekommen?

Walter Wittmann: Herr Stadler, ich glaube, das ist jetzt mehr als 13 Jahre her.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich lege es Ihnen gerne vor. Sie können es sich gerne ansehen.

Walter Wittmann: Das können Sie gerne machen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück zur Einsicht vorgelegt.)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Wittmann, wie hat sich das abgespielt. Wie haben Sie davon erfahren, dass Sie ein Fax bekommen werden? Wie war das?

Walter Wittmann: Also: Ich habe gewusst, dass ich heute hier aussagen soll. Der Ladung habe ich sehr gerne Folge geleistet. Aber ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich tue mich wirklich schwer! Ich habe in den letzten Wochen und Tagen versucht, ein bisschen das Ganze zu rekapitulieren, aber das liegt 13 Jahre zurück, und ich mache jetzt etwas ganz anderes. Also ich tue mich wirklich schwer, zu schildern, wie das seinerzeit abgelaufen ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir wollen nur Ihre Erinnerung danach erfragen.

Walter Wittmann: Da muss ich sagen: Ich habe heute so gut wie keine Erinnerung mehr daran, wie das seinerzeit abgelaufen ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Wittmann, Sie sind auch an die Wahrheitspflicht erinnert worden. – Sie werden jetzt Fragen gestellt bekommen, die im Zusammenhang mit **Atomic for Sport** stehen. Da waren Sie kurzzeitig Geschäftsführer, und Sie waren Geschäftsführer bei Koflach, oder umgekehrt.

Wie viele Konkursanträge wurden Ihnen in Ihrer Laufbahn bis dato zugestellt?

Walter Wittmann: Ein einziger.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es geht nämlich auch um die Glaubwürdigkeit. Man erinnert sich am Ende doch an das eine oder andere.

Walter Wittmann: Das ist mir schon klar. Aber das genaue Procedere kann ich Ihnen nicht mehr beschreiben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich halte Ihnen jetzt einfach Sachverhalte vor, und Sie werden dann sagen, ob Sie sich daran erinnern können. Sie sind ja noch kein so alter Mann. Sie dürften sogar jünger sein als ich, und stellen Sie sich vor, ich weiß noch, was vor 13 Jahren war. Der Atomic Konkurs war nichts Alltägliches. *(Walter Wittmann: Klar!)*

So viele Konkurse werden Sie als Geschäftsführer auch noch nicht betreut haben.

Walter Wittmann: Ich habe gesagt, einen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Einen, und das ist der Atomic-Konkurs? *(Walter Wittmann: Ja!)* – Es wurde Ihnen eine Telekopie übermittelt, wo Sie unterfertigen sollen. Der Herr Dr. Sieber hat Ihnen draufgeschrieben:

Bitte rasch Empfangsbestätigung und rasche Stellungnahme zum Antrag mit firmenmäßiger Fertigung. – Das steht da drauf.

Hat es vorher ein Telefonat des Rates Dr. Sieber mit Ihnen gegeben?

Walter Wittmann: Es hat ein Telefonat gegeben, aber ich weiß nicht mehr, mit wem. Das kann ich Ihnen jetzt wirklich nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat Sie Herr Dr. Maschke angerufen und Ihnen gesagt, was Sie tun sollen?

Walter Wittmann: Nein. Ich kann mich an Herrn Dr. Maschke nicht mehr erinnern. Aber es hat ein Telefonat gegeben, da muss ich Ihnen Recht geben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Sieber hat hier ausgesagt – sofern ich mich richtig erinnere –, dass er von Dr. Maschke die Telefonnummer und die Faxnummer von Ihnen erfahren hat.

Hat Herr Kommerzialrat Rohmoser Ihnen gesagt, was Sie zu tun hätten, dass Sie das zu unterschreiben hätten?

Walter Wittmann: Daran kann ich mich ehrlich nicht mehr erinnern. (*Abg. Mag. Stadler: Nicht erinnern?*) – Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nun ist das Bemerkenswerte an dieser Telekopie, dass lediglich – und das haben wir mit dem Konkursrichter Dr. Sieber bereits geklärt – der Konkursantrag mitgefaxt wurde? (*Walter Wittmann: Ja!*)

Als Geschäftsführer der **Atomic for Sport** – als einziger damals verbliebener Geschäftsführer – hatten Sie die Geschäftsführerhaftung zu tragen und hätten natürlich all diese Dinge genau prüfen müssen. (*Walter Wittmann: Mhm!*) – Warum haben Sie nicht nach den Bescheinigungsmitteln gefragt, die dem Konkursantrag hätten angeschlossen sein müssen?

Walter Wittmann: Ich weiß nur so viel, dass wir uns telefonisch abgestimmt haben, dass wir dann auch gesprochen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer ist „wir“?

Walter Wittmann: Ich habe mich seinerzeit sicher mit Herrn Dipl.-Ing. Pierer abgesprochen, weil ja auch in diese Thematik Herr Pierer mit involviert war, wie es zu dieser kurzfristigen Übergangsgeschäftsführung gekommen ist. Aber die genaue Abfolge dieses Procedere kann ich Ihnen beim besten Willen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hatte Herr Dipl.-Ing. Pierer damals in der **Atomic for Sport GmbH** eine Rolle, eine bestimmte Funktion?

Walter Wittmann: Nein, absolut nicht, keine offizielle, gar nichts.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also, das war sozusagen eine Beratungstätigkeit, die außerhalb des Unternehmens geleistet wurde?

Walter Wittmann: Ja. Ich kenne Herrn Pierer schon länger und aus dem heraus ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dipl.-Ing. Pierer hat hier im Ausschuss ausgesagt, dass das der unnötigste Konkurs überhaupt war. – Teilen Sie diese Einschätzung?

Walter Wittmann: Der „unnötigste Konkurs“? – Ich war seinerzeit Geschäftsführer für die Koflach hauptsächlich, und aus der Koflach-Sicht heraus weiß ich, was ich zu tun gehabt habe und wie die einzelnen Schritte sich fortlaufend bewegt haben. Es war eben so: Ich habe dem Eigentümer gegenüber, dem Kommerzialrat Alois Rohmoser, auch – wie soll ich sagen – eine bestimmte Weisungsgebundenheit gehabt, auch eine bestimmte Verpflichtung gesehen, weil wir in der Zeit, wo ich bei Koflach Geschäftsführer war, doch, glaube ich, einige Jahre hindurch einen sehr guten Job

gemacht haben. Was dann wirklich passiert ist aus dieser Abfolge heraus, zu der Sie mich jetzt genau befragen, tue ich mir wirklich schwer, das genau zu sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die ist aber schon von entscheidender Bedeutung, und es kann durchaus sein, das sage ich Ihnen gleich dazu, dass ich nicht der Letzte sein werde, der Sie danach fragt.

Walter Wittmann: Das kann schon sein, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sehr zum Missfallen des Herrn Dr. Sieber hat ihn hier spät, aber doch noch die eigene Vergangenheit eingeholt, und es ist nicht auszuschließen, dass das weiter Institutionen dieses Landes beschäftigen könnte.

Nun sage ich Ihnen noch einmal, Sie wissen, als Geschäftsführer hätten Sie diesen Konkursantrag überprüfen müssen, bevor Sie eine firmenmäßige Fertigung irgendeiner Erklärung, auf die ich dann später noch komme, abgeben. Haben Sie jemals in der Atomic for Sport eine andere Zustellung bekommen als diese Zustellung des Konkursantrages?

Walter Wittmann: Ich persönlich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, nicht Sie persönlich, nicht Sie, an den Herrn Walter Wittmann, sondern an Atomic for Sport?

Walter Wittmann: Ich weiß von diesem Fax, dass dieses Fax gekommen ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sonst hat es keine weitere Zustellung gegeben?

Walter Wittmann: Ich kann mich jetzt momentan daran nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das korrespondiert mit der Aussage von Dr. Sieber, der auch keine weitere Zustellung nennen konnte. Das heißt, das war die einzige Zustellung.

Auf Grund dieser Zustellung haben Sie schließen müssen, dass es sich um den Atomic-Konkurs handelt? Weil die Kopie lautet lediglich:

An Firma Koflach Sport GmbH & CoKG, zu Handen Herrn Geschäftsführer Walter Wittmann; dann kommt Ihre Telefaxnummer; Seitenanzahl: 6, Antrag auf Konkurseröffnung; dann folgt der bereits zitierte Text.

Bei dieser Zustellung ist mit keinem Wort von Atomic for Sport die Rede. – Wer hat Sie informiert, dass so etwas kommen wird?

Walter Wittmann: Weiß ich nicht mehr genau, keine Ahnung. Wir haben telefoniert, das weiß ich, es hat zig Telefonate gegeben, zig Telefonate, die sind geführt worden mit Herrn Rohmoser seinerzeit, bevor es eben zu dieser Konkurseröffnung gekommen ist. Aber welche Telefonate dann nach diesem Telefax oder kurz bevor mit wem geführt worden sind, weiß ich leider nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das Telefax ist weggefaxt worden beim Landesgericht Salzburg am 16.9. um 10.45 Uhr. In der Mittagszeit – ich weiß jetzt nicht genau, wann, aber jedenfalls in der Mittagszeit, das hat Herr Dr. Sieber heute hier referiert – haben Sie bereits die Erklärung zurückgefaxt.

Walter Wittmann: Ja. Also Sie können davon ausgehen, dass ich sicher nichts zurückgefaxt habe, ohne mich mit jemandem abgestimmt zu haben oder gesprochen zu haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, aber dann müssen Sie ja noch wissen, mit wem.

Walter Wittmann: Das weiß ich jetzt eben nicht mehr. Ich kann nur sagen, wer meine Vertrauenspersonen zu dieser Zeit waren. Zu dieser Zeit waren meine Vertrauenspersonen eben, auch wenn außerhalb gelagert, Dipl.-Ing. Stefan Pierer und Herr Kommerzialrat Alois Rohrmoser.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie einen Anhaltspunkt gehabt, dass Herr Dipl.-Ing. Pierer den vollen Konkursantrag samt allen Beilagen kennt?

Walter Wittmann: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie haben keinen Anhaltspunkt gehabt, dass er das gekannt hätte?

Walter Wittmann: Zu diesem Zeitpunkt ... – Ich kann Ihnen nichts anderes dazu sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie meinen Sie, „nichts anderes“? Hat er gehabt oder hat er nicht gehabt?

Walter Wittmann: Weiß ich nicht. Kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hatten Sie den Eindruck aus den Gesprächen, ob er Kenntnis hat vom Inhalt des Konkursantrages?

Walter Wittmann: Kann ich Ihnen auch nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, ich sage Ihnen, es ist ein bisschen problematisch, dass Sie so etwas unterfertigen, ohne dass Sie die Beilagen kennen.

Ich berichte Ihnen jetzt – vielleicht ist das für Sie das erste Mal, dass Ihnen das jemand mitteilt, aber das ändert nichts daran, Sie haben damals als Geschäftsführer die volle Haftung getragen; es ist nicht meine Aufgabe, jetzt Geschäftsführerhaftung geltend zu machen, das sage ich Ihnen gleich dazu, da brauchen Sie nicht geschreckt zu sein –, dass bei diesem Konkursantrag Bescheinigungsmittel angeschlossen waren. Diese Bescheinigungsmittel sind samt und sonders Forderungen, die alle gegen Herrn Kommerzialrat Rohrmoser persönlich gerichtet sind. Da ist keine einzige Forderung dabei, die gegen Atomic for Sport gerichtet ist.

Walter Wittmann: Herr Stadler, Sie können davon versichert sein, dass ich sicher keinen einzigen Schritt getroffen oder eingeleitet habe, ohne mir das Feedback oder die Rückendeckung von Herrn Rohrmoser geholt zu haben. Also das wäre absurd, absolut absurd.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Anders gefragt: Wenn Sie diese Bescheinigungsmittel gesehen hätten, dass hier keine einzige Forderung gegen Atomic for Sport gerichtet ist, bescheinigt ist, hätten Sie dann diese Erklärung unterfertigt?

Verstehen Sie mich? Um Ihnen das klarzumachen: Sie vertreten – nach dem Rücktritt des Herrn Schrenpf – als allein übrig gebliebener Geschäftsführer eine GmbH. Gegen diese GmbH wird ein Konkursantrag gestellt, dieser Konkursantrag wird Ihnen durchgefakt. Dieser Konkursantrag hat als Beilagen Bescheinigungsmittel, wo die Schulden, die im Konkursantrag behauptet werden, gegen die GmbH bescheinigt sind. Der Richter fackt Ihnen aber genau diese Bescheinigungsmittel nicht mit, weil nämlich aus den Bescheinigungsmitteln erkennbar ist, dass die Forderungen alle gegen den Herrn Kommerzialrat Rohrmoser persönlich lauten, aber keine einzige gegen Atomic for Sport GmbH.

Walter Wittmann: Sie sind sicher Experte aus dem heraus ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist ganz simpel, für jeden Geschäftsführer nachvollziehbar.

Walter Wittmann: Ja, ja, aber ich habe Ihnen schon vorher gesagt, dass ich keinen der Schritte, die ich auch nachfolgend vollzogen habe, sprich jetzt dieses Telefax erhalten habe, durchgeführt habe, ohne das mit dem Kommerzialrat Alois Rohrmoser ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Gesellschafterweisung vom Herrn Rohrmoser bekommen?

Walter Wittmann: Wenn Sie jetzt auf einen Formalismus ansprechen: in schriftlicher Form sicher nicht, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es könnte ja auch eine mündliche Weisung gewesen sein.

Walter Wittmann: Na ja, mündlich – ich habe Ihnen vorher schon gesagt, dass ich das, was ich durchgeführt habe, immer nur in Rücksprache mit Herrn Rohrmoser gemacht habe oder in Abstimmung mit dem Team. Aber was genau dort die Worte waren, Herr Stadler, kann ich Ihnen heute wirklich nicht mehr sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es hätte Ihnen aber nicht erspart, diese Bescheinigungsmittel selbst zu prüfen. Jetzt fingieren wir einmal, dass Sie diese Bescheinigungsmittel gekannt hätten, und es wäre Ihnen aufgefallen, dass hier die ganzen Forderungen gegen Rohrmoser persönlich lauten. Das kann ja durchaus auch in der Absicht des Herrn Rohrmoser gewesen sein zu sagen: Na ja, das ist ganz gut, wenn meine Schulden von der GmbH jetzt abgedeckt werden. Das ist ja auch eine denkbare Variante. Sie haben ja zunächst nicht die Interessen Rohrmosers zu vertreten, sondern der Gesellschaft als Ganzen, wer immer Gesellschafter ist. Und Sie stellen fest, die ganzen Bescheinigungsmittel lauten ja gar nicht auf die GmbH, sondern die lauten ja alle auf den Gesellschafter Rohrmoser alleine und privat, wo ja schon ein Konkursantrag läuft.

Walter Wittmann: Ja, ja, wir sprechen aber jetzt hier über etwas, wo ich vorhin schon gesagt habe, dass diese Unterlagen eben nicht in diesem Ausmaß durchgelesen worden sind. Das haben Sie ja selbst auch schon gesagt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, Sie haben sie gar nicht bekommen, ich frage Sie ja daher, wie Sie dann Ihre Entscheidung getroffen haben.

Walter Wittmann: Ich habe Ihnen vorhin schon gesagt, dass ich mich immer mit Herrn Rohrmoser abgestimmt habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, aber der kann ja eine eigene Interessenlage haben, das müssen Sie ja in Rechnung stellen, dass dieser sagt, okay, das ist mir egal, was mit der GmbH passiert, Hauptsache, die Schulden, die gegen mich laufen, werden jetzt bei der GmbH eingetrieben. Das ist ja denkbar.

Achselzucken können wir leider nicht zu Protokoll nehmen.

Walter Wittmann: Denkbar, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Daher hätten Sie die Aufgabe gehabt, das zu überprüfen, ob die Bescheinigungsmittel vorliegen oder nicht.

Walter Wittmann: Nochmals: Ich habe mit Herrn Rohrmoser die Schritte besprochen. Das heißt, wenn ich etwas unterschrieben habe, dann ist es dann passiert, nachdem ich das abgestimmt habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bleiben wir noch bei dem, was Sie unterschrieben haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich da kurz zwischenfragen. Es klingt ja glaubhaft, dass Sie mit Kommerzialrat Rohrmoser Rücksprache gehalten haben. Jetzt unterstelle ich einmal, dass Rohrmoser diesen Konkursöffnungsantrag samt Beilagen nicht in Händen gehalten hat, als er mit Ihnen Rücksprache gehalten hat, weil er ihm nie zugestellt wurde. Sie haben einen Konkursöffnungsantrag mittels Telefax bekommen und innerhalb von zwei Stunden eine weitreichende Entscheidung getroffen. Auf Basis welcher Grundlage ist da gesprochen worden?

Walter Wittmann: Ob der Herr Rohrmoser auch das Fax als solches erhalten hat, das weiß ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das hat er nicht erhalten, er war ja nicht Zustelladressat, und das hat auch Herr Dr. Sieber gesagt, dass dieser Konkursöffnungsantrag ausschließlich Ihnen zugestellt wurde. Das heißt: Auf welcher Basis hält man da Rücksprache? Haben Sie ihm das vorgelesen, oder haben Sie ihm erzählt, worum es da geht?

Walter Wittmann: Wir haben sicher über das gesprochen, ganz klar. Soweit ich mich erinnern kann, ist das auch noch irgendwohin von uns aus geschickt worden. Aber ich weiß jetzt nicht mehr, an wen. Sie müssen davon ausgehen, es ist 13 Jahre her. Ich weiß nicht mehr, wo die Unterlagen hingekommen sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber Sie können ja nur das weiterschicken, was Sie selbst erhalten haben.

Walter Wittmann: Ich habe sicher nicht etwas erfunden oder selbst kreiert. Ganz klar.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, was immer Sie wem geschickt haben, ist es nur das gewesen, was Sie selber vom Richter Sieber bekommen haben.

Walter Wittmann: Ganz klar, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Daher ist schon die Frage, wie man über etwas Rücksprache hält, ohne dass man die Beilagen kennt.

Sie sind ja noch nicht einmal im Firmenbuch eingetragen gewesen, sondern Sie waren bestellt, aber noch nicht eingetragen im Firmenbuch. Das hat auch nur eine deklarative Wirkung, ist juristisch daher relativ belanglos. Und wenn Sie eine weitreichende Entscheidung zu treffen haben, ist es logisch, dass Sie da Rücksprache halten. Nur: Auf welcher Basis haben Sie Rücksprache gehalten?

Waren Sie persönlich als Geschäftsführer der Meinung, dass die Firma Atomic for Sport, wo Sie Geschäftsführer waren, konkursreif ist?

Walter Wittmann: Ich habe auf Grund der Anweisungen, die ich nach Rücksprache mit Herrn Rohrmoser zumindest gemacht habe, auch die dementsprechende Unterschrift geleistet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber als Geschäftsführer hat man durchaus auch Aufgaben wahrzunehmen. Das heißt, wenn man Geschäftsführer einer Firma ist, die insolvent ist, dann hat man ja Fristigkeit zu wahren, um selbst irgendetwas zu beantragen. Wie Sie Geschäftsführer geworden sind, haben Sie sich sicher einmal einen Überblick verschaffen müssen. Hatten Sie einen oder hatten Sie keinen?

Walter Wittmann: Dafür hat es sehr wahrscheinlich die Zeit nicht gegeben, aber wie Sie richtig erkannt haben, Herr Stadler, ist innerhalb von zwei Stunden später die Unterschrift bereits eingetroffen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte jetzt bei dieser Unterschrift bleiben. Wer hat Ihnen den Text der Erklärung aufgesetzt?

Walter Wittmann: Was aufgesetzt?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Den Text dieser Erklärung, die Sie dann zurückgefaxt haben an das Landesgericht Salzburg.

Walter Wittmann: Es könnte sein ... – Ich weiß es nicht mehr. Vielleicht war es ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Kann man die der Auskunftsperson vorhalten?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe es jetzt nicht da, die ist im Konkursakt drinnen. Aber der Kollege hat sie.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage ist: Haben Sie den Text selbst verfasst?

Walter Wittmann: Ich selbst habe das sicher nicht verfasst.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie irgendjemanden angewiesen, dass er ihn verfasst?

Walter Wittmann: Ich habe eine Sekretärin gehabt bei Koflach, und diese Sekretärin hat immer nur auf Anweisung hin gearbeitet. (*Obmann Dr. Graf: Von Ihnen?*) – Wenn ich eine Anweisung dort erhalten habe, sicher auf Anweisung von mir.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt wird der Anhörungsperson das Antwortfax zum Konkurseröffnungsantrag vorgehalten.

Können Sie sich an dieses Schreiben erinnern? Ist das Ihre Unterschrift?

Walter Wittmann: Ja, das ist meine Unterschrift.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer ist für die Formulierung dieses Textes verantwortlich?

Walter Wittmann: Das ist sicher weder vom Herrn Rohrmoser gekommen noch von, sage ich einmal, unserem beratenden Kreis darüber hinaus, Herrn Bierauer (*phonetisch!*). Wer ihn formuliert hat, Herr Stadler, weiß ich nicht. Aber es ist sicher von außen gekommen, gar keine Frage.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber Sie können ausschließen, dass er von Rohrmoser kam?

Walter Wittmann: Von Herrn Rohrmoser ist er sicher **nicht** gekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Von Dipl.-Ing. Pierer?

Walter Wittmann: Kann ich mir nicht vorstellen, dass es von Herrn Pierer gekommen ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer käme noch in Frage, der Ihnen so einen Text formuliert?

Walter Wittmann: Sehr wahrscheinlich ist er aus dem Gericht heraus gekommen. Keine Ahnung, wo der Konkurseröffnungsantrag ausgegangen ist, weiß ich nicht, aber könnte durchaus sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben die Vermutung, dass Ihnen vom Gericht auch dieses Blatt schon vorgegeben wurde?

Walter Wittmann: Vorgegeben – zumindest so, dass wir den Text verfasst haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha, das heißt, dass man Ihnen textlich am Telefon ...? Oder wie hätte sich das abspielen sollen?

Walter Wittmann: Wenn ich das genau wüsste, könnten Sie versichert sein, dass ich es Ihnen jetzt sagen würde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie sind aber nicht der Autor dieses Textes selber?

Walter Wittmann: Nein, sicher nicht. Ich habe bis zu diesem Zeitpunkt mit derartigen Dingen nichts zu tun gehabt und danach auch nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Kreis jener Personen, die so etwas für Sie formuliert haben könnten, ist der einengbar?

Walter Wittmann: Das ist eine Mutmaßung. Also da tue ich mich wirklich schwer.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie mit Herrn Dr. Maschke Kontakt gehabt in dieser Zeit?

Walter Wittmann: Maschke ist ein Begriff für mich, aber welcher ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dr. Maschke war der Rechtsanwalt von Rohmoser in dessen Privatangelegenheiten.

Walter Wittmann: Mit Maschke habe ich sicher nicht so oft zu tun gehabt wie nachher zum Beispiel, wie die Eröffnung war, mit Dr. Vavrovsky oder auch danach am Gericht in Salzburg mit Dr. Sieber.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht können wir mit Ausschlüssen arbeiten, indem wir ganz einfach abfragen.

Könnte sein, dass es von Dr. Maschke formuliert wurde?

Walter Wittmann: Weiß ich nicht. Könnte sein, weiß ich aber nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also Sie halten es für möglich, dass es auch von Dr. Maschke stammt.

Walter Wittmann: Ich kann weder zustimmen noch es ausschließen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dr. Gehmacher?

Walter Wittmann: Ist mir auch ein Begriff, aber weiß ich auch nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Wittmann, jetzt bei allem Respekt: Das war der Antragsteller, und Sie waren Geschäftsführer. Sind Sie sich über die Tragweite Ihrer Haftung im Klaren?

Walter Wittmann: Ja, ist mir schon klar.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben eine Weltmarktfirma dort als Geschäftsführer vertreten.

Walter Wittmann: Ich weiß schon.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): In der schwierigsten Phase der Firmengeschichte.

Walter Wittmann: Schwierig war die Phase auch davor schon.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, schon, aber eine schwierigere Phase für ein Unternehmen, als dass gerade der Konkursantrag gestellt wird, ist nicht denkbar.

Walter Wittmann: Ja, da bin ich zu 100 Prozent bei Ihnen, nur, Sie dürfen davon ausgehen, dass, wie ich gesagt habe, ... – Sie können mir sehr gerne sagen, dass ich vielleicht bestimmte Regelkreisläufe nicht eingehalten habe, da bin ich zu 100 Prozent bei Ihnen, aber die Tatsache ist ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, das ist, glaube ich, gar nicht der Fall. Die Frage ist: Hätte man Sie drei Monate danach gefragt, hätten Sie sich dann noch erinnern können, was Sie getan haben?

Walter Wittmann: Davon können Sie ausgehen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wann ist ungefähr der Zeitpunkt des Vergessens bei Ihnen eingetreten?

Walter Wittmann: Ich beschäftige mich seit mehr als zehn Jahren mit einem ganz anderen Thema.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, vor etwa zehn Jahren haben Sie begonnen, das alles zu vergessen?

Walter Wittmann: Ich bin wirklich kein Mensch, der in der Vergangenheit lebt. Die Thematik **Atomic** war schwertragend, da bin ich bei Ihnen, aber die Tatsache ist ... – Sie können mich heute, 13 Jahre danach, nicht fragen, mit wem ich genau zu welchem Zeitpunkt was wie und wo gesprochen habe. Da tue ich mich schwer. Da hätte ich auch die Möglichkeit haben müssen, diese Unterlagen vorher aufzubereiten, mich mit ehemaligen Mitarbeitern abzusprechen und, und, und.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie Aufzeichnungen über Ihre Kontakte damals geführt?

Walter Wittmann: Wie ich von der Koflach oder Atomic seinerzeit nach der Übernahme durch AMER Sports ausgeschieden bin, habe ich klarerweise keine Unterlagen mitgenommen. Ich habe nichts mitgenommen, überhaupt nichts!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich den Vorsitzenden einmal fragen: Ist der Auskunftsperson der Untersuchungsgegenstand nicht mitgeteilt worden? (*Obmann Dr. Graf: O ja!*) – Was glauben Sie, wozu wir Sie heute fragen werden?

Walter Wittmann: Ja, ich weiß schon, dass Sie mich fragen, aber über ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, zu welchem Gegenstand wir Sie fragen. Es ist Ihnen ja mitgeteilt worden. Sie hätten ja die Möglichkeit gehabt, sich vorzubereiten.

Walter Wittmann: Ich habe keine Unterlagen gehabt, Herr Stadler. Ich habe heute keine Unterlagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben gesagt, Sie würden dann Ihre Freunde von damals anrufen.

Walter Wittmann: Ich habe nicht gesagt, Freunde, ich habe gesagt, ehemalige Mitarbeiter hätte ich fragen können, ob die vielleicht noch etwas wissen. Da hätte ich meine Sekretärin fragen können, ob sie noch etwas weiß, wer diesen Schriftsatz hereingeschickt hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wieso soll die Sekretärin ein besseres Erinnerungsvermögen haben als Sie? Warum unterstellen Sie das?

Walter Wittmann: Ich unterstelle es nicht, ich sage ganz einfach nur, ich hätte auch hier fragen können.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage ist: Sind Sie unter Druck gesetzt worden, eine derartige Unterschrift zu leisten? An das kann man sich vielleicht noch erinnern.

Walter Wittmann: Ja, da haben Sie 100-prozentig recht. Wenn Sie davon ausgehen, dass wir zwei Stunden Zeitspanne gehabt haben zwischen dem Fax und der Unterschrift, dann ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Davon gehe ich nicht aus, weil man hat eine größere Zeitspanne. Niemand ist verpflichtet, innerhalb von zwei Stunden einem Konkurs zuzustimmen. Das kann man durchaus auch am nächsten Tag noch unterschreiben.

Walter Wittmann: Da bin ich auch bei Ihnen, aber aus dem heraus, dass innerhalb von zwei Stunden meine Unterschrift geleistet wurde, ist sicher eine erhöhte Anspannung da drinnen gewesen. Davon kann man ausgehen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Eine erhöhte Anspannung? (*Walter Wittmann: Ja!*) Das gestehe ich Ihnen zu, dass so etwas da ist, denn das ist ja nur normal, sage ich einmal.

Die Frage, die ich gestellt habe, ist aber: Sind Sie von jemandem Außenstehenden oder Innenstehenden unter Druck gesetzt worden, diese Unterschrift zu leisten?

Walter Wittmann: Ich habe diese Unterschrift sicher nur nach Rücksprache mit Herrn Rohmoser geleistet. Wie oder welche vielleicht – wie Sie es ansprechen – Druckmittel hier zusätzlich verwendet wurden, kann ich Ihnen nicht sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie schließen es nicht aus, dass Sie Herr Rohmoser unter Druck gesetzt hat?

Walter Wittmann: Herr Rohmoser hat mich sicher nicht unter Druck gesetzt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut. Denn sonst wäre es so stehen geblieben.

Das heißt, Herr Rohmoser hat keinen Druck Ihnen gegenüber ausgeübt?

Walter Wittmann: Nein, sicher nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben andere Personen Druck ausgeübt, dass Sie diese Unterschrift leisten?

Walter Wittmann: Ich bin aufgefordert worden, das Ganze zu unterschreiben und zurückzuschicken. Aber von wem, Herr Stadler, das weiß ich nicht mehr.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie sind aufgefordert worden: Herr Dr. Sieber hat Ihnen das Fax geschrieben!

Walter Wittmann: Ja, dann wird es schon so passen. Dann wird es schon so stimmen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt jetzt aber auch: Schriftstücke erzeugen natürlich *auch* Druck (*Walter Wittmann: Ja, klar!*), aber den meine ich nicht. Ich meine, da hat man angemessene Fristen, so etwas kann man sich überlegen. Das kann man sich zwei Tage überlegen, da geht die Welt nicht unter. (*Walter Wittmann: Ja!*)

In zwei Stunden so etwas Weitreichendes zu unterschreiben – wenn der Alleineigentümer der Geschäftsanteile keinen Druck ausübt, muss ja irgendwer anderer zu Ihnen irgendetwas gesagt haben, *neben* dem Schriftstück! – Und jetzt kommen wir da hin.

Walter Wittmann: Da können Sie schon davon ausgehen, dass es so war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat Herr Pierer Druck ausgeübt?

Walter Wittmann: Nein, Herr Pierer hat sicher auch keinen Druck ausgeübt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer hat dann Druck ausgeübt?

Walter Wittmann: Ich weiß es nicht mehr.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Sekretärin?

Walter Wittmann: Nein. (*Obmann Dr. Graf: Die war es auch nicht? – Gut.*) Die Sekretärin auch nicht, nein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Kann es sein, dass Herr Dr. Sieber bei Ihnen Druck ausgeübt hat?

Walter Wittmann: Ob es sein kann, dass Herr Dr. Sieber oder wer anders den Druck ausgeübt hat, das weiß ich nicht mehr. Ich habe nur auf das hin dann reagiert, weil eben das Telefax hereingekommen ist, und ich habe auf das hin, bevor ich eine Unterschrift geleistet habe, mich abgestimmt. Woher der Druck gekommen ist, da kann ich Ihnen momentan leider nicht helfen; das kann ich Ihnen nicht sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Würde es Ihnen helfen, wenn Sie eine Nachdenkpause haben?

Walter Wittmann: Zehn Minuten würden sicher nicht ausreichen, nein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, bis zu sechs Wochen ist die Möglichkeit, dass man in Beugehaft geht. Reicht das dann, dass man sich erinnert? (*Abg. Mag. Stadler: Das ist nicht lustig!*)

Walter Wittmann: Ich weiß! Aber Sie können davon ausgehen, dass ich Ihnen nichts vorenthalten möchte. Sie wollen von mir einen Namen haben, und ich kann Ihnen aber jetzt keinen Namen nennen. Ich kann Ihnen leider keinen Namen nennen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Schauen Sie, Sie versuchen sich, hier jetzt vorsichtig zu bewegen, vielleicht auch aus der Sorge, weil Sie niemanden belasten wollen, oder weil Sie vielleicht auch mitbekommen haben, dass jeder, der etwas sagt, was vielleicht den Betreibern dieses Konkurses nicht angenehm ist, mit Klagen eingedeckt werden kann et cetera. Das kann ja auch eine Möglichkeit sein, dass das Erinnerungsvermögen dann ein bisschen verschwunden ist.

Walter Wittmann: Nein, da kann ich Sie beruhigen, das ist sicher keine Möglichkeit. Da kann ich Sie hundertprozentig beruhigen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und daher: Sie haben hier eine Wahrheitspflicht (*Walter Wittmann: Das weiß ich!*), und wir haben auch – das sage ich ganz offen – darüber zu befinden, ob wir die Aussage, die eine Auskunftsperson unter Wahrheitspflicht macht, in der Würdigung so sehen, dass wir das glauben.

Und da ist schon die Frage – weil das kein alltäglicher Fall ist, dass man binnen zwei Stunden so etwas unterschreibt –: Sie selber sagen, Sie sind unter Druck gestanden und man hat Druck ausgeübt, Sie können sich aber an die Person nicht erinnern.

Jetzt versuchen wir, es einzugrenzen. – Der Herr Verfahrensanwalt hat Ihnen jetzt hoffentlich nicht gesagt, dass Sie sagen sollen, Sie können sich an gar nichts mehr erinnern.

Walter Wittmann: Nein, hat er mir nicht gesagt. Er hat mich bis jetzt in keinsten Weise unterbrochen. Er hat mich nur gefragt, ob das für mich auch überraschend war, dass es zu diesem Konkursantrag gekommen ist oder ob schon vorher darüber geredet worden ist. Ich habe ihm gesagt, es war für mich **auch** überraschend.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also für Sie war das überraschend, dass dieses Fax bei Ihnen einlangt?

Walter Wittmann: Ja, sicher.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Können Sie sich noch erinnern: Waren Sie zu diesem Zeitpunkt, wo das Fax gekommen ist, überhaupt in greifbarer Nähe?

Walter Wittmann: Ich war sicher da. Ich weiß nur nicht mehr genau, wie das gelaufen ist. Ich glaube, dass meine Sekretärin mich geholt hat und gesagt hat, es kommt etwas herein. Aber ich weiß nicht mehr genau, wo ich war: war ich in der Produktion unterwegs oder war ich in meinem Büro – keine Ahnung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber wenn so etwas hereinkommt, läuten ja üblicherweise Alarmglocken.

Walter Wittmann: Ja, die Alarmglocken haben ja geläutet. Davon können Sie ausgehen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann eilt man rasch hin, und dann versucht man, sich ein Bild zu verschaffen. (*Walter Wittmann: Ja!*) – Ich gehe einmal davon aus, dass Sie das gemacht haben. Sie haben auch mit Pierer und Rohrmoser gesprochen, beide haben gesagt: Ja, das ist bedauerlich!, Druck ist aber keiner ausgeübt worden. – Irgendeiner muss Ihnen ja gesagt haben: Das musst du schnell unterschreiben und zurückschicken!

Walter Wittmann: Es sind dann Telefonate definitiv geführt worden. Jetzt muss ich noch einmal sagen: Ich weiß nicht, ob es mit dem Herrn Maschke war, ob es mit dem Herrn Dr. Sieber war oder sonst jemandem. Es sind sicher Telefonate geführt worden, bevor ich diese Unterschrift dann geleistet habe. (*Abg. Mag. Stadler: Zur Geschäftsordnung!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Eine Frage noch, dann Geschäftsordnung. – Können Sie ausschließen, dass Herr Dr. Vavrovsky mit Ihnen telefoniert hat?

Walter Wittmann: Kann ich nicht ausschließen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Er gehört auch zu dem Kreis derer, sozusagen, die vor Ihrer Unterschriftsleistung mit Ihnen unter Umständen telefoniert haben?

Walter Wittmann: Ich kann es nicht ausschließen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Hoher Ausschuss! Herr Vorsitzender! Ich glaube, dem Umstand, dass die Auskunftsperson heute gesagt hat, dass sie unter Druck stand, aber nicht von Kommerzialrat Rohrmoser und nicht von Pierer, kommt erhebliche Bedeutung zu. Sie hat ferner ausgesagt, dass sie noch etwas mehr Zeit braucht, um sich sachkundig zu machen, um eine Aussage zu tätigen.

Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder Sie teilen uns das innerhalb nützlicher Frist zu Händen des Ausschussvorsitzenden schriftlich mit – oder ich bin dafür und stelle dann auch den Antrag, diese Befragung jetzt abubrechen, weil es wirklich keinen Sinn hat, aber dafür einen neuen Ladungsbeschluss zu fassen, sollte nicht innerhalb nützlicher Frist eine derartige Beauskunftung von Ihnen in schriftlicher Form bei uns einlangen, weil dieser Umstand, ob Sie unter Druck gesetzt wurden oder nicht, und insbesondere von wem, für diesen Untersuchungsausschuss und für den Untersuchungsgegenstand von erheblicher Bedeutung ist.

Walter Wittmann: Da bin ich bei Ihnen. Ich stimme Ihnen da auch zu. Aber trotzdem kann ich Ihnen jetzt den Namen nicht sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es ist aber im Bereich des Möglichen, dass Sie sich wieder kündigt machen oder dass durch Einschau in Unterlagen oder Rücksprache mit

gewissen Personen – die mir jetzt egal sind, wie sie heißen – diesbezüglich Erhellendes hervorkommt?

Walter Wittmann: Klar. Und ich werde dem auch klarerweise nichts entgegenhalten. Ganz klar.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann schlage ich vor, dass wir kurz die Sitzung unterbrechen, und ich bitte die Fraktionsführer zu mir. – Und ich bitte auch darum, dass die anderen Ausschussmitglieder im Saal bleiben.

Die Sitzung ist kurzfristig **unterbrochen**.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 18.07 Uhr **unterbrochen** und um 18.11 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

18.11

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**.

Die Auskunftsperson hat mir jetzt mitgeteilt – und wird es dann auch wiederholen –, dass der Anruf aus dem Kreis Maschke, Vavrovsky oder Sieber gekommen ist oder sein muss, dass sie unter Umständen eruieren könnte, wer es konkret war, und uns das auch schriftlich mitteilt.

Ich habe zu dem Punkt noch gesagt – die Befragung ist dann noch nicht zu Ende –: Wenn Sie uns das bis Mitte nächster Woche schriftlich zukommen lassen, dann wird es sicher nicht mehr notwendig sein, dass wir Sie zur Anhörung noch einmal laden. Wenn nicht, dann behalten wir uns vor, Sie noch einmal zu laden.

Ich würde Sie jetzt bitten – denn ich kann nicht für Sie etwas zu Protokoll geben –, dass Sie das auch entsprechend wiederholen. Ich stelle Ihnen jetzt der Form halber die Frage:

Können Sie den Kreis derjenigen, die Sie angerufen haben und unter Umständen auf Sie Druck ausgeübt haben, einschränken?

Walter Wittmann: Das sind die drei vorhin genannten Personen, die mir jetzt in Erinnerung sind, also eben Dr. Sieber, Dr. Vavrovsky und Herr Maschke. Aber ich kann nicht mehr sagen, woher das gekommen ist. Ich kann eben bis Mitte nächster Woche noch einmal recherchieren und auch mit der ehemaligen Sekretärin schauen, ob da irgendetwas aufliegt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Wittmann, ich würde Sie jetzt ersuchen, ein Schriftmittel in die Hand zu nehmen und sich ein paar Stichworte zu machen, denn ich werde Ihnen jetzt ein paar Daten mitgeben, die können wir Ihnen nicht kopieren. – Sie haben einen Zettel dort. Bitte halten Sie sich folgende Daten fest:

Sie wurden am 16. September 1994 vom Konkursgericht – es ist nicht ganz sicher, ob es der Konkursrichter persönlich war, aber es könnte sein, dass es der Konkursrichter persönlich war; jedenfalls vom Konkursgericht – angerufen, und dort wurde Ihre Empfangsbereitschaft abgeklärt, und es wurde festgehalten, dass Sie empfangsbereit sind, ein Fax des Konkursgerichtes zu empfangen.

Daraufhin wurde Ihnen mit Telefax an die Koflach Sport GmbH & Co KG – brauchen Sie die Faxnummer? – mit einem Deckblatt der Konkursantrag der BAWAG, vertreten

durch den Rechtsanwalt Dr. Gehmacher von Preslmayr und Partner, durchgefaxyt. Es wurde Ihnen nur der Konkursantrag durchgefaxyt, nicht die Beilagen. – Dieses Fax ist bei Ihnen eingegangen um 10.45 Uhr am 16.9.

Sie haben dann zwei Mal an das Landesgericht Salzburg zurückgefaxyt: zwei Mal textidentische Erklärungen, einmal mit der Unterschrift des Herrn Pilotto – ppa Pilotto – und einmal ohne Unterschrift Pilotto.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist das beide Male vom ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Von Koflach! Beide Male von Koflach, und es heißt hier auf dem Fax:

16.9.1994. An das Landesgericht Salzburg, zu Händen E. H. Mayer.

Das eine Fax ist von 12.41 Uhr, ...

Walter Wittmann: Welches? Mit „ppa Pilotto“?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wissen wir nicht. Wir haben nur das Fax-Deckblatt. – Pardon! Nein, das wissen wir sehr wohl:

Das mit „ppa Pilotto“ ist von 12.41 Uhr, mit dem eigenhändigen Zusatz „ppa Pilotto“. – Es ist schon mit Maschine „ppa Pilotto“ draufgeschrieben, aber unterschrieben „ppa Pilotto“ ist das mit der Fax-Kennung von 12.41 Uhr; und das Zweite, ohne eine Unterfertigung des Herrn Pilotto, ist von 12.49 Uhr, wiederum an: zu Händen E. H. Mayer.

Es geht jetzt um die zentrale Frage, wer Sie unter Druck gesetzt hat, diese Erklärung zu unterschreiben. Das ist die zentrale Frage, und um die geht es. Und ich kann hier schon im Ausschuss ankündigen: Wenn das nächste Woche nicht da ist, dann werde ich mit absoluter Sicherheit den Antrag stellen, die Auskunftsperson noch einmal zu laden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Können wir jetzt auch noch hinsichtlich des Drucks von Ihnen in Erfahrung bringen, in welcher Art dieser war, oder müssen Sie da auch nachforschen?

Walter Wittmann: Die Druckdefinition?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich nur eine Klarstellung machen: Mein Mitarbeiter macht mich zu Recht darauf aufmerksam, dass dieser Zusatz „Falls erforderlich: ppa Pilotto“ wahrscheinlich auf dem angekommenen Fax sodann vom Richter mitgenommen wurde und dann hier unterfertigt wurde. Das ist mit hoher Wahrscheinlichkeit der Fall, sodass Sie das zwei Mal ohne diesen Zusatz bloß mit Ihrer Unterschrift ans Gericht gefaxyt haben. – Das ergibt sich aus der Aktenlage. Das heißt, Sie dürften diesen Zusatz hier unten nie draufgehabt haben bei dem, was Sie gefaxyt haben.

Walter Wittmann: Aber das könnte man schauen – vielleicht weiß das meine Sekretärin noch. Das kann durchaus sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, schon. Aber es wäre mit der Aktenlage und mit den bisherigen Aussagen in schwerem Widerspruch. Es ist daher eher davon auszugehen, dass Sie zwei Mal die gleiche Erklärung mit Ihrer Unterschrift durchgefaxyt haben, an E. H. Mayer beim Landesgericht Salzburg, und der Richter dann dieses Exemplar, nämlich das zuvor durchgefaxyte Exemplar, mitgenommen hat – das ergibt sich auch aus der Aussage des Dr. Sieber – und dass dieser Zusatz „Falls Unterschrift erforderlich: ppa Pilotto“ dann auf dem Autodach geleistet wurde. – Das ist diese berühmte Autodach-Aktion gewesen.

Das heißt also, bei Ihnen dürfte es sich beide Male um identische Erklärungen gehandelt haben, die Sie zur Sicherheit zwei Mal hingefaxt haben.

Es geht also nur mehr darum: Wer hat Sie dazu bestimmt, das zu unterfertigen? Wer hat Sie unter Druck gesetzt? Und wer hat von Ihnen verlangt, dass Sie es zwei Mal tun?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Genau. Und die Frage ist noch einmal die Druckdefinition. – Bitte, schön. Sie sind dran.

Walter Wittmann: Ja, ich werde da, wie gesagt, noch einmal nachschauen. Ich möchte noch einmal sagen: Ich möchte da überhaupt nichts verheimlichen, und Sie werden das bis nächsten Mittwoch sicher in schriftlicher Form von mir bekommen. – Das heißt Mittwoch abgehend von mir oder Mittwoch eingehend? – Mittwoch abgehend.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, aber aus Ihrer Erinnerung heute: Wie artikuliert sich der Druck? – Beschreiben Sie das.

Walter Wittmann: Ja, das ist auch eine gute Frage. Sie haben vorher ein schönes Wort verwendet, das heißt „angehalten“. – Also, ich würde es jetzt eher so sehen: Wer hat mich dazu angehalten, das zu unterschreiben? – Denn „unter Druck gesetzt“ als solches bin ich persönlich niemals worden, ich niemals persönlich, und ich bin auch heute nicht unter Druck gesetzt worden. Also habe ich ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, was kann man darunter verstehen? Könnte es theoretisch ein Sachverhalt sein, dass man Ihnen gesagt hat: Wenn Sie das nicht unterschreiben, laufen Sie Gefahr, sich als Geschäftsführer letztlich Haftungen überdimensionaler Natur zuzuziehen!, oder wie immer man das nennen mag?

Walter Wittmann: Ist theoretisch möglich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Eine derartige Artikulierung, jetzt sinngemäß?

Walter Wittmann: Ist theoretisch möglich, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe noch eine Frage zum Konkurseröffnungsantrag. Den werden Sie ja gelesen haben. Da sich dieser auch mit der Geschäftsführung beschäftigt, sind offensichtlich auch Sie betroffen; wenn Sie das lesen, müssen Sie es auf sich beziehen, nehme ich einmal an. Dort wird die Dringlichkeit dieses Konkursantrages auf Seite 4 wie folgt begründet – und jetzt zitiere ich –:

Der Anteilseigner der Antragsgegnerin Alois Rohrmoser hat für das Unternehmen schädliche Handlungen gesetzt und versucht, über seine Anteile an der Antragsgegnerin zu verfügen.

Antragsgegnerin ist die Atomic for Sport.

Und weiter heißt es:

Es ist zur Aufrechterhaltung der Sanierungsmöglichkeit des Unternehmens dringend erforderlich, dass eine neue Geschäftsführung bestellt wird.

Jetzt waren Sie ja neuer Geschäftsführer, noch nicht einmal im Firmenbuch ersichtlich gemacht! Wie stufen Sie das ein?

Walter Wittmann: Ich weiß nur, dass ich von Dr. Vavrovsky – ich weiß jetzt nicht, mündlich, direkt im Gespräch mit ihm oder telefonisch – die Aussage bekommen habe – an die kann ich mich heute noch sehr gut erinnern –, dass mit

Konkurseröffnung meine Geschäftsführung obsolet ist. (*Obmann Dr. Graf: Ja!*) Und dass jetzt alle weiteren Agenden er als Masseverwalter übernimmt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: So ist es. Daher ist auch dieser Satz sehr unverständlich, weil man ja von einem rechtskundigen Insolvenzrechtler erwarten kann, dass er nicht sagt, zur Aufrechterhaltung der Sanierungsmöglichkeiten des Unternehmens ist dringend eine neue Geschäftsführung erforderlich, sondern dass er ja weiß, dass die Geschäftsführung dann „obsolet“ ist, wie Sie es nennen, und dass ein Masseverwalter eingesetzt wird, dass also kein neuer Geschäftsführer eingesetzt wird. Daher ist das für uns sehr unverständlich. Mit „neuer Geschäftsführung“ kann ja, wenn man es ernst nimmt und der Konkurs eröffnet wird, nur ein Masseverwalter gemeint sein.

Haben Sie darüber hinaus noch weitere Gespräche mit dem Masseverwalter im Zuge der Abwicklung des Konkurses geführt?

Walter Wittmann: Nein, in keinsten Weise. (*Obmann Dr. Graf: In keinsten Weise?*) – Nein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sind Sie zu nichts befragt worden? (*Walter Wittmann: Nein!*) – Das heißt, mit Kurseröffnung sind Ihre Ansprüche ...

Walter Wittmann: Ich war da noch Geschäftsführer von Koflach. Das war es im Prinzip.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie lange waren Sie da Geschäftsführer?

Walter Wittmann: Bis zu meinem Ausscheiden; das war 1997/1998.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also noch mehrere Jahre. (*Walter Wittmann: Ja!*) Sie haben schon auch das laufende Konkursverfahren beziehungsweise den Verkauf an Amer mitbekommen?

Walter Wittmann: Ja, klar! Ich bin dann auch von **Amer Sports** mit übernommen worden und habe als – wollen wir es einmal so sagen – Division Manager bei Koflach weitergearbeitet. (*Obmann Dr. Graf: Aber bei dem ...*)

Es hat zwar klarerweise andere Unterschriftenregelungen innerhalb der „Amer for Sports“-Gruppe gegeben, aber ich war nach wie vor als – sagen wir es einmal so – Division Manager in Köflach tätig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber bei der Insolvenz selbst, betreffend Atomic for Sport, gab es von Ihnen keine weiteren Mitwirkungshandlungen? (*Walter Wittmann: Nein!*) – Die hat man von Ihnen auch nicht mehr verlangt? (*Walter Wittmann: Ja!*) – Haben Sie sich da nicht gewundert?

Walter Wittmann: Ja, da haben wir uns auch abgestimmt. Das heißt, abgestimmt in unserer ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer ist „wir“?

Walter Wittmann: Herr Kommerzialrat Alois Rohrmoser und Herr Dipl.-Ing. Stefan Pierer.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die spielen ja keine Rolle.

Walter Wittmann: Da haben Sie schon Recht, dass sie keine Rolle spielen. Aber wir haben eben auf dieser Ebene über die Dinge gesprochen, und da haben wir uns schon gewundert.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Schon, aber ich meine jetzt Masseverwalter, Konkursrichter, präsumtive Käufer – es hat ja dann Kaufverhandlungen gegeben –:

Von denen ist nie wieder jemand an Sie herangetreten? (*Walter Wittmann: Nein!*) – Das heißt, mit Ihrer Unterschriftsleistung war am nächsten Tag alles erledigt? Keiner hat Sie mehr gefragt? (*Walter Wittmann: Genau!*) – Wollte nichts mehr von Ihnen wissen? (*Walter Wittmann: Ja!*) – Finden Sie das nicht eigenartig?

Walter Wittmann: Ich habe es schon eigenartig gefunden, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie erklären Sie sich das? Hat man Ihnen gegenüber irgendwann einmal eine Begründung abgegeben?

Walter Wittmann: Nein, nicht! Es war eben die eine oder andere Aktion, die dann, sage ich einmal, auf rhetorischer Ebene gelaufen ist, vielleicht ein bisschen merkwürdig. Aber ansonsten war das Thema beendet.

Ich habe dann noch einmal nachgefragt: Wird von mir etwas erwartet? – Das habe ich auch definitiv nachgefragt. (*Obmann Dr. Graf: Bei wem?*) – Dr. Vavrovsky. Da habe ich nachgefragt: Was habe ich zu tun? Wird von mir etwas Besonderes erwartet? – Nein, nichts!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat Ihr Dienstverhältnis zu Atomic for Sport geendet? Mit welchem Datum?

Walter Wittmann: Nein. Ich habe ein Dienstverhältnis nicht mit Atomic for Sport gehabt, sondern mit Koflach.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie waren nur zum Geschäftsführer bestellt, ohne ein Anstellungsverhältnis?

Walter Wittmann: Ja, genau.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie Seppo Ahonen kennen gelernt? (*Walter Wittmann: Ja!*) – Ich meine jetzt in der Eigenschaft als Amer-Geschäftsführer oder -Vorstand, nicht als Skispringer oder sonst was.

Walter Wittmann: Ich weiß schon, wen Sie meinen, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie mit ihm Kontakt gehabt? (*Walter Wittmann: Ja!*) – Ahonen war ja nur kurz Geschäftsführer. Ich meine, er bringt da, ich sage einmal, einen Riesen-Deal nach Finnland, kauft als Geschäftsführer einen der Weltmarktführer, und dann tritt er nach ein paar Monaten überraschend ab. Wissen Sie, warum?

Walter Wittmann: Nein, weiß ich nicht. Keine Ahnung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ihnen gegenüber wurde nie irgendetwas geäußert?

Walter Wittmann: Nein, überhaupt niemals etwas gesagt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie keine Wahrnehmungen anderer Natur? Dass Ihnen irgendjemand etwas erzählt hat? (*Walter Wittmann: Nein!*) – Das ist eigentlich seltsam. (*Walter Wittmann: Ja!*) Wenn man einen so erfolgreichen Deal macht, wird man ja in der Regel belohnt.

Walter Wittmann: Ja. Keine Ahnung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut, ich habe keine Fragen mehr.

Gibt es noch Fragen? – Das ist nicht der Fall.

Dann verbleiben wir so, dass Sie uns, bitte, diesbezüglich zu meinen Händen zukommen lassen ...

Walter Wittmann: Mittwoch spätestens abgehend. Eingeschrieben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es braucht nicht eingeschrieben zu sein. Sie können das auch mittels Mail machen (*Walter Wittmann: Mail, ja!*) oder sonst irgendwie der Parlamentsdirektion zukommen lassen, auch mit einem Brief, oder sich auch telefonisch erkundigen, wo Sie es hinschicken sollen. (*Walter Wittmann: Ja, steht schon oben!*) Das alles ist kein Problem, Sie haben ja alle Daten. Unter der Maßgabe, dass das kommt, wird die Angelegenheit wahrscheinlich erledigt sein. Sollte das nicht der Fall sein, wird sich der Ausschuss vorbehalten, Sie neuerlich zu laden.

Die Anhörung ist beendet. Ich danke für Ihr Erscheinen.

(Die **Auskunftsperson** Walter **Wittmann** verlässt den Sitzungssaal.)

18.27

18.28

Obmann Mag. Dr. Martin Graf ersucht nunmehr darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Josef Oberarzbacher** in den Saal zu bitten.

(Die **Auskunftsperson Josef Oberarzbacher** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf begrüßt Herrn **Josef Oberarzbacher** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht sowie an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Josef Oberarzbacher: Mein Name: Josef Oberarzbacher; geboren am 30. 9. 1944; wohnhaft in 5020 Salzburg; Beruf: Journalist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter? (Die **Auskunftsperson verneint dies.**)

Das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Dies gilt auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor? (Die **Auskunftsperson verneint dies.**)

Wir können nunmehr zur Befragung schreiten.

Vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsache. Wollen Sie davon Gebrauch machen? (Die **Auskunftsperson verneint dies.**)

Der Obmann erteilt sodann als erstem Fragesteller Abg. Stadler das Wort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Oberarzbacher, Sie hatten einen Prozess mit Herrn Dr. Sieber. – Was war der Inhalt dieses Prozesses?

Josef Oberarzbacher: Der Inhalt des Prozesses – nicht nur mit Dr. Sieber, sondern auch Vavrovsky und Honsig-Erlenburg – war „**üble Nachrede**“. Die Herren haben das darin begründet gesehen, dass ich in meinen vier Artikelserien im „Salzburger Stadtanzeiger“ ebendiesen Herren übel nachgeredet hätte, auf Grund meiner Berichterstattung. Ich bin dann auch verurteilt worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist sozusagen einmal die Prozessnatur gewesen. – Aber was war der Gegenstand dieses Verfahrens?

Josef Oberarzbacher: Der Gegenstand des Verfahrens war folgender: Ich habe in den Jahren 2001 und 2002 in vier Artikelserien über die Nichtabrechnung des Konkurses Rohmoser berichtet. Offensichtlich waren darin inkriminierende Äußerungen, die zum Nachteil der Kläger geführt haben sollen. Es wurde dann ein Antrag auf Bestrafung des Beschuldigten Josef Oberarzbacher gestellt, von Dr. Sieber und den anderen Herrschaften. Die Herrschaften haben sich auf Äußerungen in dieser Artikelserie bezogen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Vorwürfe, die Sie erhoben haben – wie lauteten sie genau?

Josef Oberarzbacher: Die Vorwürfe kann ich Ihnen nennen. Ich habe – um das abzukürzen – den Antrag auf Bestrafung zur Gänze hier. Es wäre, glaube ich, zu umfangreich, aber ich kann es Ihnen vorlesen. Wie Sie wollen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, es geht mir nur darum, dass Sie vielleicht ganz kurz die Vorwürfe nennen.

Josef Oberarzbacher: Inkriminierende Ausführungen im Artikel Teil 4 vom 30. Jänner 2002. Da habe ich unter anderem Herrn Rohrmoser zitiert:

Es war niemals ein Konkurs. Die Konkurseröffnung war nicht gerechtfertigt und erfolgte überfallsartig. Mein Vermögen wurde verschoben, verschleudert und vernichtet. – So geht es in verschiedenen Passagen dahin.

Dann war es unter anderem eine Äußerung meinerseits:

Bemerkenswert ist unter anderem allemal, dass eine eingehende gerichtliche Prüfung, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Konkurseröffnung gegeben waren, nicht stattgefunden hat. Der Konkursrichter Dr. Sieber hat sich in bemerkenswerter Eile um Einleitung eines Konkursverfahrens bemüht.

Wie bekannt ist, war die Antragstellung auf Konkurs am 14. September 1994 – und am 16. September ist der Konkurs eröffnet worden. Ich wüsste daher auch hier nicht, dass dies Gegenstand einer üblen Nachrede sein soll.

Dann wurde unter anderem aufgeworfen, dass auf 67,5 Millionen Schilling zugunsten der Masse verzichtet wurden. Und so weiter, und so weiter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was ist davon in die Verurteilung eingeflossen? Ist alles ...?

Josef Oberarzbacher: Alles! Es ist alles eingeflossen.

Herr Abgeordneter, Sie müssen sich das vorstellen: Die Verhandlung hat beim Landesgericht Salzburg stattgefunden, drei Anklagen wegen übler Nachrede, wie gesagt: Sieber, Vavrovsky und Honsig-Erlenburg.

Eine zweite Anklage nach der Strafprozessordnung war dann unter anderem wegen „Verleumdung“. Da bin ich freigesprochen worden.

Diese Verhandlungen waren für einen Tag angesetzt, ohne Pause, vor derselben Richterin. Das war für die Herrschaften ein Spaß. Mir war es letztlich wurscht, weil ich gewusst habe, wie das Verfahren enden wird: Was soll eine junge Richterin im Landesgericht Salzburg anderes machen, als so zu urteilen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sind Sie ins Rechtsmittel gegangen?

Josef Oberarzbacher: Nein, bin ich nicht mehr. Aus einem einfachen Grund: Wir haben das prüfen lassen, und man ist zu der Erkenntnis gekommen, dass eine Berufung in dieser Richtung wenig Sinn hätte. Sie sei nicht sehr aussichtsreich. In Anbetracht der hohen Kosten, die wir bereits gehabt hatten, haben wir einfach beschlossen, dass wir die Sache auf sich beruhen lassen. Ich habe dann meine Strafen bezahlt; für mich war die Sache so weit erledigt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie wissen, dass die Judikatur mittlerweile in diesem Bereich sehr, sehr berichterstattungsfreundlich geworden ist? – Sie hätten also durchaus Aussicht gehabt, im Rechtsmittel zu gewinnen. – Ist Ihnen das heute aus der Retrospektive klar?

Josef Oberarzbacher: Das ist mir heute klar. Damals war es mir nicht klar.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hatten Sie den Eindruck, dass man Sie mit diesen Klagen mundtot machen möchte?

Josef Oberarzbacher: Man wollte mich **mit Sicherheit** mundtot machen. Das zeigt auch eine Besprechung, das heißt, es war eine Zitierung meiner beiden Geschäftsführer, Lengauer und Ellmauthaler, ins Büro Dr. Sieber. Dort erfolgte ein üblicher Ausbruch, ein Erregungsausbruch des Herrn Dr. Sieber. Er hat fürchterlich herumgeschrien, die beiden Herren wussten gar nicht, wie ihnen geschah: Er drängt unbedingt auf eine **absolute Verurteilung** meiner Person, weil er nicht riskieren will, dass ich ihn irgendwann einmal im Mirabellgarten treffe und möglicherweise vor ihm ... (Abg. Mag. **Stadler:** Das habe ich jetzt akustisch nicht verstanden!)

Er hat erklärt: Er drängt absolut auf eine Bestrafung meiner Person, weil er nicht riskieren will, dass er mich irgendwann im Mirabellgarten sieht und ich vor ihm ausspucken könnte. Das war seine Begründung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das haben Ihnen die Geschäftsführer Ihrer Zeitung berichtet? (Josef **Oberarzbacher:** Ja!) – Wann war diese Vorsprache der Geschäftsführer?

Josef Oberarzbacher: Die war kurz vor Prozessbeginn, ich glaube, im Sommer 2002.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat Herr Dr. Sieber Ihre Geschäftsführer zu sich zitiert? (Josef **Oberarzbacher:** Ja!) – Wie hat sich das abgespielt? Hat er angerufen? Oder hat er ihnen geschrieben: ihr habt anzutreten? Wie war das?

Josef Oberarzbacher: Nein, nein. Herr Dr. Sieber hat angerufen und um eine Unterredung gebeten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bei ihm im Büro?

Josef Oberarzbacher: Bei uns in der Firma. Und die beiden Herren haben dieser Forderung Folge geleistet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber die Besprechung hat bei Sieber im Büro im Landesgericht stattgefunden? (Josef **Oberarzbacher:** Ja!) – Und dort, haben Ihre beiden Geschäftsführer Ihnen berichtet, seien sie dann perplex gewesen, als er sie angefahren hat?

Josef Oberarzbacher: Ja, das ist klar. Er wollte an und für sich, glaube ich, durch dieses Gespräch erreichen, dass man mir auf Grund der Geschichte die Kündigung nahelegt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie hießen diese beiden Geschäftsführer? – Noch einmal fürs Protokoll.

Josef Oberarzbacher: Peter **Lengauer** und Karl-Heinz **Ellmauthaler**.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie haben sie auf dieses Gespräch reagiert?

Josef Oberarzbacher: Sie sind wortlos aus dem Büro gegangen und haben sich nach dieser Begegnung über die Person Sieber unterhalten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und sie haben Ihnen über das Gespräch berichtet? (Josef **Oberarzbacher:** Ja, klar!) – Wurden Sie daraufhin gekündigt, wie Sieber das wollte?

Josef Oberarzbacher: Nein, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben die beiden Geschäftsführer Ihnen gegenüber ausdrücklich berichtet, dass er die Kündigung von ihnen verlangt hat?

Josef Oberarzbacher: Es war im Gespräch. Ja, wir haben darüber zu dritt gesprochen; das war eigentlich eine Unterhaltung. Man hat mir berichtet, wie das Gespräch mit Dr. Sieber verlaufen ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und dort hat Dr. Sieber expressis verbis von beiden Geschäftsführern verlangt, dass Sie gekündigt werden?

Josef Oberarzbacher: Nein, nein. Er hat nur deponiert, dass er mit aller Macht dahintersteht, dass ich **verurteilt** werde.

Aber die beiden Herren haben mir gesagt, zuerst hatten sie den Eindruck in der Gesprächsführung, dass ich möglicherweise den Job verlieren sollte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das reiht sich irgendwie nahtlos in die ganzen Geschichten ein.

Haben Sie noch eine Erinnerung an einen Konkurs Rauter in St. Michael bei Tamsweg?

Josef Oberarzbacher: Darf ich Sie fragen, was für eine Firma das war?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war eine Baufirma. (*Josef Oberarzbacher: Nein!*) – Haben Sie nichts darüber geschrieben?

Josef Oberarzbacher: Nein. Mir ist diese Geschichte bekannt, aber ich habe damit nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da Sie „diese Geschichte“ sagen: Können Sie uns vielleicht kurz schildern, was für eine Geschichte das war?

Josef Oberarzbacher: Ich meine das so, dass klarerweise die Konkursache Rauter seinerzeit durch die Medien gegangen ist. Aber mehr weiß ich darüber auch nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Damals soll es einen Abverkauf von bestimmten Gütern gegeben haben vor der öffentlichen Feilbietung? Ist Ihnen darüber etwas bekannt?

Josef Oberarzbacher: In der Geschichte Rauter? (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) – Nein, ist mir gänzlich unbekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist Ihnen eine Vermittlungstätigkeit des Herrn Rates Dr. Sieber für die Firma Hitsch & Hölzl bekannt? (*Josef Oberarzbacher: Ja!*) – Können Sie uns den Sachverhalt schildern?

Josef Oberarzbacher: Ich habe darüber berichtet. Dazu Folgendes: Die Vorgeschichte sage ich Ihnen, wenn es Sie interessiert, kurz. (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*)

Ein Textilhaus in Salzburg, ansässig in der Getreidegasse, Hauseigentümer mit einer Filiale in der Paris-Lodron-Straße, war nicht mehr sehr liquid, und bevor Schlimmes passiert, hat sich, glaube ich, der damalige Geschäftsführer – welcher, weiß ich nicht – an den Herrn Dr. Sieber gewandt und hat ihn um Rat gefragt, was er denn tun soll, er schlittert in die Insolvenz. – Daraufhin hat Herr Dr. Sieber eine Aufstellung verlangt, hat vorgeschlagen: Verkauf’ das Haus in der Getreidegasse, befriedige die Gläubiger, bleibt dir selber noch Geld, und die Filiale behältst du dir und bist quasi „hochweiß“.

In der weiteren Folge hat sich dann Dr. Sieber erbötig gemacht, beim Hausverkauf behilflich zu sein. Das wurde dankend angenommen. Dr. Sieber hat das Haus über Hitsch & Hölzl vermittelt, beziehungsweise es wurde dann verkauft, glaube ich, an die

Firma VOGLAUER, Gschwandtner & Zwilling, glaube ich, Abtenau, und hat dann Hitsch & Hölzl eine Provisionsnote gestellt:

Für die erfolgreiche Vermittlung zum Verkauf des Hauses Prolhofer (*phonetisch!*) stelle ich vereinbarungsgemäß ein Vermittlungshonorar von 300 000 S plus 20 Prozent Mehrwertsteuer in Rechnung, also 360 000 S, mit der Bitte um Überweisung auf das Volksbankkonto Nummer Sowieso in der Kaigasse. – Diese Kostennote habe ich faksimiliert beim Bericht im letzten Artikel untergebracht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie haben diese selber gesehen? (*Josef Oberarzbacher: Ja!*) – Wissen Sie, ob Herr Dr. Sieber öfters solche Vermittlungstätigkeiten in seiner Doppelfunktion als **Konkursrichter** und als **Berater in Insolvenzangelegenheiten** getätigt hat?

Josef Oberarzbacher: Ja, ich kenne eine andere Geschichte, aber die, glaube ich, gehört nicht zum ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie uns kurz sagen, welche Geschichte das ist?

Josef Oberarzbacher: Na ja, da gibt es eine sonderbare Erbschaftsabrechnung von einem Onkel, einem begüterten Kaufmann in Mauerkirchen, Oberösterreich, der Pflege brauchte. Und Dr. Sieber als Neffe hat sich dann der Geschichte angenommen, hat auch gleich die Vollmachten erhalten, und die Stieftochter ging bei der Geschichte leer aus; die wurde ausgebootet. Ich habe dann mit einem Senatsrat Flir gesprochen – das ist der Ehemann der Schwester des Herrn Dr. Sieber – und sagte: Du, lieber Freund, ich habe eine Geschichte parat, aber bevor ich sie bringe, möchte ich mit dir darüber reden, damit nicht deine Familie darunter leidet. Er macht das Fatale: Er geht zu seiner Frau, erzählt ihr, dass Sieber die Erbschaft gemacht von Onkel und Tante in Mauerkirchen. Dann war die Hölle los! Ich habe dann davon Abstand genommen, diese Geschichte zu bringen, weil sie mit dem Konkurs Rohrmoser ohnehin nichts zu tun gehabt hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie sind unter Druck gesetzt worden?

Josef Oberarzbacher: Nein, nein. Dr. Sieber hatte einen Onkel ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das habe ich alles verstanden, aber den letzten Teil nicht. Sie wollten die Geschichte bringen?

Josef Oberarzbacher: Ich wollte die Geschichte ursprünglich bringen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer hat das verhindert?

Josef Oberarzbacher: Ich selbst, weil mir dieser Senatsrat, ein mir nahestehender Freund, leidgetan hat, weil er dann Familientroubles fürchterlichster Art gehabt hat, und die Schwester von Sieber hat mit Sieber selber dann zu streiten angefangen, weil sie von der Erbschaft quasi übergangen wurde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da war aber, glaube ich, nur der Dr. Vavrovsky der Rechtsanwalt des Dr. Sieber.

Josef Oberarzbacher: Ja, ich denke. Das gehört nicht ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das hat der Herr Dr. Sieber heute auch berichtet. Mir geht es um **Honorarnoten**. Haben Sie weitere Honorarnoten gesehen, die Herr Dr. Sieber für seine fachliche ...

Josef Oberarzbacher: Ich habe konkret nur eine Honorarnote gesehen von Hitsch & Hölzl, die ich hier erwähnt habe, und sonst keine.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben irgendwo auch berichtet darüber, dass Herr Sieber Herrn Professor Krejci für sein Gutachten massiv unter Druck gesetzt hat. (*Josef Oberarzbacher: Ja!*) – Können Sie diesen Sachverhalt schildern? – Ich halte für den Ausschuss nur fest, der Herr Dr. Krejci ist als Gutachter in der Konkursache Atomic for Sport tätig gewesen, hat ein entsprechendes Gutachten verfasst, das medial, glaube ich, über Sie transportiert wurde, worauf der Herr Dr. Krejci anscheinend massive Probleme mit Herrn Dr. Sieber und Dr. Vavrovsky bekommen hat. – Können Sie uns diesen Sachverhalt schildern?

Josef Oberarzbacher: Ja, kann ich Ihnen. – Herr Dr. Masser als Vertreter von Alois Rohrmoser hat bei Professor Krejci zwei Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Das eine hat zu beurteilen gehabt, ob im Ausland befindliches Vermögen nach Österreich transferiert werden darf und der Masse zugerechnet werden darf. Es hat sich um das Aktienpaket der Firma FarbHand (*phonetisch!*) in der Schweiz gehandelt. Und das Zweite war dann zu einigen privatrechtlichen Fragen den Konkurs der Atomic for Sport Gesellschaft und des Alois Rohrmoser betreffend. Und da wurde dann Verschiedenes ausgeführt. Ich habe es zur Gänze hier. Ich weiß nicht, liegt Ihnen das vor?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir kennen das Gutachten.

Josef Oberarzbacher: Daraufhin hat mir Professor Krejci einen Brief geschrieben und mir bei Androhung einer Klage die weitere Verwendung des Gutachtens untersagt. Es war nie gedacht, dass dieses Gutachten quasi an die Öffentlichkeit kommt und medial verwendet wird. Dazu hat er seine Zustimmung nicht gegeben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das habe ich jetzt akustisch nicht verstanden: Er hat seine Zustimmung *nicht* gegeben?

Josef Oberarzbacher: Also, er hat es nicht klar *nicht* gegeben, sondern er hat dann hinterher behauptet, dieses Gutachten wäre nicht für die Öffentlichkeit gewesen und schon gar nicht medial zu verwenden. Das ging aus dem Begleitschreiben oder Gutachten selber nicht hervor. Mir hat das der Herr Rohrmoser damals gegeben. Ich war auch in Wien.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich gleich einflechten: Das spielt nur eine untergeordnete Rolle. Herr Dr. Krejci hat keine Verfügungsmacht mehr darüber, wenn er für jemand anderen ein Gutachten erstellt, was der dann damit tut, es sei denn, er hat sich ausdrücklich vorbehalten ...

Josef Oberarzbacher: Nein, das hat er nicht. (*Abg. Mag. Stadler: Eben!*) – Erst im Nachhinein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, im Nachhinein hat er dann auf einmal Druck bekommen? (*Josef Oberarzbacher: Ja!*) – Geht dieser Druck aus diesem Brief hervor?

Josef Oberarzbacher: Ja.

(*Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.*)

Ich suche ihn verzweifelt ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie können ihn uns schildern, und wenn Sie ihn dann vielleicht im Anschluss an die Befragung gefunden haben, ihn bitte dem Herrn Vorsitzenden geben (*Josef Oberarzbacher: Ja, gerne!*), damit er auch den Fraktionen diesen Brief kopieren lässt.

Josef Oberarzbacher: Er hat dem Rohrmoser die Verwendung für die Öffentlichkeit im Nachhinein untersagt per Schreiben. Er hat es mir untersagt im Nachhinein per Schreiben und unter Androhung gerichtlicher Schritte, und er hat es klarerweise

meinem Verlag auch formell untersagt. Und er hat dann zwei Tage später dem Herrn Dr. Gehmacher einen Brief geschickt, in dem er ihm diesen Umstand mitgeteilt hat, dass er uns dies untersagt hat. Damals habe ich den Alois Rohrmoser damit konfrontiert. Darauf sagte er, der gute Dr. Krejci hätte eine Klagsandrohung von etwa 4 Millionen S erhalten, wenn er das nicht unterbindet, seitens Gehmacher, im Auftrag der BAWAG.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, er wurde nicht von Sieber oder Vavrovsky unter Druck gesetzt, sondern von Gehmacher?

Josef Oberarzbacher: Na ja, das geht aus dem Schreiben ja nicht hervor, das war damals gesprächsweise mit Rohrmoser, diese Auskunft. Aus dem Schreiben an den Dr. Gehmacher, aus dem Stil des Schreibens, geht hervor, dass er massiv unter Druck gesetzt worden ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, aber jetzt haben Sie gesagt, er wurde nicht von Sieber oder Vavrovsky unter Druck gesetzt, sondern von Dr. Gehmacher und der BAWAG?

Josef Oberarzbacher: Na ja, das Schreiben geht an Herrn Dr. Gehmacher. Aber ich meine, man kann es sich an fünf Fingern abzählen, dass da keiner ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist leider für uns zu wenig.

Josef Oberarzbacher: Ich weiß es, aber ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Herr Kommerzialrat Rohrmoser ...

Josef Oberarzbacher: Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter! Vielleicht geht es aus dem Schreiben dann ohnedies hervor, dass Herr Vavrovsky damit eingebunden war. Ich suche es dann noch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Sie werden dieses Schreiben dann vielleicht dem Ausschussvorsitzenden geben, damit wir es für den Ausschuss kopieren können. – Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

Josef Oberarzbacher: Eine Frage noch an Sie, bitte: Kennen Sie die Expertise von Europa Treuhand?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, die kennen wir.

Josef Oberarzbacher: Ich habe sie hier mit.

(Die Auskunftsperson überreicht dem Obmann ein Schriftstück.)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich das auch kurz sehen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf *(das betreffende Schriftstück durchblätternd):* Ja, das kennen wir.

Ich habe auch noch ein, zwei Fragen, dann, glaube ich, haben wir es erledigt. Sind Sie in dieser Angelegenheit darüber hinaus auch von jemandem geklagt worden, zum Beispiel der BAWAG?

Josef Oberarzbacher: Wir wurden von der BAWAG geklagt. Streitwert war 3,5 Millionen Schilling, und zwar wegen – ich habe die Klage leider nicht mit – Verdienstentgang und Geschäftsschädigung und was weiß ich was alles in dieser Richtung. Ich habe dann gesagt, die BAWAG soll mir nachweisen, dass sie Geschäfte verloren hat durch die Berichterstattung, sie soll mir nur einen einzigen Kreditnehmer bringen, der – weiß ich nicht – 20 Millionen Schilling Kredit hat und dann hingeht und sagt: Aufgrund dieses Artikels kündige ich meinen Kreditvertrag. Das ist nicht erfolgt, und die Klage ist dann zurückgezogen worden. Prozess gab es also keinen darüber.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat es sonst noch Verfahren gegeben, die gegen Sie oder gegen den Verlag geführt wurden?

Josef Oberarzbacher: Im Wesentlichen nicht, lediglich, wie gesagt, die drei Herren mit dem Verfahren, wo sich der Herr Staatsanwalt – damals, jetzt ist er Richter –, Mag. Posch, weil er mir nicht ankonnte wegen Verleumdung – da wurde ich ja freigesprochen – entschuldigend mit Achselzucken zu Dr. Sieber gewandt hat, so quasi: Ja, war halt nichts! Und ich habe ihn auch befragt, was diese ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Entschuldigen Sie, bitte präziser: Das war ein Verfahren, das Herr Dr. Sieber angestrengt hat ...

Josef Oberarzbacher: Verleumdung, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ein Strafverfahren wegen Verleumdung?

Josef Oberarzbacher: Ja, ein Strafverfahren wegen Verleumdung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: § 297 StGB – oder was war das?

Josef Oberarzbacher: Ja, wegen Verleumdung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da hat nur Herr Dr. Sieber Sie geklagt?

Josef Oberarzbacher: Da war Dr. Sieber als Zuschauer anwesend. (*Obmann Dr. Graf: Als Zuschauer?*) – Ja, als Zuschauer mit seiner Frau, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ach so, ja, amtswegig.

Josef Oberarzbacher: Ja, er hat sich sehr produziert, und als dann der Freispruch erfolgte, hat Herr Mag. Posch schräg hinüber so achselzuckend zu Dr. Sieber hingedeutet, so quasi: Was soll ich machen? Und ich habe ihn dann befragt, was diese Mimik sein sollte, diese Gestik, ob er sich zu entschuldigen hat da im Haus, und da sind wir ziemlich aneinandergeraten. Aber der Freispruch war dann rechtskräftig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sonst noch weitere Verfahren?

Josef Oberarzbacher: Nein, die drei, wie gesagt, diese drei Verleumdungsklagen, sonst nichts.

Wir haben zum Beispiel, bevor ich die Verhandlungen hatte und es zur Verurteilung kam, im Vorfeld – das habe ich auch noch nie gehört – an die Kläger je 10 000 € Schmerzensgeld bezahlt. Es erfolgte noch nie eine Verurteilung meiner Person, aber im Vorfeld haben wir schon einmal an die drei Herrschaften je 10 000 € für Schmerzensgeld bezahlt wegen übler Nachrede. Das geht in Salzburg, das ist so.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was? Sie haben 10 000 € Schmerzensgeld bezahlt?

Josef Oberarzbacher: An Sieber, Vavrovsky und Honsig-Erlenburg, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Je 10 000 €?

Josef Oberarzbacher: Je 10 000 € Schmerzensgeld bezahlt, per Beschluss, und mein Prozess war erst etwa ein halbes Jahr oder ein Vierteljahr später.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer hat das Schmerzensgelder bezahlt? Sie? (*Josef Oberarzbacher: Die Firma!*) – Die Firma?

Josef Oberarzbacher: Hat die Firma bezahlt, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was heißt „Schmerzensgeld“? – Ich kenne das aus der Anwaltei: Da sagt man auch, das Honorar ist „Schmerzensgeld“.

Josef Oberarzbacher: Nein, nein, das Honorar war schon ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Manchmal behaupten das auch Politiker. Die sagen, das Gehalt, das wir bekommen, ist Schmerzensgeld. Ist es so gemeint: Schmerzensgeld?

Josef Oberarzbacher: Nein, nein, das war ausgewiesen unter dem Titel „Schmerzensgeld“, weil es angeblich oder offensichtlich Richtern und Anwälten zusteht, wenn man ihnen übel nachredet. Wenn ich heute einem normalen Bürger übel nachrede, kann er mich innerhalb von acht Wochen klagen, und die Geschichte ist erledigt. Aber einem Richter oder einem Anwalt bezahlt man darüber noch Schmerzensgeld. So spricht die Judikatur – ich bin kein Anwalt, wir haben es nur gezahlt. (Abg. Mag. **Stadler:** Haben Sie das da, den Beschluss?)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gibt es diesen Beschluss? Haben Sie den greifbar, oder ist dieser nicht ...

Josef Oberarzbacher: Nein, die Unterlagen sind in einer Kanzlei in Wien. Ich kann jetzt den Namen gar nicht nennen. Das war diese Kanzlei, die geprüft hat, ob eine Berufung von Erfolg gekrönt ist. Aber ich habe Herrn Dr. Jung, dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Linz, vor etwa zwei Monaten die ganzen HV-Nummern auf sein Verlangen hin bekannt gegeben, und er hat sich die Akten vom Landesgericht Salzburg zur Durchsicht kommen lassen. Und da sind diese Dinge natürlich enthalten, aber ich selbst habe da gar nichts mehr.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut. Demnach müssten sie ja bei uns auch Aktenbestandteil sein.

Gibt es noch Fragen? (Abg. **Broukal:** Ich wollte mich nur kurz versichern, dass wir da jetzt nicht eine Geschichte aus einer tiefen amerikanischen Bananenrepublik hören, sondern aus der Republik Österreich, „Abteilung“ Salzburg!)

Josef Oberarzbacher: Ja, ja, in Salzburg gibt es das!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Ganze war jetzt ohne Mikrofon. Außerhalb des Protokolls hat Kollege Broukal das gesagt. (Abg. **Krainer:** „Außerhalb des Protokolls“ gibt es nicht! Das ist halt dann als Zwischenruf ...!)

Josef Oberarzbacher: Herr Broukal, in Salzburg gehen die Uhren, was die Justiz betrifft, ein bisschen anders. Es ist so. Da sind die Mächtigen am Werk.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gibt es den „Stadtanzeiger“ noch?

Josef Oberarzbacher: Nein, den gibt es nicht mehr.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Arbeiten Sie noch dort?

Josef Oberarzbacher: Nein, arbeite ich nicht mehr. Ich habe vor Verkauf des „Stadtanzeigers“ meine Kündigung erhalten, und der „Stadtanzeiger“ wurde dann etwa noch eineinhalb, zwei Jahre geführt und wurde dann verkauft.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gibt es noch weitere Fragen? – Herr Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Normalerweise sagt man, man ist zunehmend verwirrt, allenfalls auf höherem Niveau, aber nicht einmal das kann ich sagen. Mir ist noch immer nicht klar bei dieser letzten Geschichte: Haben Sie dann tatsächlich Zahlungen getätigt an die drei Herren?

Josef Oberarzbacher: Wir haben alle Zahlungen getätigt an die drei Herren.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie sagen, je diese 10 000 €?

Josef Oberarzbacher: Ja, ja, natürlich!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Na ja, jetzt nur begrifflich: „Schmerzensgeld“. – Jetzt kann man da aus dem Schadenersatz irgendwo etwas ableiten, aber das war ja kein Gerichtsentscheid oder kein Titel, kein rechtlicher.

Josef Oberarzbacher: Natürlich! Natürlich!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Schon? Da muss ja ein Verfahren vorher gelaufen sein?

Josef Oberarzbacher: Ja, natürlich ist ein Verfahren gelaufen, und zwar ein Zivilrechtsverfahren.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ah, doch? Jetzt haben wir es. Okay.

Josef Oberarzbacher: Aber ich habe auch gesagt, bevor mein Strafverfahren eröffnet wurde, wurde schon festgestellt, dass wir jedenfalls einmal zahlen müssen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, aber das war ja ein Zivilrechtsverfahren, das ist ja ...

Josef Oberarzbacher: Natürlich sind es zwei Paar Schuhe, das ist schon klar. Und der Zivilrichter muss sich nicht ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist aber gegangen nach – nach was ist das gegangen? – 1330 wahrscheinlich? (*Abg. Mag. Stadler: Nein, nein, nein!*)

Josef Oberarzbacher: Ich weiß es nicht. Ich war nur sehr verwundert, dass man Schmerzensgeld zahlt an Anwälte und Richter. Es ist auch bemerkenswert, bitte – ich habe die Klage hier –: Kenntnis der angeblich üblen Nachrede hatten die Herrschaften bereits im Dezember 2001. Ich bin kein Jurist, aber eines weiß ich: Wenn jemandem übel nachgeredet wird, dann hat er acht Wochen Zeit (*Abg. Mag. Stadler: Sechs!*) – oder sechs Wochen Zeit –, seine Ansprüche zu spezifizieren. Die Klage wurde am 7. November 2002 eingebracht. Und als ich, und das war ein Punkt dazu ... (*Abg. Mag. Stadler: Nach Kenntnis! Es heißt: nach Kenntnis! Die müssen nur bescheinigen, dass sie erst später davon Kenntnis davon erlangt haben!*) Kenntnis hatten sie erlangt, als die Zeitung erschien. (*Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer: Das ist ja eine Zivilklage!*) Ich weiß schon!

Das war ein Einwand von mir, und bei der Urteilsverkündung habe ich dann die Richterin gefragt, warum sie auf den Vorwand der Verfristung nicht eingegangen ist. Dann hat sie mir stotternd erklärt, dass sie das in der schriftlichen Ausfertigung macht. – Ist auch nicht erfolgt. Das ist die Salzburger Gerichtsbarkeit.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es scheint sich nach dem, was der Verfahrensanwalt gedeutet hat, auch um ein Zivilverfahren zu handeln.

Abgeordneter Stadler studiert ein Dokument – fürs Protokoll – und wird uns erklären, welche Schlüsse er zieht. (*Heiterkeit.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gibt es noch irgendeine Frage an die Anhörungsperson? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann ist die Befragung beendet. Ich danke für Ihr Erscheinen!

(*Die Auskunftsperson Josef Oberarzbacher verlässt den Sitzungssaal.*)
19.01

Obmann Mag. Dr. Martin Graf unterbricht die Sitzung.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 19.01 Uhr **unterbrochen** und um 19.11 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

19.11

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 19.11 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf**, begrüßt als **nächste Auskunftsperson** die sich bereits im Sitzungssaal befindliche **Dr. Uta Kraft**, dankt für deren Erscheinen, weist diese auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Dr. Uta Kraft: Meine Name: Uta Kraft; geboren am 10. 3. 1944; wohnhaft in 1170 Wien; Pensionistin.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bedienstete? – Der Untersuchungszeitraum ist 1994 bis dato. *(Die Auskunftsperson verneint dies.)*

Das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Dies gilt auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Ich darf nun auch die Vertrauensperson um die Personaldaten ersuchen.

Vertrauensperson Dr. Markus Fellner: Name: Dr. Markus Fellner; geboren am 11. 8. 1967; Adresse: 1010 Wien; Beruf: Rechtsanwalt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Markus Fellner als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich setze die **Belehrung** der Vertrauensperson fort.

Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer allenfalls vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch so im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die Beratung der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Frau Dr. Kraft! Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor? *(Die Auskunftsperson **verneint dies.**)*

Vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsache. – Wollen Sie davon Gebrauch machen? *(Die Auskunftsperson **verneint dies.**)*

Der Obmann erteilt sodann als erstem Fragesteller Abg. Kaipel.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Frau Dr. Kraft, ich hätte Ihnen gerne zwei Fragen gestellt. Zuerst: Sie waren Leiterin der Rechtsabteilung in der BAWAG. – Ist das richtig? *(Dr. Kraft: Ja, das ist richtig!)* – Wenn Sie uns bitte erklären, in welchem Umfang Sie als Mitarbeiterin der BAWAG mit der Causa Atomic zu tun hatten!

Und wenn Sie uns erklären, wie es zum Wechsel der Rechtsanwälte Frotz zu Gehmacher gekommen ist!

Dr. Uta Kraft: Ich habe den Konkurs in den vergangenen Jahren von Seiten der Rechtsabteilung betreut. Ich habe an Gläubigerausschusssitzungen teilgenommen, ich wurde von unserem Rechtsvertreter, dem Herrn Dr. Gehmacher laufend über das Verfahren informiert.

Über den Anwaltswechsel von Frotz zu Gehmacher kann ich aus eigener Wahrnehmung nichts sagen. Ich weiß, dass er stattgefunden hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Keine Fragen mehr? ÖVP auch keine Fragen? – Dann habe ich einige Fragen.

Sie haben keine Wahrnehmungen zur Anwaltsbeauftragung gehabt – sagten Sie. Die Frage, die ich Ihnen stellen möchte, ist: Wie war das zu Ihrer Zeit geregelt, im Zeitraum 1994? Wie wurden Anwälte beauftragt? Wer hat das veranlasst? Wie waren die Unterschriftenregeln?

Dr. Uta Kraft: In den Rechtsfällen, die in der Rechtsabteilung betreut werden, waren wir dafür zuständig, die Juristen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Entschuldigen Sie, jetzt habe ich Sie akustisch nicht verstanden.

Dr. Uta Kraft: Waren wir dafür zuständig, die Juristen in der Rechtsabteilung. Der Kreditfall Atomic war ein Fall, der nicht von uns entschieden wurde, also die Anwaltsbeauftragung. Das hat der Vorstand gemacht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer ist der Vorstand in dem Fall?

Dr. Uta Kraft: In dem Fall – ich weiß das auch nur aus den Akten – waren es Flöttl und Elsner.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie hat sich das zugetragen, wenn Sie uns mitteilen, in den Monaten August bis zur Konkurseröffnung?

Dr. Uta Kraft: Also da war ich überhaupt nicht in den Fall eingebunden. Es ist einmal so in der Bank damals organisiert gewesen, dass für Kreditfälle und Rechtsfälle der Filialen die Filialabteilung zuständig war. Dort war auch ein Jurist, der grundsätzlich auch die Konkurse betreut hat und die Rechtsfälle der Filialen betreut hat. Also August/September war ich überhaupt nicht eingebunden. *(Ein Mitarbeiter des FPÖ-Klubs spricht mit Obmann Dr. Graf.)*

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Entschuldigen Sie, bitte! Ich muss jetzt die Parlamentsdirektion bitten, dass sie das Schreiben, das verteilt wurde, auch wieder der Auskunftsperson Oberarzbacher zurückgibt.

Frau Dr. Kraft, jetzt sind wir wieder ganz bei Ihnen. Entschuldigen Sie, ich habe das Letzte akustisch nicht verstanden.

Dr. Uta Kraft: Im August war ich überhaupt nicht damit befasst. Wie gesagt, zuständig war die Filialabteilung. Ich wurde dann zirka eine Woche vor der Konkurseröffnung einmal in den Vorstand gerufen. Da war eine größere Runde mit – meiner Erinnerung nach – Flöttl, Elsner, Grossnigg, Frotz, Gehmacher, und ich erhielt den Auftrag, dass ich eine Wechselklage vorbereiten sollte, also das Technische. Und weiters wurde dort der Auftrag erteilt an den Herrn Dr. Frotz, eine weitere Klage einzubringen, deren Inhalt nach meiner Erinnerung die Verpfändung der Geschäftsanteile Atomic war, verbunden, glaube ich, mit einer einstweiligen Verfügung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Können Sie den Zeitraum noch einschränken, wann das gewesen ist? Wann haben Sie welche Aufträge erhalten?

Dr. Uta Kraft: Na ja, also ich müsste nachschauen, wann genau diese Wechselklage war. Das war, glaube ich, dann am nächsten oder übernächsten Tag.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Wechselklage ist eingelaufen im Landesgericht Salzburg am 13. September 1994.

Dr. Uta Kraft: Wissen Sie, was für ein Wochentag das war?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der 13. September 1994 war ein Dienstag.

Dr. Uta Kraft: Ja. Ich nehme an, die Woche davor, Donnerstag oder Freitag wird das gewesen sein, denn die Wechsel waren physisch in Salzburg, also das musste erst geholt werden, das wird ein, zwei Tage gedauert haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer hat den Wechsel ausgefüllt: Dr. Gehmacher?

Dr. Uta Kraft: Möglich, ja, nehme ich an. Ich müsste den Wechsel sehen, um es ... Aber wir haben ihn vorbereitet, denn er muss ja auch eine Unterschrift des Ausstellers tragen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, er ist aus Salzburg beigebracht worden (*Dr. Kraft: Richtig!*), ist zu Ihnen gekommen, Sie haben ihn ausgestellt und dann wieder dem Anwalt gegeben. (*Dr. Kraft: Genau!*) – War zu diesem Zeitpunkt irgendwann einmal die Rede davon, dass man auch einen Konkursantrag einbringen wird?

Dr. Uta Kraft: Nach meiner Erinnerung: nein. Also, bei dem Gespräch, wo ich dabei war, ging es um die Klagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer war da aller bei dem Gespräch dabei?

Dr. Uta Kraft: Nach meiner Erinnerung Flöttl, Elsner, Grossnigg, Gehmacher, Frotz, soweit ich mich erinnere.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was hat Grossnigg dort gemacht?

Dr. Uta Kraft: Grossnigg ist ein Sanierer, und ich habe angenommen, dass er die Bank unterstützt in dieser Richtung. Wie gesagt, das war alles auf Vorstandsebene und von uns kleiner Rechtsabteilung so weit weg.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie waren die Leiterin der Rechtsabteilung?

Dr. Uta Kraft: Damals war ich die provisorische Leiterin der Rechtsabteilung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und nachher sind Sie Leiterin geworden? (*Dr. Kraft: Ja, genau!*) – Sie wussten nichts davon, dass bei dieser Besprechung, in Ihrem Beisein ist nicht über die Beantragung eines Konkursverfahrens gesprochen worden?

Dr. Uta Kraft: Ich kann mich nicht erinnern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie mit dem Fälligstellungsschreiben vom 8.9. etwas zu tun gehabt?

Dr. Uta Kraft: Nein, das war die Filialabteilung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer ist Dr. Traumüller?

Dr. Uta Kraft: Das war damals der Jurist in der Filialabteilung: Dr. Traumüller.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie ist es zugegangen, weil unterschrieben haben diese Fälligstellung Dr. Traumüller und Herr Elsner (*Dr. Kraft: Dürfte ich das einmal sehen?*) – wenn ich Ihnen das zeigen darf? Ist das dann bei Ihnen in der Rechtsabteilung auch eingelangt?

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Dr. Uta Kraft: Nein. Wie gesagt, die Betreuung der Rechtsfälle: Filialen. – Ja, das ist die Unterschrift von Herrn Elsner und Dr. Traumüller. Das habe ich sicher nicht gesehen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wann haben Sie erstmals von dem Insolvenzverfahren Kenntnis erlangt?

Dr. Uta Kraft: Ich nehme an, wahrscheinlich mit dem Tag nach der Eröffnung des Konkurses. Ich konnte es in den Akten nicht nachvollziehen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, Sie haben auch noch den Auftrag erhalten, die Klage (*Dr. Kraft: Richtig!*) mit Dr. Frotz vorzubereiten betreffend Sicherstellung oder Pfändung und einstweilige Verfügung der Geschäftsanteile?

Dr. Uta Kraft: Da habe ich eigentlich nichts vorbereitet. Das war auch rechtlich eine derart diffizile Sache, und Herr Dr. Frotz, der ja diese Vereinbarung auf Verpfändung der Geschäftsanteile bestens kannte – ich hatte davon eigentlich wenig Ahnung, das hat er selbst gemacht ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber Sie haben den Auftrag erteilt? Der Akt ist bei Ihnen geführt worden, oder was war das?

Dr. Uta Kraft: Nein, der Akt ist nicht bei mir geführt worden. Der Wechselakt ist bei mir geführt worden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nur der Wechselakt?

Dr. Uta Kraft: Der Wechselakt, und da war der Auftrag Wechselklage und möglichst rasch Sicherstellungsexekution, vor allen Dingen auf die Geschäftsanteile.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das war das Ziel?

Dr. Uta Kraft: Das war das Ziel, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie sich nicht gewundert, dass dann plötzlich ein Konkursantrag eingereicht wurde?

Dr. Uta Kraft: Das kann ich heute nicht mehr sagen, ob ich mich gewundert habe.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich meine, man bringt eine Klage ein auf Verpfändung oder eine Klage auf Pfändung der Geschäftsanteile, man bringt einen Wechselzahlungsauftrag ein, damit man auf die Geschäftsanteile greifen kann, und

einen Tag später oder zwei – einmal einen Tag später und einmal zwei Tage später – wird ein Konkursverfahren eröffnet, das auch parallel beantragt worden ist.

Dr. Uta Kraft: Ja, also es ist inkonsistent, da haben Sie völlig Recht. Nur: Ich war überhaupt nicht eingebunden, und der Vorstand hat diesen Akt, also diesen ganzen Fall selbst bearbeitet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und der Vorstand war in dem Fall?

Dr. Uta Kraft: Flöttl vor allen Dingen und Elsner.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Konkursverfahren selbst haben Sie dann mitbetreut?

Dr. Uta Kraft: Das habe ich mitbetreut ab einer gewissen Zeit. Ich war nicht eingebunden in die Verkaufsverhandlungen. Ich war, glaube ich, bei der Prüfungstagsatzung, ich war in Gläubigerausschusssitzungen. Bei den ersten Gläubigerausschusssitzungen war Dr. Gehmacher, glaube ich, mit Dr. Schwarzecker, dann war Dr. Traumüller, und ab, ich glaube, es war Dezember 1994 oder so, war dann eine Zeitlang Herr Dr. Traumüller gemeinsam mit mir immer bei diesen Gläubigerausschusssitzungen. Ich hatte die Unterlagen. Ich bekam alle Protokolle und Berichte, aber selbst mitbetreut habe ich das Verfahren eigentlich erst, nachdem der Verkauf an Amer abgeschlossen war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Welche Rolle hat Direktor Schwarzecker dabei gespielt?

Dr. Uta Kraft: Herr Dr. Schwarzecker war damals der Leiter der Kreditrevision und war, wie ich jetzt aus den Unterlagen weiß, gemeinsam mit Herrn Mag. Spandl vor Ort und hat Atomic laufend geprüft.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, in welchem Zeitraum laufend geprüft?

Dr. Uta Kraft: An sich musste das immer geprüft werden, solch ein Kreditobligo muss ja alle paar Jahre revidiert werden. Und nach meinen Akten ist es jedenfalls 1993/94 intensiv geprüft worden, waren die vor Ort.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da war er der Zuständige?

Dr. Uta Kraft: Er war der zuständige Abteilungsleiter damals.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut, ich habe soweit keine Fragen mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Doktor! Herr Dr. Gehmacher hat hier im Ausschuss einmal ausgesagt, dass die Idee zur Konkursvariante von Ihnen gekommen sei.

Dr. Uta Kraft: Nein, die ist nicht von mir gekommen. Das wäre auch ein paar Schuhnummern zu groß gewesen für mich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. Von wem ist sie wirklich gekommen?

Dr. Uta Kraft: Ich glaube, es war die Empfehlung von Herrn Dr. Gehmacher. (*Abg. Mag. Stadler: An wen jetzt?*) – An den Vorstand.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): An Generaldirektor Flöttl (*Dr. Kraft: Ja!*) und Vorstandsleiter – damals war er ja noch Vorstandsleiter – Elsner?

Dr. Uta Kraft: Elsner, korrekt, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es erscheint mir glaubhaft, das sage ich gleich dazu, das glaube ich Ihnen daher gerne.

Waren Sie bei den Verkaufsverhandlungen mit Amer mit dabei?

Dr. Uta Kraft: Nein, war ich nicht dabei.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Waren Sie nicht dabei. Haben Sie mit Herrn Dr. Sieber, dem Konkursrichter, einmal Kontakt gehabt?

Dr. Uta Kraft: Herr Dr. Sieber war der Konkursrichter, und er war bei den Gläubigerausschusssitzungen, Prüfungstagsatzungen immer anwesend.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er war immer anwesend?

Dr. Uta Kraft: Bei den Gläubigerausschusssitzungen war er nach meiner Erinnerung immer anwesend, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die haben in Salzburg stattgefunden?

Dr. Uta Kraft: Die haben in Salzburg in den Kanzleien der Masseverwalter stattgefunden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es gab dann einmal eine Besprechung, die in Wien stattgefunden hat, wo es um den Verkauf ging – dort waren Sie nicht dabei? (*Dr. Kraft: War ich nicht dabei!*) –, wo er mit dem Flugzeug eingeflogen wurde. – Kennen Sie diesen Vorgang?

Dr. Uta Kraft: Das kenne ich aus der Zeitung, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Doktor! Haben Sie – wenn ich überleiten darf zu einem ganz anderen Thema; weil das auch nichts bringt, wenn Sie bei den Verkaufsverhandlungen nicht dabei waren – mitbekommen, dass die BAWAG einen Aufpasser bei Atomic schon drinnen hatte, der laufend berichten musste?

Dr. Uta Kraft: Wie gesagt, zu dieser Zeit ... (*Abg. Mag. Stadler: Monate vor der Konkurseröffnung!*) – Habe ich nicht mitbekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie nicht mitbekommen? (*Dr. Kraft: Nein!*) Ist dort die Rechtsabteilung in keiner Weise eingebunden worden?

Dr. Uta Kraft: Nein, das wäre alles Sache der Filialabteilung gewesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Elsner hat heute hier im Ausschuss sehr dürtig ausgesagt, aber in einem Punkt war er sehr konkret. Er hat so quasi gemeint, man solle die Rechtsabteilung fragen, warum Atomic konkursreif war. Jetzt tue ich, was Herr Elsner sagt. Ich frage Sie jetzt: Warum war Atomic konkursreif? Er hat so getan, als ob er davon keine Ahnung hätte.

Dr. Uta Kraft: Ich habe die Konkursreife von Atomic nicht geprüft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer hätte sie prüfen müssen?

Dr. Uta Kraft: Ich glaube, in der Größenordnung und bei diesem Obligo hätte man unbedingt einen externen Berater, wie es dann auch geschehen ist – es waren ja zwei externe Berater –, beiziehen müssen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber vor der Konkurseröffnung hat man keinen externen Berater beigezogen?

Dr. Uta Kraft: Herr Dr. Frotz war ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der war nur Gesellschaftsrechtler, der war kein Konkurspezialist, und schon gar nicht war er Spezialist, was die Frage der Liquidität, der Überschuldung oder der Zahlungsunfähigkeit anlangt. Das hat er hier im Ausschuss übrigens auch ausgesagt.

Dr. Uta Kraft: Ja. Also die Situation der Firma Atomic wird er, glaube ich, schon beurteilen haben können. Er hat ja auch mit Herrn Dr. Liebscher verhandelt und hat ja

versucht, eine Art Sanierung (*Abg. Mag. Stadler: Ja, das ist schon wahr!*), eine Rettung zustande zu bringen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber die Frage, was dann später KPMG gemacht hat, das konnte jedenfalls der Herr Dr. Frotz nicht machen.

Dr. Uta Kraft: Nein, da wären eigentlich unsere Kreditrevisoren zuständig gewesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben die so eine Befundung gemacht, ob Atomic tatsächlich konkursreif ist.

Dr. Uta Kraft: Also eine schriftliche Befundung ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, warum ich frage? Es ist nämlich der *ideale* Zeitpunkt für ein Skierzeugungsunternehmen überhaupt gewählt worden für den Konkursantrag. Schlagwortartig: Die Lager voll, die Auftragsbücher voll, die Vorfinanzierung durch die Bank praktisch ausgeschöpft, Kontorahmen geringfügig überzogen, alles aber bedeckt, mit Pfandrechten gesichert. Ein *Traum* für einen Konkurs, wenn man der Konkursbetreiber ist.

Also, man hätte den Konkurszeitpunkt wirklich nicht günstiger wählen können. Wenige Wochen später tritt der große Masseverwaltungsstar auf und macht im Grunde nichts anderes, als das, was schon vorbereitet ist. Er verkauft ein Unternehmen, das volle Auftragsbücher und volle Lager hat. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Kogler.*) Ja, wirklich, das ist ideal.

Hat man das in Ihrer Bank so einmal analysiert?

Dr. Uta Kraft: Also, soweit ich das aus den Akten kenne – und da bin ich jetzt nur auf das Aktenstudium angewiesen – dürfte ein erheblicher Finanzierungsbedarf bei Atomic zu diesem Zeitpunkt dagewesen sein. Und dann ist die Abtretung der Geschäftsanteile an das Konsortium um den Dr. Chalupsky dazugekommen. Und nach meiner ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da wollte ja der Dr. Frotz mit einer Klage begegnen, die sehr detailliert und mit einer EV verbunden ausgearbeitet wurde. Er hat uns hier fast rührend geschildert, wie er sich praktisch tage- und nächtelang über diese Klage hergemacht hat. Wenn er gewusst hätte, dass die BAWAG ohnehin einen Konkursantrag stellt, hätte er das nicht gemacht.

Ich glaube, der Auslöser war die Abtretung der Geschäftsanteile an das Konsortium um den Herrn Dr. Chalupsky, sodass auf der einen Seite der Finanzierungsbedarf bestanden hat – also es musste neues Geld gegeben werden, es war der Kreditrahmen, glaube ich, mit über 1,5 Milliarden Schilling überzogen –, und rückblickend ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich korrigiere. Der Kreditrahmen war 1,5 Milliarden, und der Überhang war 250 Millionen.

Dr. Uta Kraft: Also, die 1,5 Milliarden waren schon überzogen, es hätte zusätzlich frisches Geld bedurft (*Obmann Dr. Graf: Das hat man auch im Konkurs gebraucht!*), und rückblickend sehe ich dann die Entscheidung, dass man halt gesagt hat, entweder man versucht jetzt mit diesen unbekannten Gesellschaftern und neuem Finanzierungsbedarf das Schiff zu retten, oder das andere Szenario war das Konkurszenario.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Maschke hat aber am Tag vor der Konkurseröffnung der BAWAG das Unternehmen noch zu einem Schilling angeboten.

Dr. Uta Kraft: Ich glaube, das war aber dann schon, wie der Konkursantrag gestellt war. (*Abg. Mag. Stadler: Nein!*) – Nicht?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war noch vor der Antragstellung.

Dr. Uta Kraft: Das ist natürlich eine wirtschaftliche Entscheidung – die Annahme dieser Abtretung –, die ich damals nicht beurteilt habe und heute rückblickend ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie sind mit diesem Angebot nicht befasst worden?

Dr. Uta Kraft: Nein, überhaupt nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Auch im Konkurs hat man einen Finanzierungsbedarf gehabt, und den hat die BAWAG ja dann auch gedeckt. Also, insofern ist das ja ein totes Rennen, aber wirtschaftliche Entscheidungen zu hinterfragen ist das eine.

Noch eine Frage, weil das, hat auch der Herr Generaldirektor gesagt, sollen wir Sie fragen, also die Rechtsabteilung: Wer hat die Vollmacht an den Herrn Dr. Gehmacher unterfertigt? Wissen Sie das noch? Oder wenn Sie es nicht wissen: Wo werden denn diese gesammelt? In der Rechtsabteilung?

Dr. Uta Kraft: Also, ich weiß es nicht. Also, die Kanzlei Preslmayr war für uns durch Jahre schon tätig. Die haben sicherlich eine Vollmacht gehabt. Also, ich würde mich wundern, wenn da extra eine Vollmacht hätte ausgestellt werden müssen. Die waren langjährige Berater. (*Obmann Dr. Graf: Betreibungsanwälte!*) – Die waren schon Betreibungsanwälte durch viele Jahre.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Noch eine Frage: Wissen Sie etwas, gab es eine Wertberichtigung der BAWAG aus der Insolvenz Atomic?

Dr. Uta Kraft: Darf ich mich ganz kurz mit Herrn Dr. Fellner beraten? (*Obmann Dr. Graf: Bitte!*)

(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)

Dr. Uta Kraft: Mein Problem bei dieser Aussage ist nur, ob es ein Geschäftsgeheimnis der BAWAG ist, ob es und in welcher Höhe es eine Wertberichtigung für das Obligo Atomic gegeben hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es ist so, dass Herr Generaldirektor Nowotny alle Mitarbeiter vom Geschäftsgeheimnis entbunden hat.

Dr. Uta Kraft: Es gab ab dem Jahre 1998 eine Wertberichtigung, und heuer, 2007, habe ich dann veranlasst, dass ein Betrag – und das ist das restliche noch ausstehende Obligo – von 3,7 Millionen € ungefähr abgeschrieben wird. Die waren auch in den letzten Jahren wertberichtigt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, die 3,7 Millionen war der Wertberichtigungsbedarf.

Dr. Uta Kraft: War zuletzt der Wertberichtigungsbedarf. Richtig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In der gesamten Causa Atomic.

Dr. Uta Kraft: Ich müsste jetzt die Entwicklung nachschauen. Denn man hat schon immer Ergebnisrechnungen gemacht, man hat Best-Case- und Worst-Case-Betrachtungen gemacht, und danach hat man die Wertberichtigung dotiert.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ab wann hat man denn das Obligo intern zinsfrei gestellt?

Dr. Uta Kraft: Ich kann es jetzt nicht wirklich mit Sicherheit sagen, aber ich nehme an, dass dieses Obligo mit Konkurseröffnung **intern** zinsfrei gestellt wurde – nehme ich an, aber ich kann es nicht mit Sicherheit sagen. Ich müsste das prüfen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Extern ist es ja nicht zinsfrei gestellt worden, weil es ja sehr viele besicherte Forderungen gegeben hat und da ist der volle Verzugszinssatz weitergelaufen. Ist das richtig?

Dr. Uta Kraft: Richtig. Also, im Rahmen der Absonderungsrechte kann man eben nach der Konkursordnung noch Zinsen geltend machen, was man ja sonst im Konkurs nicht kann.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und gab es da irgendeine Verminderung der Verzugszinsen, Vereinbarungen mit dem Masseverwalter?

Dr. Uta Kraft: Nach unseren Berechnungen haben die Zinsen aus den Absonderungsrechten ungefähr 70 Millionen Schilling betragen – nach meiner Erinnerung –, und das war dem Masseverwalter zu viel. Und das hat der Herr Dr. Gehmacher dann verhandelt, und ich glaube, es wurde dann ungefähr ein Betrag von 35 oder 36 Millionen Schilling der BAWAG an Zinsen aus Absonderungsrechten zugesprochen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, ab Konkurseröffnung.

Dr. Uta Kraft: Bis zum Verwertungsendpunkt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben eine Wertberichtigung aus dem Jahre 1998 erwähnt. – Was war das genau? Wie hat die ausgesehen?

Dr. Uta Kraft: Darf ich ein bisschen schauen?

(Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.)

Ich habe das leider nicht mit, aber ich kann das gerne nachliefern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, bitte. Das wäre sehr interessant für uns. Es sind dann sozusagen 2007 noch einmal 50 Millionen Schilling oder 3,7 Millionen € noch einmal wertberichtigt worden.

Unterm Strich: Herr Generaldirektor Flöttl hat einmal behauptet in einem ORF-Auftritt, dass der ganze Atomic-Konkurs für die BAWAG ein **Geschäft** gewesen sei. – Teilen Sie diese Einschätzung?

Dr. Uta Kraft: Die teile ich nicht. Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was glauben Sie, was die BAWAG hat liegen lassen müssen?

Dr. Uta Kraft: Durch die ganzen Jahre sind ja auch Geldmarktkosten aufgelaufen. Also, wenn ich jetzt sage, das wurde 1994 eröffnet, also über zehn Jahre lang war das für die Bank natürlich sehr kostspielig, weil sie das Obligo ja bedecken musste. Sie hat keine Zinsen mehr bekommen außer diesen 36 Millionen. Man müsste es so hochrechnen. Das kann ich ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wäre es da nicht vernünftiger gewesen, dann auf dieses Angebot des Herrn Rohrmoser einzugehen und das Unternehmen zu einem Schilling zu übernehmen und dann entweder fortzuführen oder zu tranchieren und in Teilen oder ganz abzuverkaufen, wie das ja Banken mitunter machen, oder eine österreichische Skilösung mit Beppo Mauhart zu Stande zu bringen?

Dr. Uta Kraft: Das im Detail kenne ich nicht, aber generell bin ich auf alle Fälle der Ansicht, dass ein Konkurs immer eine ganz schlechte Lösung ist und dass man sich um eine Sanierung bemühen muss.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber warum hat dann Herr Elsner – es wurde uns gesagt, es war nicht so sehr Flöttl, sondern Elsner sei die treibende Kraft gewesen – so vehement auf einen Konkurs gedrängt?

Dr. Uta Kraft: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie das Gefühl, dass die Zahlen, die in der Öffentlichkeit über den Kaufpreis genannt wurden, den die Masse und damit der Fast-Alleingläubiger BAWAG aus diesem Konkurs erzielt hat, der tatsächliche Kaufpreis ist?

Dr. Uta Kraft: Ich bin überzeugt davon, dass das der richtige Kaufpreis ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie Kenntnisse oder Wahrnehmungen gehabt, dass hier stille Reserven unter Umständen noch auf anderen Kanälen lukriert wurden?

Dr. Uta Kraft: Nein, habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hatten Sie eine Wahrnehmung, ob die Vermutung des Landesgendarmeriekommandos Salzburg, dass es hier zu Geldflüssen über Irland in die Karibik gekommen ist, einen Kern Wahrheit hat? Sie wissen was ich meine! (*Dr. Kraft: Ich weiß, was Sie meinen!*) Es gibt diese beiden Tochterunternehmen in Dublin, und es hat das Landesgendarmeriekommando Salzburg sehr frühzeitig schon gesagt, es könnten hier Geldflüsse in die Karibik stattgefunden haben.

Dr. Uta Kraft: Nach meiner Meinung: nein. Es gab im Jahr 1993 Finanzierungsvereinbarungen zwischen EURO RAIL und RAIL TRANS. Das waren zum damaligen Zeitpunkt irische Unternehmen (*Abg. Mag. Stadler: Da war der Herr Schwarzecker, glaube ich, Vorsitzender des Vorstands!*), die Tochterunternehmen der Verkehrskreditbank waren. Zu dieser Zeit war die Verkehrskreditbank, ich glaube, zu 51 Prozent oder so etwas, im Eigentum der ÖBB.

Daher bin ich mir sehr sicher, dass hier ein Factoring-Geschäft gemacht wurde. Sie haben Forderungen angekauft, die sind dann auch wieder rückgeführt worden. Sie haben Recht – und darum habe ich mir das auch noch einmal angeschaut, und auch vom Bereich Beteiligungen noch einmal anschauen lassen –, dass hier eine Personenidentität war. Es waren – ich weiß es nicht – Zwettler oder Schwarzecker, es waren also BAWAG-Leute in der Geschäftsführung oder Vertreter dieser irischen Firma. Und der Sitz der irischen Firma war auch der der BAWAG in Dublin.

Ich habe auch noch mit unseren Mitarbeitern im Bereich Beteiligung gesprochen. Die haben ausgeschlossen, dass hier irgendein Geldfluss, der nicht in Ordnung wäre, gewesen wäre.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Doktor, können Sie uns dann sagen, was dann die Aufgabe, der Sinn und Zweck dieser beiden Firmengründungen in Dublin war.

Dr. Uta Kraft: Ich weiß nicht, ob die gegründet wurden. Ich glaube, die hat es gegeben, aber da müsste man ins Firmenbuch hineinschauen in Irland.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist nicht sehr ergiebig, wir haben es schon getan.

Dr. Uta Kraft: Der Sinn und Zweck dieser Factoring-Geschäfte waren – und ich kann das auch nur rückblickend sagen, ich war damals nicht eingebunden –: Offensichtlich wurde das Aufsichtsratslimit für die Gruppe Rohrmoser/Atomic bereits überschritten. Das heißt, man konnte keinen Kredit mehr geben, und es wurde dann Koflach gekauft.

Und da war, glaube ich, die Creditanstalt die kreditgebende Bank, die aus diesem Kreditobligo heraus wollte. Die BAWAG konnte eben nicht noch zusätzlich den Kreditrahmen erhöhen, daher hat man auf diese Factoring-Geschäfte zurückgegriffen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine zweitletzte Frage: Haben Sie Wahrnehmungen gehabt, ob Herr Elsner und Herr Sieber miteinander in gutem Einvernehmen und Kontakt gestanden sind?

Dr. Uta Kraft: Ich habe keine Wahrnehmungen darüber.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Erklärung dafür, wieso ausgerechnet Dr. Sieber der einzige Konkursrichter ist, der sich auf der Geschenkliste des Herrn Generaldirektors befindet?

Dr. Uta Kraft: Da habe ich keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine letzte Frage: Hatten Sie mit den Prüfungen der Finanzmarktaufsicht oder der Nationalbank in der BAWAG zu tun?

Dr. Uta Kraft: Ich hatte mit der Finanzmarktaufsicht ab dem Oktober 2005 zu tun.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bei dieser Prüfung waren Sie wie eingebunden?

Dr. Uta Kraft: Wir haben vor allen Dingen Unterlagen an die Prüfer geliefert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Unterlagen über die Karibik-Geschäfte? (*Dr. Kraft: Richtig!*) – In die Karibik-Geschäfte waren Sie aber direkt eingebunden.

Dr. Uta Kraft: In die **Aufklärung** der Karibik-Geschäfte!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also, im Zuge der Konstruktion dieser Bank in der Bank haben Sie nichts damit zu tun gehabt. (*Dr. Kraft: Nein!*) – Haben Sie jemals vorher diese Bank in der Bank wahrgenommen? (*Dr. Kraft: Nein!*) – Und davor haben Sie mit der Prüfung, mit der Finanzmarktaufsicht und mit der Nationalbank nichts zu tun gehabt? (*Dr. Kraft: Nein, nie!*) – War Ihnen die Kontrolldefizit-Problematik bekannt, die aus den Prüfberichten herausgeht? (*Dr. Kraft: Nein!*) – Wurden die Prüfberichte der Rechtsabteilung zugeleitet? (*Dr. Kraft: Nein!*) – Auch nicht. – Wer hat die dann überhaupt bekommen?

Dr. Uta Kraft: Also, zumindest in der Zeit, wo ich die Leiterin der Rechtsabteilung war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Doktor! Wir haben jetzt festgestellt, der Vorstand kennt sie nicht, der Aufsichtsrat kennt sie nicht, weil der Vorstand den Aufsichtsrat nicht informiert hat. Es haben also offensichtlich nur bestimmte Vorstandsmitglieder diesen Prüfbericht gehabt. Elsner sagt, er kann sich überhaupt an keine Prüfberichte mehr erinnern. Gerade dass er nicht gesagt hat: Ich weiß nicht, wie man es buchstabiert. Er hat uns aber gleichzeitig ausgerichtet, so wie es heute in den Medien steht, dass er nicht ganz deppert sei. – Seine Wortwahl, nicht meine! – Und die Rechtsabteilung hat sie auch nicht bekommen.

Wer hat diese Prüfberichte im Haus bekommen?

Dr. Uta Kraft: Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, dass wir dann im Zuge dieser Aufarbeitung der ganzen Karibik-Geschäfte Prüfberichte versucht haben zu finden. Und ich glaube, der aus 2001 war überhaupt nicht aufzufinden. Nirgends! Ich glaube, den hat man sich dann von der FMA oder so beschafft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jetzt leiten Sie mich noch zu einer anderen Frage über. Herr Wolfgang Flöttl junior hat in einem „profil“-Interview davon

gesprochen, dass die BAWAG eine politische Funktion hatte. Haben Sie die je wahrgenommen?

Dr. Uta Kraft: Habe ich nicht wahrgenommen, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kannten Sie irgendwelche Verbindungen, die die BAWAG in Zypern unterhalten hat?

Dr. Uta Kraft: In Zypern? – Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Flöttl junior zitiert hier, dass er Überweisungsaufträge erhalten hätte, nach Zypern Gelder zu überweisen. Er hat aber darauf hingewiesen, dass das nicht so einfach sei, und daraufhin hätte er dann einen anderen Auftrag bekommen, und auf seine Nachfragen hin hätte man ihm gesagt, er solle nicht fragen, die Bank hätte einen politischen Auftrag und fertig. – Haben Sie diesbezüglich nie etwas wahrgenommen?

Dr. Uta Kraft: Nein. (*Abg. Mag. Stadler: Gut! Danke!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe noch eine Frage, und zwar: Gerharter-Kredit, sagt Ihnen das etwas? „Konsum“, Gerharter?

(*Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.*)

Dr. Uta Kraft: Das fällt unter das Bankgeheimnis.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Waren Sie damit beschäftigt, die Wertberichtigung des Gerharter-Kredites vorzunehmen, nachdem der ja über Verfügung Elsner als uneinbringlich festgestellt wurde?

Dr. Uta Kraft: Ich hatte damit nichts zu tun und ich habe im Strafverfahren alles ausgesagt, was ich dazu weiß. Das ist im Strafakt drinnen. Ich bin vom Bundeskriminalamt dazu vernommen worden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sehr gut. Dann können wir dort nachschauen, denn alles kann man nicht lesen, bei der Fülle von Akten.

Dann habe ich noch eine Frage, die in Wirklichkeit dahin gehend abzielt, einen Glaubwürdigkeitscheck zu machen – nicht von Ihrer Person, sondern vom Herrn Generaldirektor Elsner.

Generaldirektor Elsner hat uns hier im Ausschuss über seine Rolle als Generaldirektor hinsichtlich Bankprüfung, OeNB-Prüfung sinngemäß so definiert: Der Generaldirektor war zuständig dafür, dass die Prüfer Räume zur Verfügung gestellt bekommen, dass ihnen mehr oder weniger Akten zur Verfügung gestellt werden und – jetzt sage ich einmal mit meinen Worten –, dass es denen halt relativ gut gegangen ist. Und ansonsten hat er gar nichts wahrgenommen von dem, denn das war nicht die Aufgabe des Generaldirektors. Auch die Prüfberichte sind nie zu ihm gelangt – oder dieser besagte schon gar nicht –, weil der sofort in irgendeine Abteilung gegangen und gar nicht über die Generaldirektion oder über ihn gegangen ist.

Sinngemäß hat er das so gesagt, also seine Rolle so tituiert. Man könnte in den Verdacht geraten, dass Herr Elsner ein Frühstück-Direktor war, wenn man das so hört, also eine Marionette von irgendjemandem.

Halten Sie das für glaubhaft? Sie haben ja doch den Herrn Generaldirektor über Jahre in der Bank gekannt.

Dr. Uta Kraft: Elsner hat gerne delegiert, das ist richtig, aber dass er sich nicht um einen Prüfbericht der Aufsichtsbehörde zu kümmern hat, so würde ich die Rolle eines Generaldirektors nicht verstehen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Kann man sagen, Sie würden ihm, wenn Sie das hören, *nicht* glauben, dass er bloß für das Zur-Verfügung-Stellen der Räume zuständig war?

Dr. Uta Kraft: Nein, würde ich ihm nicht glauben. Das ist ja fast denk unmöglich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da teilen Sie auch meine Einschätzung – und wahrscheinlich auch die aller Anwesenden –, dass das eher unglaublich ist.

Ich habe keine Fragen mehr. – Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ein Aspekt ist, glaube ich, noch nicht gestreift worden, der hier unter „Verzichtserklärung“ firmiert. Haben Sie mit einer Erklärung des Alois Rohrmoser Ihrer Bank gegenüber, aber auch Honsig-Erlenburg und Vavrovsky – letztlich dann interessanterweise sogar auch dem Konkursrichter – zu tun, in der sich der Herr Rohrmoser verpflichtet hat, bestimmte weitere Schritte zu unterlassen?

Dr. Uta Kraft: Sie meinen die Dokumente, die aus Anlass des Abschlusses des Zwangsausgleiches mit Alois Rohrmoser unterfertigt wurden?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So steht es in der Präambel.

Dr. Uta Kraft: Ich hatte diesbezüglich ein Jahr lang ein Strafverfahren anhängig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nur zum Vorgang selber: Waren Sie da dabei? Haben Sie da mitgewirkt?

Dr. Uta Kraft: Ich habe *nicht mitgewirkt*. Ich habe einmal gemeinsam mit dem Herrn Dr. Traumüller von der Filialabteilung, mit Gehmacher und dem Herrn Dr. Rubatscher, der dann den Zwangsausgleich für den Herrn Alois Rohrmoser verhandelt hat, gesprochen. Das war eher nur ein Gespräch des Kennenlernens.

Bei allen anderen Gesprächen war ich nie dabei. Mir wurde aber von Herrn Dr. Gehmacher regelmäßig über den Stand dieser Gespräche berichtet. Den Inhalt des Zwangsausgleiches, der ja sehr umfassend ist, hat der Vorstand entschieden. Das wäre auch absolut nicht meine Kompetenz gewesen, das zu entscheiden. An diesem Tag im Oktober 1995, an dem das dann in Innsbruck unterschrieben wurde, bin ich von der Meinung ausgegangen, dass über jeden Punkt und Beistrich in all diesen Erklärungen Konsens besteht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie bestätigen einmal zunächst den Vorgang, dass Sie mit Dr. Gehmacher in Innsbruck waren? (*Dr. Kraft: Richtig!*) – Aber mit dem Zustandekommen haben Sie außer dem, was Sie jetzt ausgeführt haben, weiter nichts zu tun? (*Dr. Kraft: Nichts!*)

Welche Wahrnehmungen hatten Sie, wie Alois Rohrmoser gegenübergetreten wurde? Nach Ihren Wahrnehmungen – auch indirekter Art –, hat er sich da mehr oder weniger freiwillig hineinbegeben, oder wie erklären Sie sich, dass der Vorgang oder die Erklärung selbst mancherorts als sittenwidrig bezeichnet wurde?

Dr. Uta Kraft: Der ganze Zwangsausgleich war ein Paket. Man hat die 20 Prozent für alle Gläubiger angenommen. Die BAWAG hat eine Rückstehungserklärung abgegeben und ist einmal vorerst nicht bedient worden. Das Vermögen wurde an einen Sachwalter übertragen. Es gab steuerliche Dinge, die in den Papieren geregelt sind. Es wurden die Töchter des Herrn Rohrmoser aus den Haftungen entlassen; es wurde die Frau Rohrmoser aus der Haftung entlassen. Es gab dann noch Liegenschaften, die zu einem bestimmten Kaufpreis aus der Masse herausgekauft wurden.

Auf der anderen Seite hat man verlangt, dass Herr Rohrmoser Erklärungen für die Übertragung der Marken und Patente unterschreibt. Die waren dort in Innsbruck. Für mich war es völlig unverständlich, warum es da zu einem Dissens kommt. Es war Herr Rohrmoser dort, es war Herr Dr. Rubatscher dort, der ihn wirtschaftlich vertreten hat, es war Herr Dr. Fuchshuber dort, der ihn rechtlich vertreten hat. Es war ein Notar dort, der diese ganzen Markenerklärungen beglaubigt hat.

Für mich war es irgendwie so unerklärlich, wieso Rohrmoser nicht unterschreiben wollte, oder was da das Thema war. Soweit ich mich erinnere, ist es vor allen Dingen um diese Markenerklärungen gegangen. Da hätte er manche als **Geschäftsführer** der Atomic for Sports unterschreiben sollen, und da hat er sich – meiner Meinung nach zu Recht – geweigert, weil er nicht mehr Geschäftsführer war.

Er hat dann die persönlichen Übertragungserklärungen unterschrieben. Was Herr Dr. Fuchshuber zu Recht moniert hat, war, dass er gesagt hat: Jetzt werden diese Erklärungen hier alle unterschrieben, was ist, wenn der Zwangsausgleich nicht zustande kommt? – Daher wurde dann der Notar als Treuhänder bestellt, der diese Erklärungen nur herausgeben durfte, wenn auch die Gläubiger den Zwangsausgleich annehmen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Im Vorfeld ist ja die Frage interessant, ob auf Rohrmoser Druck ausgeübt wurde, dass es überhaupt nur und ausschließlich unter diesen Umständen zu der Gelegenheit des Zwangsausgleichs kommt. Haben Sie dazu Wahrnehmungen?

Dr. Uta Kraft: Bei den Verhandlungen war ich nicht dabei, aber ich bin schon davon ausgegangen, dass es ein ganzes **Paket** ist. Man wollte dann eine relativ schnelle Abwicklung des Konkurses, um unsere Kosten und das alles möglichst gering zu halten, und wollte, glaube ich, auch eine Beendigung aller Rechtsstreitigkeiten – gegenseitig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Schon, aber wie erklären Sie sich dann, dass von Rohrmosers Seite in der Folge eine Anzeige wegen Nötigung fabriziert wurde?

Dr. Uta Kraft: Das ist mir unerklärlich. **Ich** habe ihn nicht genötigt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie nun eine Wahrnehmung darüber, ob das zwingend in Verbindung gebracht wurde? Man kann ja auch zu seinem „Zwangsausgleichsglück“ – was nach dieser Darstellung eines hätte sein sollen – nicht gezwungen werden. (**Dr. Kraft:** *Natürlich nicht!*) – Eben.

Sie haben im Vorfeld dessen nichts registriert, was darauf hindeuten würde, dass dem Rohrmoser gesagt wurde, du musst das genau so machen, sonst wird es nichts mit dem Zwangsausgleich, und dann kassieren wir dein Privatvermögen in einer Art und Weise, dass du dein Leben lang bis zum Schluss keinen Groschen mehr hast – kurz gesagt? (**Dr. Kraft:** *Ja!*)

Hat es Ihrer Wahrnehmung nach so etwas Ähnliches gegeben?

Dr. Uta Kraft: Also an das kann ich mich nicht erinnern. Von mir sicher nicht, und von Herrn Dr. Gehmacher sicher auch nicht, aber es war sicherlich ein gesamtes Paket, das man geschnürt hat, um ihn zu entschulden – und die Töchter und die Frau dazu.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dass ein Junktim die Intention war, ist offensichtlich. Die Frage ist ja nur, in welcher Art und Weise dem nachgeholfen wurde.

Dr. Uta Kraft: Wie gesagt, ich bin immer davon ausgegangen, dass das alles mit dem Herrn Dr. Rubatscher im Einvernehmen gelöst wurde.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ganz offensichtlich war es dann aber nicht so, als Sie in Innsbruck waren. Das haben Sie ja selber geschildert. In einem Punkt haben Sie jetzt gesagt, haben Sie sogar verstanden, dass der Herr Rohmoser sich nicht einlassen darauf wollte, weil er ja gar nicht mehr der Befugte für das war, was von ihm verlangt wurde. (*Dr. Kraft: Richtig, ja!*)

Aber abgesehen davon: Ist dann vor Ort entsprechend Druck ausgeübt worden, dass die Bezeichnung „Nötigung“ zutreffend gewesen wäre?

Dr. Uta Kraft: Das war nicht zutreffend, nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das war Ihrer Meinung nach nicht zutreffend. – Gut, danke.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ein allerletzter Themenkomplex: Geldwäsche. Wie ist die Geldwäschestelle in der BAWAG in den letzten 10 Jahren organisiert gewesen? Gab es da eine eigene Abteilung? Wurde das in der Rechtsabteilung gemacht? Wer war die zentrale Stelle, die die Meldungen gemacht hat und Ähnliches mehr?

Dr. Uta Kraft: Seit dem Ankauf der P.S.K., also seit 2001, wurde Herr Mag. Vogel (*phonetisch!*) zum Geldwäschebeauftragten und Compliance Officer bestellt; seit einigen Jahren macht das der Herr Müller. – Der ist der Compliance Officer und Geldwäschebeauftragte. Vor 2001 hat es einmal eine Zeit mein Stellvertreter, der Herr Mag. Furlinger gemacht. Es hat das der Herr Mag. Führer (*phonetisch!*) einmal gemacht. – Ich müsste mir das ansehen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage ist: War die **Rechtsabteilung** die zuständige Abteilung?

Dr. Uta Kraft: In der Zeit, als der Herr Mag. ... – Eigentlich war es **nicht** die zuständige Abteilung, denn Geldwäsche und Compliance untersteht dem **Gesamtvorstand**. Es ist jetzt auch nur **organisatorisch** an die Rechtsabteilung angehängt, aber **verantwortlich** ist der Compliance Officer und der Geldwäschebeauftragte dem Gesamtvorstand.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und eine Zeit lang war das in der Rechtsabteilung angesiedelt?

Dr. Uta Kraft: Eine Zeit lang war Herr Mag. Furlinger **persönlich** – aber auch wieder dem Gesamtvorstand – verantwortlich. Er war nur zufällig Mitarbeiter in der Rechtsabteilung oder stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung und hatte, so gesehen, eine Doppelfunktion.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das haben wir schon öfters mitbekommen, dass man zwar organisatorisch irgendwo auf einer Payroll gestanden ist, aber trotzdem direkt woandershin verantwortlich war – offensichtlich auch in diesem Fall.

Dr. Uta Kraft: Aber zum Beispiel in der RZB ist das auch in der Rechtsabteilung, nach meinem Wissen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich wollte es nur wissen, weil sonst hören wir wieder bei irgendeiner Auskunftsperson – so wie wir es heute gehört haben –, das läuft alles über die Rechtsabteilung, da müssen Sie dort nachfragen. – Nun haben wir diese Aussage, dass das **nicht** dort angesiedelt war. Das können wir dann auch vorhalten.

Gibt es jetzt noch anderen Fragen? – Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich für Ihr Erscheinen! Die Befragung ist somit beendet!

(Die **Auskunftsperson Dr. Uta Kraft** verlässt den Sitzungssaal.)

20.01

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich darf auch die Presse bitten, den Saal zu verlassen, denn wir haben noch einen vertraulichen Sitzungsteil durchzuführen, einerseits hinsichtlich eines Antrages, den wir beschließen müssen, andererseits gab es den Wunsch der Fraktionsführer auf eine Besprechung. – Gibt es diesen immer noch? Gut.

Dann bitte ich die Fraktionsführer, zu mir zu kommen, und **unterbreche** die Sitzung.
20.02

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 20.02 Uhr **unterbrochen** und um 20.21 Uhr als **nichtöffentliche** Sitzung **wieder aufgenommen**. – Fortsetzung: 20.21 Uhr bis 20.24 Uhr – und damit Schluss der Sitzung –: s. dazu: **Auszugsweise Darstellung „nichtöffentlicher Teil“**.)*

A N H A N G

In der Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe Adria und weitere Finanzdienstleister angenommene Einwendungen von Auskunftspersonen zur Übertragung der Wortprotokolle ihrer Befragung gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA

1. Einwendungen der Auskunftsperson Dr. Florian GEHMACHER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der 18. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe Adria und weitere Finanzdienstleister am 14. März 2007

- Auf Seite 128, Zeile 40 muss es
statt „Eigentum der ÖBB“
richtig „Mehrheitseigentum der ÖBB“ lauten.
- Auf Seite 145, Zeile 38 muss es
statt „Dr. Vavrovsky habe ich als Masseverwalter vorgesehen“
richtig „Dr. Vavrovsky war als Masseverwalter vorgesehen“ lauten.
- Auf Seite 154, Zeile 27 muss es
statt „Freitag vor dem 15. 9.“
richtig „Freitag in der Woche vor dem 15. 9.“ lauten.
- Auf Seite 189, Zeile 33 muss es
statt „AGB“
richtig „HGB“ lauten.
- Auf Seite 194, Zeile 10 muss es
statt „zum Zeitpunkt der Konkurseröffnung“
richtig „zum Zeitpunkt des Konkurseröffnungsantrages“ lauten.

Wien, 23. 3. 2007

Dr. Florian Gehmacher e.h.

2. Einwendungen der Auskunftsperson Dr. Karl Ludwig VAVROVSKY gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der Fortsetzung der 19. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe Adria und weitere Finanzdienstleister am 21. März 2007

- Auf Seite 4, Zeile 33 muss es **statt** „... solche Tätigkeit. Mit ...“
richtig „...solche Tätigkeiten, mit ...“ lauten.
- Auf Seite 4, Zeile 44 muss es **statt** „... Einfluss genommen ...“
richtig „... Eingang gefunden ...“ lauten.
- Auf Seite 9, Zeile 2 muss es **statt** „... nachträgliche Prüfungsanmeldung ...“
richtig „... nachträgliche Prüfung der Forderungsanmeldung ...“ lauten.
- Auf Seite 13, Zeile 44 muss es **statt** „... und zwar nicht Rechnungen ...“
richtig „... und zwar körperlich, nicht durch Rechnungen ...“ lauten.
- Auf Seite 14, Zeile 35, 36 und 38 muss es jeweils **statt** „Riehl“
richtig „Riel“ lauten.
- Auf Seite 16, Zeile 23 und 27 muss es jeweils **statt** „€“
richtig „ATS“ lauten.
- Auf Seite 17, Zeile 13 und vorletzte Zeile muss es jeweils **statt** „€“
richtig „ATS“ lauten.
- Auf Seite 18, Zeile 5 muss es **statt** „€“
richtig „ATS“ lauten.
- Auf Seite 31, Zeile 18 muss es **statt** „... hat es einmal behauptet ...“
richtig „... hat es nun einmal behauptet....“ lauten.
- Auf Seite 36, Zeile 30 muss es **statt** „... es gibt ein Konkursiegel in Salzburg...“
richtig „... es gibt einen Konkurs Sigl in Salzburg ...“ lauten.
- Auf Seite 52, Zeile 41 muss es **statt** „Das ist eine Camouflage.“
richtig „Das ist eine Camouflage?“ lauten.
- Auf Seite 54, Zeile 16 muss es **statt** „... Strafanzeige Ende Jänner 1995“ **richtig**
„... Strafanzeige Ende Jänner 1998 ...“ lauten.
- Auf Seite 58, Zeile 13 und 15 muss es jeweils **statt** „€“
richtig „ATS“ lauten.

Salzburg, 13. April 2007

Dr. Karl-Ludwig Vavrovsky e.h.

3. Einwendungen der Auskunftsperson Ingrid STREIBEL-ZARFL gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der 20. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe Adria und weitere Finanzdienstleister am 21. März 2007

- Auf Seite 103, Zeile 12. muss es **statt** „Mag.Leeb“
richtig „Mag.Löb“ lauten.
- Auf Seite 111, Zeile 39 muss es statt „... seit dem Gemeinsamen ...“
richtig „seit dem Kauf der PSK“ lauten.
- Auf Seite 112, Zeile 21 muss es **statt** „... erfahren ...“
richtig „... verstärkt ...“ lauten.
- Auf Seite 124, Zeile 17 muss es **statt** „Nein, die haben wir ...“
richtig „Nein, kaum, die haben wir ...“ lauten.
- Auf Seite ..125., Zeile 48 muss es **statt** „.....nicht die eine auf die andere ...“
richtig „... nicht die eine gegen die andere ...“ lauten.
- Auf Seite 126, Zeile 3 muss es **statt** „Die Kreditfälle sind im Aufsichtsrat.“
richtig „Die Kreditfälle sind im Aufsichtsrat behandelt worden.“ lauten.

17. April 2007

Ingrid Streibel-Zarfl e.h.

4. Einwendungen der Auskunftsperson Mag. Jürgen BAUER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der 22. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe Adria und weitere Finanzdienstleister am 11. April 2007

- Auf Seite 3, Zeile 23 muss es **statt** „Stanley Lone-Aktienbanken“ **richtig** „Stand Alone-Aktienbanken“ lauten.
- Auf Seite 9, Zeile 28 muss es **statt** „ma-oenb.com“ **richtig** „www.myOENB.com“ lauten.
- Auf Seite 11, Zeile 18 muss es **statt** „offside“ **richtig** „Off-Site“ lauten.

19.04.2007

Dipl.-Kfm. Mag. Jürgen Bauer

5. Einwendungen der Auskunftsperson Dr. Gertrude TUMPEL-GUGERELL gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der 22. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe Adria und weitere Finanzdienstleister am 11. April 2007

- Auf Seite 42, Zeile 17 muss es **statt** „ein halbes Jahr dem ursprünglich von der FMA ins Auge gefassten Zeitplan“ **richtig** „ein halbes Jahr dem ursprünglich von der FMA ins Auge gefassten Zeitplan“ lauten.
- Auf Seite 42, Zeile 9 muss es **statt** „ Gancz“ **richtig** „ Gancz“ lauten.
- Auf Seite 43, Zeile 25 muss es **statt** „am Rande der Ausschuss-Wartezeit“ **richtig** „am Rande der AusschussWartezeit“ lauten.
- Auf Seite 43, Zeile 37 muss es **statt** „In der Regel werde Protokolle angefertigt“ **richtig** „In der Regel werde Protokolle angefertigt“ lauten.
- Auf Seite 46, Zeile 44 muss es **statt** „Ich habe Vor-Ort-Prüfungen“ **richtig** „Ich habe Vor-Ort-Prüfungen“ lauten.
- Auf Seite 51, Zeile 32 muss es **statt** „, zum Beispiel Kumulation von Risiken zu vermeiden“ **richtig** „, zum Beispiel Kumulation von Risiken zu vermeiden“ lauten.
- Auf Seite 59, Zeile 11 muss es **statt** „weil die Mitarbeiter der OeNB gefragt haben“ **richtig** „weil die Mitarbeiter der OeNB gefragt haben“ lauten.
- Auf Seite 63, Zeile 22 muss es **statt** „Ich habe nur dieses eine Protokoll ;“ **richtig** „Ich habe nur dieses eine Protokoll;“ lauten.

23. 4. 2007

Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell e.h.

6. Einwendungen der Auskunftsperson Dr. Christian BÜTTNER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der 22. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe Adria und weitere Finanzdienstleister am 11. April 2007

- Auf Seite 95, Zeile 23/24 muss es **statt** „BAWAG P.S.K“
richtig „BAWAG“ lauten.
- Auf Seite 96, Zeile 32 muss es **statt** „Beschlüsse, die mehrheitlich zu fassen sind, und“ **richtig** „Beschlüsse zu vertreten, die mehrheitlich gefasst wurden, und“ lauten.
- Auf Seite 124, Zeile 33 muss es **statt** „K-Werten“
richtig „Caveats“ lauten.
- Auf Seite 125, Zeile 13 muss es **statt** „K-Wert“
richtig „Caveat“ lauten.
- Auf Seite 125, Zeile 35 muss es **statt** „K-Werten“
richtig „Caveats“ lauten.
- Auf Seite 125, Zeile 46 muss es **statt** „K-Werten“
richtig „Caveats“ lauten.

18. April 2007

Dr. Christian Büttner e.h.

7. Einwendungen der Auskunftsperson Dr. Helfried SCHARMÜLLER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der 23. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe Adria und weitere Finanzdienstleister am 23. April 2007

- Auf Seite 6, Zeile 46/47 muss es **statt** „eines gelegentlichen Treffens“
richtig „...von gelegentlichen Treffen“ lauten.
- Auf Seite 10, Zeile 2 muss es **statt** „...keine Verjährung“
richtig „... eine Verjährung eintreten ...“ lauten.
- Auf Seite 10, Zeile 30 muss es **statt** „. Dieses Verfahren wurde ...“
richtig „Dieses Verfahren von 1998 wurde“ lauten.
- Auf Seite 11, Zeile 31 muss es **statt** „... dass so ein Gendarm nicht schreibt, ...“
richtig „, dass ein Gendarm so nicht schreibt“ lauten.
- Auf Seite 16, Zeile 6 muss es **statt** „.Aussonderungs.- und ...“
richtig „Absonderungs- und ...“ lauten.
- Auf Seite 34, Zeile 28 muss es **statt** „... dann stimmt er dem Konkurs ...“
richtig „... da stimmt er dem Konkurs ...“ lauten.
- Auf Seite 35, Zeile 40 muss es **statt** „... am 2. Feber,“
richtig „... am 6. Feber,“ lauten.
- Auf Seite 53, Zeile 20 muss es **statt** „... wie lange er in den Anfängen“
richtig „. wie. lange er ihn in den Anfängen“ lauten.
- Auf Seite 54, Zeile 46 muss es **statt** „... Treuhandkonto eröffnen lassen“
richtig „... Treuhandkonto öffnen lassen“ lauten.

Linz, 27. April 2007

Dr. Helfried Scharmüller e.h.

**8. Einwendungen der Auskunftsperson Dr. Johannes HONSIG-ERLENBURG
gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der 24. Sitzung des
Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo
Alpe Adria und weitere Finanzdienstleister am 2. Mai 2007.**

- Auf Seite 17, Zeile 15 muss es **statt** „Rubatscher, Kurz und Honsig anwesen“
richtig „Rubatscher und kurz Honsig anwesend“ lauten.
- Auf Seite 22, Zeile 29 muss es **statt** „Schmidt“
richtig „Schmid“ lauten.
- Auf Seite 24, Zeile 20 muss es **statt** „was da da“
richtig „was das“ lauten.
- Auf Seite 29, Zeile 40 muss es **statt** „hier“
richtig „hier Klarheit zu schaffen“ lauten.
- Auf Seite 34, Zeile 29 muss es **statt** „hat die Verwandtschaft“
richtig „die hat die Verwandtschaft“ lauten.
- Auf Seite 40, Zeile 47 muss es **statt** „war dieses Privat-Invest-Sparbuch“
richtig „das war dieses Privat-Invest-Sparbuch“ lauten.
- Auf Seite 47, Zeile 15 muss es **statt** „hier Schadenersatzansprüche
anzufordern, Schadenersatzansprüche“
richtig „hier Schadenersatzansprüche anzudrohen“ lauten.
- Auf Seite 61 Zeile 44 muss es **statt** „die hat es zwangsläufig“
richtig „die hätte es zwangsläufig“ lauten.
- Auf Seite 64, Zeile 37 muss es **statt** „und da Kommerzialrat“
richtig „und da waren Kommerzialrat“ lauten.
- Auf Seite 64 Zeile 37 muss es **statt** „ mit 1 % “
richtig „mit 1 % beteiligt“ lauten.
- Auf Seite 67, Zeile 35 muss es **statt** „entsprechende Legitimation hatte“
richtig „entsprechende Rechtsmittellegitimation hatte“ lauten.
- Auf Seite 67, Zeile 43 muss es **statt** „im Konkurs“
richtig „im Konkurs Atomic“ lauten.
- Auf Seite 68, Zeile 19 muss es **statt** „Verlassenschaft sozusagen auch mit als “
richtig „Verlassenschaft sozusagen auch als “ lauten.
- Auf Seite 68 Zeile 20 muss es **statt** „auch die Frage “
richtig „auch die Frage aufgetreten ist“ lauten.
- Auf Seite 68 Zeile 21 muss es **statt** „In meine Masse fällt“
richtig „Fällt das in das Privatvermögen des Herrn Kommerzialrat Rohmoser?“
lauten.

Salzburg, 7. Mai 2007

Dr. Johannes Honsig-Erlenburg e.h.
